

Hochstuhl, Deutsche und Franzosen im  
zusammenwachsenden Europa 1945–2000

WERKHEFTE  
DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Herausgegeben  
von der Landesarchivdirektion  
Baden-Württemberg

Serie A Landesarchivdirektion

Heft 18

2003

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

# Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945 – 2000

Kolloquium des Frankreich-Zentrums der Albert-  
Ludwig-Universität Freiburg, des Institut Français  
Freiburg und des Staatsarchivs Freiburg aus Anlass  
der 50-Jahr-Feiern des Landes Baden-Württemberg am  
11./12. April 2002 in Freiburg im Breisgau

Herausgegeben von Kurt Hochstuhl

2003

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten

© 2003 by Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart

Lektorat: Luise Pfeifle

Kommissionsverlag: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 3-17-018242-0

# Inhalt

Vorwort .....	7
<i>Kurt Hochstuhl</i>	
Einleitung .....	9
<i>Frank Raberg</i>	
Landesregierungen und französische Besatzungsmacht. Aus den Kabinettsprotokollen von Baden und Württemberg-Hohenzollern . . . .	13
<i>Corine Defrance</i>	
Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit .....	43
<i>Edgar Wolfrum</i>	
Die französische Politik im besetzten Deutschland. Neue Forschungen, alte Klischees, vernachlässigte Fragen .....	61
<i>Rainer Bendick</i>	
Irrwege und Wege aus der Feindschaft. Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert .....	73
<i>Georg Löser</i>	
Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen .....	105
<i>Daniel Hoeffel und Conrad Schroeder</i>	
Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein. Bilanz und Zukunft der Regionen in Europa .....	157



## Vorwort

Das Land Baden-Württemberg feierte im Jahre 2002 seinen 50. Geburtstag. Die Staatsarchive des Landes, in denen die authentischen schriftlichen Quellen verwahrt werden, die Auskunft geben über das Zustandekommen dieses aus den staatsrechtlichen Trümmern des Zweiten Weltkriegs gebildeten *Modells deutscher Möglichkeiten* (Theodor Heuss), haben sich mit zahlreichen Veranstaltungen in die Schar der Gratulanten eingereiht.

Das Staatsarchiv Freiburg, selbst unmittelbares Kind der deutschen Nachkriegsordnung im deutschen Südwesten, trug mit einer Reihe von Aktivitäten dazu bei, an die eigenständige Rolle des Landes (Süd-)Baden beim Zustandekommen des Südweststaats zu erinnern und würdigte damit die badische *Mitgift*. Neben der Re-Inszenierung des Volksabstimmungswahlkampfes vom Dezember 1951 durch den Abdruck von Wahlplakaten aus jener Zeit (zusammen mit dem Kulturamt der Stadt Freiburg), der Konzeption einer erfolgreichen Wanderausstellung mit Karikaturen aus dem *Südweststaatskampf* (zusammen mit dem Landesverein Badische Heimat) und dem gemeinsam mit dem Staatsarchiv Sigmaringen erstellten archiv- und beständeübergreifenden Online-Inventar zu *Quellen zur französischen Besatzungszeit im deutschen Südwesten* (<http://www.lad-bw.de/besatzungszeit>) kam dem Kolloquium *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000* eine besondere Rolle zu. In fruchtbarer Kooperation mit dem Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg und dem Institut Français Freiburg konnten ausgewiesene Wissenschaftler und handelnde Zeitzeugen gefunden werden, die sich nicht nur der Geschichte der französischen Besatzungszone widmeten, sondern den Bogen spannten zur optimistisch stimmenden Realität des grenzüberschreitenden Zusammenlebens am Oberrhein im 21. Jahrhundert.

Ich danke dem Kollegen Dr. Kurt Hochstuhl, der das Kolloquium geplant und organisiert hat, dass die Vorträge nun einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Stuttgart, im September 2003

Professor Dr. Wilfried Schöntag  
Präsident der Landesarchivdirektion  
Baden-Württemberg





# Einleitung

Von KURT HOCHSTUHL

Die deutsch-französische Freundschaft, so äußerte sich erst vor kurzem Bundesaußenminister Joschka Fischer, ähnele einem Restaurantbesuch. Für die Gäste sei das Wichtigste an einem solchen, dass das Menu munde. Ihnen sei weitgehend egal, wer und wie viele Kräfte in der Küche in der Suppe gerührt, die Vorspeisen gerichtet, das Dessert vorbereitet und ob sich die Beschäftigten dabei harmonisch ergänzt oder aber gestritten und sich das Leben gegenseitig schwer gemacht haben. Hauptsache, das Menu munde!

Wenn man politische Prozesse auf das reduziert, was letztendlich deren Resultat ist, dann ist in der Tat die nach 1945 erfolgte Aussöhnung der beiden aus Tradition und Überzeugung sich gegenüber stehenden Erbfeinde und die Herausbildung einer auf freundschaftlicher Basis beruhenden Partnerschaft ein grandioser Erfolg und müsste mindestens mit mehreren Sternen in einem *Guide Michelin politique* ausgezeichnet werden. Diese Tatsache stellen wir keineswegs in Frage. Aber so wie Restaurantkritiker nicht nur auf die Speisenfolge, deren Zusammensetzung und geschmackliche Abstimmung achten, sondern auch den Service, das Personal des Restaurants, seine Küche, seine hygienischen Verhältnisse, seine Rohprodukte, kurz all das, was wir Infrastruktur nennen, in ihre Analyse und Wertung einbeziehen, so tun dies auch die Historiker, wenn sie Ergebnisse nehmen und diese in ihrem prozessualen Zustandekommen analysieren und werten.

Bleiben wir im Bild: Wir, das sind das Institut Français Freiburg, das Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Staatsarchiv Freiburg, wollen mit Ihnen in die Töpfe kucken, die Zutaten des deutsch-französischen Menus unter die Lupe nehmen und die Köche und Küchenhelfer, die an seinem Zustandekommen gearbeitet haben und weiterhin arbeiten, kritisch würdigen.

Wir tun dies unter Beschränkung auf die Raumschaft am Oberrhein in doppelter Perspektive. Einmal der historischen, indem wir uns im ersten Teil des Kolloquiums den schwierigen Anfängen nach 1945 zuwenden. Dabei knüpfen wir an zwei im Jahre 1991 vom Frankreich-Institut in Zusammenarbeit mit dem Institut Français in Freiburg im Breisgau veranstaltete Kolloquien über die Zeit der französischen Besatzungsmacht und den sich daraus entwickelnden schüchternen Anfängen der deutsch-französischen Kooperation am Oberrhein.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl.: Joseph Jurt (Hg.), Die Franzosenzeit im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse, Freiburg 1992; Joseph Jurt (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg 1993.

Als im Bereich der staatlichen Archivverwaltung die Idee geboren wurde, aus Anlass der 50-Jahr-Feiern des Landes Baden-Württemberg hier in Freiburg ein Kolloquium zu den deutsch-französischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts abzuhalten, war es nahezu logisch, um das Frankreich-Zentrum an hiesiger Universität als Partner für dieses Unterfangen zu werben. Schließlich ist es als zentrale Einrichtung der Universität die Institution, die sich in Forschung und Lehre mit dem zeitgenössischen Frankreich befasst. Unser Ansinnen auf Kooperation und damit auf Unterstützung in den Bereichen der Kolloquiumsorganisation wie in fachlicher Hinsicht wurde entsprochen, wofür ich dem Sprecher des Frankreich-Zentrums Herrn Professor Dr. Renner und vor allem seiner Geschäftsführerin Frau Ursula Erzgräber herzlichen Dank schulde. Niemand konnte voraussehen, dass die Terminplanungen des Bundeskanzleramts und die morgige Rede des Bundeskanzlers über das deutsch-französische Verhältnis hier in Freiburg das Frankreich-Zentrum gerade in der heißen Phase der Vorbereitungen zum Kolloquium so gravierend in Anspruch nehmen würde. Prorektor Professor Dr. Dr. Pollack wird in Vertretung für den kurzfristig verhinderten Rektor Jäger als Hausherr und für den Kooperationspartner Albert-Ludwigs-Universität im Anschluss das erste Grußwort an uns richten. Die Kooperation mit der Universität Freiburg war uns besonders wichtig, weil wir ja auch in einem anderen Bereich, bei der Frage eines gemeinsamen Archivneubaus in Freiburg für Stadt-, Staats- und Universitätsarchiv, bisher gut kooperiert haben und weiterhin zur Umsetzung dieses sinnvollen und nutzbringenden Projekts zusammenarbeiten wollen.

Vielleicht bringt uns Herr Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Herr Michael Sieber MdL, der für die in seinem Haus ressortierende staatliche Archivverwaltung ein Grußwort sprechen wird, erfreuliche Neuigkeiten aus der Landeshauptstadt mit. Zuerst einmal herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Sieber, dass Sie Zeit gefunden haben, an der Eröffnung des Kolloquiums teilzunehmen. Sie zeigen uns damit Ihre und die Verbundenheit des Ministeriums mit der Archivverwaltung, was uns wiederum zusätzlich motiviert, neben den Kernaufgaben der Bewertung, der Übernahme, der Verwahrung, der Erschließung und Zugänglichmachung von Archivgut, uns auch weiterhin im Bereich der wissenschaftlichen Vermittlung und der historischen Bildungsarbeit zu engagieren.

Ebenso herzlich begrüße ich als Vertreter der République Française Monsieur Jean Bouvier d'Yvoire vom Bureau de Coopération Universitaire Heidelberg, der den französischen Generalkonsul Etienne vertritt und für den dritten Kooperationspartner im Bunde, das Institut Français in Freiburg, ein Grußwort sprechen wird. Ähnlich wie das Staatsarchiv ist das Institut Français unmittelbares Kind der französischen Besatzungszone und des von der Besatzungsmacht installierten Landes Baden. Auch dem Institut unter seinem rührigen Leiter Michel Mercier sowie Martine Chantrelle an dieser Stelle mein herzlicher Dank. Dank auch der Landesarchivdirektion, an ihrer

Spitze Herrn Präsidenten Professor Dr. Schöntag, die nicht nur die Idee eines Freiburger Kolloquiums aufnahm, sondern auch aus ihrem Etat die entsprechenden Mittel zur Realisierung dieses Unternehmens beisteuerte.

Oben sprach ich von der doppelten Perspektive, unter der wir die deutsch-französische Zusammenarbeit am Oberrhein behandeln wollen. Die erste war eine historische, deren wesentlichen Ergebnisse auf den bereits in den staatlichen Archiven verwahrten und in der Regel allgemein zugänglichen archivischen Unterlagen beruhen. Im zweiten Teil des Kolloquiums wenden wir uns fast aktuellen politischen Entwicklungen zu, Dingen also, die man mit Archiven nicht zwangsläufig in Verbindung bringt. Aber, auch aktuelle Politik wird Geschichte, und die schriftlichen Unterlagen, die politische, soziale, ökonomische und kulturelle Prozesse einleiten, begleiten, verändern, überwachen und kontrollieren, sind potentielles Archivgut, das – nach Bewertung durch den Archivar und mit der nötigen zeitlichen Distanz – auch im Staatsarchiv Freiburg seinen Platz finden und dort der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehen wird. Die Einführung von Französisch in der Grundschule in den Landkreisen entlang des Rheins, oder die von der Oberrheinkonferenz getragenen Projekte zur grenzüberschreitenden Wirtschaftsförderung, der verkehrlichen Infrastruktur oder der kulturellen Zusammenarbeit, all dies wird in den Überlieferungen der Behörden des Regierungsbezirks Freiburg dokumentiert und wird die Basis für künftige Forschungen zu den deutsch-französischen Beziehungen am Oberrhein an der Wende zum dritten Jahrtausend bilden.

Vor den Grußworten ist es mir ein besonderes Anliegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsarchivs Freiburg zu danken, die mit großem Engagement die wichtige und notwendige Arbeit hinter den Kulissen getan haben. Namentlich und in erster Linie möchte ich dabei Judith Zimmermann sowie Peter Böcherer und Dr. Martin Stingl nennen, die alle geistigen Höhen- aber auch Tiefflüge Ihres Chefs bei der Vorbereitung des Kolloquiums mit der notwendigen Gelassenheit ertrugen und zielstrebig und effizient an seinem Gelingen arbeiteten.

Vorliegende Publikation enthält die Referate des am 11. und 12. April 2002 an der Universität Freiburg abgehaltenen, vom Staatsarchiv Freiburg, dem Frankreich-Zentrum der Universität und dem Institut Français Freiburg gemeinsam veranstalteten Kolloquiums *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945 – 2000*. Für die Bereitschaft, die Vorträge in den Werkheften der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg abzu drucken, sei der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg ausdrücklich gedankt.



# Landesregierungen und französische Besatzungsmacht Aus den Kabinettsprotokollen von Baden und Württemberg-Hohenzollern\*

Von FRANK RABERG

## Einleitung

Die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart hat den Verfasser im Jahre 1999 damit beauftragt, die *Kabinettsprotokolle*<sup>1</sup> der drei südwestdeutschen *Nachkriegsregierungen* – in Württemberg-Baden, in Baden und in Württemberg-Hohenzollern – in einer wissenschaftlich kommentierten Edition der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit soll auf der Grundlage bisher nur sehr punktuell in der Forschung berücksichtigter Quellen die Möglichkeit zum Einblick in die Regierungsarbeit der Vorgängerlande des 1952 geschaffenen Südweststaats Baden-Württemberg eröffnet und damit ein Beitrag primär zur Erforschung der politisch-administrativen Geschichte Südwestdeutschlands in der Nachkriegszeit geleistet werden.

Das Thema seines Symposiumsbeitrags – Einblick in die Kabinettsprotokolle der beiden in der französischen Besatzungszone gelegenen Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern – zwingt den Verfasser zu einer zeitlichen und thematischen Spezifizierung, um in dem zur Verfügung stehenden Textumfang ihm wesentlich erscheinende Aspekte zu beleuchten. Naheliegender ist angesichts der bemerkenswerten Unterschiede beim im Herbst 1945 erfolgenden *Start* der beiden *Keimzellen* der späteren Landesregierungen in Freiburg im Breisgau und in Tübingen, Ursachen, Begleitumstände und konkrete Folgen für die Regierungsarbeit darzustellen. Dabei steht der Aspekt

---

\* Für die schriftliche Fassung wurden zusätzliche Aspekte des seinerzeit frei gehaltenen Vortrags eingearbeitet.

<sup>1</sup> Hier in Anführungszeichen um anzumerken, dass keiner der drei Staaten diesen Terminus je verwendete. Die offiziellen Bezeichnungen lauteten (im wesentlichen, denn Abweichungen gab es immer wieder) 1. für Baden: Niederschriften über die Sitzung der Landesverwaltung (im November 1946 heißt es für mehrere Sitzungen sogar: der Landesversammlung!), nach der Bildung des Staatssekretariats unter Leo Wohleb im Dezember 1946 Protokolle der Sitzungen der Landesregierung; 2. für Württemberg-Baden: Protokolle der Sitzungen des Staatsministeriums; 3. für Württemberg-Hohenzollern: Niederschriften über die Sitzung der Landesdirektoren/des Direktoriums, seit der Bildung der ersten verfassungsmäßigen Regierung im Juli 1947 Niederschriften über die Sitzungen des Staatsministeriums.

des Statuts im Vordergrund. Württemberg-Hohenzollerns Staatssekretariat verfügte frühzeitig über ein von der Militärregierung gebilligtes Statut (und eine Geschäftsordnung), während Baden in der entscheidenden Zeit zwischen Oktober 1945 und November/Dezember 1946 über nichts Vergleichbares verfügte, weil die Militärregierung das Streben nach einem Statut beharrlich ignorierte. Gebhard Müller hat dies, allerdings bezogen auf die vorkonstitutionellen Verhältnisse in Württemberg-Hohenzollern, treffend als *Regieren aus dem Sattel* bezeichnet.

Ebenso nahe liegend erscheint es, aufgrund des hohen Krisenpotentials dieses Bereichs in der Interaktion zwischen deutschen Regierungen und französischer Militärregierung, die Lage der Versorgung, insbesondere Landwirtschaft und Ernährung, in der unmittelbaren Nachkriegszeit und ihre Behandlung in den Kabinettsprotokollen näher zu untersuchen. Nahrungsmittel standen unter Bewirtschaftung und mussten zunächst auf Geheiß der Besatzungsmacht sorgfältig erfasst werden, um im Anschluss daran zugeteilt werden zu können. In Zeiten teilweise existentieller Not musste die Lebensmittelfrage Reibungen erzeugen und Probleme aufwerfen, vor deren Hintergrund die Beziehung zwischen Militärregierung und deutscher »Regierung« in recht klarer Form zum Ausdruck kommen. Daneben wird den vergeblichen Versuchen der provisorischen Regierungen in Tübingen und Freiburg, eine Landwirtschaftskammer ins Leben zu rufen, nachgegangen.

Die Geschichte der in der französischen Besatzungszone gelegenen Länder (Süd-)Baden<sup>2</sup> und Württemberg-Hohenzollern wäre anders verlaufen, wenn die französische Besatzungsmacht analog dem Vorgehen der US-Besatzungsmacht im Falle der Bildung Württemberg-Badens die beiden südlichen Teile Badens und Württembergs (unter Einschluss der Hohenzollerischen Lande) zu einem Land vereinigt hätte. Stattdessen erfolgte die Bildung zweier territorial relativ kleiner Gebietseinheiten, die sich endgültig am 18. Mai 1947 (durch die Annahme von Verfassungen im Wege der Volksabstimmung und die Wahl von Landtagen) als Staaten konstituierten. Das Land Baden (64 % des alten Landes Baden) umfasste ein Gebiet von 9955 Quadratkilometern mit (in der Zeit zwischen 1946 und 1950) ca. 1,1 bis 1,3 Millionen Einwohnern,<sup>3</sup> das Land Württemberg-Hohenzollern umfasste ein Gebiet von 10 092 Quadratkilometern mit ca. 1,1 Millionen Einwohnern.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Der Terminus »(Süd-)Baden« wird nur hier verwendet. Das Land Baden in der französischen Besatzungszone hat das einschränkende »(Süd-)« offiziell nie eingeführt, obwohl es sachlich geboten gewesen wäre.

<sup>3</sup> Klaus-Jürgen *Matz*: Baden. In: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. [377]–380, hier [S. 377]

<sup>4</sup> Klaus-Jürgen *Matz*: Württemberg-Hohenzollern. In: Benz (wie Anm. 3) S. 430 f.

## Ein Staatssekretariat mit Statut

Die Anfänge der Verwaltungskopfstelle in Tübingen, die im Oktober 1945 als »Staatssekretariat« eingerichtet wurde, standen zunächst unter einem deutlich günstigeren Stern als jene der Landesverwaltung in Freiburg. Dies hing insbesondere damit zusammen, dass zumindest der Versuch unternommen wurde, nach der Zerteilung Württembergs durch die Bildung eines Landesdelegiertensystems die Verwaltungseinheit zwischen Nord- und Südwürttemberg aufrecht zu erhalten.<sup>5</sup> Zwar war die französische Besatzungsmacht im Juli 1945 gezwungen, ihre Brückenköpfe Stuttgart und Karlsruhe zu räumen und in den Süden der jeweiligen alten Länder Baden und Württemberg zurückzuweichen. Doch unterbreiteten die verantwortlichen französischen Offiziere Niel und Andrieu den Vorschlag, jede der am 13. Juni 1945 in Stuttgart für Württemberg gebildeten Landesdirektionen könne einen Delegierten in die französische Zone entsenden, um in enger Fühlungnahme mit Stuttgart den Verwaltungsaufbau in Südwürttemberg und Hohenzollern ins Werk zu setzen. Der Landesdirektor für Justiz, Josef Beyerle, sprach damals von der *kleinen Regierung in Tübingen*, und der erste deutsche »Offizielle« der davon etwas wusste, war Carlo Schmid, der am 13. Juni 1945 eingesetzte Landesdirektor für Kultus, Erziehung, Unterricht und Kunst. Im August 1945 erteilte die französische Militärregierung in Freudenstadt ihre Zustimmung zu den von den Stuttgarter Landesdirektoren ausgewählten Landesdelegierten. Als Delegierter von Josef Beyerle (Landesdirektion der Justiz) wirkte Dr. Gebhard Müller im französisch besetzten Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, als Delegierter von Fritz Ulrich (Landesdirektion des Innern) Lothar Rossmann, als Delegierter von Dr. Franz Weiß (Landesdirektion für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung) und von Siegfried von Wächter (Landesdirektion der Wirtschaft) Gustav Kilpper, als Delegierter von Dr. Carlo Schmid (Landesdirektion für Kultus, Unterricht und Kunst) Hermann Binder.

Die Existenz des Landesdelegiertensystems war nur von kurzer Dauer. Nachdem am 19. September 1945 durch Proklamation Nr. 2 von General Eisenhower der Staat Württemberg-Baden (aus den nördlichen Teilen der alten Länder Baden und Württemberg) und damit staatsrechtlich ein weitreichendes Faktum geschaffen worden war, sah sich die französische Militärregierung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen aufgerufen. Als Reaktion auf die Bildung und Vereidigung der vorläufigen Regierung des Landes Württemberg-Baden installierte die französische Militärregierung in Tübingen am

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu Frank Raberg: *Vielleicht wird ein Höherer unsere Arbeit segnen*. Josef Beyerle und die politische Neuordnung in Württemberg 1945, [S. 313]–361; Gerd Friedrich Nüske: Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Deutschland. In: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte (= ZHG) 18 (1982) [S. 179]–278.

gleichen Tage (24. September 1945) eine Landesverwaltung, die neben den bisher tätigen vier Landesdelegationen zwei weitere ins Leben rief, nämlich für Post (unter Leitung des späteren Präsidenten der Oberpostdirektion Tübingen, Edwin Hofer) und für Ernährung (unter Leitung des späteren Leiters des Landesernährungsamts Württemberg-Hohenzollern in Tübingen, Ernst Fischer). Alle Ressortleiter trugen fortan den Titel »Landesdirektor«, waren also ihren bisherigen Stuttgarter »Vorgesetzten« formal gleichgestellt. Mit Errichtung der Landesdirektion der Ernährung war in den Kompetenzbereich des bisherigen Landesdelegierten Gustav Kilpper eingegriffen worden, der für Wirtschaft und Landwirtschaft zuständig blieb.

Am 16. Oktober 1945 schließlich wurde in Tübingen unter dem Vorsitz von Carlo Schmid eine deutsche Verwaltungskopfstelle ins Leben gerufen, die sich »Staatssekretariat« nannte. Bewusst wurden Begriffe wie »Regierung« oder »Ministerium« vermieden, um einerseits die Inferiorität des Administrativkollegiums gegenüber der »wahren« württembergischen Regierung in Stuttgart herauszustellen, andererseits aber auch auf ihre Vorläufigkeit hinzuweisen. Das in lakonischer Kürze gehaltene Protokoll der ersten Sitzung, deren eigentümliche Begleitumstände darin unberücksichtigt blieben, sei an dieser Stelle wiedergegeben:

*Das neuerrichtete »Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns« hat am 16. Oktober 1945 in Tübingen in Anwesenheit des Obersten Beauftragten für Württemberg, Herrn Gouverneur Widmer,<sup>6</sup> und des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Maier seine Amtsgeschäfte aufgenommen.<sup>7</sup> Dieses Staatssekretariat wird für die in Stuttgart am-*

<sup>6</sup> Guillaume Widmer (1906–1968), während des Zweiten Weltkriegs beim interalliierten Generalstab in Algier, zuletzt mit Verwaltungsaufgaben im befreiten Frankreich betraut, 1945–1952 Gouverneur der französischen Militärregierung von Württemberg-Hohenzollern in Tübingen. Nach seiner Abberufung aus Tübingen war Widmer 1952–1954 Directeur de la mission d'études des französischen Hochkommissars für Deutschland, 1954–1958 Kabinettschef im französischen Verteidigungsministerium in Paris, 1959 Kabinettsdirektor des Präsidenten der Nationalversammlung, 1961 Kabinettsdirektor im Armeeministerium und zuletzt seit 1962 Generaldirektor der Société de gestion immobilière pour les Armées.

<sup>7</sup> Die Einsetzung des Staatssekretariats, die unter rechtlichem Gesichtspunkt keine war, fand nachmittags um vier Uhr im Schwurgerichtssaal des Tübinger Justizgebäudes statt, wo die französische Militärregierung ihren Sitz hatte. Ein diese Einsetzung schilderndes Protokoll scheint zwar angefertigt worden zu sein, sein Verbleib war aber trotz eingehender Recherchen, so auch in den Archives de l'Occupation in Colmar, nicht zu ermitteln. Nach Carlo Schmid war neben Widmer außerdem als weiterer hoher Besatzungs-offizier der Chef der Section Juridique in Tübingen, Capitaine Jean Ebert, bei der Einsetzung anwesend. Vgl.: Carlo Schmid: Württemberg-Hohenzollern, Land des Zufalls... In: Republik im Stauerland. Baden-Württemberg nach 25 Jahren. Hg. von Theodor Eschenburg und Ulrich Frank-Planitz, Stuttgart 1977, S. 37–48, hier S. 47. In diesem Beitrag hat Schmid zugleich die ausführlichste Schilderung der Einsetzung des Staatssekretariats geliefert. Demnach habe Widmer nach der Begrüßung den Zweck der Sitzung erläutert, die Namen der Landesdirektoren verlesen und die Anwesenheit Maiers als ei-



*tierende Württembergische Landesregierung die Staatsgewalt in dem französisch besetzten Teil Württembergs ausüben, das trotz der aus militärischen Gründen erfolgten Aufteilung in zwei Besatzungszonen in vollem Umfang eine staatliche Einheit bleibt. Aus technischen Gründen ist diesem Gebiet das Land Hohenzollern verwaltungsmäßig angeschlossen worden.<sup>8</sup>*

*Das Staatssekretariat gliedert sich in sechs Landesdirektionen, nämlich:*

*Die Landesdirektion für Justiz*

*Leiter: Landesdirektor Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid<sup>9</sup>*

*die Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst*

*Leiter: Landesdirektor Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid*

*die Landesdirektion des Innern*

*Leiter: Landesdirektor Lothar Rossmann*

*die Landesdirektion der Wirtschaft*

*Leiter: Landesdirektor Dr. Gustav Kilpper*

---

nen acte de courtoisie seitens der Tübinger Militärregierung bezeichnet. Danach stellte Schmid den Antrag, den anwesenden deutschen Herren, die sich im Einverständnis mit dem ebenfalls anwesenden Ministerpräsidenten von Württemberg [zu ergänzen: Baden] bereit erklärt hätten, für die Verwaltung des Landes Württemberg-Hohenzollern die Verantwortung zu übernehmen, die hierfür erforderliche Genehmigung der Militärregierung zu erteilen. Darauf habe Ebert beantragt, Schmid's Antrag zu Protokoll zu nehmen, was der Gouverneur genehmigte; ... *der Gerichtsoffizier erhob sich ein zweites Mal und stellte den Antrag (»Je requiers de prendre acte ...«), auch dies zu Protokoll zu nehmen. Daraufhin hob der Gouverneur die Sitzung auf. Man verließ – ohne vertrauliches Händeschütteln, in der protokollarisch gebotenen Reihenfolge: zuerst die Prokonsuln, dann die landeseigenen Notabeln – den Raum, und wir Landesdirektoren gingen mit Reinhold Maier zum Essen zu mir nach Hause. Damit war die deutsche Zentralverwaltung für die französische Besatzungszone Württemberg-Hohenzollern entstanden.*

<sup>8</sup> Die verwaltungsmäßige Angliederung des bayerischen Kreises Lindau als Verbindung zwischen der französischen Besatzungszone in Deutschland und Österreich wurde hier nicht angesprochen, ebenso wenig im Statut des Staatssekretariats vom 30. Oktober 1945.

<sup>9</sup> Schmid hatte bei der französischen Militärregierung in Tübingen darum gebeten, den Titel Staatsrat, den er als Mitglied des Staatsministeriums Württemberg-Baden trug, als Dienstbezeichnung auch in Württemberg-Hohenzollern führen zu dürfen. Siehe Gerd Friedrich *Nüske*: Neubeginn von oben. In: Max *Gögler* und Gregor *Richter*, in Verbindung mit Gebhard *Müller*: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellung und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 84. Schmid war im Juni 1945 von der Universität Tübingen der Titel eines ao. Professors verliehen worden. Die Berufung zum o. Professor für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Tübingen erfolgte im April 1946. Schmid führte den Professorentitel konsequent: Nachdem das Statut des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns erschienen war, fügte Schmid bei den unterzeichnenden Landesdirektoren bei seinem Namen (Dr. Karl Schmid) den Prof. nachträglich noch handschriftlich hinzu, vgl. das Faksimile des Statuts im vorderen Einband bei *Gögler/Richter* (s. o.).

*die Landesdirektion der Finanzen*

*Leiter: Landesdirektor Dr. Paul Binder*

*die Landesdirektion für Arbeit*

*Leiter: Landesdirektor Clemens Moser (bisheriger Regierungspräsident von Hohenzollern<sup>10</sup>).*

*Die Landesdirektoren bilden das Direktorium des Staatssekretariats, das der Träger seiner gesamten Befugnisse ist. Das Direktorium wählt aus seiner Mitte für die Dauer von drei Monaten seinen geschäftsführenden Vorsitzenden. In der Sitzung vom 16. Oktober 1945 wurde Landesdirektor Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid als geschäftsführender Vorsitzender gewählt. Sein Stellvertreter ist der Landesdirektor des Innern, Lothar Rossmann. Sämtliche Amtsstellen der französisch besetzten Zone Württembergs und Hohenzollerns unterstehen dem Staatssekretariat, das seine Zuständigkeiten in enger Verbindung mit der Württembergischen Landesregierung ausübt.<sup>11</sup>*

*In dem dem Staatssekretariat unterstehenden Gebiet gelten folgende Rechtsvorschriften:*

*Die Gesetze des Kontrollrats,*

*die Gesetze der französischen Militärregierung,*

*die Reichs- und Landesgesetze, soweit sie nicht durch ein Gesetz des Kontrollrats oder der französischen Militärregierung einzeln oder im Wege einer Generalklausel außer Kraft gesetzt sind,<sup>12</sup>*

*die von dem Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns erlassenen Rechtsvorschriften.<sup>13</sup>*

Von den bisher amtierenden Landesdirektoren wurden nur Rossmann und Kilpper übernommen. Die Landesdirektoren bildeten das Direktorium. Desse Vorsitzender war – zunächst auf die Dauer von drei Monaten – Carlo Schmid, sein Stellvertreter Lothar Rossmann. Diese personelle Konstellation hatte Bestand bis zur Neubildung des Direktoriums im Dezember 1946.

<sup>10</sup> Moser wurde, nachdem er am 15. Mai 1945 zum Landrat in Hechingen ernannt worden war, am 30. Mai 1945 von den Franzosen in das Amt eines Präsidenten von Hohenzollern eingesetzt, was zweifellos eine Anerkennung der staatlichen Sonderstellung Hohenzollerns bedeutete.

<sup>11</sup> So wörtlich auch in der Stuttgarter Zeitung Nr. 10, 20. Oktober 1945, S. 1. Ministerpräsident Maier fasste diese enge Verbindung in der Weise auf, dass u. a. die Post über das Staatsministerium in Stuttgart gesammelt und nach Tübingen und hierher zurück gehen sollte. *Die Erlasse werden im allgemeinen gleichlautend nur mit verschiedener Unterschrift in Erscheinung treten.* Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Staatsministeriums Württemberg-Baden am 17. Oktober 1945.

<sup>12</sup> Vgl. zur rechtlichen Situation die Einleitung.

<sup>13</sup> Das Protokoll ist – zum ersten und einzigen Mal – von allen fünf Landesdirektoren unterzeichnet. Vgl. StAs Wü 2 T 2.

Am 30. Oktober 1945 beschlossen die Landesdirektoren das von Carlo Schmid verfasste *Statut des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns*, das nach Genehmigung durch die Militärregierung sogleich in Kraft trat.<sup>14</sup> Das Statut regelte den territorialen Aktionsradius des Staatssekretariats (Art. I), das in eigener Verantwortung für einheitliches Recht und einheitliche Verwaltungsmaßnahmen in beiden Teilen Württembergs arbeitete, wo nicht zwingende Gründe dem entgegenstehen (Art. II), legte die Gliederung des Staatssekretariats in sechs Landesdirektionen fest (Art. III) und definierte die Befugnisse des Direktoriums, dem alle Landesdirektoren angehörten (Art. IV). Hervorgehoben wurde die Befugnis zum Erlassen und Abändern von Rechtsvorschriften (Art. V) und abschließend die Erarbeitung einer Geschäftsordnung des Direktoriums in Aussicht gestellt (Art. VI).

Gemäß der allerdings erst im Februar 1946 in Kraft getretenen Geschäftsordnung des Staatssekretariats,<sup>15</sup> welche die Arbeit der vorläufigen Regierung nach innen regelte, besaß der Vorsitzende im Direktorium insofern eine herausgehobene Stellung, als seine Stimme bei Stimmgleichheit entschied (§ 5).<sup>16</sup> Ihm war das Direktorialamt zur Führung der Geschäfte unmittelbar unterstellt (§ 7). Das Direktorialamt war federführend in allen Fragen, die, über den Bereich der einzelnen Landesdirektionen hinausgehend, das Staatssekretariat als solches betreffen. In der Regel trafen sich die Landesdirektoren zweimal wöchentlich zu den ordentlichen Sitzungen, außerordentliche Sitzungen konnten vom Vorsitzenden des Staatssekretariats aufgrund der Geschäftslage einberufen werden (§ 1). Die Tagesordnung stellte der Vorsitzende nach den von den jeweiligen Landesdirektoren einlaufenden Gegenständen nach Dringlichkeit zusammen (§ 2).

Mit dem Statut des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns stellte die provisorische Regierung in Tübingen ihre Tätigkeit zwei Wochen nach ihrer Bildung auf eine zumindest geschäftsmäßige Grundlage. Einen vergleichbaren Vorgang in Freiburg finden wir nicht.

## Eine Landesverwaltung ohne Statut

Die Anfänge der Landesverwaltung Baden, französisches Besatzungsgebiet<sup>17</sup> gestalteten sich vergleichsweise erheblich schwieriger. Im nordbadi-

---

<sup>14</sup> Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns Nr. 1 (1945) S. 2.

<sup>15</sup> Ebd. Nr. 2 (1946) S. 5 ff.

<sup>16</sup> Gewöhnlich wurden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

<sup>17</sup> So firmiert sie seit der ersten Sitzungsniederschrift vom 1. Dezember 1945 über die Sitzung vom 22. November 1945. In der am 14. Januar 1946 angefertigten Niederschrift über die Sitzung vom 11. Januar 1946 heißt es: *Der Präsident der Landesverwaltung Ba-*

schen Raum wurden im Mai/Juni 1945 deutsche Verwaltungskopfstellen ins Leben gerufen, die ihre Sitze in Mannheim bzw. in Karlsruhe hatten.<sup>18</sup> Während die deutsche Regionalverwaltung in Mannheim von der US-Besatzungsmacht installiert worden war, trugen die Franzosen im von ihnen besetzten Karlsruhe Sorge für die Bildung eines mit geringen Kompetenzen ausgestatteten Verwaltungsgremiums. Schon am 13. Mai 1945 war der ehemalige Ministerialrat im Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium Dr. Alfred Bund<sup>19</sup> vom Commandant du district du Bade, Brigadegeneral Morlière, mit dem Aufbau und der Leitung einer neuen Finanzverwaltung beauftragt worden. Neben dem Ressort Finanzen erhielten in den Wochen darauf auch die Ressorts Justiz (Ludwig Ganter, bisher Oberlandesgerichtsrat, später Präsident des Landgerichts Karlsruhe), Inneres (Adolf Schwarz, bis 1933 Ministerialrat im Badischen Ministerium des Innern; nach dessen Selbstmord Paul M. Haußer, bis 1933 Polizeipräsident in Karlsruhe) und Unterricht (Oberstudiendirektor Karl Ott, bis 1933 Direktor des Goethe-Realgymnasiums in Karlsruhe) neue Leiter, die im Juli die Amtsbezeichnung *Ministerialdirektor* erhielten. Jeder der Ministerialdirektoren war der Militärregierung für seinen Bereich verantwortlich.

Nachdem im Juli 1945 die Bildung dieses *Rats der Ministerialdirektoren* strukturell und personell zu einem gewissen Abschluss gekommen war, wurde ihre Tätigkeit dadurch erschwert und für einige Monate sogar unmöglich gemacht, dass die Franzosen Karlsruhe (wie auch Stuttgart) räumen und den Amerikanern überlassen mussten und sich in den Süden der Länder Baden und Württemberg zurückzogen. Die Franzosen bildeten für Südbaden eine Militärregierung mit Sitz in Freiburg/Breisgau. Aufgrund von Unterbringungsproblemen in der stark zerstörten Stadt konnten die Ministerialdirektoren erst mit mehreren Monaten Verspätung dorthin umziehen.<sup>20</sup> Bis dahin waren sie nicht nur nominell für das französisch besetzte Baden zuständig, sondern auf Bitten des Chefs des Regional Military Government in Karlsruhe, Oberst George V. Sottong, auch für das US-amerikanisch besetzte Nordbaden. Erst die Bildung der nordbadischen Landesbezirksverwaltung unter Leitung von Dr. Heinrich Köhler am 10. September 1945 beendete diesen Zustand.

---

*den – Franz. Bes. Gebiet*, bei der nächsten Niederschrift kehrt man wieder zur *Landesverwaltung Baden – französisches Besatzungsgebiet* zurück, um für die Sitzung vom 24. Januar 1946 (Niederschrift vom 28. Januar 1946) zum Terminus *Präsidium der Landesverwaltung – Franz. Besatzungsgebiet* zu finden. Vgl. Staatsarchiv Freiburg (= StAF) C 15/1 Nr. 654.

<sup>18</sup> Günther *Haselier*: Die Bildung des Landes Württemberg-Baden. In: *Oberrheinische Studien II. Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Karlsruhe 1973, S. [243]–284.

<sup>19</sup> Vgl. zur Biographie Bunds (1882–1975) *Baden-Württembergische Biographien II* (1999) S. 80 f.

<sup>20</sup> *Haselier* (wie Anm. 18) S. 259.

Es dauerte bis zum 22. November 1945, ehe die Ministerialdirektoren in Freiburg erstmals zu einer Sitzung zusammentreten konnten. Zu Beginn des ersten von der Militärregierung offiziell genehmigten Treffens der Ministerialdirektoren stellte Ministerialdirektor Dr. Alfred Bund fest, dass infolge der politischen Ereignisse der letzten Monate seit der Verlagerung der französischen Militärregierung von Karlsruhe nach Freiburg jetzt erstmals eine nahezu vollzählige von der Militärregierung mit Schreiben vom 2. August 1945 Nr. 2736/305 ADM gestattete Besprechung unter den Leitern der einzelnen Staatsverwaltungszweige erfolgen kann. Das Protokoll dokumentiert den Charakter der Sitzung als erste Aussprache über die wichtigsten Grundzüge der Verwaltung nach monatelangem Schweigen. Von der »Kernmannschaft« aus Karlsruhe waren Bund, Haußer und Ott übrig geblieben. Die Franzosen erweiterten den Kreis der »unpolitischen« und sich bisher ausschließlich aus »bürgerlich-konservativen Beamten« zusammensetzenden Landesverwaltung.<sup>21</sup> Neben den Ministerialdirektoren zählten prinzipiell auch der Präsident des Oberlandesgerichts in Freiburg (Dr. Paul Zürcher als Nachfolger des in Karlsruhe verbliebenen Ludwig Ganter),<sup>22</sup> der Präsident des Landesernährungsamts (Friedrich Hofmann, auch Hoffmann, seit Januar 1946 Hermann Behrens), der Leiter der Oberpostdirektion (Tanner) und der Präsident der Reichsbahn (Dr. Roser) zum Kollegium der Landesverwaltung. Sie erweiterte sich im neuen Jahr 1946 durch das von der Freiburger Militärregierung gewünschte Hinzutreten von Parteipolitikern wie dem Sozialdemokraten Dr. Friedrich Leibbrandt (erstmal am 24. Januar 1946 bei einer Sitzung anwesend und für das Ressort Wirtschaft zuständig), Philipp Martzloff (erstmal am 20. Februar 1946 bei einer Sitzung anwesend und für das Ressort Arbeit zuständig)<sup>23</sup> und Carl Diez (erstmal am 6. März 1946 bei einer Sitzung anwesend und für das Ressort Landwirtschaft und Ernährung zuständig). Nicht zum Ministerialdirektor, sondern mit Wirkung vom 10. April 1946 di-

---

<sup>21</sup> Klaus-Jürgen *Matz*: Baden. In: *Der Weg zum Südweststaat*. Bearb. und red. von Jörg *Thierfelder* und Uwe *Uffelmann*: *Der Weg zum Südweststaat*. Karlsruhe 1991, S. 38–54, hier S. 38.

<sup>22</sup> Rundschreiben über die Errichtung der Dienststelle des Chefs der deutschen Justizverwaltung in der französischen Zone Badens in Freiburg i. Br., Holzmarkt 2, vom 12. Oktober 1945. In: *Amtsblatt der Landesverwaltung Baden – Französisches Besatzungsgebiet* – 1. Jg. Nr. 1, 26. April 1946, S. 2. Aus diesem Rundschreiben ging hervor, dass die Militärregierung mit Wirkung vom 25. September 1945 den bisherigen Amtsgerichtsrat beim Amtsgericht Freiburg i. Br., Dr. Paul Zürcher, zum vorläufigen Chef der deutschen Justizverwaltung im französisch besetzten Baden ernannt hatten. Seine Behörde war von der bisherigen Präsidialabteilung des Oberlandesgerichts Karlsruhe völlig unabhängig. Anordnungen dieser Stelle in der französischen Zone Badens waren daher nicht mehr Folge zu geben. Die von *Matz*: Baden (wie Anm. 21) S. 53, festgestellten Unstimmigkeiten hinsichtlich des Ernennungstermins Zürchers dürften angesichts dieses amtlichen Schreibens erledigt sein.

<sup>23</sup> Die Geschäftsbereiche Wirtschaft und Arbeit wurden aus dem Bereich des Finanzressorts ausgegliedert.

rekt von der Militärregierung zum Staatsrat wurde der kommunistische Politiker Erwin Eckert ernannt. Er nahm am 17. April 1946 erstmals an einer Sitzung der Landesverwaltung teil. Bei dieser Gelegenheit wurden die Aufgaben Eckerts, der keinen abgegrenzten Geschäftsbereich verwaltete, sondern verschiedene Aufgaben erfüllen sollte, näher definiert. Eckert, dessen Berufung die parteipolitische Zusammensetzung der Landesverwaltung komplettierte,<sup>24</sup> war zunächst die Beschleunigung und Intensivierung der politischen Reinigung übertragen, insbesondere die Überprüfung der Untersuchungsausschüsse und der Reinigungskommission im Hinblick auf ihre Zusammensetzung, ihre Arbeitsweise und die bisherigen Ergebnisse ihrer Tätigkeit.<sup>25</sup>

Eckert hatte damit im Wesentlichen die gleichen Funktionen wahrzunehmen wie im benachbarten Württemberg-Hohenzollern der SPD-Politiker Otto Künzel, der wenige Tage nach ihm, am 16. April 1946 (im Range eines Ministerialrats bei der Landesdirektion des Innern), zum Staatskommissar für die politische Säuberung ernannt werden sollte. Freilich war Künzel anders als Eckert nicht Mitglied der provisorischen Regierung.

Nach den Wahlen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene stand in Baden wie in den anderen Ländern der französischen Besatzungszone ein weiterer »Häutungsprozess« in der Geschichte südwestdeutscher Regierungen bevor. Auf der letzten Sitzung der Landesverwaltung am 28. November 1946 kam wiederholt zum Ausdruck, man wolle weder bei Beamtenernennungen noch im Falle mehrerer eingelaufener Entschließungen seitens der Kreisversammlungen und politischen Parteien in Erörterungen eintreten, um der Provisorischen Regierung, deren Bildung bevorsteht, nicht vorzugreifen. Der französische Délégué Supérieur von Baden, Pierre Pène, bestimmte nach dem Rücktritt der bisherigen Landesverwaltung am 3. Dezember 1946 eine neue provisorische Regierung mit der Bezeichnung Staatssekretariat. Unter dem Vorsitz des bisherigen Präsidenten der Beratenden Landesversammlung, Leo Wohleb, nahm die aus sechs Staatssekretären und vier Staatskommissären bestehende provisorische Regierung ihre Arbeit auf.<sup>26</sup> Der Zuschnitt dieser provisorischen Regierung unterschied sich erheblich gegenüber jenem der provisorischen Regierung in Württemberg-Hohenzollern. In Tübingen gab es keine Staatskommissäre. In Freiburg waren die Ressorts Wirtschaft und Arbeit zusammengefasst, in Tübingen wurden sie getrennt verwaltet. Dafür

<sup>24</sup> In Württemberg-Hohenzollern ist weder in dieser frühen Zeit noch später seitens der Militärregierung versucht worden, Parteienvertreter im Staatssekretariat zu installieren. Die im Dezember 1946 durchgeführte Umbildung des Staatssekretariats durch eine stärkere Beteiligung der CDU und Hereinnahme eines DVP-Politikers (Eberhard Wildermuth als Staatssekretär für Wirtschaft) entsprang diesbezüglichen Vorstellungen der Parteien auf der Grundlage des Ergebnisses der am 17. November 1946 erfolgten ersten landesweiten Wahlen zur Beratenden Landesversammlung.

<sup>25</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 17. April 1946. In: StAF C 15/1 Nr. 654.

<sup>26</sup> Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Baden, 3. Sitzung, 3. Dezember 1946, S. 2.

war in Freiburg das Ressort Landwirtschaft und Ernährung geteilt (wurde aber in der ab 6. August 1947 amtierenden Regierung Wohleb wieder zusammengelegt). Staatsrat Eckert verlor die Kompetenz für den Bereich Entnazifizierung und wurde zuständig für Wiederaufbau. Ein Staatssekretär für Justiz wurde in Freiburg erst am 2. April 1947 mit dem parteilosen Richard Streng gefunden, der bis dahin Staatskommissär für Entnazifizierung gewesen war. Gemeinsam war den Freiburger und Tübinger Staatssekretariaten, dass sie nicht von den Beratenden Landesversammlungen gewählt waren und die Parlamente nicht den Rücktritt der Staatssekretariate erzwingen konnten. Die Regierungsgremien waren also keine parlamentarischen Regierungen.

Frühzeitig war im Bestreben, zu einer gewissen Regelmäßigkeit zu gelangen, vereinbart worden, die Besprechungen der Verwaltungs-Chefs jeweils freitags ab 10 Uhr stattfinden zu lassen. Dies ließ sich allerdings zumindest zunächst nicht durchführen; zwischen den Sitzungen vergingen manchmal zehn, manchmal auch nur sechs Tage. Zwischen ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen wurde nicht unterschieden, eine Geschäftsordnung existierte nicht (und war nie in der Diskussion). In der Zeit zwischen dem 20. Dezember 1945 und dem 4. Januar 1946 traf man sich gar nicht. Da sich dann ein etwa einwöchiger Rhythmus einspielte (die Treffen fanden meistens mittwochs statt), ist festzustellen, dass die badische Landesverwaltung erheblich seltener tagte als ihr Pendant in Tübingen, das mindestens zweimal wöchentlich zusammenkam. Im Gegensatz zu Württemberg-Hohenzollern waren die Sitzungsniederschriften zunächst auch nicht nummeriert. Die Niederschriften der Badischen Landesverwaltung sind erst ab dem 12. Juni 1946 durchgehend nummeriert.

Im Gegensatz zu Württemberg-Hohenzollern besaß das französisch besetzte Land Baden nie ein Statut. Im Wesentlichen standen zwei Aspekte einem Statut entgegen.

Erstens beharrte die französische Besatzungsmacht trotz der im Juli 1945 vereinbarten Zoneneinteilung auf ihrem langfristigen Ziel, Nordbaden gegen Südwürttemberg mit Hohenzollern einzutauschen und damit einen einheitlichen, direkt an Frankreichs Grenze sich anschließenden, leicht kontrollierbaren Territorialblock zu schaffen. Aus diesem Grund verzichtete sie lange Zeit bewusst darauf, Baden einen näher bestimmten Status zuzubilligen<sup>27</sup>, weil dies spätere Vereinigungsbestrebungen mit Nordbaden womöglich grundsätzlich erschwert hätte.

Zweitens wählte die Landesverwaltung – wohl im vollen Bewusstsein ihrer faktischen Schwäche und im Bemühen, für das Statut in Politik und Gesellschaft eine breite Grundlage zu schaffen – den Weg einer großflächigen, aber auch langwierigen Konsultation vor allem bei den Vertretern der (damals noch nicht lizenzierten) Parteien, ein Vorgehen, das im völligen Gegen-

---

<sup>27</sup> *Matz*: Baden (wie Anm. 3) S. [377].



satz zu Württemberg-Hohenzollern steht, wo das Staatssekretariat nur kurz über den Statutsentwurf beraten und ihn nach Zustimmung der Militärregierung gleich amtlich publiziert hatte. Dem Staatssekretariat kam dabei wohl nicht zuletzt zugute, dass es in dieser Frage sehr schnell handelte und das Statut zu einem Zeitpunkt in Kraft trat (Anfang November 1945), als in Württemberg-Hohenzollern auch nur vorläufig organisierte Parteien und andere relevante Träger des öffentlichen Lebens noch nicht existierten.

Die Frage des Statuts über die Kompetenzen der Landesverwaltung und deren Abgrenzung gegenüber der Militärregierung gelangte in Baden Anfang des Jahres 1946 auf die Tagesordnung. Erstmals wurde die Forderung nach einem Statut für die badische Landesverwaltung in der Sitzung am 18. Januar 1946<sup>28</sup> erhoben. Nachdem im Zusammenhang mit der Gründung eines »Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes« angeregt worden war, es solle tunlichst mit dem Statut der Landesverwaltung Baden, franz. Besatzungsgebiet beginnen, schloss sich (bezeichnenderweise unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes) eine zwanglose unverbindliche Vorerörterung über ein Statut für die südbadische Landesverwaltung an. Man empfand angesichts der bereits in Württemberg-Baden und Groß-Hessen (US-Besatzungszone) sowie Württemberg-Hohenzollern geltenden Statute eine Dringlichkeit, ein entsprechendes Statut über die Befugnisse der Landesverwaltung Baden zu erarbeiten: Die Notwendigkeit dafür wurde aus Rechtsgründen allgemein bejaht. Ohne allerdings einen förmlichen Beschluss zu fassen, stellte sich Dr. Paul Zürcher zur Verfügung, auf der Grundlage der Vorerörterungen einen Entwurf auszuarbeiten, der in einer der nächsten Sitzungen der Landesverwaltung besprochen werden sollte.<sup>29</sup>

Die Beratung des Entwurfs war der einzige Tagesordnungspunkt der Sitzung vom 13. Februar 1946.<sup>30</sup> Zürcher stellte zunächst fest, dass er den Entwurf bisher nur der Militärregierung in Freiburg zur Kenntnisnahme vorgelegt habe, womit der amtlichen Vorlage des Statuts durch die Landesverwaltung in keiner Weise vorgegriffen sei. Die Notwendigkeit eines Statuts stand bei allen Mitgliedern der Landesverwaltung nicht in Zweifel. Zürchers Entwurf fand im allgemeinen in seinen Grundlagen ihre Billigung: Allgemein anerkannt wurde insbesondere das Bestreben, trotz der gegenwärtigen Trennung des Landes in zwei Besatzungszonen die Einheit von ganz Baden aufrecht zu erhalten und dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit nach jeder Richtung zu wahren. Vor der Vorlage des Statuts sollten Vertreter der Par-

<sup>28</sup> TOP 2 und 3.

<sup>29</sup> Zur führenden Rolle Zürchers im Kampf um das Statut vgl. Paul-Ludwig *Weinacht*: Neugliederungsbestrebungen im deutschen Südwesten und die politischen Parteien (1945–1951). In: *Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein*. Hg. von Hansmartin *Schwarzmaier*. Karlsruhe 1980, S. [331]–354, hier S. 343 f.

<sup>30</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 13. Februar 1946, in: StAF C 15/1 Nr. 654.



teien zu dem Entwurf gehört werden, wobei Zürcher wissen ließ, er habe den Entwurf bereits einigen Herren zur Kenntnis gebracht, so dem Freiburger Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hoffmann und Leo Wohleb (beide BCSV), Dr. Paul Fleig und Prälat Dr. Ernst Föhr (beide Zentrum bzw. später BCSV), Franz Geiler und Fritz Schieler (beide SP) sowie Herrn Gottschalk (DVP). Zürcher war von der Landesverwaltung beauftragt, mit den parteipolitischen Vertretern bezüglich des Statutsentwurfs zu verhandeln. Die Beschlussfassung über das Statut wurde bis zum Ergebnis der Anhörung ausgesetzt.

In der darauf folgenden Woche hatte Zürcher mit Vertretern aller Parteien Rücksprache gehalten.<sup>31</sup> Dabei zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Konsultation der Parteien einer zügigen Beschlussfassung über das Statut nicht eben förderlich war. Zwar konnte Zürcher vermelden, die BCSV-Repräsentanten hätten nicht nur die Idee des Statuts gebilligt, sondern seien auch mit den Einzelvorschriften einverstanden. Hingegen bemängelten die Vertreter der Kommunistischen Partei, der Entwurf lasse selbständige Ministerien für Arbeit und Landwirtschaft vermissen. Daneben versuchten die Kommunisten offenbar, mit einem von ihnen vorgeschlagenen Landesausschuss, der paritätisch zusammengesetzt werden sollte, ein Gegengewicht zur Regierung zu schaffen. Sie forderten, der Landesausschuss müsse *in allen wichtigen Fragen* gehört werden. Wiederum wurde die Beschlussfassung über das Statut zurückgestellt, um die zu erwartende Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Antifa abzuwarten.

Im weiteren Fortgang der Beratung berichtete Ministerialdirektor Martzloff, BCSV, Kommunisten und Demokraten hätten grundsätzlich keine Einwendungen gegen das Statut vorgebracht. Es sei nur Wert darauf gelegt werden, vom Statut der Republik Baden – Franz. Besatzungsgebiet zu sprechen, denn dies drücke am besten den staatsrechtlichen Charakter aus.<sup>32</sup> Da die Anzahl und der Zuschnitt der Ministerien weder jetzt noch für absehbare Zeit feststünden, müsse der Art. 2 des Statuts nunmehr folgende Fassung erhalten:

(1) *Das Staatsministerium besteht aus den Ministerien, deren Zahl und Geschäftskreis durch Gesetz geregelt wird.*

(2) *Dem Staatsministerium können durch Gesetz nach Bedarf Mitglieder mit oder ohne eigenen Geschäftskreis (Staatsräte) mit Sitz und Stimme beigeordnet werden. Die Mitglieder des Staatsministeriums werden durch Mehrheitsbeschluß der nach demokratischen Grundsätzen gewählten Vertreter des bad. Volkes – Franz. Besatzungsgebiet – berufen und entlassen.*<sup>33</sup>

Martzloff nahm mit Satz 2 Bezug auf die gerade zu Beginn des Jahres 1946 erheblichen Veränderungen in der Landesverwaltung, die sich durch seine

<sup>31</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 20. Februar 1946, ebd.

<sup>32</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 27. Februar 1946, ebd.

<sup>33</sup> Dies in Fortführung der entsprechenden Tradition aus der Zeit des freien Volksstaates Baden. Seit 1919 gab es Staatsräte als Minister ohne Portefeuille.

Ernennung zum Ressortleiter für Arbeit und jene seines Parteifreundes Leibbrandt zum Ressortleiter für Wirtschaft – die Berufung von Carl Diez zum Ressortleiter für das Landwirtschafts- und Ernährungswesen stand unmittelbar bevor – vollzogen hatten.

Es vergingen über drei Wochen, ehe wieder über das Statut beraten wurde. In der Sitzung vom 22. März 1946 entschloss sich die Landesverwaltung, die Militärregierung um eindeutige Äußerungen darüber zu ersuchen, welche Sachgebiete mit unmittelbarer Zustimmung der Militärregierung durch die Landesverwaltung geordnet werden dürften und über welche Sachgebiete sich der Kontrollrat die Entscheidung vorbehalten hatte. Diese Klarheit sei für eine erfolgreiche Führung der Verwaltung unbedingt notwendig. In diesem Zusammenhang war nochmals von der grundsätzlichen Bedeutung des Statuts die Rede, das zur Entscheidung bei der Militärregierung vorlag. Diese Entscheidung sollte nunmehr sobald als möglich herbeigeführt werden.

Die dilatorische Behandlung dieser Angelegenheit durch die Freiburger Militärregierung wurde selbst für die gutwilligsten Mitglieder der Landesverwaltung offensichtlich, als auch am 30. April 1946 der Entwurf immer noch ungenehmigt war. Mit Bezug auf die Genehmigung der Herausgabe eines Amtsblattes sollte die Militärregierung gebeten werden, für das neue Organ analog den Formulierungen im Statutsentwurf die Bezeichnung *Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt zugleich Amtsblatt für die Landesverwaltung Baden – Franz. Besatzungsgebiet* – zu genehmigen.<sup>34</sup> Die erste Nummer des *Amtsblatts der Landesverwaltung Baden – Französisches Besatzungsgebiet* erschien am 26. April 1946 ohne Statut.

Aufgrund der unklaren Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ressorts und der damit zusammenhängenden Gefahr einer mehrfachen Änderung der Organisation fürchtete Ministerialdirektor Dr. Bund eine fortgesetzte Störung des Geschäftsgangs der beteiligten Behörden.<sup>35</sup> Er kündigte an, *die tief greifende Bedeutung der Frage erfordere in der nächsten Sitzung ihre eingehende Erörterung [...] mit dem Ziel der Herbeiführung endgültiger Entscheidungen*. Von einem Statut war nun schon gar keine Rede mehr – vier Monate, nachdem man es erstmals auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

Tatsächlich besprachen die Mitglieder der Landesverwaltung in der nächsten Sitzung am 17. Mai 1946 die Organisation der Ministerien. Doch die Beratung führte noch immer nicht zu endgültigen Beschlüssen. Einvernehmen bestand lediglich in der Richtung, gegenwärtig aus Sparsamkeitsgründen und wegen der öffentlichen Meinung keine weiteren Ministerien<sup>36</sup> schaffen zu wollen. Die damals gerade aktuelle Frage der Zuteilung (Herauslösung) der

<sup>34</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 30. April 1946, ebd.

<sup>35</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 8. Mai 1946, ebd.

<sup>36</sup> Von Ministerien ist in den Protokollen der südbadischen Landesverwaltung stets die Rede, während man in Württemberg-Hohenzollern darauf achtete, diese Bezeichnung zu vermeiden.

Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau vom Finanzministerium an das Wirtschaftsministerium wurde von der Landesverwaltung nicht befürwortet.

Die Frage des Statuts wurde dabei nicht mehr angesprochen. Es blieb einer erneuten Initiative Zürchers überlassen, diesbezüglich nochmals schriftlich zu intervenieren.<sup>37</sup> Zürcher betonte Badens Recht auf Selbstbestimmung und die Notwendigkeit eines Statuts. Sein Vorstoß wurde von der Militärregierung abgewiesen.

Ein letztes Mal debattierte die Landesverwaltung im September 1946 über das Statut.<sup>38</sup> Dabei wurde nochmals übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass *zur klaren Abgrenzung der Stellung und der Befugnisse der Landesverwaltung und ihres Vorsitzenden*<sup>39</sup> *ein Statut unerlässlich sei; eine Geschäftsordnung werde diesem Zweck nicht genügen.* Da die Landesverwaltung vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kreis- und Landeswahlen ihre Zuständigkeit mittlerweile ansatzweise selbst in Frage stellte, kann es nicht verwundern, dass auch die Militärregierung keinen Anlass sah, am Ende des Jahres 1946 ein Statut zu genehmigen, das von einer Landesverwaltung vorgeschlagen wurde, die nach den bestehenden Plänen der Militärregierung Ende des Jahres 1946 gar nicht mehr im Amt sein würde.

Baden erhielt nie ein Statut. Die Landesverwaltung hatte damit einen erheblich schwereren Stand als das Staatssekretariat in Tübingen, das überdies mit Carlo Schmid als Verbindungsmann zu Stuttgart über einen wesentlichen direkten Kontakt zum abgeschnittenen Nachbarn verfügte. Freilich ordnete sich das Tübinger Staatssekretariat im Sinne seiner *Abwesenheitspflegschaft* von vornherein gegenüber Stuttgart unter, das immer als Hauptstadt ganz Württembergs akzeptiert wurde. Baden hingegen entwickelte (allerdings erst später als 1946) seine *Kernstaatsidee*, die davon ausging, das französisch besetzte Baden sei *Kernbaden* und es daher seine Aufgabe, das in der US-amerikanischen Besatzungszone gelegene Nordbaden aus dem Staatsverband Württemberg-Baden wieder herauszulösen und das alte Land Baden wiederherzustellen.

## Landwirtschaft und Ernährung in Württemberg-Hohenzollern

Die Geschichte des Landwirtschafts- und Ernährungswesens in Württemberg-Hohenzollern ist im Vergleich zu Baden erheblich schlechter untersucht.<sup>40</sup> Die erst im Dezember 1946 gebildete Landesdirektion für Ernährung

<sup>37</sup> Am 24. Juli 1946, vgl. *Weinacht* (wie Anm. 29) S. 343 f.

<sup>38</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 25. September 1946.

<sup>39</sup> Den Vorsitz der Landesverwaltung führte seit April 1946 mit der Amtsbezeichnung Präsident Dr. Bund.

<sup>40</sup> Vgl. Willi *Schefold*: Landwirtschaft und Ernährung. In: *Gögler/Richter* (wie Anm. 9) S. 323–332; Paul *Ackermann*: Die Interessenvertretung der Landwirte. In: *Thierfelder/*

und Landwirtschaft entwickelte sich aus dem bereits im Sommer 1945 in Tübingen errichteten Landesernährungsamt, das als Außenstelle des Stuttgarter Landesernährungsamts gedacht war.<sup>41</sup> Wenig später ging man in der Landesdirektion der Wirtschaft an den Aufbau einer eigenen landwirtschaftlichen Abteilung. Landesdirektor Dr. Kilpper berichtete Ende Oktober 1945<sup>42</sup> über seine Bemühungen, einen geeigneten Vertreter der Landwirtschaft für die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft seiner Landesdirektion zu gewinnen: Er glaubte, ihn in Landesoberstallmeister Storz<sup>43</sup> gefunden zu haben. Diese Personalie realisierte sich allerdings nicht.<sup>44</sup>

Nur wenig später bemängelte der Landwirtschafts-Offizier des Militär-Gouvernements im Rahmen einer Sitzung der Landesdirektoren<sup>45</sup> und in Gegenwart des Délégué Supérieur Widmer das *schlechte Funktionieren* des Landesernährungsamts. *Der Grund liege nicht in mangelnden Qualitäten des Personals, das seine ganze Leistungskraft herbeigebe, sondern in schlechter Organisation und zu geringer Besetzung des Amtes.*

- a) *Es müsse die landwirtschaftliche Produktion von der Ernährung getrennt werden,*
- b) *es müsse mehr Personal eingestellt werden,*
- c) *das Personal habe seit Mai kein Gehalt erhalten. Außerdem scheine die Absicht zu bestehen, das Tübinger Personal schlechter zu bezahlen als das Stuttgarter. Hierin müsse Wandel geschaffen werden.*
- d) *Das Landesernährungsamt habe zu wenig Kraftwagen. Er schlage vor, eine Neuorganisation nach Besprechung mit ihm aufzubauen, außerdem Befugnisse des Reichsnährstandes an das Landesernährungsamt zu übertragen und schließlich die Organisation parallel mit der der anderen Länder unter französischer Besetzung auszurichten.*

Daneben sei es aber notwendig, zur Berufsständischen Organisation der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu schreiten, Genossenschaften und land-

---

*Uffelmann* (wie Anm. 21) S. 132–144; zu Baden vgl. Martin *Stingl*: Der Kartoffelkrieg. Das Verhältnis zwischen deutscher Landesverwaltung und Besatzungsmacht in (Süd)Baden während der Ernährungskrise 1946/47. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 149 (2001) S. 471–494.

<sup>41</sup> *Schefold*: Landwirtschaft (wie Anm. 40) S. 324.

<sup>42</sup> Niederschrift über die 5. Sitzung der Landesdirektoren, 30. Oktober 1945.

<sup>43</sup> Karl Storz (1880–1948), württ. Landesoberstallmeister in Marbach/Kreis Münsingen.

<sup>44</sup> Die Personalfluktuaton in der Leitungsfunktion des Landesernährungsamts in Tübingen war groß. Nach dem bis Januar 1946 amtierenden Ernst Fischer kam für wenige Wochen der Leiter des Ernährungsamts der Stadt Reutlingen, Dr. Krüger, auf den Posten, der sich als Schleudersitz erwies. Aus Berlin importierte das Staatssekretariat sodann im Frühjahr 1946 Gustav Klimpel, den es im Range eines Ministerialrats an der Spitze des Landesernährungsamts platzierte. Ab Juni 1946 amtierte Dr. Franz Weiß als Präsident der Institution, der spätere Landwirtschaftsminister.

<sup>45</sup> Niederschrift über die 7. Sitzung der Landesdirektoren am 7. November 1945.

wirtschaftliche Berufsvereine zu bilden, ebenso die Landwirtschaftskammern neu in Tätigkeit zu setzen.

Die Militärregierung hatte damit deutlich gemacht, dass sie auf einen beschleunigten Neuaufbau der Landwirtschafts- und Ernährungsverwaltung größten Wert legte. Probleme im Bereich der Ernährungslage kamen im November 1945 hinzu.<sup>46</sup> *Landesdirektor Dr. Kilpper berichtet kurz über die Ernährungslage. Dadurch, daß die Franzosen zunächst irrtümlich zu günstige Zahlen nach Baden-Baden weitergegeben haben und sich außerdem inzwischen herausgestellt hat, daß die zur Deckung der Unterbilanz erforderlichen 30 000 Tonnen Weizen von Amerika nicht geliefert werden können, ist eine äußerst ernste Situation entstanden. Die Angelegenheit wird heute mit der Militärregierung besprochen.* In der gleichen Sitzung gab Kilpper bekannt, er werde *im Hinblick auf die bevorstehenden Schwierigkeiten in der Ernährungslage demnächst einen Bauernrat aus den Kreisen einberufen.*

Die Organisation schritt trotz gewisser Hemmnisse rasch voran – zumindest schien es zunächst so. Anfang November bestand unter den Landesdirektoren *Einvernehmen darüber, daß die bisherige Tätigkeit des Reichsnährstandes auf eine für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Staatssekretariats zu gründende Landwirtschaftskammer zu überführen sei. Außerdem muß ein Ersatz für Kreis- und Ortsbauernführer geschaffen werden.*<sup>47</sup>

Landesdirektor Kilpper teilte dem Direktorium noch im November 1945<sup>48</sup> mit, *die Ernährungslage werde beträchtlich verbessert, z. B. Brot werde von 6 kg auf 11,2 kg, Fleisch von 400 auf 440 gr, Nahrungsmittelzulage 500 gr. usw. erhöht – insgesamt ist eine Erhöhung von 990 auf 1453 Kalorien vorgesehen. Anschließend berichtete Dr. Kilpper kurz über die vor kurzem stattgefundene Bauerntagung. An der Spitze steht der kath. Bauernbund. Dieser hat sich heftig gegen die Gründung einer Landwirtschaftskammer ausgesprochen, dies sei noch verfrüht. Landesdirektor Dr. Kilpper hat dazu Stellung genommen und erwidert, daß nicht geplant sei, die Landwirtschaftskammer auf rein demokratischer Grundlage aufzubauen, sondern die Kammer als Staatsorgan ins Leben zu rufen. Herr Fischer<sup>49</sup> hat im ganzen Land dagegen aufgehetzt, weil er befürchtet, daß die Mitglieder nicht nur aus dem kath. Bauernbund stammen. Zunächst soll ein Landesausschuß aus 6 Bauernvertretern gebildet werden. Selbstverständlich muß die Landwirtschaftskammer ein Spiegelbild der bäuerlichen Bevölkerung sein. Die Landwirtschaftskammer muß eingebaut werden in den Staatsapparat und von oben die Anweisungen erhalten.*

<sup>46</sup> Niederschrift über die 11. Sitzung der Landesdirektoren am 16. November 1945.

<sup>47</sup> Niederschrift über die 6. Sitzung der Landesdirektoren, 2. November 1945.

<sup>48</sup> Niederschrift über die 14. Sitzung der Landesdirektoren, 27. November 1945.

<sup>49</sup> Möglicherweise ist hier Ernst Fischer gemeint, September/Oktobre 1945 Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung in Tübingen in der Vorgängerverwaltung des Staatssekretariats, anschließend bis Januar 1945 Leiter des Landesernährungsamtes.

*Herr Landesdirektor Dr. Kilpper macht folgenden Vorschlag für die Gründung einer Landwirtschaftskammer: Bildung eines Landesausschusses von 6 Mitgliedern unter Vorsitz von Herrn Storz. Diese 6 Leute sollen in den nächsten 10 Tagen zusammengenommen werden, um die Dringlichkeit einer Gründung einer Landwirtschaftskammer zu besprechen, ohne jedoch den kath. Bauernbund vor den Kopf zu stoßen. Gleichzeitig sollen die Kreisausschüsse gebildet werden, bestehend aus 8 Mitgliedern, die einen Obmann wählen, der gleichzeitig Vertreter in der Landwirtschaftskammer ist. Somit wären schon 17 Mitglieder für die Landwirtschaftskammer vorhanden, die noch fehlenden 13 Mitglieder wären noch zu ernennen. Am schwierigsten ist die Frage des Landwirtschaftskammer-Direktors zu lösen. Die gesamten dafür in Frage kommenden Fachleute sind durchweg Pg. gewesen.*

*Herr Bauknecht<sup>50</sup> käme eventuell als Präsident der Landwirtschaftskammer in Betracht.*

Die Schaffung der Landwirtschaftskammer trat gegen Ende des Jahres 1945 – nicht zuletzt auch angesichts wachsender Erfassungs- und Versorgungsprobleme – deutlich in den Vordergrund.<sup>51</sup> Landesdirektor Kilpper konnte im Dezember mitteilen: *Als Vorläufer der zu errichtenden Landwirtschaftskammer – als deren Sitz ich Sigmaringen vorschlage – besteht ein achtköpfiger Landesausschuß, der sich aus den angesehensten Vertretern der Landwirtschaft zusammensetzt und am kommenden Donnerstag tagt. Als ehrenamtlichen Präsidenten schlage ich Herrn Farny<sup>52</sup> vor, mit dessen Verwendung auch Herr le Portz<sup>53</sup> sehr einverstanden ist, als Direktor den früheren Landesdirektor Dr. Weiß. Herr Farny hat amerikanische und französische Unbedenklichkeitserklärung und fährt mit Herrn le Portz oft nach Baden-Baden.*

<sup>50</sup> Bernhard Bauknecht (1900–1985), Landwirt in Albertshofen/Kreis Ravensburg, vor 1933 bei der Zentrumsparterie, nach 1945 CDU-Politiker, Präsident des Landesbauernverbandes für Württemberg und Hohenzollern, Vizepräsident des Dt. Bauernverbandes, 1946/47 Mitglied der Beratenden Landesversammlung, 1947–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern (Vorsitzender des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses), 1949–1969 MdB.

<sup>51</sup> Niederschrift über die 18. Sitzung der Landesdirektoren, 14. Dezember 1945.

<sup>52</sup> Oskar Farny (1891–1983), Landwirtschaftsfunktionär und Gutsbesitzer, Besitzer einer Brennerei und Bierbrauerei, Vorsitzender der Vereinigten Käsereien des Württ. Allgäus eGmbH in Dürren, 1920–1921 MdL Württemberg (Zentrum), 1930, 1930–1945 MdR (seit 1933 als Hospitant bei der NSDAP-Fraktion), Januar – Juni 1946 Präsident der Landwirtschaftskammer Württemberg-Hohenzollern, 1953 MdB (CDU), 1953–1960 Staatsminister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg. Die Bewertung der Rolle Farnys (der enge Kontakte zu Generalfeldmarschall Erwin Rommel pflegte und sich dem Widerstand zurechnete) im Dritten Reich – u. a. war er Leiter der Fachgruppe Milchindustrie und Reichsfachschaftsleiter der Schmelzkäsehersteller im Reichsnährstand – ist bis heute umstritten. Vgl. Horst *Ferdinand*: Oskar Farny. In: BWB II (1999) S. 124–128.

<sup>53</sup> Administrateur Le Portz war Directeur de l'Economie et des Finances beim Gouvernement Militaire du Wurtemberg in Tübingen.



*Staatsrat Schmid und Landesdirektor Rossmann erklären, daß nach ihrer Meinung in Anbetracht der Tatsache, daß Herr Farny (wenngleich nie Pg. geworden) bis zum Schluß dem Hitler-Reichstag angehörte, seine Verwendung an hervorragender Stelle nicht in Frage kommen könne.*

*Landesdirektor Dr. Binder erklärt, daß die Beteiligung von Herrn Farny am 20. Juli 1944 nachweisbar sei.*

*Die Beschlußfassung über diesen Punkt wird vertagt.*

Landesdirektor Kilpper beharrte aufgrund rein fachlicher Aspekte auf Farny als Präsident und brachte ihn nach kurzer Zeit<sup>54</sup> erneut als Präsidenten der Landwirtschaftskammer in Vorschlag, wobei er darauf hinweist, daß Herr Farny bereits als offizieller Vertreter der Württ. Landwirtschaft in Baden-Baden<sup>55</sup> tätig ist. Landesdirektor Dr. Binder schließt sich dem Vorschlag an, unter Betonung der wichtigen Rolle der Landwirtschaft gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt und der Tatsache, daß Herr Farny der einzige sei, der die erforderlichen fachmännischen Eigenschaften für die Leitung besitze. Staatsrat Schmid und Landesdirektor Moser machen demgegenüber geltend, daß sie es für untragbar halten, ein Mitglied des nationalsozialistischen Reichstags, auch wenn es nicht Pg. war und an seiner persönlichen antifaschistischen Einstellung keine Zweifel bestehen, an einen so prominenten Platz zu stellen. Die Landesdirektoren Dr. Kilpper, Dr. Binder und Rossmann verweisen auf die technische Notwendigkeit, die nach ihrer Ansicht jetzt ausschlaggebend sein müsse, da anstelle von Herrn Farny niemand gefunden werden könne, der auch nur annähernd dessen Sachkenntnis und Fähigkeiten habe.

*Es wird abgestimmt. Mit den Stimmen von Landesdirektor Dr. Kilpper, Dr. Binder und Rossmann gegen die Stimmen von Staatsrat Schmid und Landesdirektor Moser wird der Beschluß gefaßt, Herrn Farny zum vorläufigen Präsidenten der Landwirtschaftskammer zu bestellen. Landesdirektor Dr. Kilpper übernimmt die weitere Behandlung der Angelegenheit.*

Die weitere Behandlung der Angelegenheit begegnete allerdings Schwierigkeiten. Landesdirektor Kilpper teilte seinen Kollegen im März 1946 mit, die Genehmigung der Landwirtschaftskammer sei infolge der Gegnerschaft eines französischen Herrn gegen diesen Plan in Gefahr.<sup>56</sup> Die Angelegenheit müsse bei der nächsten Gouverneursbesprechung dringlichst zur Sprache gebracht werden.

---

<sup>54</sup> Niederschrift über die 22. Sitzung der Landesdirektoren, 11. Januar 1946.

<sup>55</sup> In Baden-Baden hatte der Zentrallausschuss für Ernährung und Landwirtschaft in der französischen Zone seinen Sitz. Farny war im Dezember 1945 Mitglied einer Studienkommission geworden, deren Aufgabe die Vorbereitung dieses Zentrallausschusses als zonales Haupternährungsamt war. Diesem seit Februar 1946 bestehenden Zentrallausschuss gehörte Farny als Vertreter Württemberg-Hohenzollerns ebenfalls an.

<sup>56</sup> Niederschrift über die 38. Sitzung der Landesdirektoren, 12. März 1946.

Ende Mai musste Kilpper dem Direktorium dann mitteilen, dass *die Militärregierung der Errichtung einer Landwirtschaftskammer in der vorgesehenen Form nicht beigestimmt hat und daß Dr. Weiß<sup>57</sup> daher bereit ist, die Leitung des Ernährungsamts nunmehr zu übernehmen. Es wird beschlossen, Dr. Weiß als Leiter der Hauptabteilung Landwirtschaft und Ernährung der Landesdirektion der Wirtschaft im Range eines Ministerialdirigenten mit der Amtsbezeichnung »Präsident« zu bestellen. Es besteht Einstimmigkeit darüber, Dr. Weiß diese Regelung vorzuschlagen.*

Nachdem die Landwirtschaftskammer *in der vorgesehenen Form* – also als Institution unter Oberaufsicht des Staates – von der Militärregierung abgelehnt worden war, versuchte Staatssekretär Dr. Franz Weiß, eine Kammer analog dem württembergischen Vorbild von 1920 zu schaffen. Er erläuterte<sup>58</sup> *die Notwendigkeit einer berufsständischen Vertretung für die Landwirte. Die Grundzüge einer Rechtsanordnung über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns werden von ihm vorgetragen. Die Rechtsanordnung sieht die Landwirtschaftskammer als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Sigmaringen und unter der Dienstaufsicht der Landesdirektion für Landwirtschaft und Ernährung vor. Der Kammer sollen alle Landwirte angehören. Es erfolgt eine eingehende Beratung über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Kammer im Vergleich zu einer autonomen Organisation auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft, der durch entsprechende Aufklärung zweifellos die gesamte Bauernschaft mit geringen Ausnahmen, beitreten würde.*

In Württemberg-Hohenzollern ist es zur Bildung einer Landwirtschaftskammer nicht gekommen.

Angesichts der Engpässe beim Brotgetreide waren die schlechte Ablieferungsmoral und unzutreffende Angaben besonders schwerwiegend. Landesdirektor Dr. Kilpper beklagte sich<sup>59</sup> *über die erzeugungswirtschaftlichen Verhältnisse im Kreise Hechingen (Falschmeldungen über Ernährungsverhältnisse, insbesondere falsche Druschangaben). Die personellen und organisatorischen Verhältnisse im Landesernährungsamt werden durchgesprochen, ebenso die Zahlen der Butterproduktion im Lande. Staatsrat Schmid bezeichnet es als notwendig, scharfe Maßnahmen gegen Erzeuger zu ergreifen, die falsch gemeldet haben. Es sollen Nachmeldetermine gestellt und die gemachten Angaben durch Stichproben bei den Erzeugern überprüft werden. Landesdirektor Dr. Kilpper verweist auf die Notwendigkeit, der Presse gegenüber Vorsicht mit solchen Tatbeständen walten zu lassen.*

<sup>57</sup> Weiß war als Direktor der Landwirtschaftskammer vorgesehen gewesen. Vgl. Niederschrift der 57. Sitzung des Direktoriums, 31. Mai 1946.

<sup>58</sup> Niederschrift über die 103. Sitzung des Direktoriums, 28. Januar 1947.

<sup>59</sup> Niederschrift über die 27. Sitzung der Landesdirektoren, 1. Februar 1946.



Daneben galt es wiederholt, die Ablieferungsmoral auch vor dem Hintergrund hoffnungsfroher Pressemeldungen zu erhalten: *Staatsrat Schmid bemerkt, daß die Ablieferungsfreudigkeit der landwirtschaftlichen Erzeuger durch in der Presse erscheinende Notizen über Lebensmittellieferungen aus Amerika gelähmt werden. Der Vorschlag von Landesdirektor Dr. Kilpper, die Nachrichtenstelle anzuweisen, auf eine Einschränkung solcher Meldungen hinzuwirken, findet allgemeine Zustimmung.*<sup>60</sup>

Ein Referat Landesdirektor Kilppers über die Ernährungslage im März 1946 sah neben Schatten auch noch Licht:<sup>61</sup> *Mit den von der Militärregierung zugesicherten 11 500 t Getreide sei die Brotgetreideversorgung heute schon soweit gesichert, daß auf der Grundlage einer Monatszuteilung von 7,5 kg Brot bis Ende Juni ausreichen würde. Im allgemeinen sei zu sagen, daß wohl hier und da Stockungen eintreten könnten, aber eine Hungersnot nicht zu befürchten sei, wenn die Beschlagnahmungen bezw. Ablieferungspflichten in erträglichen Grenzen bleiben. An Kartoffeln bestehe noch ein Überschuß, der als Reserve für die Ostflüchtlinge vorgesehen sei. An Brotgetreide sei für die Flüchtlinge keine Reserve vorhanden. Es sei jedoch mit der Militärregierung immer auf der Basis verhandelt worden, daß in diesem Sektor die Militärregierung für die Versorgung der Flüchtlinge Sorge tragen müsse. Landesdirektor Dr. Kilpper erwähnt noch, daß die französischen Anforderungen an Schlachtvieh allmählich in den Milchviehbestand eingriffen, vor allem auch, da nur Tiere der Güteklasse A und B akzeptiert werden (für die Fleischversorgung der deutschen Bevölkerung stünden infolgedessen nur Tiere der Güteklasse C und D zur Verfügung). Er werde diese Frage bei der nächsten Gouverneursbesprechung vordringlich zur Sprache bringen.*

Nur wenig später<sup>62</sup> musste Kilpper allerdings mitteilen, *daß auf die Lieferung der zugesagten 11 500 t Brotgetreide nicht gerechnet werden könne. Der Anschluß an die neue Ernte könne bei sofortiger Herabsetzung der Brotration auf 6 kg gewonnen werden, wenn die letzten Reserven mobilisiert würden. Landesdirektor Dr. Kilpper kommt bei dieser Gelegenheit auf die Schwierigkeiten im Meldewesen zu sprechen. Er schlägt vor, nachdem jetzt die Grundlagen für einwandfreie Meldungen gegeben seien, die Monatsmeldungen über Vorräte für den nächsten Monat ganz neu erstellen zu lassen und Differenzen zu den seitherigen Meldungen nicht weiter zu verfolgen, während von nun ab gegen Falschmeldungen mit äußerster Härte vorzugehen wäre. Diese Regelung sollte nicht etwa in der Form einer absoluten Amnestie durchgeführt werden, sondern man solle die Nichtverfolgung der Differenzen zu den seitherigen Meldungen in einem Rundschreiben durchblicken lassen, das die Erstellung der neuen Meldungen anordnet. Der Erlaß*

<sup>60</sup> Niederschrift über die 29. Sitzung des Direktoriums, 5. Februar 1946.

<sup>61</sup> Niederschrift über die 37. Sitzung des Direktoriums, 8. März 1946.

<sup>62</sup> Niederschrift über die 39. Sitzung des Direktoriums, 15. März 1946.

*eines entsprechenden Rundschreibens nach Genehmigung durch die Militärregierung wird beschlossen.*

Gustav Kilpper, in dessen Ressortbereich der Aspekt Landwirtschaft und Ernährung immer stärker und problematischer in den Vordergrund trat, hatte fortan auf beinahe jeder zweiten Sitzung des Direktoriums Veranlassung, sorgenvoll zur Ernährungslage<sup>63</sup> zu sprechen: *Auf Grund sehr schwerer Auflagen über Butterlieferungen konnten bis jetzt im Monat Mai nur 125 Gramm Butter pro Kopf an die Bevölkerung ausgegeben werden, anstelle der vorgesehenen 330 Gramm. Landesdirektor Dr. Kilpper hofft aber, in den nächsten Tagen die Genehmigung der Militärregierung zur Ausgabe weiterer 100 Gramm Öl zu erhalten. Landesdirektor Dr. Kilpper teilt ferner mit, daß die Militärregierung die Auflage einer Lieferung von weiteren 2500 Tonnen Kartoffeln nach Koblenz gemacht habe. Infolge völligen Fehlens anderer Reserven soll diese Lieferung im Zuge der 5-Kilo-Aktion abgezweigt werden. Diese Aktion sei aber jetzt erst im Anlaufen begriffen und stelle außerdem die letzte Reserve des Landes dar, um den Anschluß an die neue Ernte zu gewinnen. Er wolle sich der Zustimmung des Direktoriums zur Antwort an die Militärregierung versichern, dahingehend, daß die Lieferung der geforderten 2500 Tonnen unmöglich sei. Das Direktorium billigte einstimmig die geplante Antwort an die Militärregierung.*

Im Juni 1946 kam es aufgrund divergierender Zahlen wieder zu neuen Problemen:<sup>64</sup> *Landrat [...] Renner<sup>65</sup> berichtet über die Unruhe, welche in der Bevölkerung infolge des im Schwäbischen Tagblatt vom 22. 6. 1946 erschienenen Artikels über die Ernährungslage («Die Rationen im Juni») entstanden ist. Es bestehe allgemeine Empörung gegen das Staatssekretariat, da die Bevölkerung den deutschen Behörden den Vorwurf mache, daß sie geringere Rationen als die von der Militärregierung amtlich festgesetzten verteile. Die Redaktion des Schwäbischen Tagblatts hat auf Anfrage Landrat Dr. Renner mitgeteilt, der fragliche Artikel sei auf Anweisung französischer Stellen aufgenommen worden. Es wird auf Grund dieser Tatsache beschlossen, daß das Direktorium zur Abwendung einer auf andere Weise nicht zu behebenden Vertrauenskrise die erforderlichen Maßnahmen trifft, um die Bevölkerung in den Genuß der in der Presse verkündeten Fettzuteilung zu bringen. Eine entsprechende Mitteilung an die Militärregierung wird vom Direktorialamt aufgesetzt und der Militärregierung von Landesdirektor Dr. Kilpper übergeben werden.*

<sup>63</sup> Niederschrift über die 55. Sitzung des Direktoriums, 21. Mai 1946.

<sup>64</sup> Niederschrift über die 64. Sitzung des Direktoriums, 25. Juni 1946.

<sup>65</sup> Viktor Renner (1899–1969), nach 1945 zeitweise zugleich Landrat des Landkreises Tübingen und Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, übernahm im Dezember 1946 als Staatssekretär die Leitung des Innenministeriums Württemberg-Hohenzollern, 1947–1952 Innenminister, 1952/53 Justizminister von Baden-Württemberg, 1956–1960 Innenminister von Baden-Württemberg.

Im Herbst trieb die Ernährungslage ihrem ersten krisenhaften Höhepunkt zu. Landesdirektor Kilpper wies *auf den großen Ernst der Ernährungslage im Gebiet des Staatssekretariats infolge der verschiedenen Maßnahmen und Auflagen der Militärregierung hin. Die Auflagen sind so drückend geworden, dass das Direktorium Landesdirektor Dr. Kilpper ermächtigt, an die Militärregierung heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass eine vertretbare Ausgabe der Lebensmittel an die Bevölkerung erreicht wird, andernfalls die Militärregierung gebeten werden soll, die entsprechenden Anordnungen selber zu erlassen. Die Ernährungsfrage hat eine solche Wichtigkeit angenommen, dass vereinbart wird, hierüber eine besondere Direktoriumssitzung unter Hinzuziehung von Präsident Dr. Weiß anzuberaumen.*<sup>66</sup>

Auf dieser Sitzung erstattete der Präsident des Landesernährungsamts einen eindrücklichen und umfassenden Bericht über die Ernährungslage.<sup>67</sup> Er sprach von ernsthafter Bedrohung der bäuerlichen Existenz, von sich häufenden Versorgungsengpässen und dem Fluch falscher Zahlen, die in der Bevölkerung den Eindruck erweckten, die Regierung gebe ihnen nicht einmal das, was die Militärregierung ihnen zugestand. Im Kontext der ersten landesweiten Wahlen zu den Gemeinderäten und Kreisversammlungen im September/Oktober 1946 fiel im Direktorium die Entscheidung, eine eigene Landesdirektion Landwirtschaft und Ernährung zu schaffen. Staatsrat Schmid teilte zwar eingangs der Sitzung<sup>68</sup> mit, *daß die Militärregierung erklärt habe, daß sie zur Zeit hinsichtlich einer etwaigen Umbildung der Regierung keine Konsequenzen als Folge des Ergebnisses der Kreistagswahlen<sup>69</sup> zu ziehen gedenke. Staatsrat Schmid erklärt weiter, er habe darauf hingewiesen, daß es sich trotz des Fehlens eines parlamentarischen Mechanismus aus allgemeinpolitischen Gründen empfehle, das Angebot verstärkter Verantwortungsübernahme durch die CDU anzunehmen, wozu sich eine günstige Gelegenheit dadurch ergebe, daß schon aus technischen Gründen eine Umwandlung der bisherigen Hauptabteilung Landwirtschaft und Ernährung der Landesdirektion der Wirtschaft in eine eigene Landesdirektion erforderlich sei. Er habe vorgeschlagen, eine solche zu errichten und Herrn Präsidenten Dr. Weiß zu ihrem Leiter zu bestellen. Die Militärregierung habe eine Antwort in Bälde zugesagt. Die Ausführungen von Staatsrat Schmid werden durch das Direktorium einmütig gebilligt.*

Nachdem die Militärregierung die Bildung dieser neuen Landesdirektion gebilligt hatte, nahm Weiß fortan an den Sitzungen des Direktoriums teil. Im Zuge der Umbildung des Staatssekretariats im Anschluss an die Erklärung

---

<sup>66</sup> Niederschrift über die 82. Sitzung des Direktoriums, 25. September 1946.

<sup>67</sup> Niederschrift über die 84. Sitzung des Direktoriums, 9. Oktober 1946.

<sup>68</sup> Niederschrift über die 87. Sitzung, 24. Oktober 1946.

<sup>69</sup> Die CDU, im Staatssekretariat unterrepräsentiert, hatte sowohl bei den Gemeinderatswahlen (September 1946) als auch bei den Wahlen zu den Kreisversammlungen (Oktober 1946) klare Mehrheiten erzielt.

General Koenigs vom 4. Dezember 1946, welche die provisorischen Regierungen in der französischen Besatzungszone aufwertete und ihnen das Recht einräumte, Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, übernahm Weiß als Staatssekretär die Leitung des Ressorts Landwirtschaft und Ernährung. Er führte es, seit dem 22. Juli 1947 als Minister, bis zum Ende des Landes Württemberg-Hohenzollern 1952.

## Probleme im Landwirtschafts- und Ernährungswesen Badens

Die Geschichte des Landwirtschafts- und Ernährungswesens im französisch besetzten Baden war gerade in jüngerer Zeit wiederholt Gegenstand historischer Forschung.<sup>70</sup> Das Thema erscheint erstmals in der Sitzung vom 14. Dezember 1945 auf der Tagesordnung der Landesverwaltung. Dort heißt es: *In bezug auf die Sicherung der Ernährung wird darüber geklagt, dass es in der Lebensmittelerfassung manchemals an der hinreichenden Unterstützung der Landwirtschaftsräte durch die Landräte fehle. Die verlangten landwirtschaftlichen Unterlagen seien nicht durchweg ohne weiteres erfüllbar. Sie seien vielfach absolut sehr hoch, und es werden bei den Anforderungen nicht immer hinreichend die Anbaufläche, die geernteten Mengen, sowie die immer wieder vorkommenden illegalen Requisitionen berücksichtigt. Die Militärregierung wolle gegen illegale Requisition strafend einschreiten [...].*

Während in Württemberg-Hohenzollern um den Jahreswechsel 1945/46 das Thema eine immer stärkere Dynamik gewann, schwiegen sich die Kabinettsprotokolle Badens aus. In der Sitzung der Landesverwaltung vom 18. Januar 1946 teilte unvermittelt Direktor Juliusberg vom Landesernährungsamt den Kollegen mit, die Militärregierung habe Präsident Hofmann entlassen – es hatte Unstimmigkeiten mit der Militärregierung gegeben. Der Délégué Supérieur für Baden, General Schwartz, hatte zuvor mit Schreiben vom 14. Januar Ministerialdirektor Dr. Bund darüber informiert, er habe Hofmann seines Amtes enthoben und werde ihn vor ein Militärtribunal stellen lassen. Hofmann hatte angeblich Anweisungen der Militärregierung nicht oder nur unvollständig ausgeführt.<sup>71</sup> Bereits an der übernächsten Sitzung am

<sup>70</sup> Vgl. besonders *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) und Peter *Fässler*: Zum Sterben wirklich nicht mehr zuviel. Die Versorgungskrise in Baden. In: Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949. Alltag und Politik im besetzten Baden 1945–1949. Hg. von Edgar *Wolfrum*, Peter *Fässler* und Reinhard *Grohnert*. München 1996, S. 213–229. Allgemein zur badischen Wirtschaftsgeschichte (aber mit zahlreichen Konnotationen zum Landwirtschafts- und Ernährungswesen) in der Nachkriegszeit auch Gerold *Blümle*: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Land Baden 1945–1952. In: (Süd-)Baden nach 1945. Eine neue Kulturpolitik. Vorträge und Quelleneditionen zum 50jährigen Bestehen des Staatsarchivs Freiburg. Hg. von Joachim *Fischer*. Stuttgart 1999, S. 49–74.

<sup>71</sup> Vgl. *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) S. 474.

1. Februar 1946 nahm Hofmanns Nachfolger Hermann Behrens teil. Mit seiner Person ist der Wechsel vom Landesernährungsamt hin zum Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung verbunden. Da er bisher ein Unbekannter in der biographischen landeshistorischen Forschung ist, sei die knappe Nachzeichnung seiner Vita an diesem Platze gestattet.

Hermann Behrens,<sup>72</sup> geboren 1897 in Kassel, hatte nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Halle/Saale und Leipzig von 1925–1928 Volkswirtschaft mit dem Ziel späterer Habilitation studiert. Behrens war nicht Mitglied der NSDAP geworden. Seit Juli 1940 war er als Kriegsaushilfsangestellter Geschäftsführer des Ernährungs-, seit März 1941 auch des Wirtschaftsamts Konstanz-Land gewesen. Zum 1. Dezember 1945 als Abteilungsdirektor/Hauptabteilungsleiter (Abteilung III: Erfassung und Ernährung) beim Landesernährungsamt Baden, wurde er vom 19. Januar bis 20. Februar 1946 als Nachfolger des entlassenen Friedrich Hofmann kommissarischer Leiter des Landesernährungsamtes Baden. Am 24. Januar 1946 wurde das politische Säuberungsverfahren mit dem Ergebnis »Verbleiben im Dienst« abgeschlossen. Behrens war seit Anfang 1946, allerdings nur aufgrund mündlicher Vereinbarung, Stellvertreter des Ressortleiters für Landwirtschaft und Ernährung, Ministerialdirektor Carl Diez. Ein Antrag zur Ernennung von Behrens zum Ministerialrat wurde am 27. Juli 1946 von Ministerialdirektor Diez gestellt. Der Präsident der Landesverwaltung, Dr. Bund, erklärte sich in einem Schreiben vom 15. August 1946 jedoch nur mit einer Ernennung zum Oberregierungsrat der Besoldungsgruppe 2 b bereit, weil er vor dem Hintergrund der fort geltenden Reichsbestimmungen, aber auch im Hinblick auf die vorübergehende Aufgabe des Landesernährungsamtes Schwierigkeiten vorhersah, einen Ministerialrat später im Bereich der Landesverwaltung entsprechend zu verwenden. Mit Schreiben vom 29. August 1946 nahm Behrens Stellung dazu und forderte die Ernennung zum Ministerialrat, *nicht zuletzt wegen der damit verbundenen dienstlichen Überordnung über Dienstangehörige im Oberregierungsrat- und Regierungsdirektorenrang*. Mit der Verbeamtung als Oberregierungsrat war Behrens nur unter der Voraussetzung einverstanden, dass er ausschließlich als Hauptabteilungsleiter, nicht aber zugleich auch als Stellvertreter von Diez und de-facto-Generalsekretär des Ministeriums Verantwortung trage. Mit Schreiben vom 6. September 1946 machte sich Diez Behrens' Formulierungen zu eigen und erneuerte bei Bund seinen Antrag auf Ernennung zum Ministerialrat. Zugleich holte er unter demselben Datum schriftlich die formelle Ernennung von Behrens zu seinem Stellvertreter nach. Dem Ernennungsantrag entsprach die Landesverwaltung in ihrer Sitzung am 18. September 1946 nicht, erklärte aber ihr Einverständnis, Behrens zum Regierungsdirektor unter Einweisung in eine freie Planstelle der Besoldungsgruppe A 1 b zu ernennen.

---

<sup>72</sup> Biographische Angaben in: StAF D 180/2 Nr. 13780 (Fragebogen); Personalakten ebd. F 30/1 Nr. 2498.

nen. Am 9. Oktober 1946 stimmte die Landesverwaltung dann aber doch der Ernennung Behrens' zum Ministerialrat zu. Erst am 3. Januar 1947 beantragte Staatskommissar Anton Dichtel bei der Militärregierung die Genehmigung der Ernennung, gegen die mit Schreiben vom 6. Februar 1947 (Gouvernement Militaire, Section Ravitaillement) keine Beanstandung erhoben wurde. Dichtel ließ die Weitergabe der Genehmigung allerdings zurückstellen, da er die Regierungsneubildung nach der Landtagswahl abwarten wollte. Behrens fehlte nach den Weihnachtsfeiertagen wegen Krankheit und trat den Dienst erst in der letzten Januarwoche wieder an. Dichtel erneuerte am 21. Februar 1947 die Bestellung von Behrens zum Hauptabteilungsleiter und Stellvertreter des Staatskommissars. Der Ortsausschuss der Freiburger Gewerkschaften erhob wenig später (13. März 1947) gravierende Vorwürfe gegen Behrens. Dem Staatskommissar wurde eine ganze Liste von angeblichen Verfehlungen Behrens' zugestellt, der u. a. für die schlechte Erfassung der Lebensmittel ebenso verantwortlich gemacht wurde wie für die private Nutzung des Dienstfahrzeugs und den Versuch, Staatskommissar Dichtel die Führung der Amtsgeschäfte zu erschweren, indem er zu Beginn des Jahres wegen Krankheit gefehlt habe. Vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe besprach Dichtel sich mit Präsident Wohleb, wobei man sich einig darüber war, dass durch die Teilung des Ministeriums in ein Staatssekretariat und ein Staatskommissariat die Voraussetzungen für die Ernennung zum Ministerialrat weggefallen seien. Den Anträgen Behrens vom 27. März 1947, seine Amtsführung vom Wirtschafts- und Ernährungsausschuss der Beratenden Landesversammlung überprüfen zu lassen und sich einem Disziplinarverfahren vor dem Disziplinarhof zu stellen, wollte Wohleb nicht entsprechen, forderte aber eine rasche Vorermittlung durch den Juristen des Staatskommissariats, Dr. Schott. Dies lehnte Behrens ab. Nach der Regierungsbildung im August 1947 erfolgte am 14. August 1947 – *aus Gründen der Aufrechterhaltung der Ruhe und reibungslosen Arbeit im ehemaligen Staatskommissariat für Ernährung* – die Beurlaubung Behrens', nachdem der neue Minister Lambert Schill den kommissarischen Stockacher Landrat Leiser zum Hauptabteilungsleiter Ernährung ernannt hatte. Vom 23. Dezember 1947 bis 29. Februar 1948 führte Behrens nach mündlicher Zustimmung des Staatspräsidenten Wohleb anstelle des verstorbenen Kreisamtmannes die Geschäfte der Konstanzer Kreisverwaltung. 1948 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg immatrikuliert, war Behrens seit dem 26. Juli 1948 als juristischer Sachbearbeiter beim Badischen Landesamt für kontrollierte Vermögen (Abteilung Wiedergutmachung) in Freiburg tätig. Das Dienstverhältnis mit dem Badischen Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung wurde erst zum 31. Dezember 1950 formell gekündigt, nachdem die Auffassung im Ministerium, schon durch Behrens' Tätigkeitsaufnahme im Landesamt für kontrollierte Vermögen sei das Dienstverhältnis de facto beendet worden, sich nicht hatte durchsetzen können. Erst ein Vergleich vor dem Freiburger Arbeitsgericht (13. Oktober 1953) beendete den Streit um



das Dienstverhältnis mit dem Ergebnis, dass das Land Baden-Württemberg an Behrens eine Abfindung in Höhe von 1335 DM zahlen musste. Behrens beendete seine Laufbahn als Oberregierungsrat, zuletzt Regierungsdirektor beim Landesamt für Wiedergutmachung in Freiburg.

Es blieb Behrens als Leiter des Landesernährungsamts überlassen, der Landesverwaltung Bericht über die Ernährungslage zu erstatten. Er konnte nur von der erheblichen *Verschlechterung, insbesondere auf dem Gebiet der Brot-, Fett- und Kartoffelversorgung und über die maßgebenden Gründe dafür* sprechen. Nach seinem Referat beschloss die Landesverwaltung, an die Militärregierungen in Freiburg und Baden-Baden heranzutreten, um *Maßnahmen der Abhilfe zu erwägen und durchzuführen*.<sup>73</sup>

Freilich war Behrens' Wirksamkeit am 20. Februar 1946 schon beendet, da die Militärregierung ein Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung unter Führung des alt gedienten ehemaligen Reichstagsabgeordneten der Zentrumspartei, Carl Diez, schuf: *In den Augen der Militärregierung hatte sich die Einrichtung des Landesernährungsamtes nicht bewährt*.<sup>74</sup> Mit Diez kam ein Mann in die Landesverwaltung, der zwar über große politische, aber nur über geringe administrative Erfahrungen verfügte. Der 69-jährige Landwirt aus Radolfzell sah sich, wie seine Kollegen mit nur geringen Kompetenzen und noch weniger Autorität ausgestattet, einer schier unlösbaren Aufgabe gegenüber, die seine Kräfte überstieg. Eher lakonisch vermerkt das Protokoll angesichts eines Referats von Diez über die Ernährungslage,<sup>75</sup> diese sei *nach wie vor stark angespannt. Sorge bereitet insbesondere die Beschaffung und Sicherung guter Saatkartoffeln. Der Viehbestand ist zwar zahlenmäßig befriedigend, aber qualitativ weitgehend zu beanstanden*.

Auch bei seiner nächsten Wortmeldung<sup>76</sup> rekurrierte Diez auf die *nach wie vor äußerst angespannte Ernährungslage. In der Aussprache wird angeregt, den Schwerarbeitern die dringend benötigten Zulagen zu gewähren, mißbräuchliche Ausnutzung des Zulagewesens für Kranke zu verhindern und die Bemühungen um Gleichstellung der badischen Verbraucher mit denen in Württemberg und Bayern verstärkt fortzusetzen*.

Bei dieser Gelegenheit findet in den badischen Kabinettsprotokollen erstmals die vorgesehene Bildung einer Landwirtschaftskammer Erwähnung.<sup>77</sup> Deren Gründung hänge lediglich noch von der offiziellen Bekanntmachung ab, *die nunmehr bald zu erwarten ist. Die Kammer wird vorläufig eine rein beratende Körperschaft, eine Art Bauernparlament sein. Besondere Fachgebiete zur selbständigen Bearbeitung, z. B. Förderung der Tierzucht, des*

---

<sup>73</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 1. Februar 1946.

<sup>74</sup> Vgl. *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) S. 475.

<sup>75</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 27. März 1946.

<sup>76</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 24. April 1946.

<sup>77</sup> Ebd.

*Pflanzenbaus usw., wird sie auf Wunsch der Militärregierung erst später zugewiesen erhalten [...].*

Mit dieser eher kurzen Notiz verschwand jedoch die Landwirtschaftskammer für lange Monate aus den Protokollen, weil die französische Militärregierung sie nicht wollte. Wie in Württemberg-Hohenzollern kam es auch im Land Baden nach 1945 nicht zur Wiedergründung einer Landwirtschaftskammer.

Diez empfand sein Amt in Zeiten existentieller Versorgungsnöte als so bedrückend, dass er erstmals am 7. Juni 1946 bei der Militärregierung um seine Entlassung bat.<sup>78</sup> Die von der Militärregierung geforderten Ablieferungsmengen an Kartoffeln würden womöglich eine Katastrophe in der Versorgungslage der badischen Verbraucher herbeiführen, argwöhnte Diez nicht ohne Grund. Seinem Entlassungsgesuch wurde jedoch nicht entsprochen, Diez weiter in die Pflicht genommen.

Am 26. Juni 1946 erörterte die Landesverwaltung die *neuerdings stärker hervortretenden Notstände auf dem Gebiet der Ernährung und der Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit den dringenden Bedarfsgütern [...]. Die Landesverwaltung wird der Militärregierung hierüber zusammenfassend berichten und Vorschläge zur Milderung der Notstände unterbreiten.*

Diez vertrat dabei die Ansicht, die Zeit für Absichtserklärungen und Berichte, vor allem aber für die langwierige Erarbeitung von Vorschlägen seien vorbei. Zusammen mit seinem Stellvertreter Behrens<sup>79</sup> vermittelte er den Kollegen in der Landesverwaltung einen Überblick über die Ernährungslage: *Ein großer Teil der Stadtbevölkerung, aber auch zahlreiche Bauern verfügen schon jetzt nicht mehr über Kartoffeln, die zusammen mit dem knapp bemessenen Brot die Grundlage der Ernährung darstellen. Die Zahl der nicht mit Kartoffeln versorgten Verbraucher wird in den nächsten Wochen rasch anwachsen. Die Versorgungslücke kann nur durch Zufuhr anderer Lebensmittel und aus anderen Gebieten geschlossen werden. Nahrungsmittel, die zum Ausgleich verteilt werden könnten, sind nicht in ausreichender Menge vorhanden. Die Zuteilung von Brot wird voraussichtlich in der bisherigen Höhe beibehalten werden können, wenn die Witterung die rechtzeitige und trockene Einbringung der Getreideernte zulässt und damit den sofortigen Ausbruch von Brotgetreide zur Deckung des dringenden Mehlbedarfs der Bäcker ermöglicht, und zwar sowohl für Haushaltungen als auch für Werkküchen und Gaststätten.*

Wieder entschied die Landesverwaltung, der Militärregierung die Lage zusammenfassend darstellen und Vorschläge zur Linderung der Notlage ausarbeiten zu wollen. Der Ernst der Lage wurde nur noch unterstrichen durch ein Referat des Obermedizinalrats Dr. Pitsch über den Stand der Volksge-

<sup>78</sup> Vgl. *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) S. 477.

<sup>79</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 3. Juli 1946.



sundheit.<sup>80</sup> Er sprach von einer *bedrohlichen Verschlechterung der Volksgesundheit* aufgrund unzureichender Ernährung. Der städtische Normalverbraucher erhalte zurzeit nur noch 600 bis 700 Kalorien täglich, in einigen ländlichen Gegenden seien Zuteilungen von faktisch 1000 Kalorien festgestellt worden: *Infolge der völlig ungenügenden Rationen sind vier Fünftel der Bevölkerung unterernährt*. Pitsch konstatierte infolge der abnehmenden Widerstandskraft der Menschen eine Steigerung der Tuberkuloseerkrankungen und der Säuglingssterblichkeit und stellte abschließend fest: *Die wichtigste Voraussetzung für die Hebung der Volksgesundheit ist die Verbesserung der Ernährung. Erst wenn diese Grundbedingung erfüllt ist, können besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zur vollen Wirkung gelangen. Es wird mit Genugtuung hervorgehoben, daß die französischen Sanitätsoffiziere die Arbeit der deutschen Dienststellen tatkräftig unterstützen*.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Ernährungslage regte Diez bei seinen Kollegen in der Landesverwaltung die Abfassung einer Denkschrift an, in welcher die Lage, untermauert mit Zahlenmaterial, umfassend der Militärregierung dargelegt werden sollte. *Sonderfragen, die wegen ihrer Dringlichkeit eine beschleunigte Behandlung erfordern, sollen bei der Überreichung der Denkschrift an den Herrn Gouverneur durch mündlichen Vortrag des Ressortchefs besonders hervorgehoben und außerdem unabhängig davon gesondert weiterbehandelt werden. Dies gilt in erster Linie für das Ernährungsproblem.*<sup>81</sup>

Am 23. Oktober 1946 referierten Ministerialdirektor Diez und sein Stellvertreter Behrens erneut zum Thema Ernährungslage, *deren Verschärfung in den letzten Wochen leider die Form einer Ernährungskrise angenommen hat und die Gefahr einer Ernährungskatastrophe heraufbeschwört*«. Das waren Töne, die man aus dieser Zeit in den Protokollen des Tübinger Staatssekretariats vergeblich sucht. Diez stellte es als unmöglich dar, den Bedarf der Bevölkerung an Kartoffeln zu decken, die Versorgung mit Fleisch und Fett sei in Gefahr. Die Landesverwaltung vertrat die Auffassung, zur Besserung der Lage seien auch von Seiten der Militärregierung sofortige Maßnahmen zu ergreifen. Die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Südbaden an *außerbadische Empfänger* sei zu verbieten. Diez machte sich an die Abfassung einer separaten Denkschrift zur Ernährungslage, die er der Landesverwaltung zur Kenntnis brachte und der Militärregierung vorlegen wollte. Am 2. November 1946 beschloss die Landesverwaltung die endgültige Fassung der Denkschrift, die Gouverneur Pène am 4. November vorgelegt wurde.

Anlässlich eines Empfangs bei Gouverneur Pène am darauf folgenden Tage wurde auch über die Denkschrift gesprochen, wobei der Gouverneur auf unterschiedliche Zahlen in den Statistiken seiner Verwaltung und in der

<sup>80</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 17. Juli 1946.

<sup>81</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 20. Juli 1946.

Denkschrift hinwies.<sup>82</sup> Die Landesverwaltung befasste sich auf ihrer nächsten Sitzung ausführlich mit der Denkschrift und den Einlassungen des Gouverneurs:<sup>83</sup> *Die erheblichen und bisher nicht aufgeklärten Unterschiede, die zwischen den statistischen Zahlen der französischen und der deutschen Dienststellen bestehen, müssen baldigst durch systematischen Vergleich und sorgfältige Überprüfung der beiderseitigen Unterlagen geklärt und beseitigt werden.*

Diez fühlte sich durch die Äußerungen des Gouverneurs persönlich angegriffen und kam mit Schreiben vom 9. November 1946 um seinen Rücktritt ein, der aber von Pène einstweilen nicht genehmigt wurde. Zunächst sollten die Abweichungen in den Statistiken aufgeklärt werden. Diez verzichtete nach seinem Rücktrittsgesuch auf die weitere Teilnahme an den Sitzungen der Landesverwaltung. Am 28. November 1946 akzeptierte die Militärregierung in Freiburg den Rücktritt von Diez, dem *systematische Opposition gegen die Besatzungsmächte* vorgeworfen wurde. Das Verhältnis zwischen Diez und der Militärregierung war heillos zerrüttet – schließlich drohte man ihm sogar die Ausweisung aus Baden an.<sup>84</sup>

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Ernährungskrise im Land Baden im Jahre 1946 gewiss gravierender als in Württemberg-Hohenzollern war. In den Kabinettsprotokollen findet sich davon allerdings nur ein geringer Niederschlag. In den Sitzungen des Direktoriums von Württemberg-Hohenzollern ist erheblich häufiger und ausführlicher von der Ernährungslage die Rede. Zu einer Zuspitzung wie in Baden ist es in Württemberg-Hohenzollern weder 1946 noch später gekommen.

---

<sup>82</sup> Die Einzelheiten bei *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) S. 480 ff.

<sup>83</sup> Niederschrift über die Sitzung vom 6. November 1946.

<sup>84</sup> *Stingl*: Kartoffelkrieg (wie Anm. 40) S. 482.

# Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit

Von CORINE DEFRANCE

Am Anfang seines Buches *LTI* über die Sprache des »Dritten Reiches« notierte Victor Klemperer: *Am Nazismus ist Deutschland fast zugrunde gegangen; das Bemühen, es von dieser tödlichen Krankheit zu heilen, nennt sich heute Entnazifizierung. Ich wünsche nicht und glaube auch nicht, dass das scheußliche Wort ein dauerndes Leben behält; es wird versinken und nur noch ein geschichtliches Dasein führen, sobald seine Gegenwartspflicht erfüllt ist.*<sup>1</sup> Doch der Begriff hat in der Geschichtswissenschaft bis heute überlebt, weil er in der unmittelbaren Nachkriegszeit in fast allen Sektoren der Gesellschaft zum Inbegriff des sozialen Umbruchs wurde. So erschien 1981 in Frankreich ein Sammelband mit dem Titel *La dénazification par les vainqueurs*, der erst im Untertitel sein eigentliches Anliegen präziserte: Die alliierte Kulturpolitik im besetzten Deutschland.<sup>2</sup> Über den Bereich der Kulturpolitik hinausgehend erhält der Begriff seine gesamte Dimension in der ihm inhärenten Doppelbedeutung: *Stricto sensu* beschreibt Entnazifizierung den repressiven Prozess der Säuberung oder *Épuration*, gleichzeitig weist er auf den konstruktiven Prozess der Umerziehung hin.

Das Spannungsfeld zwischen Zäsur und Kontinuität<sup>3</sup> an den westdeutschen Universitäten möchte ich in dieser doppelten Perspektive unter den drei folgenden Aspekten analysieren:

1. die Säuberung des Lehrkörpers und der Studentenschaft,
2. die Frage nach Erfolg bzw. Misserfolg der Reform an den westdeutschen Universitäten und
3. die Auswirkungen der Reform auf den Demokratisierungsprozess an den Universitäten.<sup>4</sup>

Bei der Entnazifizierung des Hochschulwesens reduzierte sich der komplexe Bezug auf die deutsche Vergangenheit nicht alleine auf den Nationalsozialis-

---

<sup>1</sup> Victor Klemperer: *LTI*, Leipzig 1975 [EA 1957] S. 7.

<sup>2</sup> Jérôme Vaillant (Hg.): *La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne, 1945–1949*, Lille 1981 (deutsche Fassung: *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949*, Konstanz 1984).

<sup>3</sup> Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2000.

<sup>4</sup> In diesem Artikel stelle ich einige der Ergebnisse meines Buches vor: *Les Alliés occidentaux et les universités allemandes, 1945–1949*, Paris 2000.

mus. Bei den alliierten und deutschen Verantwortlichen für den Wiederaufbau der Universitäten ging der Blick bei der Suche nach historischen Anknüpfungspunkten über die Weimarer Republik und das Wilhelminische Reich hinaus und führte zu der Frage nach dem Wert der Humboldtschen Reformideen für die aktuelle Situation der deutschen »Zusammenbruchsgesellschaft«. Aus der Kreuzung dieser Gedanken mit den Zielen und Methoden der drei Westmächte und ihrer Hochschultraditionen<sup>5</sup> entstand eine Gemengelage, die die Zukunft der universitären Landschaft der zukünftigen Bundesrepublik bedingen sollte.

## Die Säuberung an den deutschen Universitäten

Trotz divergenter Ausgangspositionen an den verschiedenen Hochschulstandorten<sup>6</sup> haben sich die Besatzungsmächte für eine zügige Wiedereröffnung der Universitäten entschieden, weil sie im Rahmen der Umerziehungspolitik die Herausbildung neuer Eliten fördern wollten und den Bedarf an bestimmten akademischen Berufen – insbesondere an Ärzten – berücksichtigen mussten. Die Westalliierten wollten zudem vermeiden, dass junge Leute ohne Beschäftigung, Ausbildung und demokratische Sozialisation erneut dem politischen Extremismus verfielen;<sup>7</sup> sie folgten damit einer Einschät-

<sup>5</sup> Hier ist nicht der Ort, um über die Implantierung eines neuen Hochschulsystems in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zu sprechen. Es sei nur auf die mittlerweile umfangreiche Literatur zu diesem Thema hingewiesen: Waldemar *Krönig*/Klaus-Dieter *Müller*: Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Köln 1994; Ralph *Jessen*: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999; Manfred *Heinemann* (Hg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die sowjetische Besatzungszone, Berlin 2000.

<sup>6</sup> Rebecca *Boehling*: Das antideutsche Vorurteil in den USA und seine Wirkung auf die Nachkriegspolitik in der US-Zone 1943 bis 1947. In: Bildung und Erziehung Nr. 2 (1981) S. 132–149.

<sup>7</sup> Für die britische Politik, vgl. Public Record Office (PRO)/ London, Foreign Office (FO) 371/39093, »Record of Meeting held at the Foreign Office on 30th March 1944 to consider the re-education of Germany, secret«. In einem französischen Bericht über die Universität Tübingen vom Mai 1945 ist zu lesen: *Il est permis d'espérer que l'influence des deux facultés de théologie qui, malgré les contraintes imposées par le régime national-socialiste, est restée très forte, pourra en une certaine mesure compenser l'influence de philosophies nihilistes ou communistes*, Ministère des Affaires étrangères, dépôt de Colmar [MAE/Colmar], Bestand »affaires culturelles«, [AC] 109(4), *compte rendu d'enquête sur l'université de Tübingen*, 22. Mai 1945. Vgl. zur Rolle der Kirchen in der französischen Umerziehungspolitik in Deutschland Christophe *Baginski*: La politique religieuse de la France en Allemagne occupée. Villeneuve d'Ascq 1997, S. 35–50; vgl. zur Wiedereröffnung der Universitäten von Tübingen und Freiburg Stefan *Zauner*: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994, S. 206 ff.

zung deutscher Dozenten, die auf diesem Weg die Wiedereröffnung der Fakultäten beschleunigen wollten. Der Freiburger Dekan der theologischen Fakultät schrieb am 1. August 1945 an Rektor Sigurd Janssen: *Das Studium der Theologie wurde in den zurückliegenden Jahren nicht nur nicht begünstigt und gefördert, sondern mannigfach gehemmt, und die Studierenden sind fortwährend versteckt und offen angefeindet worden. Wir sind der Meinung, dass eine gründliche theologische Schulung eines der wirksamsten Mittel sein wird, um die tiefen ethischen, rechtlichen und religiösen Schäden, welche der Nationalsozialismus unserem Volke geschlagen hat, gründlich zu heilen und den unheilvollen zerstörenden Kräften, welche im Kommunismus zu befürchten sind, entgegenzuwirken.*<sup>8</sup>

Die Umorientierung im alliierten Vorgehen ließ sich in allen drei Westzonen verfolgen. In Ablehnung der harten Deutschlandpolitik von Henry Morgenthau setzten sich in der amerikanischen Zone ab Spätsommer 1945 die Vorstellungen der so genannten »Wiederaufbau-Amerikaner« durch;<sup>9</sup> bereits im Frühsommer des gleichen Jahres hatten sich die Briten von den pessimistischen Erwägungen des ehemaligen diplomatischen Beraters Winston Churchills, Lord Robert Vansittart,<sup>10</sup> distanziert und für eine baldige Wiedereröffnung sämtlicher Fakultäten plädiert; in der französischen Besatzungszone hatte der Leiter der Kulturpolitik, Raymond Schmittlein, im Unterschied zum berühmten Germanisten und Deutschlandexperten Edmond

<sup>8</sup> Universitätsarchiv [UA]/ Freiburg, B1/38, Brief von Allgeier an den Rektor der Universität, 1. August 1945. Auf ähnliche Weise schrieb der Heidelberger Rektor Bauer einem amerikanischen Offizier: *If now they had to wait until next spring, a whole year would elapse (...) a space that would increase the danger that those young intellectuals, unemployed and running wild, with their semi-culture would form a perilous germ for ultra-radical political tendencies*, UA/Heidelberg, B1018/3, Bericht von Bauer an Colonel Lisle, 4. September 1945.

<sup>9</sup> Das Gewicht der »Wiederaufbau-Amerikaner«, jener Anhänger einer raschen Wiederaufbaupolitik in Deutschland im Kontext wachsender Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR, ist nach dem Potsdamer Abkommen stetig gewachsen. Der wichtigste Repräsentant der amerikanischen Universitätspolitik in der Besatzungszone in Deutschland, Edward Y. Hartshorne, hatte schon im Juni 1945 Pläne für eine globale Wiedereröffnung der Hochschulen formuliert und entwickelte sich zu einem der wichtigsten Fürsprecher des Wiederaufbaukurses; vgl. Jutta Lange-Quassowski: Amerikanische Westintegrationspolitik, Reeducation und deutsche Schulpolitik. In: Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich. Hg. von Manfred Heinemann. Stuttgart 1981, S. 56; James Tent: Academic Proconsul. Harvard Sociologist Edward Y. Hartshorne and the reopening of German Universities, 1945–1946. His personal account. Trier 1998.

<sup>10</sup> Otto Schlander: Der Einfluss von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Re-educationpolitik. In: Heinemann (wie Anm. 9) S. 40–52; Kurt Jürgensen: Was there a British policy towards Higher Education? Some retrospective thoughts on the Oxford Symposium. In: German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the control of Higher Education. Hg. von David Philipps. Oxford 1983, S. 45–50.

Vermeil,<sup>11</sup> die Vorzüge einer schnellen Wiedereröffnung der deutschen Universitäten verstanden und noch näher zu qualifizierende Maßnahmen eingeleitet.

Die schnelle Wiedereröffnung der Universitäten erschwerte zwar den Säuberungsprozess an den Hochschulen, erschütterte aber nicht den Willen der Alliierten zu einer grundsätzlichen Entnazifizierung und Entmilitarisierung: Säuberung des Lehrkörpers, der Lehrinhalte, der Bibliotheksbestände, Fixierung der Kriterien für die Einschreibung und die Ablehnung von Studenten. Nachdem der Entnazifizierungsprozess in den vier Besatzungszonen bereits im Sommer 1945 unkoordiniert eingesetzt und den Bestimmungen der jeweiligen Besatzungsmacht gehorcht hatte,<sup>12</sup> konnten sich die großen »Vier« auf gemeinsame Prinzipien einigen, so dass der Alliierte Kontrollrat in Berlin<sup>13</sup> u. a. am 12. Januar 1946 die Direktive Nr. 24 verkündete, in der zum praktischen Gebrauch der Militärregierungen definiert und kategorisiert wurde, welche Personen aus welchen Ämtern und Stellungen entfernt werden sollten. Das erste Paragraph behandelte *die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Errichtungen in Deutschland zu fördern.*<sup>14</sup>

Lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen dem Vorgehen der Alliierten feststellen, so stechen die Franzosen unter den drei Westalliierten doch mit ihrem vehement vorgetragenen Anspruch auf Entmilitarisierung

<sup>11</sup> Edmond Vermeil war Germanistikprofessor an der Pariser Sorbonne und im Sommer 1944 Vertreter Frankreichs bei der Working Party on the re-education of Germany in London; vgl. *Defrance* (wie Anm. 4) S. 39.

<sup>12</sup> Am 6. August 1945 unterbreitete Edward Y. Hartshorne in der amerikanischen Zone die »Guidance notes. Steps preparatory to the opening of Higher Education Institutions«. Die französischen Besatzungsbehörden gaben am 4. September 1945 die »Instructions provisoires sur la réouverture des universités« bekannt. Am 10. September 1945 verkündeten die Briten ihr »Statement on the progress of denazification in the field of Education«. Die Franzosen lehnten die automatische Säuberung nach dem SHAEF System ab (»SHAEF general directive on Military Government of Germany, prior to defeat or surrender«, November 1944. Als Anhang wurde das Dokument »Purge of German Educational Personnel« veröffentlicht. Im März 1945 konzipierte das SHAEF ein neues geheimes Dokument, »Removal from Office of Nazis and German Militarists«) und nahmen sich das Recht, einem damaligen Angehörigen der NSDAP nach einem persönlichem Gespräch bedingt zu reintegrieren.

<sup>13</sup> Corine *Defrance*: L'enseignement supérieur et le Conseil de Contrôle: 1945–1948. In: Documents Nr. 2 (1997) S. 34–40.

<sup>14</sup> Kontrolldirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946. In: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland 1946, S. 98 ff.

der deutschen Gesellschaft hervor, was sich durch zwei Beispiele illustrieren lässt:

1. Den ehemaligen Offizieren der Wehrmacht fiel es ziemlich schwer, einen Studienplatz an einer Hochschule der französischen Besatzungszone zu erhalten. Die Briten und die Amerikaner waren dagegen der Meinung, dass man den ehemaligen deutschen Offizieren den Weg zurück in die Zivilgesellschaft erleichtern müsse.<sup>15</sup>
2. Im Mai 1948 brach an der Universitätsbibliothek Freiburg eine Krise aus, als Hauptbibliothekar Josef Rest für einige Wochen von der französischen Militärregierung suspendiert wurde, weil der französische Kurator der Universität bei einem Kontrollbesuch der Geschichtsabteilung der UB, *militaristische* – nicht nationalsozialistische – Literatur gefunden hatte: *Un certain nombre de livres à caractère indiscutablement militariste et chauvin, parfois violemment antifrançais, sont demeurés dans les magasins de la bibliothèque, accessibles au prêt. Notamment plusieurs livres sur l'Alsace constituent une série d'excitations contre la France.*<sup>16</sup>

Doch kehren wir zu den Anfängen zurück: Schon vor der alliierten Besetzung Deutschlands fand in den meisten deutschen Universitäten eine erste Selbstreinigung oder *auto-épuration* statt.<sup>17</sup> Ab April/Mai 1945 versuchten zahlreiche politisch unbelastete Hochschullehrer den deutschen Universitäts-

<sup>15</sup> Corine Defrance: La sélection des nouvelles élites dans les universités de l'Allemagne occupée 1945–1949. In: Sociétés d'après-guerre en France et en Allemagne au XXe siècle. Hg. von Ilja Mieck und Pierre Guillen. München 1998, S. 207–220. In einem französischen Dokument wird die anglo-amerikanische Haltung mit folgenden Worten zusammengefasst: *Écarter les officiers de l'Université, c'est les empêcher de se reclasser dans la vie civile, c'est-à-dire les transformer en éléments hostiles à la politique démocratique des Alliés et les amener éventuellement à la résistance contre les Alliés*, MAE/Colmar, Bestand »Groupe français, Conseil de Contrôle« [GFCC], 1946, DPA 22, »Restrictions à l'admission des anciens officiers des forces armées allemandes en qualité d'étudiants dans les établissements d'enseignement supérieur«, 89ème réunion du CORC, 16 novembre 1946.

<sup>16</sup> UA Freiburg, B1/1312, Brief des Militärgouverneurs von Süd-Baden an den badischen Kultusminister, 19. März 1948. Es ist aber zu bemerken, dass Raymond Schmittlein, Leiter der Direction de l'Éducation Publique, die geplante Sanktion abschwächte: *La sanction proposée contre M. Rest (...) est absolument exorbitante. M. Rest avait fait preuve de bonne volonté en expurgeant sa bibliothèque de près de 4000 volumes et on ne peut lui faire un grave reproche d'y avoir laissé une cinquantaine d'ouvrages qui ne peuvent véritablement être considérés comme particulièrement nocifs. Il ne faut pas oublier, à ce sujet, qu'il est plus difficile pour un Allemand de comprendre exactement ce que nous voulons et de juger déplacé un ouvrage sur l'Alsace-Lorraine*, MAE/Colmar, AC 60 (4), Brief von Schmittlein an Pène, Militärgouverneur von Süd-Baden, 23. März 1948.

<sup>17</sup> Reinhard Grobnert: Die Entnazifizierung in Baden, 1945–1949, Stuttgart 1991; ders. Die auto-épuration. Der französische Sonderweg in der Entnazifizierungsfrage. In: Krisenjahre und Aufbruchzeit. Hg. von Edgar Wolfrum, Peter Fässler, Reinhard Grobnert. München 1996, S. 165–185.



ten eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Da sie in der Entnazifizierung die Voraussetzung für die Wiedereröffnung sahen, machten sie sich sofort an die Arbeit. Der Freiburger Theologe Josef Sauer schrieb in sein Tagebuch am 5. Mai 1945: *Es sei besser, wenn wir die Säuberung vornehmen, als wenn es von den Franzosen befohlen werde.*<sup>18</sup> In den meisten Fällen gab es eine relativ unproblematische Übergangsphase vom Ende der Nazi- bis zum Anfang der Besatzungszeit. Die Rektoren der Universitäten Heidelberg und Bonn – Paul Schmitthenner und Karl Chudoba – waren geflohen und der Freiburger Rektor Wilhelm Süß aus eigenem Antrieb zurückgetreten, so dass neue, politisch unbelastete Rektoren eingestellt oder sogar schon gewählt werden konnten wie Sigurd Janssen in Freiburg.<sup>19</sup> Aus Anlass der feierlichen Wiedereröffnung der theologischen Fakultät Freiburg hielt er eine Rede, die eine ganz andere Anschauung als die schon zitierten Äußerungen von Sauer reflektierte: *Frankreich und Deutschland und besonders das Land Baden sind Nachbarn und gute Nachbarn helfen sich im Unglück [...] Die Universität ist gewillt mitzuarbeiten an einer Verständigung der Völker untereinander, für eine neue europäische Gemeinschaft.*<sup>20</sup>

Ab April/Mai 1945 knüpften die Besatzungsmächte Kontakte zu diesen politisch unbescholtenen Dozenten und übertrugen ihnen die Aufgabe, die Wiedereröffnung der Universitäten vorzubereiten. Die Amerikaner haben in dieser Perspektive die Gründung von »University planning Committees« gefördert: Im Fall der Universität Heidelberg gaben sich die Amerikaner nach der Flucht von Schmitthenner jedoch nicht mit seinem Nachfolger Johannes Hoops zufrieden.<sup>21</sup> Gleich nach ihrem Einmarsch in Heidelberg suchten sie den Kontakt zum Widerstandskämpfer Karl Holl, der von der OMGUS schon bald zum Regierungspräsidenten von Nord-Baden ernannt wurde,<sup>22</sup>

<sup>18</sup> UA Freiburg, Tagebuch Sauer, 4. Mai 1945.

<sup>19</sup> Wolfgang Fassnacht: *Universitäten am Wendepunkt? Die Hochschulpolitik in der französischen Besatzungszone (1945–1949)*, Freiburg/München 2000, S. 56 f.

<sup>20</sup> UA Freiburg, B1/67, Rede vom Rektor Janssen, 17. September 1945.

<sup>21</sup> *Hoops owed his position as Rector to former Rector Schmitthenner himself, who had nominated him before fleeing Heidelberg (...). Here again the Nazis had pursued a policy of leaving behind in an administrative post a person against whom the occupiers could raise no immediate objection but who could be counted up to tread lightly in dealings with former Party members. The danger implicit in Hoops' position was twofold: it might prevent a genuine reform of the University from taking place and it might eventually lead to a reaction on the part of the Americans, who might charge the University as a whole with protecting Nazis. Awareness of this double danger led the anti-Nazi elements to assume very early a more prominent role in the re-organizational work*, Bundesarchiv [BA] /Koblenz, »Office of Military Government, United States« [OMGUS], 5/298-3/32, Bericht vom 13. November 1945, »The liberal Universities of Baden; Heidelberg«.

<sup>22</sup> *Dr. Karl Holl was suggested as a reliable and prominent citizen of Heidelberg, who could give useful information regarding members of the teaching staff*, BA/Koblenz, OMGUS, 5/300-3/38, Bericht vom 6. Juli 1945, »Medical school of the University of Heidelberg«.



und zum Philosophen Karl Jaspers. In der Rückschau aus dem Jahre 1961 beschrieb Jaspers in einem Brief an seinen Kollegen Fritz Ernst,<sup>23</sup> der einen Aufsatz über die Wiedereröffnung der Heidelberger Universität veröffentlicht hatte,<sup>24</sup> wie das »University Planning Committee« – in Heidelberg als Dreizehnerausschuss bekannt – am 5. April 1945 entstand. Trotz des entscheidenden Beitrages der deutschen Hochschullehrer für den Entnazifizierungsprozess, die Säuberung, die Anstellung der Dozenten sowie die Bestimmung der Immatrikulationskriterien, gaben die Militärregierungen Kontrolle und Vetorecht über die Hochschulen und ihre Politik nicht aus den Händen und präzisierten im Spätsommer 1945 ihre Instruktionen zum Säuberungsverfahren.<sup>25</sup>

Die Statistiken zeigen, dass die Ergebnisse der Entnazifizierung sehr heterogen waren und entscheidend von den verschiedenen Ausgangslagen in den Universitäten abhingen. Beim Zusammenbruch des Dritten Reiches waren die Spuren der nationalsozialistischen Kontamination im deutschen Hochschulsystem überall präsent, doch war die Durchsetzung des totalitären Machtanspruchs nicht überall gleich gelungen. Während die Nationalsozialisten bei der Durchsetzung ihres Machtmonopols besondere Konsequenz an den liberal geprägten Universitäten wie Frankfurt und Heidelberg an den Tag gelegt hatten,<sup>26</sup> konnten sich Freiburger Professoren (Constantin von Dietze, Adolf Lampe, Gerhard Ritter),<sup>27</sup> trotz der für ihre Radikalität bekannten

<sup>23</sup> Deutsches Literaturarchiv/Schiller-Nationalmuseum, Marbach am Neckar, Nachlass Karl Jaspers, Briefwechsel mit Fritz Ernst, Brief von Jaspers an Ernst, 17. Januar 1961.

<sup>24</sup> Fritz Ernst: Die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg. In: Heidelberger Jahrbücher 1960, S. 1–28.

<sup>25</sup> Schon in den ersten Direktiven vom 4. September 1945 hatte die französische Militärregierung Rektor und Prorektor der Universität Freiburg einige Richtlinien gegeben: *Es müssten sämtliche Parteimitglieder entlassen werden, das heißt auch solche, die erst nach dem 1. April 1933 der Partei beigetreten sind. Ausnahmen sollten nur in ganz seltenen Fällen gestattet werden. Oberst Arnald persönlich sei allerdings der Meinung, dass diejenigen Fälle milder beurteilt werden müssten, in denen jemand erst nach dem Erlass des Beamtengesetzes vom Jahre 1937 beigetreten sei. Ferner müssten aber auch solche Nicht-Parteimitglieder von Universitäten entfernt werden, die sich vor dem Kriege und während des Krieges im altdeutschen Sinne aktiv betätigt hätten*, UA/Freiburg, Senatsprotokolle, Aktennotiz über die Besprechung mit Oberst Arnald von der Militärregierung Baden am 7. August 1945.

<sup>26</sup> Vgl. Notker *Hammerstein*: Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie historischen und sozialen Rahmenbedingungen. Hg. von Karl *Strobel*. Vierow bei Greifswald 1994, S. 89–96; Arno *Weckebecker*: Gleichschaltung der Universität? Nationalsozialistische Verfolgung Heidelberger Hochschullehrer aus rassistischen und politischen Gründen. In: Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg. Hg. von Karin *Buselmaier*, Dietrich *Harth*, Christian *Jansen*. Mannheim 1985, S. 273–292; Volker *Sellin*: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945. In: Heidelberg 1945. Hg. von Jürgen C. *Hess*, Hartmut *Lehmann*, Volker *Sellin*. Stuttgart 1996, S. 91–106.

<sup>27</sup> Christoph *Cornelißen*: Gerhard Ritter, Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001.

»Gleichschaltung« im Lande Baden,<sup>28</sup> über lange Zeit unbemerkt aktiv am Widerstand beteiligen und wurden von der Gestapo erst nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 inhaftiert.<sup>29</sup> Einem französischen Bericht zufolge hatten sich auch während des Krieges letzte Reste liberalen und wertkonservativen Denkens an der Universität Freiburg gehalten, weil die überzeugtesten Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung unter der Dozentenschaft nach dem französischen »Débâcle« 1940 von Freiburg nach Straßburg versetzt worden waren: *Le IIIe Reich, en appelant à Strasbourg les plus ardents nazis fribourgeois, a procédé lui-même à une épuration avant la lettre.*<sup>30</sup> Die uneinheitliche Ausgangsposition im Jahre 1945 erforderte daher von den Alliierten einen differenzierten Entnazifizierungsprozess, bei dem sie sich wie im Fall der Universitäten Freiburg und Bonn,<sup>31</sup> an denen zwischen 1933 und 1945 Zeichen von Nonkonformität, Opposition oder gar Widerstand zu beobachten gewesen waren, auf eine breitere Bereitschaft auf deutscher Seite zu einer umfassenden Säuberung stützen konnten.

Die uneinheitlichen Resultate bei der Entnazifizierung der deutschen Universitäten beruhten darüber hinaus auf dem unterschiedlichen Vorgehen der vier Besatzungsmächte. Die Sowjets setzten die härteste Säuberungspolitik durch und entließen nach einem amerikanischen Bericht vom Januar 1947 73 % der Dozenten in ihrer Besatzungszone, während die Amerikaner (46 %), Franzosen (35 %) und Briten (33 %) größere Milde walten ließen.<sup>32</sup> In den drei Universitäten, die ich näher untersucht habe, wurden 62 % der Ordinarien in Heidelberg, 34 % in Bonn und 48 % in Freiburg 1945 suspendiert oder entlassen.<sup>33</sup>

In den drei westlichen Zonen (aber auch in der SBZ) ist generell ein progressives Abklingen des Entnazifizierungsprozesses zu beobachten gewesen, so dass die Mehrheit der suspendierten Dozenten schon bald wieder eingestellt wurde; viele bereits im Herbst 1945. Mitte der fünfziger Jahre konnten sich auch zahlreiche 1945/46 entlassene Hochschullehrer wieder erfolgreich auf eine Stelle bewerben. An der Universität Heidelberg kehrten 27 % von

<sup>28</sup> Hugo Ott: Martin Heidegger. *Éléments d'une biographie*, Paris 1990, S. 152–153, 183, 204–205.

<sup>29</sup> Helmut Heiber: *Universität unterm Hakenkreuz*, Bd. 1: *Der Professor im Dritten Reich*, München 1991, S. 190.

<sup>30</sup> MAE/Colmar, AC 105 (1), note explicative au sujet de la remise en marche des universités, o. D., ohne Unterschrift.

<sup>31</sup> In seinem Bericht vom 1. Dezember 1945 schrieb der Leiter des Gutachtenausschusses der Universität, Prof. Hans Emil von Weber: *Es ist dies vielmehr ein erfreuliches Zeichen dafür, dass sich der National-Sozialismus auf die Universität weit weniger ausgewirkt hat, als dies infolge des lauten Auftretens einiger Vertreter an der Hochschule den Anschein gehabt haben mochte*, UA/Bonn, WA6 (Politischer Gutachtenausschuss); vgl. auch Hans-Paul Höpfner: *Die Universität Bonn im Dritten Reich*. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999.

<sup>32</sup> BA/Koblenz, OMGUS 5/298-1/12, Bericht vom 24. Januar 1947.

<sup>33</sup> Defrance (wie Anm. 4) S. 107–109.

den im Jahre 1945 entlassenen Ordinarien auf ihre ehemaligen Lehrstühle zurück; 2 % fanden immerhin an anderen westdeutschen Universitäten eine neue Bleibe und konnten dort ihre wissenschaftliche Karriere fortsetzen. Lediglich 49 % wurden definitiv entlassen.<sup>34</sup> Charakteristisch für viele andere Fälle war das Schicksal des ehemaligen Freiburger Professors Hans Günther (»Rassengünther<sup>35</sup>«), der trotz seiner rassistischen Ideen 1954 wieder eine Stelle an der Universität Nürnberg erhielt. Diese Entwicklung war in allen Sektoren der Gesellschaft zu beobachten und war Folge des 1947/48 ausbrechenden Ost-West-Konflikts. Das Bestreben in dieser Phase neu aufbrechender ideologischer Gräben, das Hochschulwesen vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren und die soziale Kohäsion im eigenen Lager zu schützen, ließ das Interesse an einer weitergehenden Säuberung sinken und ermöglichte vielen belasteten Hochschullehrern die Reintegration in ihr ehemaliges Betätigungsfeld.<sup>36</sup>

Als Folge der Rückkehr und Rehabilitation eines Teils der Opfer des »Dritten Reiches« nach Exil oder innerer Emigration, der Berufung von ehemaligen Ordinarien aus der SBZ<sup>37</sup> und der oben dargestellten Wiedereingliederung vormals belasteter Hochschullehrer erlebte die westdeutsche Hochschullandschaft in der Nachkriegszeit zudem eine beachtliche Vergreisung der Dozentenschaft, die nicht nur den Karrieren des wissenschaftlichen Nachwuchses im Wege stand,<sup>38</sup> sondern auch Ausdruck jener verpassten »Stunde Null« war, über die sich multiple Kontinuitätslinien schoben und eine Reform der westdeutschen Universität erschwerten.

<sup>34</sup> Sellin: Universität 1945 (wie Anm. 26) S. 102 f.

<sup>35</sup> *Günther a été le second théoricien racial du Reich, suivant immédiatement Rosenberg. Il était connu sous le sobriquet de Rassengünther: Les cinq ans proposés par la délégation d'instruction semblent nettement insuffisants. On pourrait peut-être même envisager de le classer délinquant grave. Son influence sur la jeunesse a été néfaste durant l'exercice de son activité*, MAE/Colmar, Bade 2560, Bericht der französischen Militärregierung, o. D. Siehe auch Benno Müller-Hill: *Science nazie, science de mort*, Paris 1989, S. 26; *Grohnert* (wie Anm. 17) S. 140.

<sup>36</sup> Detlef Garbe: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und Vergangenheitsbewältigung: der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik. In: *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Hg. von Axel Schildt, Arnold Sywottek. Bonn 1993, S. 693–716; vgl. auch Norbert Frei: *Das Problem der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer*. In: *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*. Hg. von Heinrich Oberreuter, Jürgen Weber. München 1996, S. 185–191; ders. *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

<sup>37</sup> *Many of the politically reliable refugee professors from Eastern Germany have been offered appointments in the British Zone*, PRO/London, FO 945/265, 13. Dezember 1946, Bericht von dem Education Branch, »recent developments in the university situation«. In der 1946 gegründeten Universität Mainz kamen über 46 % der Ordinarien aus der sowjetischen Besatzungszone; vgl. Corine Defrance: *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin*, Straßburg 1994, S. 71–72.

<sup>38</sup> Im Wintersemester 1945/46 lehrten sieben Ordinarien in Heidelberg, vier in Freiburg und fast 15 in Bonn, die das 70. Lebensjahr bereits überschritten hatten.

## Die verpasste Reform der Universität

Nach dem Ende des »Dritten Reiches« und im Zuge des Entnazifizierungsprozesses stellte sich für die Universitäten weiterhin die Frage nach dem einzuschlagenden Weg zwischen bewahrenswerten Traditionen und erforderlichen Reformen. Der Heidelberger Philosoph Karl Jaspers notierte: *Was das Äußere betrifft, so haben wir die Hoffnung, dass unsere alte Verfassung und Selbstverwaltung uns wieder bestätigt wird, dass die Kliniken, Institute, Seminare materiell bestehen, dass die Studenten leben können, dass die Bedingungen für Forschung und Lehre, wenn auch bescheiden, hergestellt werden. Aber das alles ist noch keine Erneuerung.*<sup>39</sup>

Die Idee einer Hochschulreform wurde von der Professorenschaft nicht grundsätzlich abgelehnt. Sie beriefen sich bei ihren Überlegungen auf die große deutsche Tradition, verlangten die Wiederherstellung der universitären Selbstverwaltung, betonten die Einheit der Wissenschaften und von Forschung und Lehre. Mit Ausnahme von Karl Jaspers, der als einziger das auf Wilhelm von Humboldt zurückgehende Prinzip der Universität als Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden mit der Freiheit zum Lehren und Lernen an den westdeutschen Universitäten wieder aufleben lassen wollte,<sup>40</sup> sahen die meisten seiner Amtskollegen in einer solchen Reform eine Gefahr für die autoritative Struktur der Universität.<sup>41</sup>

Infolge der Beharrungskraft in der Professorenschaft gegenüber tiefgreifenderen Reformen wurde in den unmittelbaren Nachkriegsjahren die Chance zur Erneuerung der Hochschulstatuten vertan, was die Besatzungsmächte mit großer Enttäuschung verfolgten und nach Alternativen suchen ließ. Zwei Möglichkeiten boten sich ihnen an: Entweder setzen sie gegen alle Widerstände selbst eine Reform der schon existierenden Universitäten durch oder gründen neue Hochschulinstitutionen. Im Februar 1946 schrieb Schmittlein, der Leiter der französischen Kulturabteilung der Militärregierung: *L'expérience acquise depuis six mois dans le contrôle de l'enseignement supérieur a convaincu les plus optimistes de l'insuffisance morale des universités de Tübingen et de Fribourg. La direction de l'Éducation publique, à qui incombe la charge de la rééducation du peuple allemand, ne peut pas se désintéresser de la rééducation de ses élites futures (fonctionnaires, carrières libérales). Or, elle doit constater que son action sur les universités déjà exist-*

<sup>39</sup> Karl Jaspers: Die Erneuerung der Universität, in: Reden und Schriften, 1945/46, Heidelberg 1986, S. 97.

<sup>40</sup> In Anlehnung an die sokratische Lehre bedeutet die freie Entscheidung zur Aufnahme eines Studiums für Jaspers die Ablehnung von der »Meistererziehung«; vgl. Karl Jaspers: Die Idee der Universität, Berlin 1946, S. 48 f.

<sup>41</sup> [Die Universität] kennt innerhalb ihrer Sphäre keine Autorität, sie respektiert nur die Wahrheit in ihren unendlichen Gestalten, diese Wahrheit, die alle suchen, die aber niemand endgültig und fertig besitzt«; Jaspers: Idee (wie Anm. 40) S. 50 f.

*tantes se heurte à de multiples difficultés et à une résistance quasi insurmontable, et qu'elle ne peut pas espérer obtenir de ces établissements une collaboration efficace dans le domaine de cette rééducation [...] L'Université allemande traditionnelle est devenue un anachronisme dans le monde moderne. C'est un véritable corps étranger au milieu de la nation [...]. La rénovation des universités de Fribourg et de Tübingen comporte comme postulat leur suppression. Cette mesure entraînerait aujourd'hui trop de difficultés pour que nous ne reculions pas devant un procédé aussi radical. Il apparaît plus expédient de construire avant de détruire. La solution que propose la direction de l'Éducation publique est donc d'abord de créer des universités nouvelles sur une base nouvelle. Il est bien entendu en effet que l'université ou les universités que nous nous proposons de fonder sur la rive gauche du Rhin ne doivent avoir rien de commun avec la traditionnelle Université allemande.<sup>42</sup>*

Mit der Entscheidung der französischen Militärregierung zur Gründung der Universität Mainz, der Verwaltungsakademie in Speyer und des Dolmetscherinstituts in Germersheim standen die Franzosen im Kreis der Westalliierten jedoch alleine dar. Das Resultat war ambivalent: Während die Strukturen der Mainzer Universität eher traditionell geraten waren, stellte die Speyrer Verwaltungsakademie einen wesentlichen Bruch mit der deutschen Hochschultradition dar. Sie war als Konkurrent zu den deutschen Jurafakultäten gedacht, die in den Augen der Franzosen als konservativ und nationalistisch galten und nicht mehr das Monopol bei der Ausbildung des zukünftigen Verwaltungspersonals haben sollten.<sup>43</sup>

Im Laufe des Jahres 1946 formulierten Briten und Amerikaner Vorschläge für eine Reform der deutschen Universität: Nach einer Reise durch die amerikanische Besatzungszone im Spätsommer 1946 unterbreitete die von dem Präsidenten des »American Council on Education«, George Zook, geleitete Erziehungsdelegation im Januar 1947 ihre Vorschläge.<sup>44</sup> Wesentlich umfangreicher geriet das von der britischen »Association of University Teachers« erstellte Gutachten über die deutschen Universitäten, das am 31. März 1947 dem »Control Office for Germany and Austria« übergeben wurde.<sup>45</sup> Im Allgemeinen zielten die britischen und amerikanischen Empfehlungen auf eine Demokratisierung des Hochschulwesens ab und sahen Zugangserleichterungen für breitere Schichten der Bevölkerung vor. In diesem Sinne versuchten

<sup>42</sup> MAE/Colmar, AC 75(3), *réouverture de l'université de Mayence, exposé des motifs*, Schmittlein, 25. Februar 1946.

<sup>43</sup> *Defrance* (wie Anm. 37); vgl. auch Rudolf Morsej: Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (1947–1987). In: Speyerer Vorträge Nr. 9 (1987) S. 11–44.

<sup>44</sup> George Zook: Japan and Germany: problems in reeducation. In: *International Conciliation*, 427 (Januar 1947).

<sup>45</sup> »The Universities in the British Zone of Germany. Report of the Delegation of the Association of University Teachers«. In: *The Universities Review*, Bd. 19 Nr. 3 (Mai 1947) S. 203–222.

sie zum einen, die Oligarchie der Ordinarien zu durchbrechen und den Nicht-Ordinarien gewisse Rechte in Verwaltung und Leitung der Universität einzuräumen, zum anderen Kompetenzen und Entscheidungsrechte zwischen Rektor, Senat und Fakultätsausschüssen neu zu verteilen. Gleichzeitig verfolgten sie im Bereich der universitären Selbstverwaltung ein doppeltes Ziel: erstens sollte die Universität unabhängig von der Regierung ihre Aufgabe in Bildung und Wissenschaft weiterführen, zweitens sollte die Landesregierung ein Kontrollrecht erhalten, da sie die Hochschule finanzierte und bestimmte Anforderungen bezüglich der Ausbildung der zukünftigen Beamten hatte. Amerikaner und Briten beabsichtigten zudem, die soziale Isolierung der Universität zu durchbrechen und förderten ihre Verschränkung mit dem Rest der Gesellschaft, indem sie einen Hochschulbeirat einrichteten. Die Franzosen nahmen an dieser Debatte nicht teil.

1947 übergaben die Westalliierten den Landesregierungen die Kulturhoheit,<sup>46</sup> was den Besatzungsmächten die Möglichkeit nahm, direkt Reformen zu erzwingen. Deshalb versuchten sie, zuständige Ministerien und Universitäten zu überzeugen, sie selbst zu anzuregen. In der amerikanischen Besatzungszone hatte die Militärregierung schon 1946 die so genannten »Marburger Gespräche« initiiert, die den deutschen Hochschullehrern die Gelegenheit gaben, erste Überlegungen über eine Reform der Universität zu formulieren.<sup>47</sup> Mit der Gründung des Kulturausschusses durch den Länderrat konnten im September 1947 erste Ergebnisse präsentiert werden: [Es ist] *die Absicht der Ausschussarbeiten, eine gewisse Gleichmäßigkeit des Hochschulverfassungsrechts um ihrer Bedeutung für die Bewahrung der überkommenen Einheit der deutschen Kultur und auch um der Freizügigkeit von Professoren und Studenten in Deutschland willen zu sichern.*<sup>48</sup> Nach zwei Treffen in Bad Schwalbach (Taunus) im November und Dezember 1947 wurden am 5. Dezember 1947 die »Schwalbacher Richtlinien« bekannt gegeben (Verstärkung der Selbstverwaltung der Universitäten; mehr Rechte für die Nicht-Ordinarien und die Studierenden; Stärkung des Rektorenamtes gegenüber dem Dekanat etc). Doch blieben diese Richtlinien folgenlos.<sup>49</sup>

Auf Veranlassung der Briten bildete sich ein Studienausschuss, der ein Gutachten über die deutschen Hochschulen vorbereiten sollte. Das 1948 vor-

<sup>46</sup> Im Herbst 1946 in der amerikanischen Besatzungszone, am 1. Januar 1957 (Verordnung Nr. 57) in der britischen Zone, am 9. Juni 1947 (Verordnung Nr. 95) in der französischen Besatzungszone.

<sup>47</sup> Vorsätze der Marburger Gespräche in: Rolf *Neuhaus* (Hg.): *Dokumente zur Hochschulreform*, Wiesbaden 1961. S. 260–262.

<sup>48</sup> Die Schwalbacher Richtlinien. Richtlinien für die Reform der Hochschulverfassungen in den Ländern des amerikanischen Besatzungsgebietes. In: *Neuhaus* (wie Anm. 47) S. 262–288.

<sup>49</sup> Manfred *Heinemann* (Hg.): *Süddeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948*, Berlin 1997, S. 22.

gelegte so genannte »Blaue Gutachten«,<sup>50</sup> das die Einführung von Hochschulräten und Hochschulbeiräten vorsah, stieß jedoch auf den Widerstand der Hochschulangehörigen, die die Einmischung von Kirchen, Gewerkschaften und politischen Parteien in universitäre Angelegenheiten befürchteten. Trotz ihrer ablehnenden Haltung waren sie zu Zugeständnissen bezüglich der Rechte der Nicht-Ordinarien und der Studenten bereit, verweigerten jedoch die Schaffung neuer Kategorien von Dozenten wie Studienprofessoren. Ein breiterer sozialer Zugang zur Universität und die Einführung eines Studium generale wurden mehrheitlich befürwortet. Das britische Experiment zur indirekten Reform scheiterte damit in erster Linie an der deutschen Dozentschaft, die in ihrer restaurativen Grundhaltung verharrte. In seiner Studie über das »Blaue Gutachten« musste der Oxforder Pädagoge David Phillips feststellen: *The tragedy of the 'Gutachten' is that it remained a model reform document whose arguments were for the most part sound and whose underlying principles were generally acceptable: it foundered on the detail.*<sup>51</sup>

## Die Öffnung der Universität im Prozess der Demokratisierung und Verwestlichung

Im Rahmen der Umerziehungspolitik stellte die Wiederherstellung der Kontakte zum Ausland nach zwölf Jahren Isolierung eine wichtige Aufgabe dar. In den Jahren 1945–1947 spielte Frankreich bei der Wiederaufnahme der Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Universitäten eine wichtige Rolle und organisierte im Sommer 1946 die ersten Ferienkurse auf deutschem Boden.<sup>52</sup> Im Gegensatz zu den anderen Besatzungsmächten<sup>53</sup> förderte es auch das Studium französischer Studenten an den Hochschulen ihrer eigenen Besatzungszone. Es waren meistens Germanisten, die die Aufgabe hatten, die Entwicklung Deutschlands zu beobachten. Der Schriftsteller Michel Tournier und der Philosoph Claude Lanzmann gehörten zu der Gruppe von Stu-

<sup>50</sup> Gutachten zur Hochschulreform, 1948 (MAE/Colmar, AC 96(35)); vgl. auch David Phillips: *The British and university reform policy in Germany, 1945–1949. A study with particular Reference to the Gutachten zur Hochschulreform of 1948.* Oxford 1983.

<sup>51</sup> Phillips (wie Anm. 50) S. 356.

<sup>52</sup> MAE/Colmar, AC 60 (3), Bericht über die Universität Tübingen, Juni 1946.

<sup>53</sup> Die Briten gaben darüber hinaus folgende Gründe für ihre Ablehnung an: *The number of British students who are prepared to stand up to the present conditions of life in Germany for any prolonged period is probably small. We would also point out that isolated British students studying at German universities are much less likely to influence German student opinion than to be influenced by it. For this reason we do not consider it wise indiscriminately to encourage study visits of isolated British students to Germany at the present time,* PRO/London, FO 1050/1055, Bericht von der Association of University Teachers, 31. März 1947.



denten, die ihr Studium unmittelbar nach der Wiedereröffnung an der Universität Tübingen fortsetzten.<sup>54</sup>

Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben mehrere Professoren aus westlichen Ländern deutsche Universitäten als Gastprofessoren, Gastredner oder »visiting experts« besucht; an einen wechselseitigen Austausch war zu dieser Zeit aber noch nicht zu denken. Während nur wenige französische und britische Professoren in die französische und britische Besatzungszone reisten, setzten sich die Amerikaner bereits früh dafür ein, »visiting experts« nach Deutschland zu schicken. Einer dieser Experten berichtete: *Our experts have been in a sense missionaries.*<sup>55</sup>

Nach 1947 veränderte sich die Situation nachhaltig: Unter dem Druck des Kalten Krieges und im Sinne der »Reorientation« bzw. »Demokratisierung der Deutschen« entschlossen sich Briten und Amerikaner dazu, deutsche Studenten und Dozenten zu einem Aufenthalt an ihre Universitäten einzuladen. Beide setzten auf eine indirekte Einflussnahme und hofften, junge Dozenten für eine grundsätzliche Reform der deutschen Universität zu gewinnen. Daneben beabsichtigte diese Politik natürlich auch, die künftige deutsche Hochschulelite davon zu überzeugen, an der Seite des Westens die kommunistische Ideologie zu bekämpfen.<sup>56</sup> In diesem Zusammenhang entstand das groß angelegte amerikanische »Cultural Exchange Program«. <sup>57</sup> Es sollte zum einen deutsche Persönlichkeiten nach Amerika bringen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den »American Way of life« und das amerikanische politische System kennen zu lernen, zum anderen sollten die besten amerikanischen Fachleute nach Deutschland geschickt werden. Dieses Austauschprogramm, von dem sich die OMGUS positive politische Folgen erhoffte, wurde vollständig von den Amerikanern finanziert. Von Januar bis

<sup>54</sup> Vgl. Michel *Tournier*: *Le Vent Paraquet*, Paris 1977, S. 89–94.

<sup>55</sup> BA/Koblenz, OMGUS, 5/299-3/2, »German Universities and the Social Sciences. A Report by Dr. John L. McMahon« (wahrscheinlich Juni 1947).

<sup>56</sup> [Bevin] *had turned to the British universities, in the hope that they would put their knowledge and their enthusiasm for the spiritual and cultural standards we believe in, at the disposal of himself and of Mr. Birley in Germany. The British universities contain men with the right spiritual and cultural outlook to influence the Germans, and particularly the German teachers, to understand and adopt the standards of freedom and democracy which we stand for. He wanted those men to go to Germany both to lecture and to influence the German teachers and lecturers (...)* The Foreign Secretary said that with this in mind he had come to appeal to the British universities in the belief that they held the key to the future in their hands and to urge them to regard their task not only as that of preserving the British way of life in this country, but also of extending it to bring in Germany and Western Europe and through these, Eastern Europe (...) what he was asking the British universities to do was to save the soul of Germany. PRO/London, FO 945/271, »Note of discussion at the lunch of the Committee of vice-chancellors and principals«, 28. November 1947.

<sup>57</sup> Vgl. Henry J. *Kellermann*: *Cultural Relations as an instrument of U.S. Foreign Policy. The Educational Exchange Program between the United States and Germany 1945–1954*, Washington 1978.



September 1949 konnten fast 600 Deutsche im Rahmen dieses Programms die Vereinigten Staaten besuchen. Insgesamt ist festzustellen, dass jungen Leuten – Studenten und Dozenten – Priorität bei den Austauschprogrammen eingeräumt wurde: Sie bildeten nicht nur die künftige deutsche Elite, sondern waren auch, so glaubte man, empfänglicher für eine Demokratisierung und eine Reform des deutschen Hochschulwesens. Es war auch kein Zufall, dass die Briten und die Amerikaner diejenigen förderten, die im Bereich »Politische Wissenschaft« und »Sozialwissenschaft« arbeiteten. Diese Fächer waren die so genannten »Demokratiewissenschaften«,<sup>58</sup> deren Einführung in die deutschen Universitäten von den Amerikaner ständig gefördert wurde.

Die damals weit verbreitete Germanophobie der französischen Bevölkerung hat Paris gehindert, eine ähnliche Politik zu führen. Die französische Militärregierung war aber von der Notwendigkeit solcher Studentenaustauschprogramme überzeugt und konnte den fehlenden Willen in Paris teilweise durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Freiburg und Basel ausgleichen. Die Beteiligung der Schweiz hatte drei Vorteile: für die deutschen Universitäten der französischen Zone und insbesondere für Freiburg war es die Gelegenheit, Kontakte mit dem Ausland zu knüpfen und sich aus der Isolierung zu lösen; für die französische Regierung kompensierte dieses Angebot die politischen Nachteile der damaligen Germanophobie; für die Schweiz war es eine gute Gelegenheit, sich aus dem diplomatischen Abseits zu befreien.<sup>59</sup> Mit einem starken kulturpolitischen Engagement<sup>60</sup> wollte die Berner Außenpolitik die aus der helvetischen Neutralität entstandenen Missverständnisse kompensieren<sup>61</sup> und den Gedanken der Neutralität durch eine enge Bindung an den Begriff der Solidarität rehabilitieren.<sup>62</sup> Der Wille, einen Beitrag zur Umerziehung der deutschen Bevölkerung zu leisten, war für die Schweiz damit auch ein Schritt zur Verarbeitung der eigenen Vergangenheit.

Zu diesem Zweck wurde 1947 die »Markgräfler Aktion« wieder belebt, bei der es sich um einen Studentenaustausch zwischen den Universitäten Basel und Freiburg handelte. Eine aus Rektoren und Professoren der beiden Universitäten bestehende Kommission unter der Leitung des französischen

<sup>58</sup> Hans *Kastendieck*: Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft. Frankfurt/New York, 1977, S.20; vgl. auch Wilhelm *Bleek*: Geschichte der Politikwissenschaften in Deutschland. München 2001.

<sup>59</sup> W. *Bretscher*: Schweizerische Außenpolitik in der Nachkriegszeit. Zürich 1951, S.6–7; Roland *Ruffieux*: La culture dans les relations de la Suisse avec l'extérieur. In: Relations internationales Nr.25 (1981) S.136; vgl. auch Corine *Defrance*: L'apport suisse à la ré-éducation des Allemands: l'exemple de la coopération universitaire (1945–1949). In: Revue suisse d'histoire 48 (1998) S.236–253.

<sup>60</sup> *Ruffieux* (wie Anm.59) S.136.

<sup>61</sup> Marco *Durrer*: Les négociations économiques entre Alliés et Suisses à la veille de la défaite du Troisième Reich. In: Relations Internationales Nr.30 (1982) S.193–207.

<sup>62</sup> *Bretscher*: (wie Anm.59) S.9–10.

Universitätsoffiziers Jacques Lacant war für die Auswahl der Studenten zuständig, die begabt und politisch unbelastet sein sollten. Nachdem die Kommission eine Auswahl getroffen hatte, prüfte die Militärregierung noch einmal die Fragebögen der Kandidaten, und der französische Universitätsoffizier führte mit jedem ausgewählten Studenten ein Gespräch. Erst nach dem positiven Verlauf der Unterhaltung erhielt der Studierende eine Grenzgängerkarte, die es ihm erlaubte, täglich von Lörrach nach Basel zu fahren.<sup>63</sup> In Lörrach wurde für die Unterbringung der Studenten der »Markgräfler Aktion«, ein Hotel, zur Verfügung gestellt.

Die Teilnehmerzahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von 1947 bis 1950 haben über 1000 Freiburger Studenten einige Semester in Basel studiert und machten diese Aktion damit zu einem großen Erfolg.<sup>64</sup> Jacques Lacant konnte in einem Bericht vom November 1949 schreiben: *L'université de Fribourg, par sa position géographique et grâce à l'esprit qui s'y développe doit, de plus en plus, dans l'avenir, constituer l'un des relais culturels entre la France et l'Allemagne, la Suisse et l'Allemagne.*<sup>65</sup>

## Zusammenfassung

Der Wiederaufbau der westdeutschen Hochschullandschaft nach 1945 war in mancher Hinsicht von historischen Kontinuitäten geprägt und führte trotz der Entnazifizierung zu keiner durchgreifenden personellen Erneuerung an den Universitäten. Der Neuanfang war vor allem von dem Konservatismus der Professorenschaft gekennzeichnet, die in ihrer großen Mehrheit die Rückkehr zu den traditionellen universitären Strukturen anstrebte und gegen eine von den Alliierten gewünschte tief greifende Reform wirkte.

Was die Hochschulpolitik der Westalliierten betrifft, ist die Ähnlichkeit der Hauptziele (Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung, Westbindung der Wissenschaft) hervorzuheben. Die Divergenzen zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten sind eher in ihren Methoden zu finden: Die Franzosen, ohne Vertrauen in die Kapazitäten der deutschen Demokraten, ihre eigenen Landsleute selber umzuziehen und von der Unmöglichkeit überzeugt, die deutsche universitäre Tradition innerhalb einer kurzen Besatzungszeit zu erneuern, verzichteten nicht auf autoritäre Maßnahmen. Im Gegensatz zu Briten und Amerikanern rechneten sie nicht mit einer Reform der Universität und gründeten deshalb neue Hochschulinstitutionen, die der deutschen Tradition fremd waren, was das eigentliche Spezifi-

<sup>63</sup> Gespräch der Autorin mit Jacques Lacant, April 1997, Paris.

<sup>64</sup> Ansprache des Rektors der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Herrn Professor Dr. Wolfgang Jäger, zur Erinnerung an die Markgräfler Aktion, Rede vom 11. Oktober 1996, Basel.

<sup>65</sup> MAE/Colmar, AC 180 (1), Bericht von Lacant, 29. November 1949.

kum der französischen Umerziehungspolitik darstellt. Die zwei anderen Westalliierten, die vor 1945 über ausgedehntere Kontakte zu deutschen Emigranten und Demokraten verfügt hatten, waren weniger pessimistisch, hatten mehr Respekt vor der berühmten Tradition der deutschen Universitäten und lehnten – mit Nuancen – eine autoritative Umerziehung ab. Dabei bedienten sie sich bei der Reformierung der Universitäten einer Politik der indirekten Einflussnahme, die jedoch nicht die erhofften Resultate erbrachte.

Auch wenn die französische Hochschulpolitik wegen der neu gegründeten Institutionen 1949 die besten Erfolge zu verzeichnen hatte, darf aber auch nicht übersehen werden, dass die Universität Mainz kein Gegenmodell zu Freiburg und Tübingen geworden ist und der Speyerer Verwaltungsakademie eine marginale Rolle zukam. Über 50 Jahre später muss aber auch die Frage gestellt werden, inwieweit diese alliierten Reformprojekte wichtige Perspektiven für die Zukunft eröffnet haben. Trotz des Scheiterns der damaligen Reform muss festgehalten werden, dass neue Impulse Eingang in das westdeutsche Hochschulwesen fanden und zu seiner allgemeinen gesellschaftlichen Verwestlichung beitrugen.



# Die französische Politik im besetzten Deutschland Neue Forschungen, alte Klischees, vernachlässigte Fragen

Von EDGAR WOLFRUM

Geschichtsbilder und Geschichtsbewusstsein werden in erster Linie durch Unterrichtslehrwerke an den Schulen vermittelt. In einem weit verbreiteten Lehrwerk »Wege durch die Geschichte« des angesehenen Cornelsen Verlages aus dem Jahr 1994 kann man zur französischen Besatzungszeit folgenden Passus lesen: *Die französische Besatzungsmacht unterwarf die französische Zone rigoros dem Ziel der Niederhaltung Deutschlands zur Sicherheit Frankreichs. Um eine deutsche Einheit zu verhindern, unterstützte sie separatistische Bewegungen, zögerte die Zulassung von Parteien hinaus und isolierte ihre Zone.* Zur gleichen Zeit, als Schülerinnen und Schüler dies über die französische Besatzungszeit nach 1945 lernten, veröffentlichte das Deutsche Historische Institut in Paris einen Sammelband über neue Forschungsergebnisse zur französischen Deutschland- und Besatzungspolitik, der den ebenso programmatischen wie optimistischen Titel trug *Vom ›Erbfeind‹ zum Erneuerer*. Und eine schon ein Jahr zuvor vom Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg vorgelegte Publikation *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation* beschrieb den Geist des freudigen Dialogs zwischen Deutschen und Franzosen, der bereits während der Jahre der Besatzung begonnen habe. – Man hat den Eindruck, als würden zwei nicht zusammen gehörende Geschichten erzählt. Im Schulbuch die Geschichte einer Ausbeutung und Abschottung durch eine repressive Militärdiktatur und in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen die Geschichte eines demokratischen Aufbruchs und der fast harmonischen kulturellen Begegnung in den Besatzungsjahren. Wie sind solche Diskrepanzen zu erklären?

Die deutsch-französische Aussöhnung, das freundschaftliche Miteinander der beiden so lange verfeindeten Nachbarn am Rhein, ist seit dem Elysée-Vertrag vom Januar 1963, den die beiden alten Staatsmänner Charles de Gaulle und Konrad Adenauer unter Dach und Fach brachten, zu einem der tragenden Säulen des bundesdeutschen und auch des französischen Selbstverständnisses geworden. Gespeist von einem Topos der Verständigung formte sich die Grundlegung der Achse Bonn-Paris im beiderseitigen Geschichtsbild zu einer regelrechten Erfolgsgeschichte aus. Aber diese Erfolgsgeschichte hatte auch eine Kehrseite. Denn die erfolgreiche Kooperation vermochte nicht zuletzt deshalb in einem so hellen Licht zu strahlen, weil man die Zeit davor als so unerfreulich, trübe und schmerzhaft wahrnahm. Damit

war nicht allein die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und die Okkupation Frankreichs gemeint, sondern ebenso sehr die *düstere Franzosenzeit* 1945–1949, die sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eingepägt hatte. Die Besatzungspolitik der Siegermacht Frankreich schien dem deutsch-französischen Verhältnis eine schwer zu übersteigende Barriere in den Weg zu legen. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD in der Nachkriegszeit, hatte die Franzosen als *Westrussen* gebrandmarkt, und in Analogie zum Eisernen Vorgang, der im Osten Deutschlands niederging, war in der Presse der Bizone im Jahr 1947 vom *Seidenen Vorhang* im deutschen Südwesten gesprochen worden, hinter dem die Besatzungsmacht offenbar eine unbarmherzige Revanchepolitik betrieb. *Vae victis!* – glaubte man mit voller Berechtigung sagen zu müssen.

Das negative Gewicht der französischen Besatzungspolitik schien so drückend, dass sie in der Forschung der nachfolgenden Jahre lange Zeit fast zu einem Tabu-Thema erklärt wurde. Nur nicht daran rühren, hieß die Devise. Eine breitere Debatte über Frankreichs Nachkriegspolitik wäre, so die nicht zuletzt politisch motivierte Sorge, zu einem Prozess über die Geschichte geworden, der auch die Gegenwart in ihren Strudel gerissen hätte.

Die Furcht vor der Vergangenheit war nicht unbegründet. Die spärlichen Forschungen zur französischen Besatzungspolitik, die bis Mitte der achtziger Jahre vorgelegt wurden, kamen zu ganz eindeutigen Ergebnissen: Frankreichs desaströse Deutschlandpolitik nach 1918 erschien geradezu harmlos im Vergleich zur Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Theodor Eschenburg nannte 1983 in einem weithin bekannten Werk über die Jahre der Besatzung Südwestdeutschland schlichtweg eine *Ausbeutungskolonie* der Franzosen. Diese Bezeichnung durfte künftig in keiner Geschichte der Nachkriegszeit mehr fehlen. Auch die anderen Gravamina gegen die französische Besatzungspolitik, die auf der noch lebendigen Erinnerung der Zeitgenossen fußten, wogen überaus schwer: Danach wurde Südwestdeutschland im April und Mai 1945 von einer vergewaltigenden französischen Soltadeska überzogen; die Alltagsnöte, besonders die Hungerjahre, begannen erst mit der Besetzung und hielten fast bis zur Gründung der Bundesrepublik an; der Schwarzwald war noch jahrzehntelang von den *Franzosenhieben*, den gewaltigen Holzeinschlägen gezeichnet; die überbordenden Requisitionen grenzten an Ausplünderungen und die Demontagewut der Besatzungsmacht spottete jeder Beschreibung; französische Soldaten tyrannisierten die Bevölkerung, eine geheimdienstliche Überwachung war gang und gäbe, von Befreiung und Demokratisierung war nichts, von neuer Militärdiktatur hingegen viel zu spüren. Nach außen schotteten die Franzosen ihre Besatzungszone hermetisch ab und nach innen isolierten sie die Regionen voneinander. Dies korrespondierte trefflich mit den ihnen unterstellten Ideen darüber, dass es keinen deutschen Nationalstaat mehr geben dürfe: Zerschlagung Preußens, Annexionen im Westen, Zerstückelung und Zwergstaatenpolitik soweit der Einfluss reicht, kurzum eine »Balkanisierung« – waren das nicht

die allzu bekannten klassischen Ziele französischer Hegemonialpolitik von Richelieu bis de Gaulle? Fazit: Politik destruktiv, Bilanz negativ – und die Forschung daher lange Zeit defensiv.

Man muss sich diese immense Negativliste vergegenwärtigen, um das Ausmaß des Umbruchs einschätzen zu können. Seit den späten 1980er Jahren ist die traditionelle Sicht grundsätzlich revidiert worden. Voraussetzung der »revisionistischen Wende« in der Forschung war die Öffnung der französischen Archive. Die traditionelle Forschung hatte sich bis dahin allein auf deutsche Quellenüberlieferungen oder auf Materialien der anderen Alliierten stützen können, die französische Perspektive musste ihr verborgen bleiben. In den Unterlagen der Briten und Amerikaner erscheinen die Franzosen zu meist als Querulanten und Störenfriede, bestenfalls als unbequeme Verbündete. Die Überlieferung aus den deutschen Verwaltungen wiederum wirft naturgemäß ein eher trübes Licht auf die Jahre der Besetzung. Deutsche Verwaltungen versuchten, viele Probleme, die sich aus der Katastrophenpolitik und dem Bankrott des »Dritten Reiches« ergaben, auf das Schuldkonto der Besatzungsmacht zu verbuchen, ihr den Schwarzen Peter zuzuschieben und von eigenen Fehlern und Unzulänglichkeiten abzulenken.

Erst seit Sommer 1986 sind die Besatzungsakten im elsässischen Colmar wirklich umfassend zugänglich. Auf ihrer Grundlage hat die neue Forschung sehr differenzierte Thesen gewonnen. Frankreich wird heute sogar bescheinigt, im Südwesten Deutschlands eine Politik der Erneuerung, der Reformen und der Demokratisierung verfolgt zu haben, die als »gute« Traditionen für die deutsch-französischen Beziehungen gewürdigt werden müssten. Einige Vertreter der alten, der traditionellen Sichtweise halten den Revisionisten, die sämtlich der jüngeren Generation angehören, deshalb vor, sie würden Besatzungsgeschichte aus dem Blickwinkel des gelungenen deutsch-französischen Rapprochements schreiben und erlügen somit den Verlockungen und Gefahren des zu milden Blicks auf die nach wie vor schlimme Vergangenheit, indem sie diese als eine freundliche Overture der Gegenwart ausmalten.

Es offenbart sich hier überaus deutlich auch ein grundsätzliches methodisches Problem: Kann die historische Wissenschaft zu ganz anderen Ergebnissen über die Wirklichkeit gelangen als sie sich in der Erinnerung der seinerzeit mitlebenden Menschen niedergeschlagen hat? Man darf den Zeitgenossen nicht einfach vorhalten, sie hätten sich eben geirrt. Man muss die zwei Seiten einer Medaille gleichzeitig beleuchten. Auf der einen Seite: die Rahmenbedingungen, Ausgangslagen, Kernziele und Motive der französischen Siegermacht. Auf der anderen Seite: die Auswirkungen der Politik, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der besetzten Deutschen. Ohne diese Doppelperspektive ist die Besatzungspolitik der Franzosen überhaupt nicht zu verstehen. Sie hatte zwei Seiten: konstruktive Neuansätze und destruktive Alltagswirkungen. Beleuchtet man nur eine Seite, so führt dies zwangsläufig zu gravierenden Fehlurteilen. Ich möchte beide Seiten beleuchten.

Frankreich hatte mit äußerst ungünstigen internationalen und inneren Ausgangsbedingungen zu kämpfen. Es war eine »verspätete Siegermacht« und bekam erst auf der Konferenz von Jalta Anfang 1945 eine eigene Besatzungszone. Frankreich hatte an keiner der großen Kriegskonferenzen teilgenommen und auf die Einladung zur Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 wartete de Gaulle vergebens. Frankreich fühlte sich daher an die Potsdamer Beschlüsse auch nur mit Einschränkungen gebunden. Die »Großen Drei«, die USA, Großbritannien und die Sowjetunion, blieben unter sich. Frankreich hatte 1940 eine der größten Demütigungen in seiner Geschichte hinnehmen müssen, war in wenigen Wochen von der Wehrmacht militärisch geschlagen, dann besetzt, schließlich geteilt worden. Bis zur Befreiung im Juli/August 1944, die nicht aus eigener Kraft geschah, war es von der deutschen Besatzung systematisch ausgeplündert worden. Noch schwerer als das kollektive Trauma von Kriegsniederlage und Besatzung wog die Anbieterungs- und Erfüllungspolitik des Vichy-Regimes unter dem greisen Marschall Pétain. Kollaboration und Résistance hatten zu einem innerfranzösischen Bürgerkrieg geführt und das Land in eine abgrundtiefe nationale Identitätskrise gestürzt. Bald verschärfte sich der Problemdruck zusätzlich infolge von Krise und Auseinanderbrechen des französischen Kolonialsystems.

Die Ausgangslage im besiegten Deutschland war ebenfalls überaus ungünstig. Die absonderliche geographische Struktur der französischen Besatzungszone zeigt, dass weder Briten noch Amerikaner gewillt waren, den Franzosen deutsche Kerngebiete zu überlassen. Frankreichs Besatzungszone umfasste schließlich – außer einem Sektor in Groß-Berlin – im Norden das Saargebiet, die Pfalz, einen Teil der Rheinprovinz und kleinere Gebiete von Hessen-Nassau; im Süden bestanden die Amerikaner aus logistischen Gründen auf die Kontrolle der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–München. Die historischen Länder Baden und Württemberg wurden daher zerschnitten, Frankreich erhielt jeweils deren äußerst strukturschwachen südliche Hälften sowie den bayerischen Landkreis Lindau als Brücke zum französisch besetzten Vorarlberg. Württemberg ohne Stuttgart, Baden ohne Karlsruhe, das Rheinland ohne Köln: Damit waren die wirtschaftlichen, politischen sowie verkehrstechnischen Infrastrukturen und die gewachsenen Verwaltungs- und Kommunikationsnetze vollständig unterbrochen, was zwangsläufig zu erheblichen strukturellen Problemen führen musste.

All diese ungünstigen internationalen, nationalen und infrastrukturellen Ausgangslagen wurden noch potenziert durch eine missratene Struktur der französischen Militärverwaltung und durch zahlreiche widerstreitende politische Interessen. In Paris existierte ein regelrechtes Institutionenchaos. In Koblenz, Saarbrücken, Tübingen und Freiburg wurden Délégations Supérieures eingerichtet, Landesmilitärregierungen mit unzähligen Abteilungen, eigenwilligen Landesgouverneuren, widerstreitenden Konzepten. Das beispiellose Kompetenzwirrwarr gipfelte schließlich in einer Doppelspitze im französischen Hauptquartier in Baden-Baden unter General Pierre Koenig



auf der einen und Emile Laffon auf der anderen Seite. Beide verfügten über eigene große Verwaltungsapparate, verfolgten eine ambitionierte, häufig diametral entgegengesetzte Besatzungspolitik und lagen im Dauerzwist, bis Generalverwalter Laffon im November 1947 zermürbt ausschied.

In der französischen Zone kamen im Dezember 1946 auf 1000 Einwohner 18 Besatzer, während man in der britischen Zone zehn und in der amerikanischen nur drei zählte. Diese Vielzahl an Besatzungsbediensteten war Stein ständigen Anstoßes, weil das Personal aus der Zone heraus ernährt werden musste und enorme Wohnraumbeschlagnahmungen nötig machte. An dieser Zahl wird zweierlei deutlich: ein Kernziel französischer Besatzungspolitik und ein grundsätzliches Dilemma. Das Kernziel: Der Primat der Sicherheit vor Deutschland – hier in Form von Kontrolleuren – war nach drei großen Kriegen 1870/71, 1914/1918 und 1940 für die Franzosen viel elementarer als für Briten und Amerikaner. Das Dilemma: Die Masse an Besatzungspersonal signalisierte darüber hinaus, dass alle politischen Strömungen Frankreichs von den Kommunisten bis zu de Gaulle zum Zuge kommen wollten, was den Apparat immens aufblähte.

Überdies: Auf ein gemeinsames Programm für die Zeit nach dem Sieg über das »Dritte Reich« hatten sich die verschiedenen Widerstandsorganisationen, die seit Sommer 1944 an der Regierung unter de Gaulle beteiligt waren, nicht einigen können. Allein de Gaulle traf mit seinem Stil, den Pathosformeln von der Grandeur Frankreichs und der Maxime einer harten Deutschlandpolitik den Nerv seiner Landsleute. Es gehörte zu den innenpolitischen zehn Geboten im Nachkriegsfrankreich, dass die öffentliche Meinung deutschlandfeindlich war. Daraus resultierte eine eigentümliche »doppelte Deutschlandpolitik«, wie es die neue Forschung formuliert hat: Inoffiziell steckten sich die gemäßigten Politiker realistische Ziele; offiziell wurden trotz der Einsicht in deren Chancenlosigkeit weiterhin Maximalziele propagiert, womit man dem Druckpotential der französischen Öffentlichkeit begegnete.

Diese »doppelte Deutschlandpolitik« auf der Pariser Spitzenebene erklärt auch die negativen Urteile der älteren Forschung, die die starken, unversöhnlichen Worte für bare Münze nahm. Heute hingegen unterscheidet man zwischen Deklamationen, Planspielen und Realisierungen. Neuere Quellenfunde belegen, dass es bereits 1944/45 intern zur Formulierung einer französischen Sicherheitspolitik gekommen ist. Dabei ist ein älteres idealtypisches Interpretationsmodell mittlerweile etwas abgeschliffen worden, wonach sich deutschlandpolitisch ein Dominanz- und ein Integrationskonzept gegenüberstanden haben, also eines, das Sicherheit durch Hegemonie und eines, das Sicherheit durch Integration angestrebt habe. Tatsächlich muss man von einer komplizierten Verbindung beider Vorstellungen sprechen. Die Realziele der französischen Sicherheitspolitik schlugen sich seit 1945 in relativ vage gehaltenen besatzungspolitischen Direktiven nieder, die auf drei Pfeilern ruhten:

1. Schaffung möglichst dezentraler politischer Strukturen,
2. dauerhafte Etablierung einer französischen wirtschaftlichen Vorrangstellung und
3. Grundlegung langfristiger Kooperationsmechanismen durch eine reformorientierte Demokratisierungs-, Umerziehungs- und Kulturpolitik.

Betrachten wir die Politikfelder etwas genauer, zeigt sich indessen, dass diese Rahmenrichtlinien in der Praxis auf vielfältige Unverträglichkeiten und Spannungsverhältnisse stießen.

Als die »zivile« Militärverwaltung nach vielen technischen Problemen im Spätsommer 1945 endlich ihre Arbeit aufnahm und die Kampftruppen ablöste, befand sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen auf dem absoluten Tiefpunkt. Die Folgen einer im Kriegseinsatz stehenden Armee waren verheerend; die Übergriffe der Besatzungstruppen, vor allem die zahllosen Vergewaltigungen, waren besonders schlimm. Allerdings: Innerhalb der französischen Armee belegte man Übergriffe auf die Zivilbevölkerung mit harten Strafen, bis hin zu Todesurteilen. Damit werden die grausamen Vorfälle nicht entschuldigt, aber es wird deutlich, dass sie nicht geduldet wurden. Eindeutig widerlegt ist mittlerweile die immer wieder vorgebrachte Unterstellung, wonach farbige Truppenteile besonders schlimm gewütet hätten. Der Schock der Besatzung saß bei den Deutschen tief. Nur allmählich entkrampfte sich die angespannte Lage.

In der Besatzungsverwaltung unter Generalverwalter Laffon sammelten sich ausgesprochen reformorientierte Kräfte. Ihnen kam entgegen, dass die Direktiven aus Paris sehr allgemein gehalten und deutbar wie die sybillinischen Bücher waren – alles hing also davon ab, was man daraus in der Praxis machte. Laffon und sein Mitarbeiterstab kennzeichnete eine Art Missionarismus, wie die neue Forschung herausgefunden hat: Besatzungspolitik sollte Reformpolitik sein, Kontrolle und Neuordnung hatten Hand in Hand zu gehen, Frankreich musste Vorbild für eine tiefgreifende Demokratisierung im Nachkriegseuropa sein.

Aber wenn die Besatzungsmacht so auf Erneuerung setzte, warum hat sie dann demokratische politische Parteien in ihrer Zone erst ein halbes Jahr später als die anderen Alliierten zugelassen? Früher glaubte man hierin ein untrügliches Zeichen genereller französischer Demokratiefeindschaft und restriktiver Kontrollpolitik erkennen zu können. Heute sieht man, dass hinter der verspäteten Parteienzulassung nicht Schikane und Restriktion, vielmehr eine durchdachte französische Konzeption stand. Das Gouvernement Militaire wollte Zeit gewähren: sich selbst, um das Misstrauen gegenüber den Deutschen abzubauen; und diesen, damit sie parteipolitisch nicht einfach dort weitermachen mussten, wo sie 1933 aufgehört hatten. Woher sollte man den Optimismus nehmen, dass die Deutschen nach zwölf Jahren NS-Diktatur binnen weniger Monate die Spielregeln der Demokratie beherrschten? Aus besatzungspolitischer Verantwortung für die entstehende Demokratie

legten die Franzosen Wert auf eine Transformation der traditionellen deutschen Weltanschauungsparteien – sie sollten insgesamt offener, programmatisch sozialer und, was ihr Führungspersonal anlangte, »jünger« werden. Die Gewerkschaften galten den Franzosen als sozialer Ordnungsfaktor. Und den moralischen Ordnungsfaktor sollten die Kirchen darstellen, die sich aber strikt aus politischen Belangen herauszuhalten hatten.

Die alte, die traditionelle Forschung zur französischen Besatzungspolitik blieb in einem folgenschweren Interpretationsmuster gefangen: Der im westlichen Nachkriegsdeutschland dominierende und letztlich erfolgreiche amerikanische Weg wurde zum Maß aller Dinge erhoben; Abweichungen davon hielt man für schlecht und damit war der Stab über die Politik der Franzosen schnell gebrochen.

Auf dem besonders wichtigen und sensiblen Feld der Entnazifizierung fällt dies besonders ins Auge. Lange galt die politische Säuberung in der französischen Besatzungszone als ein geschickt inszenierter Bluff; im Grunde sei es den Franzosen nie um eine wirkliche Entnazifizierung gegangen, ja Südwestdeutschland stand im Ruf, ein Dorado für Altnazis gewesen zu sein. Weit gefehlt, denn das *Gouvernement Militaire* entwickelte, wie man heute sieht, das differenzierteste Entnazifizierungsmodell im Nachkriegsdeutschland. Die Entnazifizierung, so argumentierte die Besatzungsmacht, war keine justizielle Angelegenheit, sondern eine rein politische Aufgabe. Es musste politisch entschieden werden, wer zum Aufbau einer Demokratie taugte und wer aufgrund seines Verhaltens im Nationalsozialismus zumindest temporär zurückstecken musste. Den Schematismus der amerikanischen Spruchkammerverfahren verwarfen die Franzosen und präferierten eine Feststellung individueller Verantwortung. Die Hauptsäule des französischen Modells bildete die direkte Beteiligung der Deutschen an der Entnazifizierung; nur eine »*auto-épuración*«, eine »Selbstreinigung«, konnte dauerhaft sein und einen optimalen Wirkungsgrad entfalten, weil sie die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit einschloss. Aber dieser Königsweg endete in einer Sackgasse, denn die Besatzungsmacht bekam ein strukturelles Problem nicht in den Griff: ein ähnlich gelagerter Fall konnte an verschiedenen Orten zu unterschiedlichen Urteilen führen, was zusehends böses Blut unter den Deutschen erzeugte. Statt die disparate Urteilspraxis abzustellen schwenkte die verunsicherte Militärregierung 1947 auf das amerikanische Spruchkammermodell um – ein katastrophaler Fehler, der eine Flut an Revisionen hervorbrachte, die fast alle erfolgreich waren.

Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik musste eine Demokratisierungsabsicht am stärksten mit den ökonomischen Nutzungsinteressen der Besatzungsmacht kollidieren. Aber bei dem traditionellen Stereotyp, die Franzosen hätten einen »industriellen Kannibalismus« betrieben, handelt es sich um ein undifferenziertes Pauschalurteil. Wiederaufbauprioritäten und Nutzung, nicht Raubbau und Plünderung, lagen im ureigensten französischen Interesse. Die Demontagewellen in der Zone waren ökonomisch für

Frankreich größtenteils nutzlos und gingen politisch nicht nur auf die Entscheidungen der französischen Reparationsabteilungen zurück, sondern auch auf Vorgaben des Alliierten Kontrollrats. Immer wieder versuchten Franzosen, die Vorgaben abzumildern – die französischen Landesgouverneure in Sorge um den sozialen Frieden in ihrem Land und Laffons Militärverwaltung in Sorge um die konzipierte Reformpolitik. In Baden-Baden wurden auch wirtschaftsdemokratische Ideen verfochten, die die ökonomischen Interessen der Besatzungsmacht zugunsten einer Demokratisierung zurückstellten.

Ausgeprägte Zwangslagen bildeten den Hintergrund für wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die kleine Zone war auf sich allein gestellt nicht lebensfähig und blieb zur Bezahlung von Lebensmitteleinfuhren auf die Exporte angewiesen; Frankreich wiederum benötigte einerseits die Exporte und konnte andererseits die Zone nicht, wie die Amerikaner, aus dem eigenen defizitären Staatshaushalt subventionieren. Auch deutsche Exportpläne präferierten aus der Not heraus einen weiteren Holzexport, eine der wenigen Ressourcen, über die man im Südwesten verfügte. Die Versorgungskrise nahm in der französischen Zone dramatische Formen an, aber dies lag nur zum geringen Teil daran, dass sie die Besatzungsmacht aus der eigenen Zone ernährte. Alle Länder der französischen Zone galten seit jeher als landwirtschaftliche Zuschussgebiete und hatten während des »Dritten Reiches« auf Kosten der rigoros ausgebeuteten Gebiete Europas gut gelebt; mit dem Kriegsende und der Zonenabschnürung begann die Hungersnot, obwohl es an ernährungspolitischen Anstrengungen der Besatzungsmacht nicht mangelte.

Das Vorhaben der Militärregierung, durch Bodenreformgesetze zu einer gerechteren Verteilung der Anbauflächen und zu einer Produktionssteigerung zu gelangen, also eine Besitzreform mit der Krisenbewältigung zu verknüpfen, scheiterte an den deutschen Landesregierungen, die seit Mai 1947 amtierten und das Projekt verschleppten. »Ostzonenpolitik« lautete das schlagkräftigste Gegenargument vor allem der konservativen Mehrheitsparteien. In anderen Bereichen hingegen glückten zumindest temporär Reformen: Eine Sozialversicherungsreform von 1945/46 beseitigte die traditionellen Ungerechtigkeiten zwischen den Lebensbedingungen von Arbeitern und Angestellten. In der Kriegsopferversorgung wurden die höchsten Leistungen aller Besatzungszonen gewährt. Die betriebliche Mitbestimmung war in der französischen Zone vielfach erheblich weiter gefasst als später in der Bundesrepublik; das badische Betriebsrätegesetz galt international als vorbildlich und wurde etwa in Holland zur Grundlage parlamentarischer Beratungen über ein ähnliches Gesetz gemacht. Insgesamt kann man sagen, dass denjenigen Reformprojekten, die bis Mitte 1947 eingeleitet wurden, Erfolg beschieden war, diejenigen, die danach in Angriff genommen wurden, scheiterten allesamt – vor allem an den Mehrheitsverhältnissen in den neuen deutschen Parlamenten.

In einem Bereich französischer Besatzungspolitik wurden der Siegermacht schon früh Lorbeerkränze geflochten: in der Kulturpolitik. In ihr hat man das Vorspiel zu der späteren deutsch-französischen Verständigung sehen wollen, das im Elysée-Vertrag und der Gründung des deutsch-französischen Jugendwerks 1963 den glanzvollen Abschluss fand. Bald jedoch witterten viele Historiker in den kulturellen Aktivitäten lediglich ein schnödes Ablenkungsmanöver der Besatzungsmacht zur Verschleierung der französischen Politik der Härte. Sie wurde zusehends als unbedeutendes Accessoire und Schönheitspflasterchen abgetan. Neuerdings wiederum entdeckt man in ihr eine eigenständige Säule französischer Deutschland- und Besatzungspolitik, die namentlich von dem einflussreichen Erziehungs- und Kulturdirektor Raymond Schmittlein entworfen wurde. Sein Ziel war es, das deutsche Bildungswesen im demokratischen Sinne zu reformieren, die geistige Ödnis, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, durch neue Impulse aus Frankreich abzubauen und die Deutschen wieder an die Ideen des abendländischen Humanismus sowie der europäischen Aufklärung heranzuführen. Man kann darin zurecht eine Politik der kulturellen Verwestlichung sehen.

Ziehen wir an dieser Stelle ein Zwischenfazit, so kann man sagen, dass die neuere Forschung nicht nur viele scheinbar feststehende Ergebnisse der älteren mit begründetem Fragezeichen versehen hat, sondern zu ganz neuen Wertungen gekommen ist: Traditionelle Stereotypen hat die Forschung hinter sich gelassen, sie betont die jeweiligen Länderspezifika in der französischen Zone, durchleuchtet die Ausformung einer ambivalenten Besatzungspolitik, in der die Sicherheit vor dem unruhigen Nachbarn oberste Priorität für die französischen Planungen hatte. Die neuere Forschung hat den Fokus fast gänzlich auf die französische Reformpolitik gerichtet. Danach standen Nutzung und Demokratisierung Deutschlands, nicht Ausbeutung und Repression im Zentrum; diesen Reformimpetus prägte eine Art Missionseifer, der wiederum bisweilen über das Ziel hinaus schießen konnte. Für die unterschiedlichen zeitlichen Phasen der Besatzungszeit hat die neuere Forschung nahezu alle Felder beleuchtet: die Entnazifizierung, Parteien und Verfassung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kirche und Religion, Schul-, Bildungs- und Universitätspolitik, Sozialpolitik, Presse- und Rundfunkpolitik und die innerfranzösischen Probleme, die auf die Besatzungs- und Deutschlandpolitik zurück wirkten. Nicht zu übersehen ist: Die weitaus meisten Arbeiten widmen sich der französischen Kulturpolitik im besetzten Deutschland.

Aber auch in der Kulturpolitik trat das Spannungsverhältnis zwischen generöser, versöhnungsbereiter Reformkonzeption und hartem Besatzungsalltag zu Tage. Nicht von ungefähr prägte der Volksmund ein geflügeltes Wort aus: »Zeit der schönen Not«. Wenn man heute mit guten Gründen die konstruktiven Seiten und vielen Reformansätze der französischen Besatzungspolitik herausstellt, darf zugleich einer Frage nicht ausgewichen werden: Warum blieb im kollektiven Gedächtnis der Menschen von all diesen An-

strenungen nichts übrig? Wie war es möglich, dass 1949 und später kaum jemand mehr etwas von einer französischen Demokratisierungspolitik wissen mochte? Es geht also um die Frage, wie die Umbruchszeit von der deutschen Gesellschaft erfahren und verarbeitet wurde, es geht um die wirkungsgeschichtliche Aufhellung der Besatzungspolitik. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Die Erinnerung der Zeitzeugen stößt sich oft mit den neuen zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen.

Die Ursachen der negativen Wirkung französischer Besatzungspolitik lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen. Zuerst müssen langlebige Feindbildstereotypen genannt werden. Die nationalsozialistischen Durchhalteparolen im Südwesten bedienten sich 1944/45 der traditionellen »Erbfeind«-Propaganda. Die rassistische Propaganda von den »Horden de Gaulles« hat den Untergang der NS-Diktatur überlebt. Im Rückblick scheinen sich in der Erinnerung vieler Deutschen nicht selten die Nachkriegszeit nach 1918, der Ruhrkampf, generell ältere Erfahrungsmuster mit französischer Besatzung, und die Nachkriegszeit nach 1945 zu einer einzigen Sicht vermischt zu haben.

Diese Klischees, Vorurteile und Legenden prallten – zweitens – auf eine janusköpfige Besatzungspolitik. Eines der wesentlichen Kennzeichen französischer Besatzungspolitik war ihre Doppelgesichtigkeit. Durch das Kompetenzgerangel herrschte in vielen Bereichen ein Konzepte-Pluralismus ohne eindeutige und klar erkennbare Richtung. Daraus folgte beides: gravierende Fehlentscheidungen, vor allem aber der öffentliche Eindruck, es werde nur eine »Als-ob-Politik« betrieben, die nicht ernsthaft am demokratischen Neubeginn interessiert gewesen sei. Die meisten Deutschen konnten nicht hinter die Kulissen der Besatzungsverwaltung blicken. Jeden Tag aufs Neue sichtbar waren für sie nur die Härten der Besatzungszeit, etwa die Demontagen oder die miserable Ernährungslage. Dass es sich bei vielem um Rück- und Auswirkungen nationalsozialistischer Ernährungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik handelte, dass die Wirtschaft »auf Pump« zusammengebrochen war und besetzte Länder zur materiellen Ausbeutung nicht mehr zur Verfügung standen – dies blieb vielen Deutschen nicht allein verborgen, sondern wurde ebenso verdrängt.

Diese ambivalente Politik verband sich – drittens – mit einem abstrakten Reformeifer. Besatzungspolitik war stets ein politisches Vermittlungsproblem, besonders dann, wenn es um so abstrakte Sachverhalte wie »Demokratisierung« ging. Während nicht wenige deutsche politische Eliten die französische Besatzungspolitik als konstruktiv würdigten, interessierten sich die Menschen, deren Mägen leer waren, überhaupt nicht für eine abstrakte Demokratisierungspolitik.

Aber die Besatzungspolitik stieß auch deshalb auf wenig Resonanz, weil es sich – viertens – um unerwünschte politische Experimente handelte. Die grundsätzliche Schwäche der Reformpolitik war es, dass sie sich auf gesellschaftliche Bereiche bezog, für die es infolge der eher konservativen Sozial-

struktur der französischen Zone keine deutschen politischen Mehrheiten gab. So provozierten wirtschaftsdemokratische Konzepte einen Sozialismus-Verdacht. Die Ablehnung von verschiedenen Plänen für Landesverfassungen, die der Besatzungsmacht »reaktionär« erschienen, führte zu großem Protest. Die Besatzungszeit wurde als eine Periode von anstößigen politischen Experimenten wahrgenommen.

Der französischen Besatzung fehlte es – fünftens – zu allen Zeiten an einer Alltagszustimmung. Die ständig schlimmer werdenden Nöte erzeugten einen breiten Strom von Unzufriedenheit. Die Alliierten hatten den Deutschen Freiheit gebracht, doch gleichzeitig fing im Südwesten der Hunger an. Leib und Leben waren nun nicht mehr durch Terror oder Bombenkrieg gefährdet, sondern durch Unterernährung und Krankheit. Als man von den Franzosen auch das Brot forderte und dieses nicht bekam, schwand die Akzeptanz der Besatzungsjahre, die nur noch aus der Hungerperspektive gesehen wurden, völlig dahin.

In Verbindung mit dem sechstens Punkt schließlich – der zonenübergreifenden Vergleichsmentalität – war das Urteil endgültig vernichtend. Denn all das eben Erwähnte schien in der benachbarten amerikanischen, aber auch in der britischen Zone ganz anders zu sein. Dort lautete die Gleichung für eine hoffnungsvolle Zukunft: Amerika ist Demokratie, und Demokratie ist Wohlstand und Konsum. Davon war in der französischen Zone nichts zu spüren. Spätestens mit der Bildung der Bizone fühlten sich die Menschen im französischen Gebiet völlig isoliert und empfanden sich als Deutsche zweiter Klasse. Die Selbstausgrenzung der Franzosen aus dem Kreis der westlichen Siegermächte und der hartnäckige Versuch, ihre Zone von missliebigen »zentralistischen« Einflüssen der Bizone abzuschotten, erwiesen sich als gravierender Fehler. Sie führte auch zu dem langlebigen Vorurteil, die Franzosen hätten nach 1945 die deutsche Einheit blockiert. Heute weiß man: Nicht Aufteilung und Zersplitterung hieß die verfolgte Linie, sondern politische Dezentralisierung mit einer starken Stellung der Länder im Rahmen eines wie auch immer gearteten Bundes.

So imponant die Forschungsleistungen zur französischen Besatzungspolitik mittlerweile sind – einiges fehlt dennoch bzw. muss vertieft werden. Drei Bereiche möchte ich zum Schluss nennen.

Erstens: Viel mehr noch als bisher müssen meines Erachtens die beiden unterschiedlichen Perspektiven, die deutsche und die französische, zusammengebracht werden. Ein realistischer Blick auf die Besatzungszeit muss Licht- und Schattenseiten der Zeit gleichermaßen thematisieren. Meine ehemaligen Kollegen Peter Fäßler und Reinhard Grohnert und ich haben dies 1996 in dem Buch *Krisenjahre und Aufbruchszeit* für das Land Baden herauszuarbeiten versucht und damit einen Anfang gemacht. Wir bespiegelten die Besatzungspolitik der Franzosen und den Alltag der Deutschen gegenseitig. Nur so kann man die Widersprüche der Zeit einfangen, kann einerseits die Eigenständigkeit, die Originalität und die Reformansätze der Besat-



zungsmacht zu ihrem Recht kommen lassen, andererseits aber auch jenen Erfahrungshaushalt der mitlebenden Deutschen erklären, den der französische Landesgouverneur Pierre Pène 1948 in einer Rede an deutsche Politiker mit dem resignativen Satz ausdrückte: *Selbst wenn nur ein Franzose hier bliebe, würde er für all Ihr heutiges Elend verantwortlich gemacht werden.*

Zweitens fehlt vor diesem methodischen Hintergrund immer noch eine Gesamtdarstellung zur französischen Besatzungszone als ganzer. Sie zu schreiben ist deswegen so schwierig, weil die französisch besetzten Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und das Saargebiet, das einen Sonderstatus hatte und nicht zur Besatzungszone gehörte, jeweils einen unterschiedlichen Stellenwert für Frankreich besaßen. So differierte die Besatzungspolitik innerhalb der jeweiligen Länder teils ganz erheblich. Aber es ist an der Zeit, den Wurf einer Gesamtdarstellung zu wagen und so die zahlreichen sektoralen und regionalen Untersuchungen zu einem Gesamtbild zusammen zu fügen.

Drittens schließlich muss schleunigst das behoben werden, worauf ich am Anfang des Beitrages hingewiesen habe: Die zum Teil groteske Unzulänglichkeit der Schulbücher. In vielen Schulbüchern werden noch immer Verzerrungen, ja grobe Fehlurteile über die französische Besatzungs- und Deutschlandpolitik verbreitet. Was Schüler noch heute lernen kann auf folgenden Nenner gebracht werden: die französische Besatzungsmacht stört den Verein der Siegermächte, denn sie kommt zu spät, sie akzeptiert nicht, was die anderen entscheiden, sie betreibt Obstruktionspolitik, sie beutet die Zone aus und rächt sich an den Deutschen, ja sie hat, zusammen mit der Sowjetunion, die Teilung der deutschen Nation zu verantworten.

Die historische Forschung hat lange Jahre gebraucht, um die Widersprüchlichkeit der französischen Besatzungsjahre zu erklären. Heute ist die Geschichtsdidaktik an der Reihe: sie muss die wichtige Aufgabe lösen, die komplizierten Forschungsergebnisse in einprägsame, schülergerechte und wahrheitsgetreue Grundaussagen zu gießen ohne alte Klischees aufzuwärmen oder neuen Klischees die Tür zu öffnen.



# Irrwege und Wege aus der Feindschaft Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert

Von RAINER BENDICK

Schulgeschichtsbücher zeichnen sich durch ihre Funktionalität aus: Sie haben den Zweck, der Jugend eine Auffassung von Geschichte zu vermitteln, die sich mit den tragenden Grundannahmen der Gesellschaft deckt, in der sie heranwächst und Verantwortung übernehmen soll. Sie machen die heranwachsende Generation mit dem *Selbstverständnisszusammenhang ihres Volkes* vertraut.<sup>1</sup> Schulgeschichtsbücher werden darum auch als *nationale Autobiographien* bezeichnet, die das Geschichtsbewusstsein einer Nation überliefern.<sup>2</sup> Auseinandersetzungen über die jeweils »richtigen« Schulbuchinhalte haben daher einen besonderen Aussagewert: Sie beleuchten den gesellschaftlichen Konsens über die eigene Vergangenheit und dessen Defizite ebenso wie die zeitgenössischen Desiderata für bessere Geschichtsbücher. Sie reflektieren die zeitgenössischen Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten in ihrer spezifischen nationalen Brechung. Darum sind Schulbuchinhalte und die Auseinandersetzungen, die über sie geführt wurden, von großer Bedeutung für mentalitäts- und kulturgeschichtliche Fragestellungen.

Die deutsch-französischen Schulbuchgespräche sind wegen der ausgeprägten Konfliktgeladenheit der deutsch-französischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der darauf folgenden Verständigung von besonderem Interesse. Bereits unmittelbar nach 1918 gab es ernsthafte Anstrengungen, den Hass auf den ehemaligen Feind aus den Schulbüchern zu eliminieren. Diese Bemühungen blieben in der Zwischenkriegszeit ohne Erfolg. Aber bald nach 1945 wurden deutsch-französische Empfehlungen für den Geschichtsunterricht erarbeitet, die am Anfang einer erfolgreichen deutsch-französischen Zusammenarbeit standen. Das zentrale Problem besteht darin, zu erklären, was sich 1945 verändert hatte und nun eine Verständigung ermöglichte, die zuvor stets gescheitert war. Waren neue Methoden der Schulbuchgespräche entwickelt worden? Standen andere Themen im Zentrum der Gespräche? Antworten auf diese Fragen können eine Facette

---

<sup>1</sup> Karl-Ernst *Jeismann*: Internationale Schulbuchforschung, Aufgaben, Arbeitsweisen und Probleme. Zur Geschichte der internationalen Schulbuchrevision. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36 (1982) S. 27–37, hier S. 35.

<sup>2</sup> Wolfgang *Jacobmeyer*: Konditionierung von Geschichtsbewusstsein: Schulgeschichtsbücher als nationale Autobiographien. In: *Gruppendynamik*, 23 (1992) S. 375–388, hier S. 375.

der viel gerühmten deutsch-französischen Freundschaft beleuchten und verstehen helfen, unter welchen Bedingungen Schulbuchdarstellungen versachlicht und von einseitigen, nationalen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern befreit werden können. Dazu werden im Folgenden die Auseinandersetzungen über Schulgeschichtsbücher vergleichend untersucht, die in Deutschland und Frankreich und zwischen den beiden Ländern nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg geführt wurden.

## Gegenwartswahrnehmung und Vergangenheitsdeutung

Während des Ersten Weltkriegs zogen in Deutschland wie in Frankreich Feindschaft und Hass gegen den jeweiligen Gegner in bislang unbekanntem Ausmaß in die Schulen ein. Eindeutige Feindbegriffe, die für die Zeitgenossen durch die Kriegsereignisse bestätigt wurden, bestimmten den Geschichtsunterricht: Den Darstellungen der französischen Geschichtsbücher zufolge verteidigte das republikanische Frankreich entsprechend dem Vermächtnis der Revolution von 1789 die Freiheit der Menschheit und ihren zivilisatorischen Fortschritt gegen die vom Deutschen Reich ausgehende Barbarei und Knechtschaft. Die deutschen Geschichtsbücher sahen Deutschland von missgünstigen Feinden umstellt, die aus Neid und Rachsucht dem Reich die Stellung einer Weltmacht verwehrt und es zerschlagen wollten. Diese Vorstellungen vom jeweiligen Feind und seinen Absichten bedeuteten eine schwere Belastung für die Zukunft. Mit dem Ende der Kampfhandlungen konnten sie nicht einfach beiseite geschoben werden, weil sie auf beiden Seiten vier Jahre lang immer neue Kriegsanstrengungen begründet und ungeheure Opfer gefordert hatten. Auch der Minderheit derjenigen Pädagogen, die sich in bester Absicht für eine Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern einsetzte, gelang es kaum, sich diesen Bedingungen zu entziehen.

Knapp ein Jahr nach Kriegsende appellierte der Schriftsteller Anatole France an die französischen Volksschullehrer, die sich zu einem Kongress in Tours versammelt hatten: *Mes amis faites haïr la haine, c'est le plus nécessaire de vos tâches et le plus simple. [...] Brûlez, brûlez tous les livres qui enseignent la haine. Exaltez le travail et l'amour.*<sup>3</sup> Die Aufforderung, gegen den Hass zu Felde zu ziehen und künftig sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Themen zu behandeln, sowie die Abschnitte der Menschheitsgeschichte zu betonen, die von einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker bestimmt waren, wurde im Verlauf der 20er Jahre zum Credo der im »Syndicat National des Instituteurs« gewerkschaftlich organisierten laizistischen Volksschullehrer.

<sup>3</sup> Fédération des Syndicats des Membres de l'Enseignement Laïque (Hg.), *Faites haïr la haine. Discours prononcés par Anatole France au Congrès de la Fédération des Syndicats des Membres de l'Enseignement Laïque et par Rebeyrol* (8 août 1919), Marseille 1919, S. 6–7.

Wie sehr aber auch hier die Feindbilder der Kriegszeit die Vorstellungen dominierten zeigt die zu Beginn der 20er Jahre entfachte Diskussion über den Wert des Geschichtsunterrichts. Die Vergangenheit erschien so Konflikt beladen, dass man fürchtete, die Erinnerung würde die alten Spannungen immer wieder neu beleben. Das Vergessen, selbst das Vergessen der »Wahrheit«, wurde für manche französische Volksschullehrer zur Bedingung einer Ausöhnung mit Deutschland. Für den Wortführer dieser Argumentation, Gaston Clémendot,<sup>4</sup> gehörten die deutsche Verantwortung am Ausbruch des Weltkriegs und die deutschen Gräueltaten zu jenen »Wahrheiten«, die eine Verständigung zwischen Franzosen und Deutschen verhinderte. Seine Unterrichtsentwürfe in der sozialistisch orientierten »Revue de l'enseignement primaire et primaire supérieur« legen davon Zeugnis ab.<sup>5</sup> Sie offenbarten, wie weit die Überzeugung von der deutschen Kriegsschuld – der Schuld am Ausbruch des Kriegs und an den Kriegsverbrechen – auch in linken, pazifistischen Kreisen in Frankreich verbreitet war und einen versöhnlichen Ton gegenüber dem Deutschen Reich zunächst verhinderte.<sup>6</sup>

Die französische Volksschullehrergewerkschaft machte sich die Forderung nach Abschaffung des Geschichtsunterrichts aber nicht zu Eigen. Vielmehr wurde 1924 auf ihrem Jahreskongress in Lyon eine Resolution verabschiedet, welche die Wirtschafts- und Sozialgeschichte als eine Geschichte des menschlichen Fortschritts verstand, nationalistische Unterrichtsinhalte verwarf und stattdessen forderte, dass der Geschichtsunterricht *entschlossen pazifistisch* sein solle und kein anderes Ziel verfolgen dürfe als die *Wahrheit* und die *Brüderlichkeit der Menschen*.<sup>7</sup> Die Gewerkschaft setzte nun intensive Bemühungen in Gang, den Geschichtsunterricht künftig von Inhalten freizuhalten, die Hass auf die ehemaligen Gegner weckten oder den Krieg glorifizierten. Das Recht der französischen Lehrer, die im Unterricht verwendeten Schulbücher selbst auszuwählen, war der Hebel, mit dem die Ge-

<sup>4</sup> Auf dem Kongress der Volksschullehrergewerkschaft 1924 in Lyon forderte Clémendot: *Si nous passons notre temps à rappeler les querelles et les boucheries des temps passés, c'est le meilleur moyen de les faire renouveler. Ce qu'il nous faut c'est l'oubli et l'histoire, c'est le contraire de l'oubli. Ceux qui disent: N'oublions jamais, ne se réconcilieront jamais avec personne. Eh bien, là, voulons-nous, oui ou non, cette réconciliation! Alors, il faut oublier et même la vérité; il convient, dans l'intérêt de l'humanité de ne pas la dire.* Congrès de Lyon. Vendredi 8 août 1924 (deuxième journée). Enseignement de l'histoire. In: Bulletin mensuel du Syndicat National des Institutrices et Instituteurs publics (künftig zit. als: SNI), September 1924, S. 8–23, hier S. 17.

<sup>5</sup> Gaston Clémendot: La guerre de 1914-1919. I – Les causes. In: *Revue de l'enseignement primaire et primaire supérieur* 30. 1919/20, N°30, 18. April 1920, S. 560–562; ders.: La guerre (1914–1919). Le Front français. In: Ebd. 30. 1919/20, N° 31, 25. April 1920, S. 580–583.

<sup>6</sup> Dazu Gerd Krumeich: Vergleichende Aspekte der »Kriegsschulddebatte« nach dem Ersten Weltkrieg. In: *Der Erste Weltkrieg, Wirkung, Wahrnehmung, Analyse.* Hg. von Wolfgang Michalka. München 1994. S. 913–928.

<sup>7</sup> Congrès de Lyon. Vendredi 8 août 1924 (Deuxième journée), S. 23.

werkschaft jene Bücher aus den Schulen verbannen wollte, die ihrer Meinung nach den Krieg verherrlichten. Nachdem Arbeitsgruppen in den verschiedenen Sektionen der Gewerkschaft die Geschichts- und Lesebücher der Volksschulen einer kritischen Durchsicht unterzogen hatten, benannte der Generalsekretär der Gewerkschaft, Georges Lapierre, in einem Bericht 25 Autoren *qui, dans leurs ouvrages, ont failli à la vérité et qui ont obéi aux sollicitations de la haine*.<sup>8</sup> Man wolle die *Taten des entfesselten Militarismus* oder die Schrecken des Kriegs nicht verheimlichen, stellte Lapierre klar, sondern gegen die systematisch einseitigen Darstellungen protestieren, welche die indizierten Bücher von den Taten der Feinde gaben.<sup>9</sup>

Die regionalen Sektionen der Gewerkschaft setzten den Boykott der indizierten Bücher so erfolgreich um, dass diese entweder nicht mehr aufgelegt oder stark umgearbeitet wurden.<sup>10</sup> Der Präsident der französischen Völkerbundliga, Jean Prudhommeaux, wies in einer Schrift auf die Veränderungen hin, die an den kritisierten Lehrbüchern vorgenommen worden waren. Zusammen mit seinen Kommentaren zeigen sie die Grenzen der Reformbereitschaft auf und machen deutlich, von welchen Inhalten sich auch die pazifistisch orientierten Lehrer nicht distanzieren wollten.

Das Geschichtsbuch von Gauthier/Deschamps fasste bis zur Auflage von 1924 die Ergebnisse des Weltkriegs in einem didaktischen Bild zusammen. Es feierte die Marschälle Joffre, Foch und Pétain sowie die Staatsoberhäupter der Alliierten als Sieger des Kriegs und beschrieb die Bestimmungen des Versailler Vertrags als den Deutschen auferlegte *Buß*en (*expiations*) für den Frankfurter Frieden.<sup>11</sup> In der Ausgabe von 1925 waren diese Deutung des Friedensvertrags und die Glorifizierung der Sieger ersetzt worden durch einen Hinweis auf den Völkerbund und auf die Anzahl der Toten in allen kriegführenden Ländern.<sup>12</sup> Unverändert blieben aber die wertenden Bemerkungen zu den territorialen Veränderungen: *Alsace et Lorraine rendues à la France. – Pologne affranchie. – Belgique rendue à son indépendance*.<sup>13</sup> Prudhommeaux kommentierte zu den aufeinanderfolgenden Ausgaben des Ge-

<sup>8</sup> Georges Lapierre: Rapport tendant à la radiation des livres scolaires de tendances bellicistes figurant sur les listes départementales. Première partie. In: SNI (Mai 1926) S. 25–34, hier S. 33.

<sup>9</sup> Ebd., S. 28.

<sup>10</sup> Dazu *Société des Nations. Institut International de Coopération Intellectuelle* (Hg.): La révision des manuels scolaires contenant des passages nuisibles à la compréhension mutuelle des peuples. Rapport présenté par l'Institut International de Coopération Intellectuelle à la Commission Internationale de Coopération Intellectuelle. Genf 1931. S. 163 ff.

<sup>11</sup> Gauthier et Deschamps avec la collaboration d'instituteurs et d'historiens: Cours d'histoire de France. Cours supérieur, certificat d'études, 2<sup>e</sup> partie. Nouvelle édition conforme aux programmes officiels du 23 février 1923, Paris 1923. S. 247.

<sup>12</sup> Gauthier et Deschamps (wie Anm. 11), Ausgabe von 1925, S. 247. Zit. nach: Jean Prudhommeaux: Pour la paix par l'école. Ce qui a été fait en France pour lutter contre les livres scolaires contraires au rapprochement des peuples (1923–1928). Nîmes 1928. S. 34.

<sup>13</sup> Ebd.

schichtsbuchs: *On le voit: si l'on met à part la mention objective du traité de paix, le tableau de 1924 est une apothéose de la victoire et le vae victis s'y étale orgueilleusement; celui de 1925 est un in memoriam douloureux qu'adoucit seulement la vision consolante de la Société des Nations, génératrice de la Paix.*<sup>14</sup>

Die Deutung des Versailler Vertrags als Werk der Befreiung und der Gerechtigkeit gehörte in den 20er Jahren zum unverzichtbaren Kernbestand des nationalen Selbstverständnisses auch der Kräfte, die um eine Aussöhnung mit Deutschland bemüht waren. Wie sehr aber gerade diese Deutung selbst für jene Deutschen unannehmbar war, die sich für eine Aussöhnung mit Frankreich einsetzten, geht aus der deutschen Übersetzung von Prudhommeaux' Schrift hervor. Sie erschien zunächst in der demokratisch und republikanisch orientierten »Preußischen Lehrerzeitung« und dann im Leipziger Quäcker Verlag: *Auf Seite 247 fand sich früher ein Bild, das die Ergebnisse des Friedens von 1919 darstellte. Man sah links und rechts die Herrscher und Präsidenten der Siegerstaaten, dazu das Bild eines Ehrenfriedhofes und die Bildnisse der Generäle. Das neue Bild von 1925 ist dagegen ein schmerzliches. In Memoriam, dessen einziger Lichtblick das Gebäude des Völkerbundes ist.*<sup>15</sup> Prudhommeaux' Interpretation, welche die von Gauthier/Deschamps gelieferte Beschreibung der territorialen Veränderungen als *la mention objective du traité* qualifizierte, konnte dem deutschen Publikum nicht zugemutet werden.

Trotz bester Intentionen blockierte die Fortdauer nationaler Sichtweisen ein wirkliches Verstehen des anderen. Denn die Deutungen der Nachkriegsordnung, die selbst für deutsche Pazifisten unannehmbar waren, verstanden die französischen Volksschullehrer als objektive Sichtweisen und als Grundlagen für einen dauerhaften Frieden.

Wie sehr die Wahrnehmung der neuen Friedensordnung eine Verständigung über die Vergangenheit blockierte, zeigt auch das weitgehende Scheitern der deutschen Revolutionsregierungen 1918/19, die Unterrichtsinhalte gründlich zu verändern. Am 15. November 1918 verbot der preußische Kultusminister Adolph Hoffmann (USPD) *alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen*. Er verlangte, aus den Schulbibliotheken *alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen*.<sup>16</sup> Der Erlass stieß auf heftige Ablehnung. Otto Boelitz, der bildungspolitische Sprecher der Deutschen Volkspartei und spätere preußische Kultusminister, warnte in der preußischen Verfassungsgebenden Landesver-

<sup>14</sup> Ebd. (Hervorhebung von mir, R. B.).

<sup>15</sup> Jean Prudhommeaux: Der Kampf um das Geschichtsbuch in Frankreich. Die Erreichung des Friedens durch die Schule. Leipzig 1929. S. 29–30.

<sup>16</sup> Geschichtsunterricht, Schulbibliotheken, Revolution, Gegenrevolution und Religionsunterricht für Dissidenten usw. (15. November 1918). In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 60 (1918) S. 708–709, hier S. 708.





Abb. 1: Gauthier et Deschamps avec la collaboration d'instituteurs et d'historiens: Cours d'histoire de France. Cours supérieur, certificat d'études, 2<sup>e</sup> partie. Nouvelle édition conforme aux programmes officiels du 23 février 1923. Paris (Hachette) 1924. Seite 247.

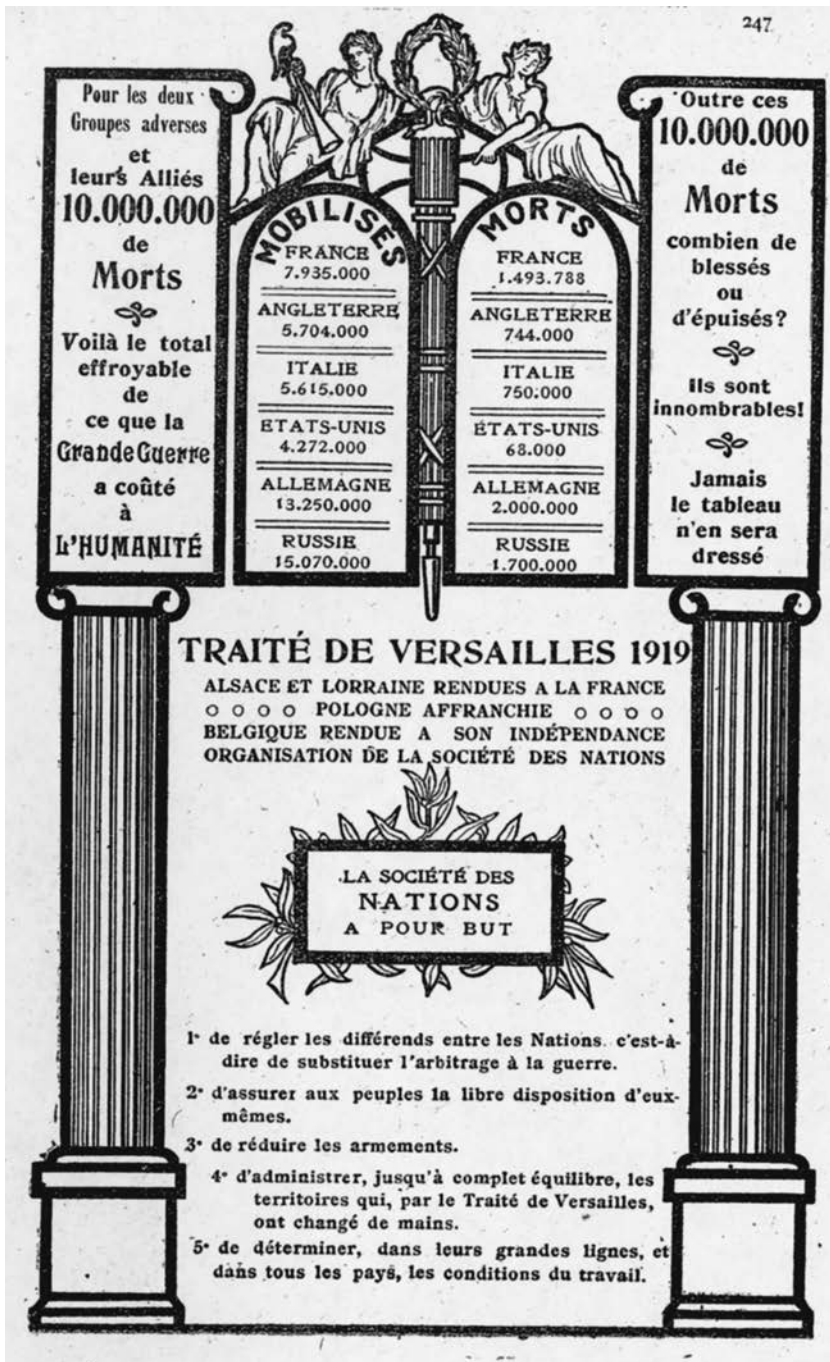


Abb. 2: Gauthier et Deschamps avec la collaboration d'instituteurs et d'historiens: Cours d'histoire de France. Cours supérieur, certificat d'études, 2° partie. Nouvelle édition conforme aux programmes officiels du 23 février 1923. Paris (Hachette) 1925. Seite 247.

sammlung, daß die Erziehung im vaterländischen Geiste [...] durch eine schwächliche völkerverbrüdernde Erziehung zum Weltbürgertum abgelöst werden sollte.<sup>17</sup>

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Didaktiker und Schulbuchautoren teilte diese Befürchtungen. In Anbetracht der Revolution und des Versailler Vertrags hielten sie an den Kriterien und Maßstäben der Kriegszeit fest und machten sie – in den etablierten Fachzeitschriften nahezu unwidersprochen – zur Grundlage ihrer methodisch-didaktischen Konzepte.<sup>18</sup>

Wie sehr unter dem Eindruck der Friedensbedingungen von Versailles pazifistische Ideale für viele Deutsche unannehmbar geworden waren, offenbarten die Beratungen der Nationalversammlung über den Artikel 148 der Reichsverfassung. Er verlangte, dass der Unterricht *im Sinne des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung* erteilt werden müsse. Mit Blick auf den gerade unterzeichneten Versailler Vertrag erklärte der DVP-Abgeordnete August Ludwig Beuermann: *Nach dem furchtbaren Welthass, der auf uns gewälzt worden ist, kann man es füglich von uns nicht verlangen, daß wir gerade dieses Wort [der Völkerversöhnung] als Schulziel in unsere Verfassung einsetzen.*<sup>19</sup> Der Vertrag von Versailles wurde zum wichtigen Argument dafür, die Mentalität der Kriegszeit beizubehalten. Der deutschnationale Abgeordnete Studienrat Albert Philipp betrachtete das Verfassungsgebot der Völkerversöhnung *im jetzigen Stadium der deutschen Geschichte* als eine *historische Anomalie*.<sup>20</sup> *Aus dem Weh der Zeit* ergebe sich als Grundlage der staatsbürgerlichen Erziehung die Erkenntnis: *Ein Volk, das sich wehrlos macht, darf keine Gnade erwarten.*<sup>21</sup>

Die Initiatoren des Artikels hatten »Volkstum« in einer wirtschafts- und sozialhistorischen Perspektive im Sinne von »volkstümlich« verstanden, als ein Gebot, das Leben der werktätigen Bevölkerung darzustellen, ähnlich wie es die Konzepte der französischen Volksschullehrergewerkschaft vorsahen. Aber schon während der Verfassungsberatungen 1919 wurde »Volkstum« in eine völkische Dimension gezwängt, die jede Aussöhnung mit den Gegnern solange verbot, wie das »deutsche Volkstum« unter den Friedensbedingungen leide.

Die Kommentare der Weimarer Verfassung untermauerten im Laufe der 20er Jahre die Ablehnung des Gebots der Völkerversöhnung. Auch Gerhard Anschütz, der zu der *Minderheit liberal gesinnter Staatsrechtslehrer* ge-

<sup>17</sup> Verfassunggebende Preußische Landesversammlung, 28. Sitzung, 2. Juni 1919, Stenographische Berichte, Bd. 2, Sp. 2136–2137.

<sup>18</sup> Dazu Rainer Bendick: Kriegserwartung und Kriegserfahrung. Der Erste Weltkrieg in deutschen und französischen Schulgeschichtsbüchern (1900–1939/45). Pfaffenweiler 1999. S. 248 ff.

<sup>19</sup> Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, 60. Sitzung vom 18. Juli 1919, Stenographische Berichte, Bd. 238, S. 1694, A.

<sup>20</sup> Ebd., S. 1703, A.

<sup>21</sup> Ebd., S. 1703, D.



hörte,<sup>22</sup> erklärte 1929 in der zehnten Auflage seines Verfassungskommentars, Erziehung im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung seien zwei Aufgaben, *die heute schwerlich miteinander vereinbar sein dürften*.<sup>23</sup> Er entwickelte eine Auslegung des Artikels 148, die das Verfassungsgebot, im Geiste des deutschen Volkstums zu erziehen, als nationalen Erziehungsauftrag deutete und gegen das Gebot der Völkerversöhnung ausspielte. *Der Geist unseres Volkstums fordere allem andern zuvor, Erziehung der Jugend zur Deutschgesinnung, zum nationalen Selbstbewußtsein, zu nationalem Ehrgefühl*, erläuterte Anschütz und fuhr fort: *Unser nationales Ehrgefühl wird aber durch das Friedensdiktat von Versailles [...] aufs tiefste verletzt. Der ›Geist der Völkerversöhnung‹ kann das ihm innewohnende Ethos erst entfalten, wenn nicht nur wir, sondern auch die anderen sich von ihm leiten lassen, wenn er, in diesem Sinne, ein internationales Gut wird. Bis dahin bedeutet die Vorschrift, die es als Aufgabe unserer Schulen bezeichnet, für Völkerversöhnung zu wirken, einen Gewissenszwang gegen jeden, der sein Deutschtum hochhält, sei er Lehrer oder Schüler*.<sup>24</sup> Selbst nach dem Vertrag von Locarno stießen Bemühungen, den Völkerbund und die internationale Verständigung im Unterricht positiv zu würdigen, auf heftigen Widerstand. *Man kann von einem deutschen Lehrer kaum erwarten*, erklärte der Vorsitzende des deutschen Geschichtslehrerverbands Arnold Reimann in der Zeitschrift seines Verbands, *daß er sich zum Agitator für eine Sache machen läßt, die in der Idee zwar vorzüglich, in der Wirklichkeit aber in erster Linie dazu geschaffen ist, den Deutschen den Lebensraum dauernd zu nehmen und sie in der schimpflichen Lage des Versailler Diktates festzuhalten*.<sup>25</sup> Wahrnehmung und Deutung des Versailler Vertrags verdrängten die Schrecken des Kriegs und diskreditierten pazifistische Erziehungsideale als eigentliche Gefahr für Deutschlands Zukunft. Nicht der Krieg erschien als Werk der Vernichtung, sondern der Friede. Diesen Eindruck vermittelten auch die Schulbücher der Weimarer Republik. Im Vergleich zur Kriegszeit schien die Lage des Deutschen Reichs unter den Bedingungen der neuen Friedensordnung unerträglich geworden zu sein.<sup>26</sup> So wurde nicht der Krieg als Katastrophe verstanden, sondern der Friede unter den Bedingungen des Versailler Ver-

<sup>22</sup> Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang, 1918–1933. Berlin 1989. S. 202.

<sup>23</sup> Gerhard Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. Berlin <sup>10</sup>1929. S. 593.

<sup>24</sup> Ebd., S. 593–594.

<sup>25</sup> Arnold Reimann: Gutachterliche Äußerung zu Dr. H. Lötscherts Vorschlägen. In: Vergangenheit und Gegenwart 21 (1931) S. 215–220, hier S. 216.

<sup>26</sup> Exemplarisch: Welters Lehrbuch der Weltgeschichte. Viertes Teil. Die neueste Zeit. Gänzlich neu bearbeitet und hg. von L. Humborg. Münster 1928. S. 255: *Der Versailler Vertrag ist unmenschlich hart, [...] Gutes konnte ein solcher Friede nicht wirken. Und so war denn auch die Folgezeit, insbesondere für Deutschland, schlimmer als selbst die Jahre des Krieges*.

trags. Sie erschienen als Vollendung des Vernichtungswerks der Feinde, gegen das Deutschland sich schützen konnte, solange es Krieg führte.

## Multiperspektivische Methoden im Geschichtsunterricht

Während die gewerkschaftlich organisierten französischen Volksschullehrer die Darstellung des Kriegs entweder ganz aus den Schulen verdrängen oder nur als Anklage gegen den Krieg zulassen wollten, setzten sich die französischen Gymnasiallehrer für einen Unterricht über den Weltkrieg ein. Die Schlüsselfigur für den Geschichtsunterricht an höheren Schulen ist der Historiker und Schulbuchautor Jules Isaac. Er hatte 1921 eine viel beachtete und gelobte Darstellung des Weltkriegs verfasst, in der er ganz in der Tradition der französischen Kriegspropaganda die deutsche Mentalität für den Krieg verantwortlich machte.

Als ihm im Verlauf seiner wissenschaftlichen Arbeiten über die Kriegsursachen klar wurde, dass das französische Gelbbuch genauso wie die Farbbücher der anderen Mächte die Ereignisse verkürzt, verdreht und sogar verfälscht hatte, setzte bei ihm eine tiefe Desillusionierung ein.<sup>27</sup> Sein wissenschaftliches und didaktisches Streben richtete sich nun darauf, die Entstellungen der Wahrheit aufzudecken und die eigenen Fehlurteile zu korrigieren. Isaac hatte seine wesentliche historisch-politische Prägung als junger Student während der Dreyfus-Affäre erhalten. Seit jener Zeit war die Wahrheit für ihn Ziel und Instrument zugleich. Das Streben nach Wahrheit schloss die Bereitschaft ein, die eigenen, nationalen Sichtweisen zu relativieren. Diese Lehre zog er aus der historischen Analyse der Kriegsursachen: 1914 wie 1870 hätten sich die Völker *mehr oder minder blindlings* aufeinander gestürzt. Isaac wollte die *Blindheit* der Menschen aber nicht als Entschuldigung verstanden wissen, denn er fuhr fort: *Ils [les peuples] n'ont pas connu dans sa réalité l'enchaînement des faits d'où la guerre est sortie; ils n'ont pas su ou pas voulu savoir, car peut-être qu'eux aussi ont leur part de responsabilité.*<sup>28</sup> Damit erhob Isaac gegen seine Generation und gegen sich selbst den Vorwurf, am Krieg mitschuldig zu sein, weil man allzu bereitwillig den eigenen Selbst- und Feindbildern vertraut habe.

<sup>27</sup> Isaac stellte 1933 rückblickend auf die unmittelbare Nachkriegszeit fest: *Aucun doute ne m'effleurait l'esprit. Je ne discutais pas, je détenais une certitude; mes souvenirs, les documents officiels, les démonstrations signées de noms respectés semblaient m'en garantir la solidité. Cependant l'un des piliers de ma foi ne devait pas tarder à s'effondrer. En ce temps-là (1922–1923), chaque jour nous révélait une fissure nouvelle dans la documentation et, par contre-coup, dans les démonstrations officielles.* Jules Isaac: Un débat historique. Le problème des origines de la guerre. Paris 1933, avant-propos, S. V–VI.

<sup>28</sup> Jules Isaac: Premiers regards sur la question des responsabilités, (zuerst erschienen unter dem Titel: Quelques aspects actuels de la question des responsabilités de la guerre. In: La Paix par la Droit 41 (1931) S. 196–210) zit. nach: Ders.: Paradoxe sur la science homicide et autres hérésies. Paris 1936. S. 81–113, hier S. 113.

Der Krieg hatte für Isaac die Sicherheit der historischen Urteilsbildung aber auch das Vertrauen in die Richtigkeit der eigenen Sache erschüttert. Diese Zweifel veranlassten ihn, eine Neuorientierung des Geschichtsunterrichts zu verlangen. Die ausschließlich nationale Betrachtungsweise sollte überwunden werden und der Geschichtsunterricht *internationalen Geist* in sich aufnehmen.<sup>29</sup> Dann helfe er den Völkern, sich besser kennen zu lernen, und das gegenseitige Verstehen führe zu friedlicher Zusammenarbeit. Die Auseinandersetzung mit den Standpunkten der Gegner zwingt auch dazu, die eigenen Positionen zu überdenken und erlaube es so, *einen höheren Grad an Objektivität* zu erreichen.<sup>30</sup>

Um die strukturellen Möglichkeiten zur Überwindung einseitig nationaler Betrachtungsweisen zu schaffen, rief Isaac zusammen mit Georges Lapierre und dem spanischen Historiker Raphael Altamira die »Internationale Konferenz für Geschichtsunterricht« ins Leben. Die Konferenz sollte zu einer ständigen Einrichtung werden. Isaac dachte an ein internationales Schulbuchinstitut, das Schulbücher aller Länder sammelte und auswertete und internationale Konferenzen mit dem Ziel organisierte, das wechselseitige Unwissen der Völker übereinander abzubauen und ihr gegenseitiges Misstrauen zu überwinden.<sup>31</sup>

Auf einer vorbereitenden Versammlung stellte er im Februar 1932 seine Ideen einem internationalen Publikum vor. Zwar könne der Geschichtsunterricht eine *perfekte Objektivität* kaum erreichen, jedoch sei es möglich, *aufrichtig* zu sein: »L'honnêteté, voilà l'essentiel.«<sup>32</sup> Isaac definierte: *Est honnête le professeur ou l'historien qui, exposant une question quelconque, donne à son auditeur ou son lecteur les moyens de se faire une opinion différente de la sienne; qui, ayant exposé son point de vue sur telle ou telle question, ne dissimule pas qu'il peut y en avoir d'autres ou ne dissimule pas les faits et les textes qu'on pourrait lui opposer. Un tel enseignement concilie tout: Il garde une valeur scientifique, il possède en même temps une haute valeur morale, il aide à la compréhension mutuelle (si rare) des classes sociales, des partis politiques, des nations diverses. Il est donc essentiellement un enseignement de paix.*<sup>33</sup> Ohne sie so zu benennen, hatte Isaac eine multiperspektivische Betrachtungsweise entwickelt, wie sie heute von modernen Geschichtsdidaktikern gefordert und beschrieben wird als *eine Form der Geschichtsdarstellung, bei der ein historischer Sachverhalt aus mehreren, mindestens zwei unterschiedlichen Perspektiven beteiligter und betroffener Zeitgenossen dar-*

<sup>29</sup> Jules Isaac: L'histoire des origines de la guerre, dans les manuels allemands. In: Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale 10 (1932) S. 25–53, hier S. 25.

<sup>30</sup> Ebd., S. 26.

<sup>31</sup> Déclaration de M. Jules Isaac. In: Conférence internationale pour l'enseignement de l'histoire. Réunion préparatoire des 1er et 2 février 1932. Paris 1932. S. 52–53, hier S. 53.

<sup>32</sup> Déclaration de M. Jules Isaac, S. 52.

<sup>33</sup> Ebd., S. 53.

gestellt wird, die verschiedene soziale Positionen und Interessen repräsentieren.<sup>34</sup>

Die »Internationale Konferenz« gab bald ein Bulletin heraus, das in französischer, deutscher und englischer Sprache verfasst war. In der ersten Nummer vom Januar 1933 erklärten Isaac und Lapierre Ziel und Zweck der Zeitschrift: *Ihr Hauptziel ist die Völkerverständigung, ihre Hauptaufgabe muß daher die systematische Gegenüberstellung der nationalen Gesichtspunkte auf allen Gebieten der Geschichte sein.*<sup>35</sup>

In die Neubearbeitung des »Cours-Malet«, das in Frankreich am weitesten verbreitete Geschichtsbuch der höheren Schulen, setzte Isaac das von ihm entwickelte didaktische Konzept um. Nach seiner Schilderung der Entwicklungen, die 1870 zum deutsch-französischen Krieg und 1914 zum Weltkrieg geführt hatten, nahm er die Darstellungen auf, die deutsche Schulbücher von den gleichen Ereignissen gaben.<sup>36</sup> Ferner gelang es Isaac, die deutschen Gräueltaten historisch zu erklären. In einem ausführlichen Quellenanhang<sup>37</sup> konfrontierte er Tagebuchaufzeichnungen und Feldpostbriefe deutscher Soldaten, die über die Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung berichteten, mit den Berichten der alliierten Untersuchungskommission über die Gräueltaten. Als Konklusion zitierte er die Einordnung, die Henri Pirenne von den Ereignissen gegeben hatte. Die Furcht der deutschen Soldaten vor den »francs-tireurs« wurde zum Drehpunkt der Darstellung. Zwar seien die Berichte über belgische Heckenschützen eine Legende, aber die deutschen Soldaten und mit ihnen ganz Deutschland, hätten fest an sie geglaubt. Gefolgt von der Abbildung eines Soldatenfriedhofs klagte die Darstellung nicht mehr die Deutschen an, sondern den Krieg: *Ainsi, les horreurs commises ont pour cause principale, sinon pour seule cause [...] cette hantise des francs-tireurs*

<sup>34</sup> Klaus Bergmann: »Multiperspektivität«. In: Handbuch der Geschichtsdidaktik. Hg. von K. Bergmann, A. Kuhn, J. Rüsen und G. Schneider. Düsseldorf 1985. S. 271–274. Erstaunlicherweise sind Isaacs Anregungen von den modernen Geschichtsdidaktikern kaum oder gar nicht rezipiert worden. Sie haben die multiperspektivische Betrachtungsweise ein zweites Mal entdeckt. Dazu Rainer Riemenschneider: Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche. In: Verstehen und Verständigen. Hg. von Hans-Jürgen Pandel. Jahrbuch für Geschichtsdidaktik 2 (1990) S. 137–148, hier S. 144 f. Ders.: Isaac après Isaac. La fortune de la méthode des deux points de vue. In: De l’Affaire Dreyfus à la Seconde Guerre Mondiale (1894–1945). Les engagements de Jules Isaac. Actes du colloque international d’Aix-en-Provence remaniés et enrichis, recueillis par Carol Iancu. Cahiers de l’Association des Amis de Jules Isaac, Nouvelles Série, N°2 (1998) S. 69–74.

<sup>35</sup> Jules Isaac und Georges Lapierre: Mitteilung. In: Bulletin de la Conférence internationale pour l’enseignement de l’histoire N° 1, Januar 1933.

<sup>36</sup> André Malet und Jules Isaac: Cours d’histoire Malet-Isaac à l’usage de l’enseignement secondaire. Histoire contemporaine depuis le milieu du XIXe siècle. Classe de philosophie et de mathématique. Avec la collaboration d’A. Alba. Paris 1930. S. 272–274, S. 678–683.

<sup>37</sup> Ebd., S. 747–750.

*dont les armées allemandes étaient travaillées [...], une sorte d'autosuggestion [...] Rien ne peut dissiper une prévention que toutes les vraisemblances démentent, mais que la psychose de guerre impose.*<sup>38</sup> Die Darstellung historisierte die Ereignisse.

Auch in Deutschland wurden multiperspektivische Unterrichtsmethoden postuliert. Der parteilose preußische Kultusminister Heinrich Becker klagte 1928 auf der Tagung der Internationalen Vereinigung der Volksschullehrerverbände in Berlin, dass die allgemeine Unkenntnis der Völker voneinander die Hauptschuld am gegenseitigen Hass trage. Genau wie Isaac wenige Jahre später, forderte der Minister eine multiperspektivische Betrachtungsweise, welche die Relativität der eigenen Positionen deutlich werden lasse: *Das Entscheidende aber ist, daß man sich überhaupt bewusst wird, daß vom anderen nationalen Standpunkt aus das Problem ein vollkommen anderes ist, und daß man die nationale Bedingtheit jeder geschichtlichen Darstellung ebenso offen zugibt, wie es religiösen oder sozialen Entwicklungslinien gegenüber bereits längst als wissenschaftliche Selbstverständlichkeit gilt.*<sup>39</sup> Im Rahmen der Versuche, die Schuljugend vor einseitiger politischer Beeinflussung zu schützen, war in Preußen schon im Dezember 1921 angeordnet worden: *Der Lehrer hat vor allem den politischen Gegenstand als Problem zu behandeln, den Schüler unparteiisch mit den verschiedenen Seiten des Problems bekannt zu machen, mit allen beachtlichen Antworten und Lösungen, nicht aber nur – das eben wäre parteipolitische Beeinflussung – mit seinen eigenen Werturteilen.*<sup>40</sup> Jedoch blieben solche Verordnungen und Ministerworte in Deutschland Lippenbekenntnisse, sobald sie Themen betrafen, die mit dem Krieg und der neuen Friedensordnung in Beziehung standen. Als der Sozialdemokrat Adolf Grimme, der 1929 das Amt des preußischen Kultusministers übernommen hatte, in einem Erlass zur Behandlung der Kolonialfrage verbot, das Thema *im Unterricht zu einer irgendwie gearteten unmittelbaren oder mittelbaren Propaganda zu mißbrauchen*,<sup>41</sup> brach ein Sturm der Entrüstung los. Im Preußischen Landtag fürchtete die Mehrheit der Abgeordneten, dass nun der »kolonialen Schuldlüge« – dem Vorwurf der Alliierten, Deutschland sei unfähig Kolonien zu verwalten – im Unterricht nicht mehr widersprochen werden dürfe. Redner auch der demokratischen Parteien verboten sich jede Kritik an der deutschen Kolonialpolitik.<sup>42</sup> Die Anti-Versail-

<sup>38</sup> Ebd., S. 750.

<sup>39</sup> Heinrich Becker: Rede auf der Tagung der Internationalen Vereinigung der Volksschullehrerverbände in Berlin 1928. In: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 57 (1928) N<sup>o</sup> 16, 19. April. S. 353–355, hier S. 355.

<sup>40</sup> Behandlung politischer Probleme im Unterricht (30. Dezember 1921). In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 64 (1922) S. 241–242.

<sup>41</sup> Behandlung des Kolonialproblems (3. Juni 1930). In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 72 (1930) S. 189.

<sup>42</sup> Verhandlungen des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode 1928/32, 217./218. Sitzung vom 18. März 1931, Sitzungsbericht Bd. 13, Sp. 19171–19172; 254./255. Sitzung vom 21. Oktober 1931, Sitzungsberichte Bd. 16, Sp. 22466.

les-Stimmung machte Betrachtungsweisen, die sich um eine distanzierte und abgewogene Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit bemühten, zur Sabotage am deutschen Nationalgefühl und rückten sie in die Nähe von Landesverrat.

In der Zeitschrift des deutschen Geschichtslehrerverbands wird die Verweigerung multiperspektivischer Betrachtungsweisen besonders augenfällig. Die deutschen Geschichtslehrer zeigten weder Distanz zur eigenen Vergangenheit noch Zweifel an der Richtigkeit der eigenen Positionen. Sie blickten nicht auf die Sichtweisen der anderen Nationen, um die eigenen Positionen zu relativieren oder deren Defizite zu erkennen. Vielmehr verfolgten sie das Ziel, die Darstellungen der anderen anzuklagen und die eigene Objektivität zu profilieren. Für den Vorsitzenden des deutschen Geschichtslehrerverbands stand fest: ... *unsere deutschen Geschichtsbücher sind wahrlich aus anderem Holze geschnitzt als die uns angreifenden fremden; sie geben einen Extrakt wissenschaftlicher Forschung und sind an Rankescher Objektivität orientiert. ... Bei den anderen freilich fehlt dieser Geist so gut wie ganz.*<sup>43</sup> Zwar räumte er ein, dass auch in deutschen Schulbüchern an einigen wenigen Stellen Verbesserungen nötig seien, jedoch stellte er klar: *Bei uns kann es sich nur um leichte Korrekturen handeln, bei den anderen um eine grundsätzliche Einstellung, um eine Durchtränkung mit wahrhaft wissenschaftlichem Geiste.*<sup>44</sup> Besonders wichtig war für Reimann, dass mit der Kritik an den deutschen Lehrbüchern *keineswegs einer bewußten pazifistischen Tendenz das Wort geredet werden sollte. Er warnte: Das hieße uns die Nerven aus dem Körper ziehen.*<sup>45</sup> Ein Abrücken von den traditionellen Sichtweisen und von den militärischen Werten der Vergangenheit galt als eigentliche Gefahr.

Wie sehr die Wahrnehmung der Bestimmungen des Versailler Vertrags auch bei denjenigen die konsequente Entwicklung und Umsetzung multiperspektivischer Betrachtungsweisen verhinderte, die sich nachdrücklich für diese Unterrichtsmethoden einsetzten, machen die Stellungnahmen von Fritz Wuessing deutlich. Er war einer der wenigen sozialdemokratischen Direktoren höherer Schulen in Preußen, er verteidigte die neuen preußischen Lehrpläne gegen konservative Kritiker im »Philologenblatt« und trat für eine differenzierte Behandlung der Kriegsschuldfrage im Unterricht ein.<sup>46</sup> Aber auch Wuessing konnte die von ihm aufgestellten didaktischen Maßstäbe nur bedingt umsetzen. In der ersten Auflage seiner »Geschichte des deutschen Volkes« hatte er 1921 die undemokratische innenpolitische Ordnung des deutschen Kaiserreichs für die verhängnisvolle Entwicklung zum Weltkrieg

<sup>43</sup> Arnold Reimann: Die Berner internationalen Grundsätze für Geschichtslehrbücher und die Vorbereitung auf den Historikertag in Oslo. In: Vergangenheit und Gegenwart 17 (1927) S. 122–128, hier S. 126–127.

<sup>44</sup> Ebd., S. 128.

<sup>45</sup> Ebd., S. 127.

<sup>46</sup> Fritz Wuessing: Die Kriegsschuldfrage in der Schule. In: Der Weg zur Freiheit 7 (1927) N° 13, S. 195–198.

verantwortlich gemacht.<sup>47</sup> In der zweiten Auflage von 1925 erfuhren die außenpolitischen Kapitel neue Akzentsetzungen. Nun erschien das angebliche französische Streben nach Revanche als zentrale Kriegsursache und die neue Friedensordnung als *Strafurteil und Diktat*.<sup>48</sup>

Die mit zunehmenden zeitlichem Abstand zu den Ereignissen weniger selbstkritisch ausfallende Darstellung zeigt, wie im Laufe der Weimarer Republik jede Auseinandersetzung mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags einem wachsenden Druck ausgesetzt war, den deutschen nationalen Standpunkt nicht zu vernachlässigen. Sie offenbart das Gefühl, Opfer einer zutiefst ungerechten und unerträglichen Friedensordnung geworden zu sein. Diese Einschätzung der Gegenwart machte es deutschen Vertretern schwer, in eine produktive und selbstkritische Diskussion über Fragen der Vergangenheit mit Vertretern der ehemaligen Gegner einzutreten.

### Erste deutsch-französische Schulbuchgespräche

Zwar hatte Jules Isaac mit der »Internationalen Konferenz für Geschichtsunterricht« die strukturellen Bedingungen für einen Austausch geschaffen. Unmittelbarer Erfolg blieb ihr aber versagt. Nach der vorbereitenden Sitzung tagte sie 1932 in Den Haag und 1934 in Basel. Danach wurde sie nicht mehr einberufen. Auch ihr Bulletin stellte nach zwei Nummern das Erscheinen ein. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Deutschland nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten kein Partner mehr war. Die ersten nationalsozialistischen Erlasse und Handreichungen für den Geschichtsunterricht verherrlichten den Krieg, beschworen die Feindschaft der Nachbarn und verkündeten eine an rassebiologischen Kriterien ausgerichtete Geschichtssicht.<sup>49</sup> Außerdem stand Isaacs Initiative in Konkurrenz zu bestehenden Strukturen des Völkerbunds, auf die die Regierungen direkten Zugriff hatten. Im Rahmen des »Internationalen Komitees für geistige Zusammenarbeit« (Comité international pour la coopération intellectuelle C. I. C. I.) war eine Unterkommission für Schulbuchfragen zuständig. Sie konnte von den nationalen Komitees für geistige Zusammenarbeit angerufen werden, wenn diese Verstöße gegen den Geist der Völkerfreundschaft in Lehrbüchern anderer Länder festzustellen glaubte. Die Unterkommission entschied dann wie ein Schiedsrichter, ob die Klage begründet sei oder nicht.<sup>50</sup> Dieses Verfahren hatte für die Regierungen den Vorteil, dass sie di-

---

<sup>47</sup> Fritz Wuessing: *Geschichte des deutschen Volkes. Vom Ausgang des Achtzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Ein sozialpsychologischer Versuch.* Berlin 1921. S. 164, 218, 229.

<sup>48</sup> Ebd., <sup>3</sup>1925. S. 314–316.

<sup>49</sup> Dazu Bendick (wie Anm. 18) S. 353 ff.

<sup>50</sup> Otto-Ernst Schüddekopf: *20 Jahre Schulbuchrevision in Westeuropa.* Braunschweig 1966. S. 12–13.



rekten Einfluss auf die Entscheidungen nehmen und diese daher zu Propagandazwecken benutzen konnten.

Als nun deutsche Vertreter während der »Internationalen Konferenz für Geschichtsunterricht« in Basel die Franzosen zu direkten Gesprächen über die Verbesserung der Geschichtsbücher aufforderten, löste das Ansinnen Verwunderung aus, weil von Nazi-Deutschland eine derartige Initiative nicht erwartet und auch als wenig fruchtbar beurteilt wurde. Die Deutschen wurden an die Instanzen des Völkerbunds verwiesen, was das französische Außenministerium lebhaft begrüßte.<sup>51</sup> Man fürchtete einen deutschen Propagandatrick und wollte gleichzeitig die Kontrolle über mögliche Kontakte behalten. Aus dem Nachlass von Jules Isaac geht aber hervor, dass von deutscher Seite weiterhin der direkte Kontakt gesucht wurde. Nach Überwindung anfänglicher Bedenken teilte der Generalsekretär der französischen Völkerbundsliga im Februar 1935 Isaac mit, dass man nun – offensichtlich gegen den erklärten Willen des französischen Außenministeriums – in direkte Gespräche eintreten wolle.<sup>52</sup>

Nach intensiver Vorbereitung trafen sich im Dezember 1935 in Paris die Verhandlungsdelegationen. Angeblich aus Devisenmangel konnten nur zwei Deutsche, die nicht der neuen nationalsozialistischen Elite angehörten, nach Paris reisen. Dem pensionierten Archivdirektor Paul Herre und dem inzwischen von einem Nationalsozialisten im Vorsitz des deutschen Geschichtslehrerverbands abgelösten Arnold Reimann saßen auf französischer Seite neun ausgewiesene Pädagogen und Historiker gegenüber, unter anderem Georges Lapiere, Jules Isaac und Pierre Renovin. Am Ende ihrer Beratungen stand ein Dokument, das in 39 Thesen die jeweilige Sicht auf die Problemzonen der deutsch-französischen Beziehungen seit dem 17. Jahrhundert zusammenfasste. Es handelte sich um *eine nüchterne Bestandsaufnahme des Verbindenden, aber auch des Trennenden*.<sup>53</sup> Zwar erzielten die Delegationen erstaunlicher Weise Einvernehmen über zahlreiche Fragen, die Anlass für hasserfüllte Schulbuchdarstellungen waren, etwa der Charakter des Elsass, die Beurteilung Bismarcks, der Stellenwert der Alldeutschen Bewegung in Deutschland oder des Revanche-Gedankens in Frankreich. In 16 der 39 Thesen wurde aber, nachdem die Übereinstimmungen formuliert waren, der DisSENS konstatiert.

<sup>51</sup> Die französische Kommission für geistige Zusammenarbeit teilte am 5. März 1934 dem französischen Außenministerium mit, dass von deutscher Seite direkte Gespräche über Geschichtsschulbücher vorgeschlagen worden seien. Man habe die Deutschen auf die Verfahren des Völkerbunds hingewiesen. Am 14. März 1934 begrüßte das französische Außenministerium ausdrücklich, dass ein Abweichen von den Verfahrensregeln des Völkerbunds abgelehnt worden sei. Archives Diplomatiques du Ministère des Relations Extérieures, Paris, SDN, Revision des manuels scolaires 1935–1939, Carton 1914, Bl. 61, Bl. 84.

<sup>52</sup> Jean Prudhommeaux an Jules Isaac, 1. Januar 1935, 4. Februar 1935, 23. Februar 1935. Nachlass Jules Isaac, Bibliothèque Méjanes, Aix-en-Provence, Carton 1 f.

<sup>53</sup> *Riemenschneider* (wie Anm. 34) S. 140.



Beispielhaft seien hier zwei Paragraphen der Vereinbarung näher vorgestellt. Mit Blick auf die Verantwortlichkeiten für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs einigten sich die Delegationen zwar auf die Feststellung, *daß die Dokumente nicht erlauben, im Jahre 1914 irgendeiner Regierung oder irgendeinem Volke einen vorbedacht-planvollen (prémedité) Willen zu einem (europäischen) Krieg zuzuschreiben*. Darauf folgten dann aber Vorbehalte der Franzosen, die auf die Präventivkriegspläne der deutschen Militärs und die Stärke der kriegerischen Strömungen in Deutschland hinwiesen, worauf die Deutschen die ihrer Ansicht nach aktive Kriegspolitik des französischen Präsidenten Poincaré und der russischen Regierung anführten.<sup>54</sup> Auch mit Blick auf den berüchtigten Artikel 231 des Versailler Vertrags bestand Einigkeit darin, dass er keine moralische Verurteilung des deutschen Volkes ausspreche, wohl aber auf Grund der allgemeinen Umstände der unmittelbaren Nachkriegszeit so verstanden werden konnte. Darauf machte die deutsche Delegation den Vorbehalt geltend, dass sie den Artikel 231 solange als *moralische Verfemung Deutschlands* betrachten wolle, wie er von den alliierten Regierungen nicht widerrufen werde. Die Franzosen wiesen den Vorbehalt zurück, weil er *politischen Charakter* habe.<sup>55</sup>

Der Dissens war immer dann besonders ausgeprägt, wenn Fragen der unmittelbaren Vergangenheit berührt wurden, die eine direkte Bedeutung für die Gegenwart hatten. So sind von den zehn Thesen (Nr. 20–29), die die Ereignisse der Juli-Krise betreffen, die Hälfte mit Vorbehalten versehen; von den sechs Thesen, welche die Nachkriegszeit thematisieren, blieb sogar nur eine über die Locarno-Verträge ohne Einschränkungen. Dieser Befund macht deutlich, dass die Zeitgenossen keine Distanz zur unmittelbaren Vergangenheit hatten. Die Ereignisse, die kaum 20 Jahre zurücklagen, entzogen sich wegen ihrer Bedeutung für die Gegenwart der Historisierung. Sie konnten nur in Form von feindbildgeladenen Aktualisierungen angesprochen werden. Dennoch war eine Methode gefunden worden, die es erlaubte, die Gegensätze zu formulieren und einer rationalen Auseinandersetzung zugänglich zu machen. In einem offenen Dialog, wie er Jules Isaac vorschwebte, hätten die Unterschiede nun thematisiert und abgearbeitet werden können.

Darum sollte die Vereinbarung in den Organen der Geschichtslehrerverbände beider Länder veröffentlicht werden. Die Deutschen verzögerten aber zunächst die Veröffentlichung und druckten den Text schließlich 1937 nur in der Berliner Ausgabe der Zeitschrift des nationalsozialistischen Lehrerverbands, während der französische Geschichtslehrerverband eine Sondernummer seines Bulletins der Vereinbarung widmete. Den Nationalsozialisten

---

<sup>54</sup> Verpflichtender Wortlaut der Einigung der deutschen und französischen Geschichtslehrer über die Entgiftung der beiderseitigen Lehrbücher. In: Nationalsozialistische Erziehung. Kampf- und Mitteilungsblatt des NS-Lehrerbundes. Gau Berlin 1937. S. 229–235, Art. 20.

<sup>55</sup> Ebd., Art. 35.

ging die Vereinbarung viel zu weit. Nach einem positiven Leitartikel in der »Frankfurter Zeitung«, aus dem hervorgeht, dass die Vereinbarung als hoffnungsvolles Zeichen einer nun endlich nahen Verständigung aufgefasst wurde,<sup>56</sup> entfalteten der Partei- und Staatsapparat eine rege Tätigkeit. Offensichtlich waren nicht alle verantwortlichen Instanzen über die Schulbuchgespräche informiert, deren Schicksal mithin auch Ausdruck für die Polykratie der nationalsozialistischen Diktatur ist.<sup>57</sup>

Gezielt lancierte Artikel in didaktischen und historischen Fachzeitschriften kritisierten die Ausführungen zu Elsass-Lothringen und zur Kriegsschuldfrage als billige Preisgabe deutscher Positionen.<sup>58</sup> Nach mehreren Beratungen zwischen Vertretern des Auswärtigen Amts, der NSDAP, des Nationalsozialistischen Lehrerbunds und des Reichserziehungsministeriums wurde schließlich beschlossen, eine weitere Veröffentlichung dadurch zu verhindern, dass die Franzosen zur näheren Klärung nach Berlin eingeladen werden sollten.<sup>59</sup> Auf französischer Seite durchschaute man die Absicht der Deutschen und lehnte weitere Gespräche ab, solange der Text nicht landesweit veröffentlicht werde.<sup>60</sup> Die Gespräche waren gescheitert. Die neuen nationalsozialistischen Geschichtsbücher, deren Bände zur neueren Geschichte eigentlich nur didaktische Varianten von »Mein Kampf« waren,<sup>61</sup> wirkten auf französische Beobachter wie ein Hohn auf die Versuche, die Feindschaft zwischen den Völkern abzubauen. Der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, wertete die Vorgänge als Belege für den Unwillen der Nationalsozialisten wirklich Frieden zu schließen. Er berichtete nach Paris: *Au fond, le Troisième Reich se dérobe à toute tentative d'entente. Il désavoue celle qui avait eu lieu et il manifeste un état d'esprit qui ne permet guère d'espérer que de nouveaux efforts auraient plus de succès.*<sup>62</sup> Für das Scheitern

<sup>56</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 235 vom 11. Mai 1937.

<sup>57</sup> Außenminister Neurath erfuhr erst durch eine Anfrage des französischen Botschafters von den Vorgängen. Aktennotiz von Neurath, 21. April 1937, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, Botschaft Paris 1048/1.

<sup>58</sup> Zur deutsch-französischen Verständigung über Lehrbücher. In: Berliner Monatshefte 16,1 (1938) S. 107–139. Wilhelm Ziegler: Die »Entgiftung« der deutschen und französischen Lehrbücher. Ein Beitrag zu der »Einigung« der deutschen und französischen Geschichtslehrer. In: Vergangenheit und Gegenwart 27 (1937) S. 463–472.

<sup>59</sup> Die Protokolle der Sitzungen befinden sich in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, Botschaft Paris 1048/1. Siehe auch Dieter Tiemann: Schulbuchrevision im Schatten der Konfrontation. Deutsch-französische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Weltkriegen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 39 (1988) S. 342–362.

<sup>60</sup> Zur französischen Position siehe: Une tentative d'accord franco-allemand au sujet des manuels d'histoire. In: Revue d'histoire de la Guerre Mondiale 16 (1938) S. 113–214.

<sup>61</sup> Dazu Rainer Riemenschneider: L'enseignement de l'histoire sous le »IIIe Reich«. In: Francia 7 (1979) S. 401–428.

<sup>62</sup> Der französische Botschafter in Berlin an das französische Außenministerium, 10. Februar 1938, Archives Diplomatiques du Ministère des Relations Extérieures, Paris, SDN, Révision des manuels scolaires 1935–1939, Carton 1914, Bl. 383–397, hier Bl. 396–397.

der Schulbuchgespräche war also nicht ihr methodischer Ansatz verantwortlich, sondern die Verweigerung der Nationalsozialisten.

### Auf dem Weg zur deutsch-französischen Verständigung

Die Thesen von 1935 hatten zwar keine unmittelbare Wirkung, dennoch waren sie von wegweisender Bedeutung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie nämlich zur Grundlage neuer Schulbuchgespräche. Ihre Anziehungskraft lag für die Zeitgenossen im methodischen Ansatz, der darin bestand, die Relativität der eigenen Position einzugestehen. Im Vorwort zu einem Nachdruck aus dem Jahr 1949 wird die Vorbildhaftigkeit des Verfahrens von 1935 betont und damit zugleich deutlich gemacht, wie sehr die nationalen Gewissheiten nach dem Zweiten Weltkrieg erschüttert waren. Die Autoren seien 1935 der Ansicht gewesen, dass es hieße einseitig zu urteilen, wenn man *die großen Ereignisse unter einem ausschließlich französischen oder deutschen Gesichtswinkel* darstelle. Diese Art der Geschichtsschreibung sei, hieß es weiter im Vorwort zum Nachdruck von 1949, *in ihren Auswirkungen gefährlich, denn sie ruft den Hass hervor und nährt ihn*. Dagegen bemühe sich die *wahre Geschichte ... zu verstehen und verständlich zu machen, warum die Menschen unseres Landes oder eines fremden Landes auf diese oder jene Weise gehandelt haben*.<sup>63</sup>

Auf Anregung der französischen Besatzungsmacht trafen sich seit 1947 deutsche und französische Historiker und Geschichtslehrer in Freiburg im Breisgau, Speyer und Mainz, um sich über den Geschichtsunterricht auszutauschen.<sup>64</sup> Im Mai 1951 lud der französische Geschichtslehrerverband deutsche Kollegen nach Paris ein. Nun wurden die Thesen von 1935 überarbeitet und diesmal auch in (West-)Deutschland veröffentlicht.

In der überarbeiteten Fassung waren die Vorbehalte verschwunden. Einige besonders kontroverse Thesen waren ganz fallen gelassen worden (zur deutschen und französischen Kriegspolitik vor 1914, zur Zahlung der Reparationen nach 1918 oder offen rassistische Thesen der deutschen Vertreter), ein Indiz dafür, dass die thematisierten Ereignisse nicht mehr relevant waren. In anderen Fällen waren die Vorbehalte von 1935 in die Thesen mit aufgenommen worden. Das fällt besonders auf bei den Leitsätzen zur Kriegschuld 1914 und zur Bedeutung des Artikels 231 des Versailler Vertrags. Wie 1935 wurde Einigkeit darüber erzielt, dass keine Regierung und kein Volk 1914 einen Krieg mit Absicht herbeigeführt habe. Die 1935 formulierten Einwände erschienen 1951 als neue These, die die einstigen deutschen und französischen Reserven in sich aufnahm und damit aufhob. Das Drängen des deutschen Mi-

<sup>63</sup> Jean Sigmann: Probleme der deutsch-französischen Geschichtsschreibung. In: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1 (1951/52) S. 44–46, hier S. 45.

<sup>64</sup> *Schüddekopf* (wie Anm. 50) S. 18–19.

litärs auf einen Präventivkrieg wurde nun festgestellt und gleichzeitig betont, dass es keinen bestimmenden Einfluss auf die deutsche Politik gehabt habe. In Deutschland habe es jedoch in militärischen Kreisen eine größere Bereitschaft zum Krieg gegeben, was mit der besonderen Stellung des Militärs in Deutschland und den Einkreisungsphobien erklärt wurde. Schließlich stellten die Verfasser fest, dass Poincaré keine Kriegspolitik betrieben habe, dass aber die französisch-russische Kooperation auf deutscher Seite als Bedrohung empfunden wurde.<sup>65</sup> Ebenso wurde mit dem Artikel 231 verfahren. Er erschien nun als ein juristisches Instrument zur Begründung der Reparationszahlungen, das aber in Deutschland aufgrund der Begleitumstände als moralische Verurteilung empfunden wurde.<sup>66</sup>

Der heutige Leser könnte geneigt sein, diese Aussagen als Formelkompromisse aufzufassen. Jede Seite hatte schließlich ihre Sichtweisen »gerettet«. Eine Verantwortung für den Krieg gab es schließlich nicht mehr, gleichwohl konnten die Franzosen den deutschen Militarismus benennen und die Deutschen auf die Einkreisungsphobien hinweisen. Der Artikel 231, der nur auf Grund der Umstände falsch verstanden worden sei, wurde als juristisches Instrument objektiviert. Mit Blick auf die hasserfüllten Debatten der Zwischenkriegszeit stechen aber sofort die abgeklärte Sprache und der offensichtliche Wille zur Verständigung hervor. Beide Seiten wollten ganz offensichtlich nicht mehr, dass sich an diesen Themen erneut Hass und Feindschaft entzündeten. Zudem passten sie gut in das historiographische Klima der Zeit, insbesondere in (West-)Deutschland. Die Aussagen liegen ganz auf der Linie der westdeutschen Geschichtswissenschaft der 50er Jahre, wie sie etwa in den Arbeiten von Gerhard Ritter zum deutschen Militarismus vertreten wird.<sup>67</sup> Kontinuitäten der deutschen Geschichte, die für die Machtübertragung an die Nationalsozialisten verantwortlich gemacht werden können, wurden hier nicht benannt. Die Thesen von 1951 enthielten auch keine Aussagen zur nationalsozialistischen Diktatur. Der letzte Leitsatz thematisierte den Untergang der Weimarer Republik. Hier wurden Defizite der Weimarer Verfassung wie das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht, die Furcht vor dem Kommunismus und Hitlers Propaganda genannt, die die Massen *irreführt*, *verlockt* und *getäuscht* hätten. Der Zweite Weltkrieg und die deutschen Verbrechen, der Völkermord an Juden und Slawen wurden ebenso wenig thematisiert wie die für die Deutschen schwer zu akzeptierende neue Nachkriegsordnung. Dafür hat es auch formale Gründe gegeben. In Frankreich endete der Geschichtsunterricht nach den neuen Lehrplänen, die mit der Befreiung in Kraft traten, mit dem Jahr 1939. Erst die Lehrplan-

<sup>65</sup> Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte. Sonderdruck aus dem Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1953, Art. 18 und 19.

<sup>66</sup> Ebd., Art. 30.

<sup>67</sup> Dazu Manfred *Messerschmidt*: Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland. Darmstadt 1975. S. 130 ff.

reform von 1959 sah vor, dass der Geschichtsunterricht ab dem Schuljahr 1962 bis zum Jahr 1945 und darüber hinaus bis zur Gegenwart geführt werden sollte.<sup>68</sup> Daher bestand keine Notwendigkeit, die Themen zu besprechen, die für die unmittelbare Gegenwart problematisch waren: die französische Kollaboration, die deutschen Kriegsverbrechen, die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und die Teilung Deutschlands. Darum waren die Gespräche aber auch nicht von aktuellen politischen Fragen belastet, wie das in der Zwischenkriegszeit der Fall gewesen war, sobald der Erste Weltkrieg besprochen wurde.

Die Vereinbarung über die Schulbücher bildete den Auftakt zu regelmäßigen deutsch-französischen Gesprächen über Fragen des Geschichtsunterrichts, die bis zum Ende der 60er Jahre geführt wurden. Daran nahmen Universitätshistoriker und an den Schulen arbeitende Geschichtslehrer teil. So war sichergestellt, dass aktuelle Forschungsergebnisse und pädagogisch-didaktische Bedürfnisse aufeinander bezogen werden konnten. Für die Durchführung der Tagungen war in Deutschland das von Georg Eckert in Braunschweig gegründete Internationale Schulbuchinstitut von großer Bedeutung.<sup>69</sup> Zunächst vereinbarte man den Austausch der jeweiligen Schulbücher und informierte sich über die Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen in den jeweiligen Lehrwerken. Sodann standen bei den Treffen kontroverse Themen der gemeinsamen Geschichte zur Debatte. Einen Schwerpunkt bildete das 19. Jahrhundert. Daneben wurde gegenseitige kulturelle Beeinflussung im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert besprochen sowie das Mittelalter und die frühe Neuzeit. Erst 1961 kam die jüngere Vergangenheit in den Blick. In Aix-en-Provence beschäftigte man sich mit der Weimarer Republik und der Dritten Republik während der Zwischenkriegszeit und 1963 in Kiel mit der Zeit 1933 bis 1939. Das große Problem der Kommissionsmitglieder bestand in der Einordnung der nationalsozialistischen Diktatur in den Zusammenhang der deutschen Geschichte. Die erste These der in Kiel erarbeiteten Empfehlungen stellte klar, dass der Nationalsozialismus *wesentlich Hitlerismus* sei und nicht *das zwangsläufige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands*.<sup>70</sup> Aus solchen Klar-

---

<sup>68</sup> Programme applicable à la rentrée de 1962 dans les classes de philosophie, sciences expérimentales et mathématiques. Arrêté du 9 juin 1959. In: Instructions générales et programmes pour l'enseignement de l'histoire et de la géographie (Fascicules de documentation administrative publiés par le Bulletin Officiel du Ministère de l'Éducation Nationale). Paris 1961. S. 61 f.

<sup>69</sup> Siehe dazu Ursula Becher und Rainer Riemenschneider (Hg.): Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Hannover 2000. S. 105–148.

<sup>70</sup> Empfehlungen der 11. deutsch-französischen Historiker- und Geschichtslehrertagung Kiel 1963, zit. nach: Helmut Greulich: Deutsch-französische Geschichtslehrertagungen: 1959–1965. In: Internationales Jahrbuch für den Geschichtsunterricht 10 (1965/66) S. 153–165, hier S. 159.

stellungen spricht in erster Linie der Druck, dem sich die deutschen Gesprächspartner ausgesetzt sahen. Sie zeigen aber auch, dass die französischen Kollegen einseitige Kontinuitäts- oder Kollektivschuldthesen nicht teilten.

Wie schwierig die Behandlung der jüngsten Vergangenheit für die Kommissionsmitglieder noch Anfang der 60er Jahre war, zeigt eine öffentliche Diskussion über die Frage, wie man der jüngeren Generation die Geschichte des Nationalsozialismus erklären sollte. Georg Eckerts Stellungnahme macht die Aktualität und gleichzeitige Tabuisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit deutlich: *Wir deutschen Erzieher haben oft mit jungen Menschen zu tun, deren Eltern unter Hitler politisch aktiv waren (oder die sich in einer Situation von Komplizen befanden). Wir können uns in der schrecklichen Lage befinden, den Kindern sagen zu müssen: Dein Vater war ein Idiot oder ein Verbrecher, und das ist vom pädagogischen Standpunkt aus gesehen furchtbar schwierig. Wir müssen dem Kinde die Möglichkeit einräumen, seine Eltern zu respektieren und sie für ehrbare Menschen zu halten. Wir müssen ihm also erklären, wie es möglich ist, dass sein Vater ein Mitglied der SA geworden ist. Vielleicht war er wirklich ein Verbrecher, aber wir können die Familien nicht zerstören. Das ist ein Problem, über das man viel nachdenken muß, wenn man nicht der Seele des Kindes Schaden zufügen will.*<sup>71</sup> Aus Eckerts Ausführungen spricht ein ausgeprägtes Problembewusstsein für den Grad der Nazifizierung der deutschen Gesellschaft während des »Dritten Reichs«, deren kritische Aufarbeitung die gesellschaftliche Kohäsion der jungen Bundesrepublik in Frage zu stellen drohte. Die Antwort seines französischen Kollegen Hubac wirft ein nicht weniger scharfes Licht auf die Defizite der französischen Selbsteinschätzung: *Für uns stellt sich die Frage nicht unter dem gleichen Aspekt. Die Folgerungen, dass dieses Regime furchtbar war, werden von selbst kommen. Die Franzosen sind vielmehr die Opfer des Systems geworden. Wenn sich auch bestimmte Franzosen bedauerlicher Weise an der Hitlerpolitik beteiligt haben, so sind sie trotz allem zahlenmäßig sehr gering gewesen, so daß ich nicht glaube – und das ist kein Ausweichen –, daß es für uns ein ernsteres Problem ist.*<sup>72</sup>

Plädierte der deutsche Vertreter für eine behutsame Behandlung der jüngsten Vergangenheit, belegen die Ausführungen seines französischen Pendanten wie weit der Résistance-Mythos das französische Selbstbild prägte. Die Diskussion zeigt, auf welche Blockaden die kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten deutsch-französischen Vergangenheit stieß. Die gemeinsame Tabuisierung hatte auch zur Folge, dass – im Unterschied zur Zwischenkriegszeit – keine Themen angesprochen wurden, von denen die Gesprächspartner selbst betroffen waren.

<sup>71</sup> Wie soll man der jungen Generation die Geschichte des Nationalsozialismus erklären. Zwei deutsch-französische Kolloquien. In: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 9 (1963/64) S. 255–272, hier S. 266.

<sup>72</sup> Ebd.

Die Wertungen der Presse machen deutlich, dass ein kritischeres Vorgehen die Möglichkeiten der Zeitgenossen überfordert hätte. Das Hamburger Abendblatt berichtete im Mai 1952 über die Schulbucharbeit, dass die Teilnehmer nicht nur Lehrmeister der Geschichte seien, sondern auch *Professoren der Toleranz* und fuhr fort: *Wer erwartet hatte, daß Deutschland ununterbrochen auf der Anklagebank sitzen werde, sah sich enttäuscht. Nach Stunden erst fällt der Name ›Hitler‹ und verklingt wieder ohne Nachhall!*<sup>73</sup>

Solche Reaktionen zeigen wie präsent und gleichzeitig brisant das Thema Nationalsozialismus war. Eine Thematisierung, die die deutschen Apologien nicht hätte gelten lassen, hätte schmerzliche Anklagen, Rechtfertigungen und Aufrechnungen wie in der Zwischenkriegszeit bewirkt. Ein kurzer Blick in (west)deutsche Schulgeschichtsbücher macht das deutlich. Von den Folgen der deutschen Kriegsführung, insbesondere des Vernichtungskriegs in Osteuropa und vom Mord an den europäischen Juden, erfuhren die Schüler nur wenig und in apologetischen Wendungen. Als Opfer des Kriegs erschienen dagegen die Deutschen, die von den Siegermächten hart behandelt wurden oder vor der Roten Armee fliehen mussten und ihre Heimat verloren hatten.<sup>74</sup> Hier drängt sich ein Vergleich mit dem Buch von Jules Isaac auf, der 1930 – zwölf Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs – die deutschen Gräueltaten von 1914 historisch mit der *Francs-tireurs*-Panik und der Kriegspychose der deutschen Soldaten zu erklären versuchte. Kein (west)deutsches Schulbuch der 50er und frühen 60er Jahre – 15 Jahre nach Ende des Kriegs – brachte das Verhalten der Roten Armee in den Ostgebieten und das bittere Schicksal der dortigen Bevölkerung oder die Härten des Besatzungsregimes der anderen Siegermächte explizit in Beziehung mit der Art des Kriegs, den die Wehrmacht fünf Jahre lang in Europa geführt hatte. Bei einer kritischen Würdigung hätten solche Defizite ebenso wie Kritik an den in deutschen Schulbüchern verbreiteten Klagen über die Teilung und den Verlust der Ostgebiete kontroverse Debatten ausgelöst, die in (West)Deutschland ebenso an Tabus gerüttelt hätten, wie wenn in Frankreich Forderungen nach einer Entmystifizierung der *Résistance* oder nach einer Darstellung des Umfangs der Kollaboration mit den deutschen Besatzungsbehörden laut geworden wären.

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg der deutsch-französischen Schulbuchgespräche nach 1945 liegt demnach auch darin begründet, dass im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit nicht sofort die Themen behandelt wurden, die in unmittelbarer Beziehung zur Tagesaktualität standen, von denen zahlreiche Menschen noch direkt betroffen waren und die sie als Unrecht erlebt

---

<sup>73</sup> Schulbücher werden entgiftet. Geschichtslehrer trafen sich in Braunschweig. In: Hamburger Abendblatt vom 17. Mai 1952.

<sup>74</sup> Dazu Rainer Bendick: Zweierlei Entlastung des deutschen Volkes. Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in Schulgeschichtsbüchern der DDR und der BRD. In: Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945–1961). Hg. von Ursula Heukenkamp. Amsterdam/Atlanta 2001. S. 541–554, hier S. 549 ff.



hatten. Die Gesprächspartner verstanden es, der Zeit Zeit zu geben. Damit wurden die Schulbuchgespräche nicht zu Veranstaltungen, die die Kontroversen verdrängten und selbstkritische Erkenntnisse verweigerten. Vielmehr wurde die Möglichkeit eröffnet, Themen zu besprechen und zu klären, die jahrzehntelang den Stoff boten, aus dem die deutsch-französische Feindschaft gestrickt wurde: die Beurteilung der Befreiungskriege, der nationale Charakter des Elsass, die Politik Otto von Bismarcks oder der Erste Weltkrieg.

Neben der Methode und dem bewussten Ausblenden von Ereignissen, zu denen die Zeitgenossen noch keine Distanz gewonnen hatten, war das politische Umfeld für den Erfolg entscheidend. Die Gesprächspartner wollten sich damals – anders als während der Zwischenkriegszeit – verständigen. Dazu hat gewiss die internationale Situation des Kalten Kriegs beigetragen. Die Schulbuchgespräche aber auf eine Strategie des »Imperialismus« zu reduzieren, der zufolge (West)Deutschland und Frankreich gemeinsam gegen die sozialistischen Länder in Stellung gebracht werden sollten, wie ernsthafte pädagogische Veröffentlichungen der DDR behaupteten,<sup>75</sup> unterstellt eine Steuerung des Geschichtsbilds, wie sie in freien Gesellschaften so nicht möglich ist. Im vereinten Deutschland ist es wichtig, die Positionen der ehemaligen DDR zur Kenntnis zu nehmen, weil dann klar wird, dass die Verständigung mit Frankreich ein westdeutsches Erbe ist, die nach der staatlichen Einheit Deutschlands neu angeeignet werden muss. Ein anderer Faktor als die bloße Funktionalität im Kalten Krieg war für die Zeitgenossen von entscheidender Bedeutung. Aus der positiven Wertung der Thesen von 1935 geht die Erschütterung hervor, die der Zweite Weltkrieg für die traditionellen nationalen Gewissheiten gebracht hatte.<sup>76</sup> Einseitige nationale oder ideologische Positionen hatten sich als Unheil erwiesen.

## Die zweite Runde der deutsch-französischen Schulbuchgespräche in den 80er Jahren

Als 1967 die vorerst letzte deutsch-französische Geschichtslehrtagung stattfand, waren die gesamten deutsch-französischen Beziehungen vom Mittelalter bis 1939 diskutiert und Empfehlungen für ihre Behandlung im Geschichtsunterricht beider Länder formuliert worden. Nur der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegsgeschichte blieben ausgespart. Nun trat eine lange Pause in den deutsch-französischen Schulbuchkontakten ein. Ihr Verfahren,

<sup>75</sup> Dazu mit der weiterführenden Literatur Isa *Haupt*: Zur Rolle des Internationalen Schulbuchinstitutes in Braunschweig bei der nationalistischen und europaideologischen Geschichtsm manipulierung der Schuljugend, dargestellt anhand seiner Publikation »Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht«. Band I bis XVIII (1951–1978). Berlin 1981.

<sup>76</sup> Vgl. Anm. 63.



das darin bestand, national gemischte Kommissionen zu bilden, in denen Historiker und Lehrer strittige Probleme der gemeinsamen Geschichte besprachen und gemeinsame Empfehlungen erarbeiteten, hatte inzwischen stilbildend gewirkt für die Kontakte zu anderen europäischen Ländern. So wurden 1954 deutsch-belgische, 1955/56 deutsch-englische und 1960 deutsch-italienische Empfehlungen erarbeitet. Einen Höhepunkt dieser Arbeit bildeten die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1977.<sup>77</sup>

Das von Georg Eckert an der Kant-Hochschule in Braunschweig gegründete Schulbuchinstitut war bei diesen Gesprächen federführend. Nach seinem Tod wurde das Institut 1976 als eigenständige Institution unter dem Namen »Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung« fortgeführt. Sein gesetzlich fixierter Auftrag besteht in der Organisation und Koordination internationaler Schulbucharbeit. Der Gesetzestext<sup>78</sup> wirkt wie die Realisierung der Vorstellungen, die Jules Isaac 1931 über die »Internationale Konferenz für Geschichtswissenschaft« entwickelt hatte.

Der in den 70er Jahren vollzogene Generationswechsel und die grundlegenden Lehrplanreformen in diesem Jahrzehnt machten die Behandlung der jüngeren Zeitgeschichte auch für das schon bearbeitete deutsch-französische Feld möglich und nötig. Entscheidend dafür war das Engagement von Rainer Riemenschneider, der seit 1976 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Eckert-Institut tätig ist. Da die letzten Kontakte nach Frankreich mehr als zehn Jahre zurücklagen, mussten zunächst geeignete Ansprechpartner gefunden werden. Riemenschneider wendete sich an den französischen Geschichtslehrerverband, wo er sofort auf positive Resonanz stieß. Während einer vorbereitenden Konferenz 1981 wurden das Arbeitsverfahren und die Themen der neuen Schulbuchgespräche festgelegt.<sup>79</sup> Wieder arbeiteten Wissenschaftler

<sup>77</sup> Zum Vorbildcharakter der deutsch-französischen Schulbuchgespräche siehe Rainer Riemenschneider: *Transnationale Konfliktbearbeitung. Die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1936–1997*. In: *Internationale Schulbuchforschung* 20 (1998) S. 71–79.

<sup>78</sup> Im Gesetz über die Gründung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung vom 26. Juni 1975 übertrug der Niedersächsische Landtag dem Institut folgende Aufgaben: (1) *durch internationale Schulbuchforschung historisch, politisch und geographisch bedeutsame Darstellungen in den Schulbüchern der Bundesrepublik Deutschland und anderer Staaten miteinander zu vergleichen und Empfehlungen zu ihrer Versachlichung zu unterbreiten*; (2) *Tagungen mit Sachverständigen des In- und Auslands zur Überprüfung und Revision von Schulbüchern zu veranstalten*; (3) *Autorinnen und Autoren, Herausgeberinnen und Herausgeber und Verlegerinnen und Verleger bei der Veröffentlichung von Schulbüchern zu beraten*; (4) *Gutachten zu erstellen und Forschungsarbeiten zu unterstützen*; (5) *seine wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen der Öffentlichkeit durch Veröffentlichungen und Vorträge zu vermitteln*. Vgl. die Vorschläge von Isaac für die Internationale Konferenz für Geschichtsunterricht (Anm. 31).

<sup>79</sup> Rainer Riemenschneider: *An der Schwelle zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen*. In: *Internationale Schulbuchforschung* 3 (1981) S. 72–82.

und Geschichtslehrer zusammen. Zunächst vereinbarte man eine gründliche Analyse der Lehrpläne und Schulbücher, um dann die Desiderata der Schulbuchverbesserung zu formulieren und die Realisierbarkeit des Wünschbaren abschätzen zu können.

So fanden im Lauf der 80er Jahre mehrere Gesprächsrunden statt. Während in den 50er und 60er Jahren die Konflikt geladene deutsch-französische Beziehungsgeschichte im Mittelpunkt stand, ging es nun um das Bild vom jeweils anderen in den Darstellungen, welche die Schulbücher von der jüngeren Vergangenheit gaben. Eine weitere Neuerung im Vergleich zu den vorhergehenden Gesprächen bestand in der Teilnahme von Geographen an den Tagungen. Das hatte sachliche wie organisatorische Gründe. Vorstellungen von anderen Ländern werden auch im Geographieunterricht vermittelt, der in Frankreich zudem traditionell in Personalunion mit dem Geschichtsunterricht erteilt wird.

Die Historiker beschäftigten sich mit den bislang vernachlässigten Themen: die Dritte Republik und die Weimarer Republik, das Vichy-Regime, die Résistance und der Nationalsozialismus, schließlich die Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart. Ausgehend von den Analysen der vorhandenen Lehrwerke erarbeiteten Fachwissenschaftler und Pädagogen Empfehlungen, um die festgestellten Defizite abzubauen. Die französischen Bücher wurden kritisiert, weil die demokratischen Traditionen im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts und die Entwicklung der Bundesrepublik ebenso wie die Geschichte der damaligen DDR kaum zur Sprache kamen. Die Weimarer Republik trat fast nur als Vorspiel zur Diktatur der Nationalsozialisten auf, so dass das »Dritte Reich« als eigentliche Essenz der jüngeren deutschen Geschichte erscheinen konnte.<sup>80</sup> Die deutschen Bücher wurden kritisiert, weil sie die französische Zeitgeschichte fast gar nicht behandelten. Dagegen werden der Revolution von 1789 und der napoleonischen Ära sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Die Dritte Republik, die das heutige Frankreich wesentlich geprägt hat, taucht aber kaum auf.

Die den deutschen und französischen Geschichtsbüchern gemeinsamen Defizite in der jüngsten Zeitgeschichte sind wesentlich auf die Lehrplanvorgaben zurückzuführen, die in beiden Ländern für die Zeit nach 1945 keine zusammenhängende Schilderung von Nationalgeschichten vorsehen, sondern diese in größere Zusammenhänge stellen. Andere Gravamina, wie sie auch in den deutschen Geographiebüchern festgestellt wurden, die Frankreich nicht als Industriestaat wahrnehmen, sind dagegen auf die Dominanz traditioneller Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zurückzuführen. Frankreich ist deutschen Augen nicht in erster Linie ein moderner Industrie-

---

<sup>80</sup> Zu den Einzelheiten siehe Andrea Hofmeister-Hunger und Rainer Riemenschneider (Hg.): Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert. Ergebnisse der deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen im Fach Geschichte 1981–1987. Frankfurt am Main 1989.

staat,<sup>81</sup> während Deutschland in Frankreich nicht als eine traditionsreiche Demokratie erscheint. Die 1988/89 veröffentlichten Empfehlungen gaben Anregungen, die benannten Defizite abzubauen. Die von Rainer Riemenschneider zeitgleich herausgegebene Aufsatzsammlung mit dem programmatischen Untertitel »Was sollen Schüler beiderseits des Rheins lernen?« lieferte darüber hinaus Anregungen, sich mit der Geschichte des Nachbarn und den eigenen Deutungsmustern auseinander zusetzen. Beispielhaft sei auf den Beitrag von Karl Ferdinand Werner über die Ereignisse verwiesen, die in Deutschland als »Völkerwanderung« und in Frankreich als »invasions barbares« bezeichnet werden.<sup>82</sup> Werner zeigt, wie die hinter den Begriffen stehenden Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert von der Übernahme und Erneuerung des römischen Erbes durch germanische Völker bzw. dessen Zerstörung durch barbarische Horden bis heute mitschwingen, obwohl sie von der Forschung widerlegt sind.

Ein wesentliches Ergebnis der Schulbucharbeit der 80er Jahre wird im Vergleich mit der Zwischenkriegszeit und den 50er Jahren recht deutlich: Feindbilder, Hass, abwertende Darstellungen des anderen oder Tabuisierung bestimmter Themen sind aus den Schulbüchern weitgehend verschwunden. Die traditionellen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, mit denen das jeweilige Nachbarland erfasst und bewertet wird, haben sich aber kaum verändert. Ein aufschlussreiches Beispiel dafür liefern die meisten aktuellen deutschen Schulbuchdarstellungen der französischen Besatzungspolitik nach 1945. Obwohl die Forschung seit Mitte der 80er Jahre das sehr negative Bild der französischen Besatzungspolitik weitgehend korrigiert hat, dominieren in den Schulbüchern Darstellungen von hemmungsloser Demontage, großer Härte des französischen Besatzungsregimes und permanenter französischer Obstruktionspolitik gegen die Einheit Deutschlands.<sup>83</sup> Ähnliche von alten Stereotypen geleitete Darstellungen finden sich auch in aktuellen französischen Geschichtsbüchern. Die Beschreibungen der in der alten Bundesrepublik wie in Frankreich unerwarteten deutschen Einheit lassen eine gewisse Besorgnis erkennen. Unter dem Titel *Une Allemagne réunifiée au cœur de l'Europe* wird im Oberstufenband des im Großverlag Hachette erscheinenden Geschichtsbuchs das geeinte Deutschland als neue globale Supermacht be-

---

<sup>81</sup> Rainer Riemenschneider: Vom Erbfeind zum Partner. Schulbucharbeit mit Frankreich. In: Internationale Verständigung. Hg. von A. J. Becher und Rainer Riemenschneider. S. 166–179, hier S. 173; Alfred Pletsch: Die deutsch-französischen Schulbuchgespräche in Geographie. In: Ebd., S. 178–185.

<sup>82</sup> Karl Ferdinand Werner: Das Missverständnis des »Völkerwanderung«/Le malentendu des »Invasions«. In: Geschichte für den Nachbarn. L'histoire du voisin et la nôtre. Was sollen Schüler und Schülerinnen beiderseits des Rheins lernen?. Hg. von Rainer Riemenschneider. Frankfurt am Main 1989. S. 89–94.

<sup>83</sup> Dorothea Führe: Frankreich als alliierte Besatzungsmacht in Deutschland: neue Forschungen, alte Stereotypen. Eine Schulbuchanalyse. In: Lendemains Nr. 89 (1998) S. 112–130.

schrieben, dessen demokratische Entwicklung Sorgen bereiten könnte: *En accélérant le processus de réunification, le chancelier Helmut Kohl fait de l'Allemagne le troisième, peut-être le deuxième ›grand‹ de la planète. ... Certe, l'Allemagne est solidement ancrée dans l'Union européenne, mais les citoyens de l'ex-RDA sont désorientés par les mécanismes du système capitaliste. L'intégration n'est pas aisée.*<sup>84</sup> Der begleitende Lehrerband weist ausdrücklich auf die Erfolge der extremen Rechten und der *ehemaligen kommunistischen Partei* der früheren DDR hin.<sup>85</sup> In einem anderen Buch werden die Besorgnisse anhand einer Karte visualisiert, welche die *zentrale Rolle Deutschlands* in Europa zeigt, indem um Berlin Kreise mit Kilometerangaben zu den anderen europäischen Hauptstädten gelegt sind.<sup>86</sup> Für den deutschen Betrachter sagt diese Karte mehr über die zentralistische Tradition Frankreichs aus als über das deutsche Lebensgefühl. Berlin ist wohl nur für die Berliner das Zentrum Deutschlands, das die Hauptstadt nicht einmal geographisch ist, wie die Karte suggeriert, denn 50 Kilometer östlich von Berlin beginnt die Republik Polen.

Ein Vergleich der hier kritisierten Darstellungen mit denen aus der Zwischenkriegszeit macht sofort deutlich, dass nicht Hass gepredigt oder Feindbilder entworfen werden. Vielmehr handelt es sich um die Wirkung alter Stereotypen und die hinlänglich bekannte Verzögerung, mit der neue Forschungsstände in Schulbücher überführt werden.<sup>87</sup> Abgesehen von offensichtlichen Fehlern und dem Übergehen neuerer Forschungen stellt sich aber die Frage, ob Darstellungen dieser Art des jeweils anderen wirklich dramatisch sind. Vielmehr spiegeln sie auch legitime, von der jeweiligen historischen Erfahrung her begründete, nationale Sichtweisen, die in einem sich vereinenden Europa schon deshalb nicht unterdrückt werden sollten, weil der Nationalstaat noch lange der Bezugsrahmen für die Lebenswirklichkeit der Europäer sein wird. Ein verordnetes Abschleifen solcher Sichtweisen wäre unhistorisch und würde – berechtigterweise – nationalistischen, europaskeptischen Kräften Auftrieb geben. Hier werden die Grenzen der traditionellen bilateralen Schulbuchverbesserung deutlich. Sie hat im deutsch-französischen Bereich bis auf wenige Detailfragen so erfolgreich Feindbilder abgebaut und die Darstellungen versachlicht, dass inzwischen neue Wege beschritten werden.

Die Aufgabe, die nun zu leisten ist, besteht nicht mehr in der »Entgiftung« der Lehrbücher, sondern in der Vermehrung des Wissens über den anderen. Dann werden Fehldeutungen und schiefe Wahrnehmungen des Nachbarn

<sup>84</sup> Michel *Lambin* (Hg.): *Histoire Terminales*. Paris 1998. S. 252.

<sup>85</sup> Michel *Lambin* (Hg.): *Histoire Terminales*. Livre du professeur. Paris 1998. S. 86.

<sup>86</sup> Paul Wagret (Hg.): *Histoire classes terminales*. Paris 1992. S. 393.

<sup>87</sup> Ernst *Hinrichs*: Zur wissenschaftlichen Angemessenheit von Schulbuchtexten. In: Schulbücher auf dem Prüfstand. Perspektiven der Schulbuchforschung und Schulbuchbeurteilung in Europa. Hg. von K. Peter *Fritsche*. Frankfurt am Main 1992. S. 97–105.

## AU CŒUR DE L'EUROPE



Source : Le Nouvel Économiste, 8 novembre 1991.

*Le choix de Berlin comme capitale de l'Allemagne unifiée, ratifié le 20 juin 1991 au détriment de Bonn la rhénane, symbolise à sa manière le rôle central de l'Allemagne en Europe.*

Abb. 3: Histoire. Classes terminales. Direction: Paul Wagret. Paris (istra) 1992. S. 393. Vorlage: Le Nouvel Économiste vom 8. November 1991.

vermieden. Auf unterschiedlichen Ebenen wird an diesem Anliegen gearbeitet.

Interessante Ansätze sind im Dreiländereck am Oberrhein entwickelt worden. Unterstützt von der Europäischen Union und der Oberrheinkonferenz haben deutsche, französische und Schweizer Pädagogen Materialien erarbeitet, die einen gemeinsamen Unterricht in der Oberrheinregion unterstützen sollen.<sup>88</sup> Geographische und historische Fragen der Region werden hier ebenso behandelt wie die aktuelle Lebenswirklichkeit der Menschen. Die Autoren bieten zu Themen wie »Sich bewegen«, »Wohnen«, »Arbeiten« oder »Sich versorgen« nach einleitenden Bemerkungen für den Lehrer mehr als 50 Bausteine, die den jeweiligen Gegenstand grenzüberschreitend beleuchten und die entsprechend den Bedürfnissen der Schüler miteinander kombiniert werden können. Im Vorwort betonen sie, dass ihr Werk *explizit für den Unterricht in allen Fächern gedacht* ist.<sup>89</sup> Daran wird allerdings auch deutlich, dass die Materialsammlung die nationalen Lehrbücher nicht ersetzen, sondern nur in bestimmten Bereichen ergänzen kann. Neben solchen regionalen Ansätzen müssen die deutsch-französischen Beziehungen wegen der weltgeschichtlichen Wende von 1989/91 in einen weiteren europäischen Rahmen eingebunden werden. Ein gutes Beispiel für die Auseinandersetzung mit den neuen Aufgaben liefert die Arbeit des »Berlin Brandenburgischen Instituts für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa«, das trinationale Tagungen zwischen deutschen, französischen und polnischen Lehrern organisiert.<sup>90</sup> Ferner sollen in Zukunft die neuen Medien stärker berücksichtigt werden, weil sie einen direkten Austausch ermöglichen, zeitnah auf neue Entwicklungen reagieren und schnell aktualisiert werden können. Dem ist das neueste Projekt des Eckert-Instituts verpflichtet: das Internet-Projekt »deu-fra-mat«. Hier handelt es sich um deutsch-französische Unterrichtsmaterialien, die Online und als CD-ROM präsentiert werden. Sie werden ab dem Jahr 2003 in beiden Sprachen verfügbar sein,<sup>91</sup> so dass sie wie in einem virtuellen deutsch-französischen Klassenzimmer über die (Sprach)Grenzen hinweg genutzt werden können. Die Beiträge behandeln durch eine konsequente bikulturelle Ausrichtung nicht nur die Ereignisse, sondern auch die damit verbundenen spezifisch deutschen und französischen Perspektiven

<sup>88</sup> *Vivre dans le Rhin Supérieur. Leben am Oberrhein. Manuel pour une Europe sans frontières.* Lehrwerk für ein Europa ohne Grenzen [Freiburg 1999].

<sup>89</sup> Ebd., Hinweise zum Gebrauch des Lehrwerks, S. 3 (Hervorhebung im Original).

<sup>90</sup> Heike *Mätzing*: Die Wahrnehmung des anderen. Der Geschichtsunterricht als Beitrag zu Europa am Beispiel von Frankreich, Deutschland und Polen. Fortbildungsseminar für Lehrer in Potsdam. In: *Internationale Schulbuchforschung* 19 (1997) S. 92–96. Siehe auch die Internet-Seiten des »Berlin Brandenburgischen Instituts für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa« unter: [www.bbi-genshagen.de](http://www.bbi-genshagen.de).

<sup>91</sup> Im Internet sind erste Beiträge schon jetzt einsehbar unter: [www.deuframat.de](http://www.deuframat.de).

und Wahrnehmungsmuster. In fünf Rubriken<sup>92</sup> werden historische, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen dargeboten. Dabei sind natürlich »Klassiker« wie der deutsch-französische Krieg 1870/71 oder die deutsch-französische Aussöhnung nach 1945 aber auch die Geschichte der wechselseitigen Wahrnehmung in Medien und im Schulunterricht, die Einwanderung und Probleme der sozialen Integration oder Beiträge über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Luftfahrtindustrie oder der Kernenergie. Die Onlinepräsentation, die durch Verknüpfungen über das Internet direkten Zugriff auf relevante Institutionen und aktuelle Informationen ermöglicht, und die breite Themenpalette erscheinen als ein erfolgversprechender Weg, Wissen über den anderen und über die eigenen Sichtweisen zu erwerben. Auf diese Weise können die traditionellen Stereotypen in Frage gestellt werden. Die damit verbundene Relativierung der eigenen nationalen Perspektive ist auch ein Beitrag zur europäischen Einigung.

Im Rückblick auf fast 80 Jahre Schulbuchgespräche zeigt sich zunächst, dass selbst beste Intentionen zu nichts führen, wenn Themen behandelt werden, welche die Zeitgenossen direkt betreffen. Daran scheiterten die Verständigungsversuche der 20er Jahre. So ist ein Grund für den Erfolg der Gespräche in der 50er Jahren, dass damals Themen nicht angesprochen wurden, in die die handelnden Personen verwickelt waren. Dazu kommt zweierlei: die entscheidende Methode – nämlich Differenzen benennen, die Relativität des eigenen Standpunkts zugeben und dann mit langem Atem immer wieder aufs Neue sich der Diskussion stellen – und das günstige politische Klima. Die Partner müssen sich verständigen wollen und bereit sein, die eigene Haltung zu revidieren, ohne dass ihnen das als unerträgliche Preisgabe vitaler Interessen erscheint.

All dies ist heute für Deutsche und Franzosen aber Geschichte. Es geht nicht mehr darum strittige Fragen zu klären oder Feindbilder abzubauen, sondern darum die traditionellen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster als solche zu erkennen und mehr Wissen über den anderen zu erwerben. So kann ein Habitus geprägt werden, der besonderen deutsch-französischen Initiativen im sich erweiternden Europa eine zukunftsweisende Funktion gibt.

---

<sup>92</sup> Das gemeinsame Erbe; Konfrontation Perzeption Rekonziliation; Bevölkerung und Gesellschaft; Grenzregionen und regionale Betrachtungen; Politische und wirtschaftliche Strukturen.





# Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen\*

Von GEORG LÖSER

## Einleitung

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und mit ihnen breite Schichten der Bevölkerung in der Region am südlichen Oberrhein haben Geschichte gemacht. Höhepunkte und Brennpunkte ihrer Arbeit und Aktionen waren die Kämpfe um die geplanten Atomkraftwerke Wyhl/Baden, Fessenheim sowie Gerstheim/Elsass ebenso wie um eine geplante Bleichemiefabrik in Marckolsheim/Elsass. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen entstanden formell mit ihrem internationalen Komitee am 25. August 1974 in Weisweil und mit ihrer damaligen *Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die Badisch-Elsässische Bevölkerung*. Sie wuchsen bald auf fast 50 Initiativen an. Sie sind im Zusammenhang zu sehen mit den etwa zeitgleichen Kämpfen um das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst bei Basel und weitere Atomanlagen im Dreiländereck, dem schon zuvor begonnenen Protest gegen das Atomkraftwerk Fessenheim, mit der erste in Europa, und – bereits sehr intensiv, mit großer Resonanz und erfolgreich – gegen das geplante Atomkraftwerk bei Breisach. Sie widersetzten sich der drohenden Vision einer weitgehenden, streckenweise großflächig geplanten Industrialisierung am südlichen Oberrhein. Hinter dem bei Marckolsheim, Wyhl und Kaiseraugst besonders eskalierenden Protest stand und steht primär die gemeinsame Sorge von Menschen um die Existenzgrundlagen: für Leben und Gesundheit auch künftiger Generationen, für Weinbau und Landwirtschaft, die schöne Heimat, für gute Arbeitsplätze.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben mit ihrem Widerstand und vielfältigen Aktionen den Grundstein gelegt für einen atomenergiekriti-

---

\* Dieser Beitrag ist den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen gewidmet und allen, die sich für sie und ihre Ziele eingesetzt haben und für sie oder in ihrem Sinne weiterarbeiten. Besonders gedankt sei für freundlichen Rat bzw. Öffnung der Archive: Lore Haag (Geschäftsstelle der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, Weisweil), Erhard Schulz (vormals BUND-Landesgeschäftsführer), dem Archiv für Soziale Bewegungen in Freiburg, Solange Fernex (Alter Alsace Énergies, CSFR), Axel Mayer und Jean-Paul Lacote (Aktion Umweltschutz e.V. – BUND Regionalverband), Dr. Frank Baum (Bürgerinitiative Umweltschutz Staufen). Dem Staatsarchiv Freiburg, insbesondere Dr. Kurt Hochstuhl und Dr. Martin Stingl, sei besonders gedankt für das Aufgreifen des Themas und die Ermutigung, meiner Familie aber für die viele Geduld. Soweit nicht ausdrücklich vermerkt, stammen die Abbildungen aus der Sammlung des Autors.

schen Konsens im Dreiländereck, der politisch am klarsten in den beiden Baseler Kantonen Ausdruck fand und findet, der aber u. a. auch in einem »Schwur« elsässischer Bürgermeister, Kommunalvertreter und Vereinigungen gegen weitere Atomkraftwerke sowie in Südbaden in der Verhinderung mehrerer geplanter Atomenergieanlagen gipfelte. Sie haben auf der Ebene aktiver Bürger Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Verständigung gesetzt und damit auch die offizielle regionale Zusammenarbeit befruchtet und vorangetrieben.

Ihre »Volkshochschule Wyhler Wald« hat über 13 Jahre auf besetzten Bauplätzen und in Dörfern und Städten der Region als Kommunikations- und Informationszentrum, als innovativer, volksnaher Bildungsträger, als »geistiges Kraftwerk«, neu-alemannisches Kulturzentrum und Aushängeschild der Initiativen gewirkt. Aus dem Contra heraus wurden mit den populären Sasbacher Sonnentagen 1976–1978 konkrete positive Energie-Visionen entwickelt, die sich als Öko-Spezialmessen in Rouffach/Elsass, direkt aber als ÖKO-Messen in Freiburg sowie anderswo in Deutschland und anderen Ländern weiter entwickelten. Eine Reihe bedeutender Umweltschutz- und Alternativenenergie-Vereinigungen der BürgerInnen sowie Ansätze zu einer Umwelt- und Solar-Modellregion am Oberrhein sind im Gefolge entstanden, gewachsen bzw. derzeit am Entstehen.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, die in loser Form und mit einer ehrenamtlichen Geschäftsstelle auch heutzutage teilweise weiter bestehen, haben mit ihrem Wirken und ihrer Streitkultur auf schwierigerem Feld – im Ringen mit dem Staat und Konzernen – ein Stück »Demokratie von unten« verwirklicht, das vor allem mit dem gemeinsamen Kampf um Wyhl auch weltweite Beachtung fand. Es zeigt über die Region am südlichen Oberrhein hinaus zahlreiche positive Folgewirkungen.

## Das drohende »Ruhrgebiet am Oberrhein«

Die negative Vision einer »Rheinschiene« von Rotterdam bis Basel als die europäische Hauptwirtschaftsachse, verbunden mit einem *Ruhrgebiet am Oberrhein* und einer krebisartig in die Landschaft wuchernden Industrie-Megapolis, stand zu Beginn der Protestbewegungen am südlichen Oberrhein drohend im Raum. So schrieb der Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 23. September 1972: *Rückt nämlich die EG noch näher zusammen, ... so wird das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für Umweltschutz ist, muss bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene sollte für die gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen »Wohnen«, »Erholung« und so weiter in der Vorbergzone und in den Seitentälern des Rheins angesiedelt werden sollten.* Der Landesentwicklungsplan, 1971 vom Landtag in Stuttgart verabschiedet, schuf auf der deutschen

Rheinseite die gesetzliche Basis hierfür mit breiten Entwicklungsachsen und großen Zonen für die Industrialisierung, die beispielsweise den Kaiserstuhl einschnüren würden.

Entsprechend wiesen damalige Planungen z. B. im Breisgau längs des Rheins große Industrieflächen aus, u. a. bei Breisach im Rheinwald, zwischen Sasbach am Kaiserstuhl und Wyhl, kombiniert mit großen Kiesabbaugebieten, des weiteren breite industrielle Entwicklungsachsen von Breisach bis Kirchzarten und von Sasbach bis Waldkirch.<sup>1</sup> *Vorab sei ein wichtiger Teilerfolg der Bürgerproteste gegen die Industrialisierungspläne vermerkt: Als direkte Folge des Kampfes gegen das Atomkraftwerk Wyhl und der damit verbundenen Offenburger Vereinbarung von 1976 wurde der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1979 um eine »Kaiserstuhl-Novelle« ergänzt, welche die Industrialisierungsplanungen im Kaiserstuhl-Bereich deutlich abschwächt. Und in den späteren, auch ökologisch besseren Planungen des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein z. B. sind die Industrieflächen stark geschrumpft.*<sup>2,4</sup>

Dasselbe drohende Muster und noch intensiver auf der anderen Rheinseite: in der Ebene, vor allem am Rhein, Vorrang für die Industrie. Im Elsass waren entlang der 183 km langen Rheinlinie 65 km Industriegebiet ausgewiesen, wovon seinerzeit (ca. 1974) erst rund ¼ belegt war. Im Elsass lockten dabei die günstigeren Bedingungen: niedrigere Löhne, geringere Umweltauflagen, stärkere Finanzhilfen des Staates, billigere Grundstücke. Für das *Ruhrgebiet am Oberrhein* auf elsässischer Seite standen folgende Schwerpunkte an: Lauterburg (4 km<sup>2</sup>), Straßburg (4,4 km<sup>2</sup>), Marckolsheim (9 km<sup>2</sup>), Neu-Breisach (5,5 km<sup>2</sup>), Namsheim/Balgau bei Fessenheim (6 km<sup>2</sup>), Ottmarshem (10 km<sup>2</sup>). Nur die Zone in Neu-Breisach war seinerzeit schon wesentlich belegt. Ein Drittel der elsässischen Rheinlandschaft wäre bei Realisierung Industriegebiet geworden. Und das Regierungspräsidium Freiburg vermerkte 1974: *Es seien bereits zu viele grenznahe Betriebe und Projekte auf schweizerischer und französischer Seite in Betracht zu ziehen, wenn es um die Frage geht, ob umweltschädliche Auswirkungen auf deutsches Gebiet möglich sind.*<sup>3</sup>

Südlich von Fessenheim entstand bereits seit den 70er Jahren längs des Rheins eine große Zone mit Schwerindustrie, die zeigte, wie eine »europäische Hauptwirtschaftsachse« aussehen würde, samt der damit verbundenen Luft- und Rheinverschmutzung. Ein Zeitsprung voraus: Waldsterben im Schwarzwald ab Anfang der 80er Jahre – welche Ursachen? Und wie eine Kette würden sich längs des Oberrheins auf beiden Seiten Atomkraftwerke

---

<sup>1</sup> Wyhl – der Widerstand geht weiter. Freiburg i. Br. 1982. Hg. mit Unterstützung des BUND Landesverbandes Baden-Württemberg. Mit separater Anhangsbroschüre: Christoph Büchele (Hg): Das Mannheimer Urteil. Inhalt – Tendenz – Kritik. Hier S. 70 (= Wyhl II).

<sup>2</sup> Wyhl II (Anm. 1) S. 76.

<sup>3</sup> Jean: Elsaß: Kolonie in Europa. Berlin 1976. S. 72 ff.

reihen: in Südbaden von Meißenheim über Wyhl und Breisach bis Schwörstadt (Hochrhein bei Basel) und im Elsass von Lauterburg über Gerstheim, Marckolsheim bis Fessenheim, wo sich 1974 bei der »Explosion« der Bürgerproteste schon zwei von bis zu sechs geplanten Reaktoren im Bau befanden.

All dies war aus der Sicht aufwachender Winzer, Landwirte, BürgerInnen, Naturschützer und Heimatfreunde überhaupt kein Eldorado, sondern ein kommendes Inferno. Gemeinsame unwiderlegte Sorgen waren und sind die Gefahren der Atomenergie für das Leben und die Gesundheit der Menschen und für die Natur. Im Falle Kaiseraugst und Breisach – desgleichen später bei Wyhl – kamen die befürchteten Auswirkungen von Kühlturmschwaden auf das Lokalklima hinzu, beim Kaiserstuhl eine Bedrohung für die Landwirtschaft und den Weinbau als Existenzgrundlage des großen bodenständigen Teils der Bevölkerung. Die Atomkraftwerke – mit Großindustrie und dem drohenden »Ruhrgebiet« am Kaiserstuhl und Oberrhein im Gefolge – stellten eine Horrorvision dar für breite, nun engagiert protestierende Schichten der Bevölkerung der so schönen und fruchtbaren Landschaft am Oberrhein.

Schon früh, zumeist um 1970, bildeten sich im Elsass grenzüberschreitende Kooperation suchende Umweltschutz-Vereinigungen wie

- S. O. S. Plaine du Rhin,
- Comité de Sauvegarde de Fessenheim et de la Plaine du Rhin (CSFR), gegründet 1970,
- AFRPN, schon 1965 als Naturschutzvereinigung gegründet, Vorläufer von Alsace Nature, heute bedeutender Umwelt- und Naturschutzverband im Elsass.

Auf badischer Seite entstanden vor allem 1971 die ersten, ebenfalls grenzüberschreitende Kooperation suchenden Umweltschutz-Vereinigungen, u. a.:

- Freiburger Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke Breisach und Fessenheim (später: Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke e. V.),
- Oberrheinisches Komitee gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke, von Winzern am Kaiserstuhl gegen das AKW Breisach,
- Aktion Umweltschutz e. V., ein wissenschaftlich-bürgerlicher moderner Umweltschutzverein und wichtiger Vorläufer des BUND e. V. in Baden-Württemberg, mit einer
- Hochschulgruppe kritisch zu Atomkraft arbeitender Studenten vor allem der Chemie,
- Rheintalaktion (1972), ein Vorläufer des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e. V.), mit Helmut Wüstenhagen als Vorkämpfer gegen Atomkraft an der Spitze.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Hans Helmut *Wüstenhagen*: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang? Reinbek 1975.



Abb. 1: Infoblatt der Aktion Umweltschutz e.V., Freiburg 1975. Vorlage: BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein/Aktion Umweltschutz e.V., Freiburg im Breisgau.

## Zur Vorgeschichte: Kaiseraugst, Fessenheim und Breisach – Der Widerstand gegen Atomkraft begann in der Region bereits um 1970

Der Widerstand gegen die Kette geplanter Atomkraftwerke am Ober- und Hochrhein begann schon Jahre vor Wyhl: Im Raum Basel braute sich seit 1969/70 massivster Protest gegen das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst zusammen. 1970 wird von aktiven Bürgern das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst NWA gegründet, 1973 die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK, beide heute noch bestehend, mit Verbindungen in die Regional- und Bundespolitik. Großdemonstrationen mit badischer und elsässischer Beteiligung, die vorentscheidende Bauplatzbesetzung (1. April bis 19. Mai 1975) und erfolgreiche Anti-Atom- und energiepolitische Gesetzesinitiativen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft führen zum schrittweisen Rückzug der Betreiber und der Schweizer Bundesregierung.<sup>5</sup>

Die ersten beiden Reaktoren des Atomkraftwerks Fessenheim/Elsass wurden 1971 genehmigt. Zeitgleich kam es im April 1971 zur ersten größeren Demonstration auf dem Rheindamm bei Fessenheim, vermutlich in Europa die erste Demonstration gegen Atomkraft. Schon 1971 veröffentlichte die elsässische Umweltorganisation »Comité pour la Sauvegarde de Fessenheim et de la Plaine du Rhin« (CSFR) in zweiter Auflage die 60-seitige Broschüre »Fessenheim – vie ou mort de l'Alsace«. Im Mai 1972 führten oben genannte Organisationen mit beachtlicher Publizität die erste gemeinsame, grenzüberschreitende europäische Großdemonstration gegen Atomkraft als Sternmarsch nach Fessenheim durch – mit 10 000 TeilnehmerInnen.<sup>6</sup>

Der kurze, intensive und erfolgreiche Kampf 1971/72 gegen die vier bei Breisach/Burkheim geplanten Atomreaktoren bereitete den späteren Widerstand gegen das AKW Wyhl und die Bleichemiefabrik in Marckolsheim vor. So wurden vor allem 1972 wichtige Erfahrungen gesammelt:

- 65 000 Unterschriften für den Sammeleinspruch;
- Traktorendemonstrationen mit bis zu 560 Traktoren;
- groß angelegte, z.T. noch heute sichtbare Plakat- und Beschilderungsaktionen an Häusern und in den Weinbergen;
- Ausnutzen des offiziellen Erörterungstermins für Proteste;
- Aktivwerden auch von Wissenschaftlern gegen das Atomkraftwerk, hier insbesondere zu Kühlurtauswirkungen;

<sup>5</sup> Kaiseraugst. Chronologie. Hg. Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK. Liestal 1975; Basel gegen KKW Kaiseraugst. Hg. Kanton Basel Stadt. 1984; Wyhl II (Anm. 1) S. 95–97.

<sup>6</sup> Fessenheim. Katastrophenplan. Hg. Arbeitsgruppe Katastrophenplan. Freiburg, überarbeitete Auflage 1980 (1977).



- erste Protestparolen und Leitsätze aus der betroffenen Bevölkerung, die Geschichte machten wie »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«, und gegen Atomkraft angewandte neu-alemannische Dichtung wurden erfunden und demonstrativ vorgetragen;
- das Selbstbewusstsein der Menschen erwachte, zunächst vor allem am Kaiserstuhl.

Im richtigen Moment für Breisach – zu spät aber für Fessenheim – kam dann die erwähnte erste grenzüberschreitend gemeinsame große Demonstration gegen Fessenheim Anfang Mai 1972, welche die Aktiven beiderseits des Rheins zusammenführte.

Die seinerzeit in der Rheintalaktion zusammengeschlossenen deutschen und französischen Bürgerinitiativen trafen sich im Januar 1974 in Bad Dürkheim zu einer Tagung, die mit einem Positionspapier in 16 Punkten die Kriterien der Ablehnung der Atomkraft und die gemeinsamen Forderungen zusammenfasste. Es wurde von aktiven BürgerInnen nachgewiesen, dass der Atomkraftausbau der Staaten am Ober- und Hochrhein ohne gegenseitige Planungsabstimmungen durchgeführt wurde und dass hier die weltweit größte Konzentration von Atomkraftwerken drohte.<sup>7</sup> Der Widerstand wurde alsbald von breiten Bevölkerungsschichten getragen. Winzer, Bauern, besorgte Eltern, Pfarrer, Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Unternehmer, Christen, Natur- und Umweltschützer; insbesondere auch Frauen und junge Menschen engagierten sich intensiv.

### »Marckolsheim« und »Wyhl« und die Gründung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

In dieser Situation wollten die Chemischen Werke München (CWM) in Marckolsheim gegenüber von Sasbach am Kaiserstuhl ein Bleichemiewerk ansiedeln. Bereits die erste große Informationsveranstaltung der Gegner ist grenzüberschreitend bei den Hauptrednern: der Tierarzt M. Siegel, bald langjähriger Bürgermeister von Marckolsheim und der Mediziner Bühler aus Sasbach. Mehrere Tonnen Bleistaub würden jährlich verseuchend und krankmachend auf die Umgebung niederrieseln. Der Bleiskandal von Nordenham/Weser war frisch in Erinnerung. Umweltverseuchungen aus aller Welt werden bekannt. Der Club of Rome hatte vor weiteren und wachsenden Umweltproblemen eindringlich gewarnt.

Der Gemeinderat Marckolsheim lehnte die Ansiedlung knapp ab. Der Präfekt in Straßburg genehmigte trotzdem. 2000 Menschen demonstrierten im Juli 1974, 100 Traktoren fuhren auf.

---

<sup>7</sup> *Wüstenhagen* (wie Anm. 4) S. 26 ff.

## Marckolsheim



*Platzbesetzer in Marckolsheim mit Maskottchen »Eberle«*

*»Radikale Besetzerinnen«*



Abb. 2: Erste Proteste in Marckolsheim. Vorlage: Wyhl, Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends, 1976, S. 54/55.



*Transparent der elsässischen Freunde in ihrer Mundart*

*Sperrung des Grenzüberganges auf der Sasbacher Rheinbrücke*



Etwa gleichzeitig machten die schon bestehenden Umweltvereinigungen und zahlreiche neue Bürgerinitiativen mobil gegen das geplante Atomkraftwerk Wyhl: fast 100 000 Unterschriften für die Sammeleinwendung gegen das Atomkraftwerk. Der Erörterungstermin im Juli 1974 scheiterte allerdings aus Sicht der Atomkraftgegner. Die Bürgerinitiativen und ihre Aktiven verließen unter massivem Protest demonstrativ den Saal. Die Landesregierung wollte das Projekt weiterhin durchboxen.

Am 25. August 1974 bildeten die »Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen« in Weisweil ihr Internationales Komitee. Die 21 Initiativen – elf badische und zehn französische – verfassten ihre Erklärungen zweisprachig auf deutsch und französisch, die sich einträchtig sowohl gegen das Atomkraftwerk Wyhl wie das Bleiwerk Marckolsheim richteten: ... *Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.*<sup>8</sup>

Diese Erklärung wurde weit verbreitet und erschien bald auch als Anzeige in der Badischen Zeitung. Die unmissverständliche Kampfansage an die geplanten Vorhaben und die Selbstermächtigung der Initiativen gegenüber den Regierungen musste aus der Sicht der Betreiber bzw. der Behörden als schockierende Ungeheuerlichkeit, als Aufkündigung des Gehorsams gegenüber der Staatsgewalt gewertet werden. Ohne Gespür für die Belange der Betroffenen gaben letztere weiter grünes Licht für die Betreiber. Aus der Sicht der Bürgerinitiativen und ihrer Aktiven sprang aber auch die Verzweiflung ins Auge: Man sah aus der Erfahrung der vorangegangenen Jahre heraus keine andere Chance, die bedrohlichen Projekte zu verhindern. Man sah sich wie in einer schicksalhaften Tragödie gezwungen, das Angekündigte auf sich zu nehmen.

Auch die Begründung in der Erklärung weist eine selbstbewusste, kraftvolle, dramatische und zugleich bewundernswerte Sprache auf: Sie fasst die Erfahrungen und das Wissen der Initiativen konzentriert und zugespitzt zusammen, gipfelnd in den Aussagen

im Atom-Teil:

- weil wir nicht abwarten können bis die Katastrophe da ist;
- weil wir nicht abwarten können, bis diese Illusionen explodieren (gemeint sind die Pro-Atom-Parolen und Illusionen der Betreiber und Regierungen);
- weil wir nicht dulden können, dass unser Recht derart missachtet wird.

<sup>8</sup> Wyhl – Betroffene Bürger berichten. Freiburg 1976. S. 239: 1. Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (= Wyhl I).

und im Bleichemie-Teil:

- dass wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen.

Die Aussagen im Atomteil nehmen beinahe prophetisch die Katastrophen von Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986) vorweg. Die moralische Grundlage entspricht Menschenrechten, auf deutscher Seite speziell den Grundrechten auf Menschenwürde (Art. 1), hier gegenüber zu gefährlichen Technologien sowie auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2.2) und Eigentum (Art. 14), hier der BürgerInnen. Vorweggenommen werden hier u. a. auch die Erklärung von Kardinal Höffner 1979 zur Atomenergie und die spätere Erweiterung des deutschen Grundgesetzes für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen (Art. 20 a).

Am 25. August 1974 traten die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen als solche erstmals öffentlich auf, bei der großen Demonstration gegen das AKW Wyhl und das Bleiwerk Marckolsheim. Die MitbürgerInnen wurden mit einer groß angelegten Aktion über Marckolsheim und Wyhl informiert.

Vier Wochen später wurde der Bauplatz in Marckolsheim in einer gut geplanten, grenzüberschreitenden gemeinsamen Aktion zunächst auf Dauer besetzt. Zur Räumung bereitstehende Polizei wurde nicht eingesetzt. Auf dem Platz wurde ein Freundschaftshaus für die Besetzer errichtet – Architektur: keltischer Holz-Rundbau. Der Präfekt des Haut-Rhin ließ daraufhin zwei Rheinbrücken für Fahrzeuge aus dem Kreis Emmendingen sperren, um die Initiativen zu spalten. Südbadische Bauern und Umweltschützer besetzten diese Brücken, unterbrachen ihrerseits jeglichen Verkehr und wurden hierbei in Deutschland und Frankreich über die Presse national bekannt. Bei den Gemeinderatswahlen in Marckolsheim gewannen die strikten Gegner des Bleiwerks. Die BürgerInnen mussten jedoch noch bis zum 25. Februar 1975 warten, zwei Tage nach der erfolgreichen Wiederbesetzung des Baugeländes in Wyhl, bis sie von der französischen Regierung aus Paris mehr als drei Monate alte Gerüchte schriftlich bestätigt erhielten, dass die Platzbesetzer auch in der Hauptsache gewonnen hatten: Das Bleichemiewerk wird nicht gebaut. Die Bauern säen seitdem Weizen auf dem Gelände an ...

Heute kann man sich die ungeheure Dramatik der damaligen Monate, ja Jahre, und die intensive körperliche und seelische Anspannung der beteiligten BürgerInnen kaum vorstellen. Vor allem auch die Frage des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstands bei Platzbesetzungen und gegen die Staatsgewalt führten zu langen Diskussionen.

Solange Fernex (CSFR, Ecologie et Survie, später MdEP der Verts) bewertete Marckolsheim wie folgt:

1. Weil es eine deutsche Firma war, die hier Platz und Luft zur Verdünnung ihrer giftigen Emissionen suchte, konnten die Bürgerinitiativen die Platzbesetzung unter gemilderten Bedingungen durchführen – wie eine Generalprobe für Wyhl.





# Bürgerinitiativen deutsche Bevölkerung:

## Weil wir wissen,

- daß die Produktion auf der Basis von Blei, wie sie von den Chemischen Werken München in Marckolsheim geplant wird, eine große Gefahr darstellt für Menschen, Tiere und Pflanzen;
- daß die Behörden nicht imstande sind, unsere Umwelt vor dieser Verseuchung zu schützen;
- daß die Baugenehmigung erteilt wurde, ohne vorher umfassende Gutachten einzuholen;
- daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen die Gefahren nicht vermindern, sondern nur verbergen;
- daß die deutsche Bevölkerung, die es ja auch angeht, gar nicht befragt wurde;

## Weil wir sehen,

- daß Ärzte und zuständige Wissenschaftler immer wieder einhellig auf die Gefahren hinweisen, die von der Bleiindustrie ausgehen;
- daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden;
- daß der ausgeschiedene Staub von Bleihütten Katastrophen hervorruft: Nordenham, Stolberg ...;
- daß für diese Fälle meistens gar keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen wurden, und wenn, dann nutzlose;

## Weil wir gelernt haben,

- daß die sogenannte „Untersuchung des öffentlichen Nutzens“ (enquête d'utilité publique) nur einen blassen Anschein von Demokratie hat;
- daß die Behörden die Ansicht der Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigen;
- daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen.

**Mark Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen,  
um die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven**

Oberrhein, Aktion Umweltschutz Emmendingen und Freiburg, Aktionsgemeinschaft gegen Umwelt-  
degarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin, SOS plaine du Rhin, Groupe d'information pour la  
ges Trotter Colmar, Association via Naturelle Section Haut-Rhin 22 Avenue Poincare Mulhouse.





2. Das Wichtigste sei wohl die grenzüberschreitende Kooperation der Bevölkerung gewesen. Der Erfolg schmiedete die vielfältige Front der Umweltschützer zusammen. Hauptkenntnis war, dass legale Mittel versagt hätten.
3. Ideologische Streitfragen linker Gruppen mussten hinten angestellt werden. Bauern und Bürger wachten politisch auf und durchschauten wirtschaftliche Zusammenhänge.
4. Die gewaltfreie Linie des Widerstands bestätigte sich gegenseitig beim Erfahrungsaustausch mit der Larzac-Bewegung des Massif Central, die von wenigen Menschen (rund 100 Bauern) auf 190 000 angewachsen war: mit den »Waffen« Wahrheit, Gerechtigkeit und Mut statt Reichtum, Gewalt und Macht. Parallel zum Elsass lief ein ähnlicher Vorgang auch bei der Bevölkerung am Kaiserstuhl und Teilen der Bevölkerung im Breisgau ab.
5. Frauen waren sehr aktiv als Demonstrantinnen und Platzbesetzer. Sie brachten Zeit, Mut und ihre Kinder mit. Sie brauchten in ihrer damaligen Situation anders als ihre Männer meist keine Angst vor dem Druck auf Arbeitsplätze oder Betriebe zu haben.
6. Eine alemannische Demonstrations- und Volkskultur brach plötzlich hervor, auf alten Wurzeln, nur jetzt als Instrument des Widerstands anstelle von Nostalgie. Die Schranken der als künstlich empfundenen Rheingrenze und der gesellschaftlichen Gruppen brachen. Sorgen, Wünsche, Ansichten wurden ausgetauscht, bevorzugt auf alemannisch, dem gemeinsamen Dialekt.<sup>9</sup>

Dichter und Sänger wurden zu den anstehenden Themen aktiv. Fast 50 Lieder, meist nach elsässischen Mustern, entstanden binnen eines Jahres von aktiven Umweltschützern, teils Liedermacher, teils Bauern oder Studenten.

Der Naturschutzwart M. Schwörer aus Wyhl brachte es auf den Punkt in Marckolsheim (übersetzt aus dem Alemannischen):

*ich mein' grad, etwas profitieren wir doch bei dem ganzen Krieg, der über uns geht: Wir sehen wieder einmal, dass wir zusammengehören, ... mit unserer eigenen Sprache ..., die sie in Paris nicht verstehen, die sie in Bonn nicht verstehen und die sie in München auch nicht verstehen.*<sup>10</sup>

Der Elsässer André Weckmann fasste das kaum fassbare Geschehen in wenigen Zeilen zusammen und dichtete:

*En Marckelse hets aangefange, (...)  
 en Marckelse han mer s guldene kalb gstoche,  
 en Marckelse han mer d demokratie entdeckt,  
 en Marckelse han mer d granze gesprangt (...)*

<sup>9</sup> Solange *Fernex*: Non-violence triumphant in: *The Ecologist*, Dez. 1975, zit. nach Jean (wie Anm. 3).

<sup>10</sup> Zit. nach Jean (wie Anm. 3) S. 87.

Anfang Oktober 1974 entstand von Walter Mossmann, zunächst unter dem Pseudonym Jos Fritz, einem Anführer im Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts, als Kampflied zu Marckolsheim und Wyhl die Ballade »Die Wacht am Rhein«. Schon dieser Titel und die entsprechende Stelle *gemeinsam eine andere Wacht am Rhein* in der ersten Strophe sind entscheidend und Symbol: Die bekannte Wochenzeitung Stern schrieb bald dazu über Marckolsheim eine große Reportage unter der Schlagzeile: »Die Wacht am Rhein«. Auch ein zweites Hauptlied gegen Großchemie und Atomkraft, das neu-alemannische »In Mueders Stübele« – nach einem alten Bettlerlied – ist sich der ganz neu und anders kriegsähnlichen Situation bewusst.

Heute und bei der anderen Wacht am Rhein sind die Gegner der Region beiderseits des (südlichen) Oberrheins, die kriegerisch und oft quasi wie Besetzer die Region heimsuchten

- nicht die Fürsten des Spät-Mittelalters, als »die Grenze zwischen oben und unten« verlief,
- nicht Habsburg/Österreich,

## Die Wacht am Rhein

Walter Mossmann · Melodie: trad. USA

1) Im El-saß und in Ba-den, war lan-ge gro-ße Not, da  
Jetzt kämpfen wir für uns selber in Wyhl und Marckolsheim. Wir

schossen wir für unsre Herren im Krieg einander tot.  
halten hier gemeinsam eine andere Wacht am Rhein.

1) Auf welcher Seite stehst du? He! Hier wird ein Platz besetzt.  
2) Hier schützen wir uns vor dem Dreck, nicht morgen, sondern jetzt!

Abb. 4: »Die Wacht am Rhein«. Musik: Trad./Bearb. Michael Thau. Text: Walter Mossmann. Copyright: 1978 by SMV Schacht Musikverlage GmbH, Hamburg.

- nicht Preußen wie 1848/49 als Zerstörer der badischen demokratischen Revolution,
- nicht wie z. B. 1870/71 und später Frankreich bzw. Preußen/Deutschland, sondern es sind umwelt-, heimat-, existenz- und lebensbedrohende Industrien, hinter denen großes Kapital steht und die von den Regierungen begünstigt werden.

Aber etwa in Analogie zum frühen 16. Jahrhundert: Aktive, betroffene Teile der Bevölkerung beiderseits des Rheins, aus dem Elsass und aus Baden, wehrten sich grenz- bzw. rheinüberschreitend gemeinsam. Man wollte sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und wusste, dass Umweltverschmutzung und Atomgefahren an Grenzen und am Rhein nicht halt machten. Eine neue Art badisch-elsässischer Freundschaft entstand.<sup>11</sup>

Der gesamte Komplex dieser identitätsstiftenden Widerstandskultur umfasste aber neben Liedern und Dichtung noch viel mehr: Filme, Fotos, Zeitungen wie »Was wir wollen« und – um Wyhl – den »Umwelt-Boten«, Transparente, Aufkleber, Leserbriefe, Vorträge, Demonstrationen, Reden. Walter Mossmann dazu: (wir) *konsumieren ... diese Kultur nicht mehr, die uns einschläfert, indem sie vorgibt, uns zu unterhalten und zu informieren. Wir machen unsere eigene Kultur.*<sup>12</sup>

Was hierzu in Marckolsheim und Breisach begann, wurde beim weiteren Kampf gegen die Atomkraftwerke Fessenheim (in Betrieb ab 1977) und Wyhl (geplant) fortgesetzt und erweitert, z. B. 1977 durch das elsässische Piratenradio »Radio Verte Fessenheim« (später legal als »Radio Dreyeckland« aus Freiburg), vor allem aber durch die wandernde freie »Volkshochschule Wyhler Wald« der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (1975–1988) und durch die ab 1976/77 beginnenden Ansätze zu einer »Solar-Kultur« in der Region.

## Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und der lange Kampf um das Atomkraftwerk Wyhl

### 1. Eine Bauplatz-Besetzung macht Geschichte

Was war geschehen? Die Kernkraftwerk Süd, die gemeinsame Betreibergesellschaft von Badenwerk/Energieversorgung Schwaben EVS, und die Landesregierung waren 1972/73 vor dem massiven Protest der Kaiserstühler Bevölkerung gegen das bei Breisach geplante Atomkraftwerk auf den einige Kilometer nördlich gelegenen Standort im Rheinauenwald bei Wyhl ausgewichen. Fast 100 000 Unterschriften wurden für Einwendungen gesammelt.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Walter Mossmann in: Wyhl I (Anm. 8).

<sup>12</sup> Zit. nach Jean (wie Anm. 3) S. 87.

Der Gemeinschaftseinspruch junger NaturwissenschaftlerInnen der Universität Freiburg umfasste 111 Seiten. Im Gefolge wachsender Proteste und Enttäuschung über die aus Atomgegnersicht empörende Einseitigkeit der Landesregierung kommt es am 18. Februar 1975, einen Tag nach Baubeginn, das heißt Rodung eines Waldstücks im Rheinwald, zur dramatischen Zuspitzung, der ersten Wyhler Bauplatzbesetzung durch einige hundert Personen aus der Region. Dies erfolgte wie in der ersten Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (s. o.) von 1974 angekündigt. Zwei Tage später wurde der Platz gegen den passiven Widerstand von 150 Besetzerinnen und Besetzer polizeilich brutal geräumt und mit Panzerdraht umzäunt. Zehn Elsässer sind unter den über 50 gezielt Festgenommenen. Am 23. Februar gelang es anlässlich einer Großkundgebung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen mit über 20 000 Teilnehmern, den Bauplatz trotz polizeilicher Bewachung erneut und zunächst auf unbestimmte Zeit zu besetzen. Auch hierbei waren viele elsässische Bürgerinnen und Bürger mit großem persönlichen Einsatz wieder aktiv.

Diese Geschehnisse sind in den »Wyhl-Büchern I und II« von über 30 bzw. 42 deutschen und französischen Autoren aus den Reihen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und in zahlreicher weiterer Literatur ausführlich dargestellt. Wichtig war auch, dass die Wyhl-Bücher kein Produkt poli-



Abb. 5: Bauplatzbesetzung am 23. Februar 1974. Vorlage: dpa Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt am Main.

tischer Resignation waren, sondern jeweils das Ende einer ersten Phase und den Beginn einer zweiten des Kampfes um Wyhl darstellten, mit dem Willen zu lernen und die Stärken und Schwächen zu kennen und weiter zu kämpfen.<sup>13</sup>

## 2. Charakteristik der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zu beschreiben, ist ein »kühnes Unterfangen«, so schon der Stuttgarter Konfliktforscher Wolfgang Sternstein. Das gilt entsprechend auch für deren grenzüberschreitende Kooperation. Viele ihrer Mitgliedsinitiativen waren für ihre Gegner kaum berechenbar und damit nicht fassbar. Das Bundesforschungsministerium setzte eigens Forscher des Batelle-Instituts zur Erkundung der Bürgerinitiativen an. Die folgenden Absätze greifen teilweise Sternsteins Ausführungen von 1976 und 1978 auf und ergänzen sie.

(1) Mit ihrer Entschlossenheit, das Atomkraftwerk Wyhl, ein Milliardenprojekt, und das Bleichemiewerk Marckolsheim zu verhindern, mit ihrer Macht zu informieren, fast 100 000 Menschen zu Einwendungen und fast 30 000 Menschen in den Wyhler Wald zu mobilisieren und dem »langen Atem« vieler Menschen, sich jahrelang intensivst zu engagieren, sind die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wie die nordwestschweizerischen Atomgegner ein neuer Faktor in der Atom- und Umweltkontroverse im Mitteleuropa.

(2) Mit Wyhl als Beispiel und Symbol sowie den folgenden massiven Protesten gegen andere Standorte in Deutschland und anderswo stand die Atomenergiepolitik der Bundesrepublik, der Europäischen Gemeinschaft sowie anderer Staaten auf dem Spiel. *Wenn Wyhl Schule macht ... wird das Land* – in der bisherigen Form – *unregierbar*, so fasste es die Landesregierung in Stuttgart zusammen. »Wyhl« hat nicht nur badisch-elsässische oder badenwürttembergische, sondern über Deutschland und Frankreich hinausgehende internationale Bedeutung.

(3) Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen umfassten schon bald nach ihrer Formierung mit der Erklärung der 21 Initiativen vom August 1974 rund 50 Initiativen und Vereinigungen, die auch auf den weiteren gemeinsamen Erklärungen von 1976 und 1982 einzeln aufgeführt sind. Sie setz(t)en sich zusammen aus vier Arten von Gruppen:

---

<sup>13</sup> Wyhl I (wie Anm. 8); Wyhl II (wie Anm. 1); Wüstenhagen (wie Anm. 4); Nina Gladitz (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht. Und wie man sich dabei verändert. Berlin 1976; Wolfgang Sternstein: Überall ist Wyhl: Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Aus der Arbeit eines Aktionsforschers. Frankfurt/M. 1978.

- die ländlichen in den Orten um Wyhl und vom Kaiserstuhl, die zahlreichen,
- die elsässischen, ca. 14 teils örtliche, teils das ganze Elsass umfassende Organisationen,
- die ländlichen vom Schwarzwaldrand des nördlichen Breisgaus bis in die Ortenau/Offenburg,
- die städtischen aus Freiburg, darunter »bürgerliche« und mehrere studentische Initiativen.

(4) Die Bürgerinitiativen umfassten bzw. erreichten mit ihren Mitgliedern und Informationen so gut wie alle gesellschaftlichen Gruppen – eine wichtige Grundlage ihrer Stärke – darunter zunehmend auch viele Lokalpolitiker und heimlich manche Polizeiangehörigen sowie einige Juristen. An sozialer Herkunft und ursprünglicher Hauptmotivation der Aktiven kann man drei Gruppen unterscheiden:

- die Bauern und Winzer sowie Handwerker der Region, jeweils mit ihren Frauen: Sie sind zunächst Standortgegner und fürchten um ihre berufliche Existenz wegen Kühlturmnebel und Industrieansiedlung und wollen ihre Heimat verteidigen.
- die Bürgerlichen und ArbeitnehmerInnen (Lehrer, Apotheker, Ärzte, Pfarrer, Wissenschaftler, Angestellte, Arbeiter, Gewerkschafter u. a.). Sie können im weiteren Sinn als Umwelt- und Naturschützer bezeichnet werden. Sie warnen vor den Gefahren der Atomkraft und wollen die schöne Landschaft am Kaiserstuhl und am Oberrhein erhalten. Viele sehen auch künftige Nachteile für Arbeitsplätze.
- die Jüngeren (meist Studierende, SchülerInnen, Lehrlinge, Arbeitslose, auch etliche KünstlerInnen und Medienschaffende). Sie sind oft eher links eingestellt. Ihnen geht es oft um mehr Demokratie, auch um Umweltschutz und teilweise auch um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

(5) Der gemeinsame Lernprozess dieser Gruppen und die gegenseitige (teilweise) Integration der verschiedenen Auffassungen sowie die weitgehende gegenseitige Prägung mit den Motiven der anderen Gruppe ist eine herausragende Leistung der Bürgerinitiativen und ihres gemeinsamen Kampfes. Es wurde trotz verbleibender Unterschiede und Differenzen eine weitgehende Aktionseinheit von Land- und Teilen der Stadtbevölkerung, von Intellektuellen und anderen Bevölkerungsschichten erreicht. Jede Gruppe bzw. Initiative wusste beinahe wie bei einem Organismus, mit welcher Maßnahme und mit welchen Begabungen sie beitragen konnte. Trotzdem gab es in einzelnen Initiativen, wie in Weisweil oder bei der (bürgerlichen) Aktion Umweltschutz in und um Freiburg sehr unterschiedliche Denkweisen. Und in Wyhl selbst, einer armen Gemeinde, blieb die Bevölkerung nicht zuletzt aufgrund von finanziellem Druck von außen lange Jahre in zwei etwa gleich große





Abb.6: Gemeinschaftsleben auf dem besetzten Platz. Vorlage: Barbara Klemm, Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Blöcke gespalten, oft quälend mitten durch Familien. Insgesamt aber konnten sich die Initiativen zumindest im Landkreis Emmendingen einer gewaltigen Mehrheit in der Bevölkerung gegen das Atomkraftwerk sicher sein: 75–80 Prozent äußerten in Umfragen Ablehnung oder Bedenken. Noch höhere Werte (85 Prozent) wurden später auf elsässischer Seite bei Gerstheim bekannt. Und es wurde grenzüberschreitend zusammengearbeitet.

(6) Die Arbeitsweise der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bestand aus folgenden Kernpunkten:

a) Beschaffung und Verbreitung von Informationen. Hierzu dienten neben Pressearbeit, Infoblättern, Plakaten, Informationsständen, Podiumsdiskussionen, Briefen, Vorträgen, Büchern, Fotos, Filmen usw. auch eigene oder nahe stehende Publikationsorgane und Instrumente:

– »Der Umwelt-Bote« der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: ein über 18 Jahre hinweg in vielen Dörfern im und am Kaiserstuhl an alle Haushalte verteiltes Infoblatt zu aktuellen Fragen, das in wichtigen Situationen jeweils über 10 000 Menschen direkt erreichte und das in den ersten Jahren formell nicht von den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, sondern vom nahe stehenden Regionalverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Südlicher Oberrhein e.V. herausgegeben wurde. Der



Umweltbote 40 zum Beispiel, vom April 1988 zu Tschernobyl und Fessenheim, erschien zweisprachig.

- »Was wir wollen«, erstellt aus Reihen nicht formell in die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen eingebundener Aktiver, eine aktuelle Zeitung (anfangs als Platzbesetzerzeitung), die über mehrere Jahre zu Marckolsheim, Wyhl, Fessenheim, Kaiseraugst, Heiteren, Gerstheim und aus aller Welt Berichte und Erfahrungen einbrachte.
- »Radio Verte Fessenheim«, zunächst seit Juni 1977 illegal im Elsass, später als »Radio Dreyeckland« legal in Freiburg.
- »Volkshochschule Wyhler Wald«: Sie wirkte am langfristigen und auch außerhalb des Kaiserstühler Bereichs. Sie war aktiv von ihren ersten Veranstaltungen im April 1975 auf dem besetzten Platz in Wyhl bis 1988, mit 80 Vierwochenprogrammen und annähernd 600 Veranstaltungen am südlichen Oberrhein, davon allerdings nur einige im Elsass, dort vor allem bei Heiteren in den Monaten der Strommastbesetzung. Sie war kostenlos und wurde ehrenamtlich organisiert. Niemand erhielt Honorar. Die wandernde Volkshochschule Wyhler Wald war treffend gesagt ein »geistiges Kraftwerk« gegen das geplante Atomkraftwerk. Sie bildete eine Grundlage für die Dauerhaftigkeit des Widerstands. Sie wirkte als Kommunikations-, Informations- und Kulturzentrum der Bürgerinitiativen. Ihre Themen waren äußerst vielfältig und aktuell angepasst sowie volksnah, wie es die 80 Vierwochenprogramme belegen: von Atomkraft bis zu Alternativen, von Umweltproblemen bis zu Sängertreffen. Man konnte dabei auch Politiker wie Erhard Eppler sowie Atombefürworter als Referenten gewinnen. Besonders hohe Besucherzahlen, mehrere hundert, wurden bei Heimat- und kulturellen Veranstaltungen, Atomdiskussionen sowie Diskussionen mit Politikern erreicht. Alle Referenten, die aus unterschiedlichsten Kreisen, z.T. aus anderen Kontinenten (USA, Japan, Brasilien usw.) kamen, mussten sich bei den Veranstaltungen parteipolitisch neutral verhalten und sich oft intensivsten Diskussionen mit dem Publikum unterziehen. Die Rollenverteilung Referent–Lernende wurde vielfach aufgehoben zugunsten eines gemeinsamen Lernprozesses. Häufig berichtete die Presse ausführlich. Der sehr hohe Stellenwert der VHS Wyhler Wald für die Bewegung lässt sich kennzeichnen durch:
  - hohen Sympathiewert und Attraktivität, Kontinuität,
  - Anerkennung in der Öffentlichkeit als Gegengewicht zur Informationspolitik der Landesregierung und Atomkraftbetreiber,
  - Bindeglied zwischen »Platz« und Ortschaften, Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühls,
  - Aktualität in den Themen und Mitteilungen,



## VOLKSHOCHSCHULE WYHLER WALD

- 25. Vierwochenprogramm -

In Heiteren/Elsaß: 22.5. und 8.6.  
Im Markgräfler Land: 25.5. u. 5.6.  
In Freiburg: 3.6.  
Am Kaiserstuhl: 15.6. und 17.6.

22. Mai : Besuch in Heiteren/Elsaß  
Sonntag

Französische Umweltschützer halten seit einigen Wochen die Baustelle des vorletzten noch nicht vollendeten Strommasten für die Überlandleitung von Fessenheim (2. Block) nach Innerfrankreich besetzt. Sie wollen dadurch, anknüpfend an den Hungerstreik von Roggenhausen, ihren Forderungen nach Sicherheitsgarantien für das AKW Fessenheim Nachdruck verleihen. Obwohl diese Forderungen durch eine Petition von über 100 elsässischen Gemeinden unterstützt werden, wurden sie bisher in keiner Weise berücksichtigt.

Zweck unseres Besuches ist Information für die badische Bevölkerung und Unterstützung für die elsässischen Umweltschützer.

Programm am 22.5.:

15.30 Uhr (deutsche Zeit): Begrüßung, Information, Erfahrungsaustausch (im Freundschaftshaus)

16.00 Uhr: Aufführung des "Babbedeckel-Theaters" aus Straßburg

17.00 Uhr: Vogelstimmenwanderung durch den Hardtwald, der neben dem Platz beginnt und bekannt ist für seinen Reichtum an seltenen Tier- und Pflanzenarten (Naturschutzgebiet).

Heiteren liegt 5 km südlich von Neu-Breisach an der Straße nach Basel, der Mast etwa 1 km westl. des Dorfes am Waldrand.

25. Mai : Filmvorführung: "Mehr Atomkraftwerke"

Mittwoch Dänischer Farbfilm von Per Mannstaedt, in deutscher Sprache

Der Film zeigt den Weg des Uranbrennstoffs im Atomkraftwerk, während des Transports, bis zur Aufbereitungsanlage und zur Atommülldeponie, mit informativen Aufnahmen aus deutschen und englischen Atomkraftwerken und Aufbereitungsanlagen (Stade, Biblis, Windscale, Karlsruhe u.a.). Gezeigt wird der tägliche Arbeitsablauf der Atomindustrie sowie ihre gesellschaftlichen Konsequenzen; mögliche künftige Entwicklungen und das Pro und Contra werden nüchtern beschrieben und diskutiert.

20.00 Uhr, Saal des Gasthaus Löwen in Heitersheim

3. Juni: Dr. Chr. Deutner, Dipl.-Politologe (Universität Konstanz):  
Freitag

Internationale Verflechtungen der westdeutschen Atomindustrie -  
ökonomische Zwänge und politische Strategien

20.00 Uhr, Heimsaal im Kolpinghaus Freiburg, Karlstr. 7

Bitte wenden!

Abb. 7: Volkshochschule Wyhler Wald. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

– schöpferische Tätigkeit als positiver Gegenpol zum *Verneinungsakt der Platzbesetzung*.<sup>14</sup>

- b) Demonstrationen und Kundgebungen einschließlich z. B. Protestfahrten mit Traktoren;
- c) Aktionen wie Protesttelegramme, Unterschriftensammlungen usw.;
- d) Gewaltfreie direkte Aktionen: Bauplatzbesetzung, Sitz- und Straßenblockaden;
- e) Juristische Maßnahmen wie Einzel- und Sammeleinsprüche, Klagen vor Gericht;
- f) Überparteilich-politische Maßnahmen: Wahlempfehlungen und »eigene« Kandidaten.

(7) Die Organisationsstruktur der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: Die Struktur der Mitglieder reichte von spontan gebildeten Initiativen bis zu formalen Vereinen. Viele waren nur örtliche, andere waren flächenhafte Organisationen. Das galt für die badische und die elsässische Seite. Parteiorganisationen waren ausgeschlossen. Formiert hatten sich die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wie oben geschildert ab dem 25. August 1974 mit ihrem »internationalen Komitee« als Gremium für Entscheidungen. Bei Abstimmungen erhielt jede Initiative ab Mai 1975 nur eine Stimme. Später ging man zur Delegiertenversammlung über. Einladungen erfolgten alsbald durch die ehrenamtlich geführte Weisweiler Geschäftsstelle. Gewählt für Verhandlungen mit der Landesregierung Baden-Württembergs wurden eine fünfköpfige Verhandlungsdelegation, die begrenzte Kompetenzen erhielt, und eine 18-köpfige erweiterte Verhandlungskommission. Im Herbst 1975 wurde ein Arbeitsausschuss (mit zwei elsässischen Mitgliedern) eingerichtet mit der Aufgabe, das Internationale Komitee bzw. die Delegiertenversammlung zu unterstützen und die Arbeitskreise, das heißt die »Volkshochschule Wyhler Wald«, »Der Umwelt-Bote« und »Öffentlichkeitsarbeit« (u. a. Pressesprecher) sowie die (Besetzer-)Zeitung »Was Wir Wollen« zu koordinieren und gegebenenfalls Streit zu schlichten. Für die Platzbesetzung und – ab Beginn der Verhandlungen mit der Landesregierung – für die Platzbewachung wurden dörferweise Besetzerpläne aufgestellt, bei denen sich die benachbarten Elsässer beteiligten. Später, ab 1978, kamen weitere Arbeitskreise hinzu:

- die Internationale Kontrollkommission zu Fessenheim (IKK),
- die von Freiburg aus koordinierte Arbeitsgruppe Fessenheim.

<sup>14</sup> Vgl. Mathias Mutz: Die »Volkshochschul' fürs Volksgewühl«. Zur Bedeutung der »Volkshochschule Wyhler Wald« für den Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl und darüber hinaus. Seminararbeit an der Universität Freiburg i. Br., Hauptseminar Umwelt und Politik in der Bundesrepublik. Neue und Neueste Geschichte 2002.

MÖGLICHERWEISE ENTSCHIEDENDE TERMINE		<b>Wache im Wghlerwald</b>	
		Beginnt jeweils morgens 6 <sup>22</sup>	Erbe nächster Tag morgens 6 <sup>22</sup>
So. 18.1.76	AUSARBEITUNG DER BI-STELLUNGNAHME ZU DEN VORSCHLÄGEN DER LANDESREGIERUNG UND KMS VOM 14.1.76 IN OFFENBURG	Weisweil	Sa. 18.1.+1.2.
19.-23.1.76	ZUSTELLUNG DER BI-STELLUNGNAHME AN DIE LANDESREGIERUNG SOWIE INTERNE BERATUNG	Sasbach	Mo. 19.1.+2.2.
Mo. 26.1.76	ZWISCHENVERHANDLUNGEN IN OFFENBURG	Oberrotweil Bickersohl	Di. 20.1.+3.2.
SA. 31.1.76	ABSCHLUSS DER VERHANDLUNGSRUNDE IN OFFENBURG	Wahlirger	Mi. 21.1.+4.2.
		Anwalters Kiechlersberger	Do. 22.1.+5.2.
		Erdbirger	Fr. 23.1.+6.2.
		Forchheim	Sa. 24.1.+7.2.
		Bischoffingen Burkheim	Sa. 25.1.+8.2.
		Kiringschaffhauser	Mo. 26.1.+9.2.
		Fehlirger Leiselheim	Di. 27.1.+10.2.
		K K W Meir Elsak	Mi. 28.1.+11.2.
		Kerzinger Hartweil	Do. 29.1.+12.2.
		Kiegel, Hirsburg Alttög.	Fr. 30.1.+13.2.
		Urtweltsch. C Ml - F R	Sa. 31.1.+14.2.
		Zahr Wghl	

**Der besetzte Platz bleibt für die  
Dauer der Verhandlungen  
verlassen, aber bewacht!**

Abb. 8: Wachplan für Wghl. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

(8) Die Erfahrungen und Lehren aus dem Wirken der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sind zahlreich.<sup>15</sup> Zum einen ist die Einmaligkeit der Situation zu beachten:

- der vorherige Kampf gegen die Atomkraftwerke Fessenheim und Breisach,
- der gerade zuvor eskalierte Kampf gegen das Bleichemiewerk Marckolsheim.

Zum anderen war das Umfeld günstig:

- die Nachbarschaft Frankreichs mit seiner revolutionären Tradition,
- die eigene revolutionäre Tradition Badens (Bauernkrieg 1525, demokratische Revolution 1848),
- die anhand der Kämpfe verstärkt wieder entdeckte gemeinsame alemannische Identität im Dreiländereck bzw. Dreyeckland,
- die geplante, gefürchtete Industrialisierung im Oberrheingebiet,
- die um ihre wirtschaftliche Existenz (Landwirtschaft und Weinbau) und später verstärkt auch um Gesundheit und Leben besorgte einheimische

<sup>15</sup> Im Folgenden in Erweiterung von Ausführungen *Sternsteins* (wie Anm. 13).

- Bevölkerung, von der erhebliche Teile ein fast unglaubliches Engagement und gegenseitige Mobilisierung und Solidarität zeigten,
- das große Potential an engagierten Wissenschaftlern an den oberrheinischen Universitäten, insbesondere in Freiburg, und die hierdurch erzielte auch wissenschaftliche Seriosität der Protestbewegung,
  - der steigende Einfluss der 1968er Protest-Ereignisse auf das Engagement vieler,
  - das »brennende Interesse«, Erfahrungen anderer kennen zu lernen und zu nutzen,
  - das Interesse der Medien, auch wenn die eine oder andere Zeitung gelegentlich an saubere Berichterstattung erinnert werden musste, und die Medienkompetenzen der Bürgerinitiativen und ihres Umfelds (u. a. des BUND-Vorläufers am südlichen Oberrhein, Aktion Umweltschutz e. V.),
  - die dichte Besiedlung, die Kontakte erleichterte,
  - eine dichte Vereinsstruktur, z. B. in Weisweil mit 20 Vereinen bei ca. 1500 Erwachsenen,
  - in den Dörfern weitgehend intakte Gemeinschaften,
  - eine besonders schöne und verteidigungswerte Region,
  - und ein orts- und regionalbezogenes Demokratieverständnis fast schweizerisch-alemannischer Art, das sich auf den Artikel 20.2 des Grundgesetzes: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« berufen konnte. Die von bedrohlichen Planungen Betroffenen wollten ohne eigene Zustimmung sich nicht beugen: *Nit allem sich neige, s' Eige zeige*, hieß es in einer großen Zeitungsanzeige von aktiven Winzern und Handwerkern am 25. Februar 1975 in der Badischen Zeitung, in dem sie ihren Austritt aus der CDU verkündeten.

Entscheidende weitere Gründe für den großen Erfolg der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen waren nach Auffassung verschiedener Beobachter die drei Grundsätze:

- Gewaltfreiheit, aber: bürgerlicher Ungehorsam bis hin zu illegalen Aktionen wie Platzbesetzung (nicht durch Vereine, sondern durch Einzelpersonen) als äußerste Mittel in bestimmten Situationen,
- Überparteilichkeit, keine Parteipropaganda und kein Parteienstreit im Rahmen der Arbeit der Bürgerinitiativen,
- Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen, mit dem steten Versuch, Konsens zu erzielen und Kampfabstimmungen zu vermeiden.

Als wesentlich sind auch folgende Prozesse anzuführen:

- intensives »Politisches Lernen« aller Beteiligten,
- die Aktivierung von StaatsbürgerInnen,
- die Aufhebung der Trennung von Wissenschaft und Leben, von Theorie und Praxis,
- Erlernen von Toleranz und das Ertragen der Andersartigkeit anderer,

- der Abbau von Angst vor Regierenden und Behörden,
- Wachsamkeit und Aktion gegen Ausgespieltwerden unterschiedlicher Gruppen und gegen Spaltungsversuche seitens der Regierung und Betreiber,
- paralleles Beschreiten auch des Rechtswegs im Falle Wyhl,
- Aufzeigen von konstruktiven Alternativen zur Atomkraft,
- Wachsen eines Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühls und
- der Rhein wurde nicht (mehr) als Grenze gesehen.

Kurz: Der Souverän war erwacht. Die Geschlossenheit des Widerstands war beispielhaft, die Loyalität der von den Aktivisten der Region als Menschen wahrgenommen Polizei »schwindend«, die anders wiederum die Aktiven der Bürgerinitiativen überwiegend als seriöse BürgerInnen wahrnehmen konnte – ziemlich anders als bei vielen späteren Antiatomkämpfen in Norddeutschland und z. B. in Malville/Rhone.

### 3. Die »Offenburger Vereinbarung« – ein Staatsvertrag: Die zweite Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Landesregierung versuchte, den illegalen Zustand des besetzten Bauplatzes angesichts der Stärke der Bürgerinitiativen schließlich durch Verhandlungen zu beenden. Die Bürgerinitiativen ließen sich unter dem Druck drohender polizeilicher Räumung und schwerer finanzieller Schadenersatzansprüche und Strafandrohungen gegen die Initiativen (800 Mio. DM) und Einzelpersonen (bis 0,5 Mio. DM) darauf ein und erklärten, dass der besetzte Bauplatz während der Verhandlungen verlassen werde, aber bewacht bleibe.

In der so genannten »Offenburger Vereinbarung« vom 31. Januar 1976 zwischen Land, Bürgerinitiativen und dem Betreiber Kernkraftwerk Süd KWS wurde hauptsächlich vereinbart:

- zu den wichtigsten strittigen Sachfragen werden zusätzliche unabhängige Gutachten eingeholt,
- die KWS verzichtet auf Schadenersatzansprüche, alle Strafverfahren werden eingestellt,
- die Bürgerinitiativen bekennen sich zur Gewaltlosigkeit und räumen den Bauplatz,
- die Bürgerinitiativen beschränken sich auf politischen Widerstand und den Rechtsweg,
- die Landesregierung behält sich die Entscheidung darüber vor, wann sie die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt sieht.

Bei den Bürgerinitiativen waren die Verhandlungen und deren Ergebnis ziemlich umstritten. Geschichtlich war man sich auch einer gewissen Parallele zu den Offenburger Verträgen des Bauernkriegs von 1525 bewusst, die damals alsbald zur vernichtenden Niederlage der Bauern führten. Trotzdem nahmen sie die Vereinbarung mit großer Mehrheit an bei Enthaltung der el-



sässischen Initiativen und Gegenstimmen vor allem aus Reihen der städtischen Initiativen. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen setzten nun weiter auf politischen Druck und Information und traten 1976 u. a. mit ihrer »Zweiten gemeinsamen Erklärung« an die Öffentlichkeit:

- Man habe die Offenburger Vereinbarung nur akzeptiert in der Erwartung, dass die Regierung nicht wieder versucht, das Atomkraftwerk gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.
- Widerlegt seien die Behauptungen der Atombefürworter zur Energiepolitik und zu Arbeitsplätzen.
- Nicht widerlegt seien die Gründe der Bürgerinitiativen gegen die Atomkraft.
- Die Bürgerinitiativen seien stärker geworden an Zahl und hätten auch den Kampf gegen die Resignation gewonnen.
- Falls die Regierung die Bedenken der Bürgerinitiativen nicht respektiere, müssten sie Mittel und Wege finden, sich und die Heimat zu schützen.
- Die Bevölkerung wird aufgerufen, den Rechtsweg finanziell zu unterstützen, den die »Wyhl-Kläger« stellvertretend für die BürgerInnen wahrnehmen.<sup>16</sup>

Nach einem Jahr Streit zwischen Land und Bürgerinitiativen um die Unabhängigkeit der Gutachter sowie um den Inhalt und die Unvollständigkeit der Gutachten im Gefolge der Offenburger Vereinbarung, erklärte das Land im Dezember 1977 die Erfüllung der Offenburger Vereinbarung. Die Bürgerinitiativen stellten dagegen die Nichterfüllung der Offenburger Vereinbarung fest.<sup>17</sup> Voraussetzung für Ihre Annahme der »Offenburger Vereinbarung« waren u. a. folgende Grundsätze:

- Über Leben und Gesundheit kann man nicht verhandeln.
- Solange unsere Bedenken nicht ausgeräumt sind, darf das Atomkraftwerk nicht gebaut werden.

#### 4. Der Rechtsweg – wichtige Rückendeckung, aber schließlich enttäuschend: Die dritte Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die wichtigen Erfolge der Wyhl-Kläger 1975 im Sofortverfahren vor dem Verwaltungsgericht Freiburg und der Sieg im März 1977 im Hauptsacheverfahren ebenfalls vor dem Verwaltungsgericht Freiburg gab den Bürgerinitiativen, für die stellvertretend einige Bürger klagten, jeweils die erhoffte zeitliche Rückendeckung bis zum November 1981, der Niederlage im Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Während das Verwaltungsgericht Freiburg Sicherheit vor Reaktorkatastrophen und

<sup>16</sup> Siehe Wyhl I (wie Anm. 8), Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>17</sup> Siehe Wyhl II (wie Anm. 1).



deswegen eine Berstsicherung für den Reaktordruckbehälter verlangte, versagten die höhere Instanz in Mannheim und das Bundesverwaltungsgericht aus Bürgerinitiativen-Sicht mit ihren abweisenden Urteilen Anfang und Mitte der 80er Jahre.<sup>18</sup> Schließlich war doch nach Harrisburg (USA, 1979) und diversen Beinahe-Unfällen sowie mit der offiziellen Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke (Phase A, 1979; erst recht mit deren Phase B, 1989) erneut klargestellt: Schwere Unfälle und Katastrophen bei Atomkraftwerken sind real möglich und können jederzeit beginnen. Eine Konsequenz: Der Atomkraftwerksbetrieb widerspricht den Grundrechten der BürgerInnen auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie auf Menschenwürde. Dies ergibt sich aufgrund der vorgenannten Fakten in Verbindung mit dem so genannten Kalkar-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September 1978.

Mit der auch finanziellen Solidarität vieler MitbürgerInnen, die den Klageweg per »Rechtsschutz-Bon« unterstützten, und einiger Gemeinden um Wyhl konnte den Wyhl-Klägern die große finanzielle Last der hohen Prozesskosten abgenommen werden.

Das Wyhl-Buch II mit Anhang zum Mannheimer Urteil, erneute Großveranstaltungen in Sasbach im Januar 1982 und Aktionstage am Oberrhein vom 16. bis 18. September 1982 von Marckolsheim über den Kaiserstuhl bis Kaiseraugst/Basel mit Kundgebung und »Beistandspakt« am Rhein in Wyhl waren Reaktionen auf die neue Lage. Und die »Dritte Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zu Wyhl«, beschlossen von ihren Delegierten am 2. April 1982 in Forchheim bei Wyhl, stellte klar:

*In Wyhl hat die Bevölkerung selber Geschichte gemacht; in Wyhl fällt die Entscheidung über unsere Zukunft. ... Von Wyhl ging eine demokratische Hoffnung aus und die Erkenntnis, dass die Menschen nicht zwangsläufig ihre Lebensgrundlagen zerstören müssen ... unser Lebensraum hört nicht an der Landesgrenze auf ... Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in unserer Region nationalistische Propaganda, um dann ein AKW hinter das andere an den Oberrhein zu setzen.*

Die Initiativen verlangten die Stilllegung Fessenheims und bekräftigten, dass sie auch ein Atomkraftwerk in Marckolsheim gemeinsam zu verhindern bereit wären.

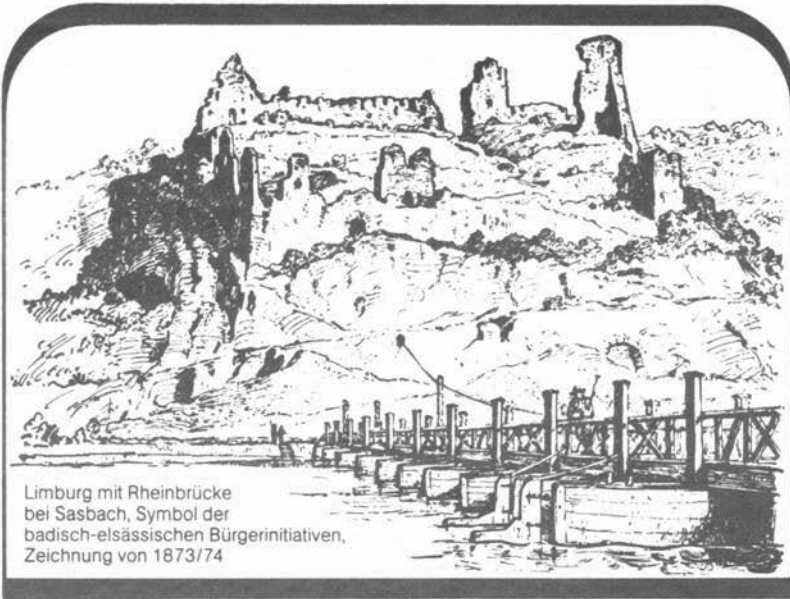
Im Falle Wyhl drohten die Initiativen der Landesregierung, bei dem Versuch, den Bau gewaltsam durchzusetzen, mit äußerstem gewaltfreien Widerstand, ja mit Unregierbarkeit, z. B. mit Grenzblockaden von beiden Seiten. Und:

*... wir erklären, dass wir kein Recht haben, unseren Widerstand aufzugeben, wir tragen auch die Verantwortung für unsere Kinder ... wir haben einen langen Atem.*

<sup>18</sup> Siehe u. a. Der Umwelt-Bote 30 und 35.

# RECHTSSCHUTZBON

ZUR ABWEHR  
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



MIT IHRER SPENDE ÜBER DM **50.-**

in den Treuhandfond leisten Sie einen persönlichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer großen Bedrohung unseres heimatlichen Lebensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur bestmöglichen Vorbereitung und Durchführung des zweiten Wuhlprozesses vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN  
BÜRGERINITIATIVEN**

Abb. 9: Rechtsschutz-Bon als Mittel der finanziellen Unterstützung. Vorlage: Badisch-El-sässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

## 5. Allmählicher weiterer Rückzug der Landesregierung und endgültiger Verzicht auf Wyhl

Der »lange Atem« und die intensive weitere Informationsoffensive der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, ab Anfang der 80er Jahre verstärkt zusammen mit der Landesgeschäftsstelle des im Gefolge von Wyhl besonders hier, aber auch landesweit stark gewachsenen Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Freiburg, führten 1982/83 zu Gemeinderatsmehrheiten in nahezu allen Städten und Gemeinden des mittleren und nördlichen Breisgaus.

Im Juni 1983, acht Jahre nach »Wyhl«, im vierten Anlauf nach intensiver Lobbyarbeit, entschied sich endlich auch der Gemeinderat Freiburg mit einer Stimme Mehrheit, der des Oberbürgermeisters Dr. Rolf Böhme, gegen das Atomkraftwerk Wyhl.<sup>19</sup> In Freiburg hatte sich zuvor eine von den dortigen Bürgerinitiativen erzwungene offizielle Bürgerversammlung nachdrücklich gegen das Atomkraftwerk Wyhl ausgesprochen.

Das Land zog sich in der Folge unter Ministerpräsident Lothar Späth schrittweise von den Wyhl-Planungen zurück. Aber erst im Frühjahr 1994 wurde das bisherige Bauvorhaben der zwei Wyhl-Reaktoren endgültig eingestellt, später auch die Standortsicherung in der Landesplanung zurückgezogen, der Messmast abgebaut, das Gebiet auf Drängen der bürgerlichen und behördlichen Umwelt- und Naturschützer unter Naturschutz gestellt. Das Gelände gehört aber weiterhin den Betreibern, die es nicht rückverkaufen wollen, was die Bürgerinitiativen misstrauisch hält.

## Fessenheim (II) und die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: Breite Proteste und die Kontrollkommissionen

Der Wind wehe meist ins Badische, beruhigte ein Bürgermeister dem Vernehmen nach seine elsässischen MitbürgerInnen. Der Baubeginn der beiden Reaktoren in Fessenheim war Anfang 1971, die Inbetriebnahme 1977. Große Demonstrationen fanden seit Mai 1971 statt, 1972 ausdrücklich als grenzüberschreitender Protest, im Mai 1975 erstmalig als Veranstaltung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Die Klage elsässischer Umweltschützer ging 1978 verloren. Zuvor, im Herbst und Winter 1976/77, hatten die elsässischen Atomgegner ihre Anstrengungen nochmals erheblich gesteigert. Eine große Koalition von Vereinigungen, Kommunalpolitikern und Persönlichkeiten forderte vor Inbetriebnahme des Reaktors die Erfüllung von vier »Grundgarantien«:

- eine unabhängige Kontrollkommission,
- die Veröffentlichung des Evakuierungsplans (Katastrophenplan),

<sup>19</sup> Badische Zeitung vom 29. Juni 1983.

- Alarmübungen,
- die Befragung der Bevölkerung.

Ein über dreiwöchiger Hungerstreik von Atomkraftgegnern in Roggenhouse, darunter die spätere Europaabgeordnete Solange Fernex, erreichte zwar große Solidarität in der Bevölkerung, auch über das Elsass hinaus, aber in der Sache nur die Einsetzung einer regionalen Kontrollkommission aus Generalräten, Bürgermeistern und Vertretern von elsässischen Bürgervereinigungen.<sup>20</sup> Die Kommission besteht auch heute noch und stellt Fragen an die Werksleitung.

Der Katastrophenplan über Fessenheim gelangte teilweise in die Hände der Bürgerinitiativen, die ihn im März 1977 in Freiburg unter den Augen der Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit vorstellten: der Planinhalt entpuppte sich als katastrophal – er schützte aus deren Sicht eher den Ablauf der Katastrophe.<sup>21</sup> Die Behörden waren verärgert, Gespräche der Initiativen mit Landtag und Landesregierung in Stuttgart zum Thema erbrachten nichts Wesentliches. Die Landesoberen wirkten wie zuvor bei Wyhl parteiisch pro Atomkraft. Die überwiegend landeseigene Badenwerk AG hatte sich nämlich an den Baukosten von Fessenheim beteiligt und sich dadurch bei den beiden 900 MW-Blöcken Bezugsrechte in Höhe von insgesamt 300 MW (Megawatt) elektrischer Leistung gesichert. Weitere 300 MW gingen entsprechend in die Schweiz.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bilden daher eine ehrenamtliche Internationale Kontrollkommission (IKK). Sie sollte politische und öffentliche Kontrolle ausüben, indem sie die ungelösten Probleme des Reaktorbetriebs in die Öffentlichkeit brachte. Der erste Fragenkatalog der IKK blieb 1978 beiderseits des Rheins – bei der Werksleitung wie bei Ministerpräsident Späth – in der Sache völlig unbeantwortet. 1980 konnte die IKK der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zusammen deren Arbeitsgruppe Fessenheim und dem Öko-Institut interne französische Unterlagen über Rissbildungen in wichtigsten Reaktorbauteilen dokumentieren und öffentlich vorstellen.<sup>22</sup> Die Risse-Thematik dominierte zwar zeitweise die öffentliche Diskussion zu Fessenheim in den Folgejahren; sie führte auch zu Aktivitäten der Betreiber und der offiziellen deutsch-französischen Reaktorsicherheitskommission, aber nicht zur vorzeitigen Stilllegung der Reaktoren.

Es kam in den Jahren ab 1977 auch auf badischer Seite zu breiten Protesten gegen den Betrieb Fessenheims (LehrerInnen, Ärztinnen und Ärzte, SchülerInnen usw.). Zahlreiche Vereinigungen aus dem Dreiländereck wollten zu Pfingsten 1981 eine sternförmige Radtour nach Colmar durchführen mit ei-

---

<sup>20</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>21</sup> Fessenheim (wie Anm. 6).

<sup>22</sup> Risse in Fessenheim ?! Dokumente zur Reaktorunsicherheit. Hg. Arbeitsgruppe Fessenheim der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Freiburg i. Br. 1980.

ner Abschlusskundgebung. Die Badener RadlerInnen wurden jedoch von CRS-Polizeinheiten an der Grenze gestoppt, die gemeinsame Großdemonstration in Colmar damit verhindert. Die drei Grenzübergänge südlich von Kehl wurden daraufhin von den Demonstranten blockiert. Das Echo in den Medien in Südbaden war positiv für die Initiativen. Weitere Pfingstaktionen der Bürgerinitiativen zuvor und in Folgejahren fanden statt, konnten aber zu Fessenheim nichts erreichen.<sup>23</sup>

Fachgespräche der Bürgerinitiativen zu Reaktorsicherheit sowie Katastrophenschutz mit Vertretern der Bundesregierung, der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) und der Landesregierung führten zu folgenden Einsichten:

- wenn die Bürger Recht hätten, müsste das Atomprogramm gestoppt werden, so ein Bonner Staatssekretär;
- die von der RSK propagierte Basissicherheit der Stähle beruhe auf dem Prinzip Hoffnung;
- *bei schweren Reaktorunfällen können wir nichts machen*, so der für den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg zuständige Staatssekretär.

Trotzdem versuchen die Behörden bis zum heutigen Tag immer wieder, die BürgerInnen mit Hochglanzbroschüren zum Katastrophenschutz zu beruhigen. Deren Inhalt brandmarkten die Bürgerinitiativen mit einer Broschüre und viel verteilten Infoblättern mit dem Titel »Im Ernstfall hilflos«. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen ließen zwei Gutachten erstellen zu den katastrophalen Folgen möglicher Unfälle in Fessenheim.<sup>24</sup> Offizielle französische Reaktorstudien hatten selbst eingestanden, dass Reaktorkatastrophen in Fessenheim stattfinden könnten. Politik und Behörden beiderseits des Rheins versagten jedoch erneut bei ihrer Pflicht, die Bevölkerung vor solchen Möglichkeiten zu schützen. Bei der Tagung, bei der die offiziellen Studien 1990 in der Katholischen Akademie in Freiburg vorgestellt werden, glänzten sie durch Abwesenheit.

Als Teilerfolg mussten Anzeichen gewertet werden, dass selbst französische Verantwortliche nicht mehr an die Möglichkeit glaubten, dass die Blöcke 3 und 4 von Fessenheim gebaut werden. So hatte der EDF-Direktor Boiteux verlauten lassen, dass es ohne einen Minimalkonsens der deutschen Bevölkerung am Rhein nicht ginge,<sup>25</sup> und Fessenheims damaliger Kraftwerksdirektor Bonnet hatte erklärt, *ich glaube nicht, dass die elsässische Bevölkerung mit dem Bau zweier zusätzlicher Blöcke in Fessenheim einverstanden wäre*.<sup>26</sup> Und schließlich hatte der französische Präsident Mitterrand den

<sup>23</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>24</sup> Veröffentlicht in Kurzform in: Der Umwelt-Bote 43.

<sup>25</sup> Zit. nach Der Umwelt-Bote 40.

<sup>26</sup> Zit. nach Badische Zeitung vom 30. September 1988.



Abb. 10: Handzettel und Aufkleber gegen Fessenheim. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.



protestierenden Bürgermeistern des Markgräflerlands brieflich erklären lassen, dass ein dritter und vierter Block nicht mehr vorgesehen sei.<sup>27</sup>

Aktive der Bürgerinitiativen fürchten aber, die EDF könnte eines Jahres als Ersatz für die bisherigen Reaktoren einen neuen Antrag für einen so genannten Euro-Reaktor stellen, der in Westfrankreich bei Nantes/Le Carnet wegen zu großen Widerstands der Bevölkerung bisher nicht errichtet werden konnte.

Die Aktivitäten der Bürgerinitiativen ließen in den Folgejahren zumindest vorübergehend nach. 2001 gelang wieder eine große Demonstration in Colmar für den Atomenergie-Ausstieg, zusammen mit dem gesamtfranzösischen Anti-Atomnetzwerk Sortir du Nucleaire. Südbadische Atomgegner sind auch als Redner vertreten.

### Heitersheim, Schwörstadt, Gerstheim, Heiteren

Weitere weniger breit bekannt gewordene Brennpunkte des Widerstands von BürgerInnen und Bürgerinitiativen gegen Atomkraft am südlichen Oberrhein waren die folgenden vier Orte:

Heitersheim: Parallel zu Wyhl führte 1973–1975 die Auseinandersetzung um die geplante Uran- und Plutoniumverarbeitungsfabrik («Brennelementefabrik») der Babcock-Brown Boveri-Reaktor GmbH (BBR) in Heitersheim schließlich zum Abbruch des Projekts und zur Verlagerung in das Emsland aufgrund des dort geringeren Widerstands.<sup>28</sup>

Schwörstadt bei Lörrach, am Hochrhein gelegen: Gegen den dortigen Atomkraftwerksstandort wehrte sich die Bürgerinitiative AGUS Schwörstadt in Kooperation mit schweizerischen, badischen und elsässischen Bürgerinitiativen. Die Standortsicherung wurde in den 90er Jahren vom Landtag in Stuttgart widerrufen.

Gerstheim 1977 – »eine Bilderbuchplatzbesetzung«: Kaum war der Messmast für den künftigen Atomkraft- und Urananreicherungs-Standort Erstein-Gerstheim (südlich von Straßburg) von der EDF errichtet, besetzten BürgerInnen von Gerstheim und umliegenden Gemeinden am 26. Januar 1977 den Standort. Vier Tage später demonstrierten 5000 Atomgegner, darunter viele Südbadener. Die Platzbesetzer, überwiegend ältere Menschen, kamen aus 50 Gemeinden. Das Platzleben mit Freundschaftshaus und Veranstaltungen entwickelte sich wie 1974 in Marckolsheim und 1975 in Wyhl. 86 Prozent der Bevölkerung der örtlichen Umgebung waren gegen Atomkraft. Am 24. August 1977 verkündete das Organisations- und Verteidigungskomitee der Gerstheimer Platzbesetzung (CODSEG) nach Zusage des Abbaus

<sup>27</sup> Zit. nach Badische Zeitung vom 3. Dezember 1988.

<sup>28</sup> Kein Plutonium nach Heitersheim. Broschüre des Arbeitskreises Umweltschutz an der Universität Freiburg, Mai 1975.



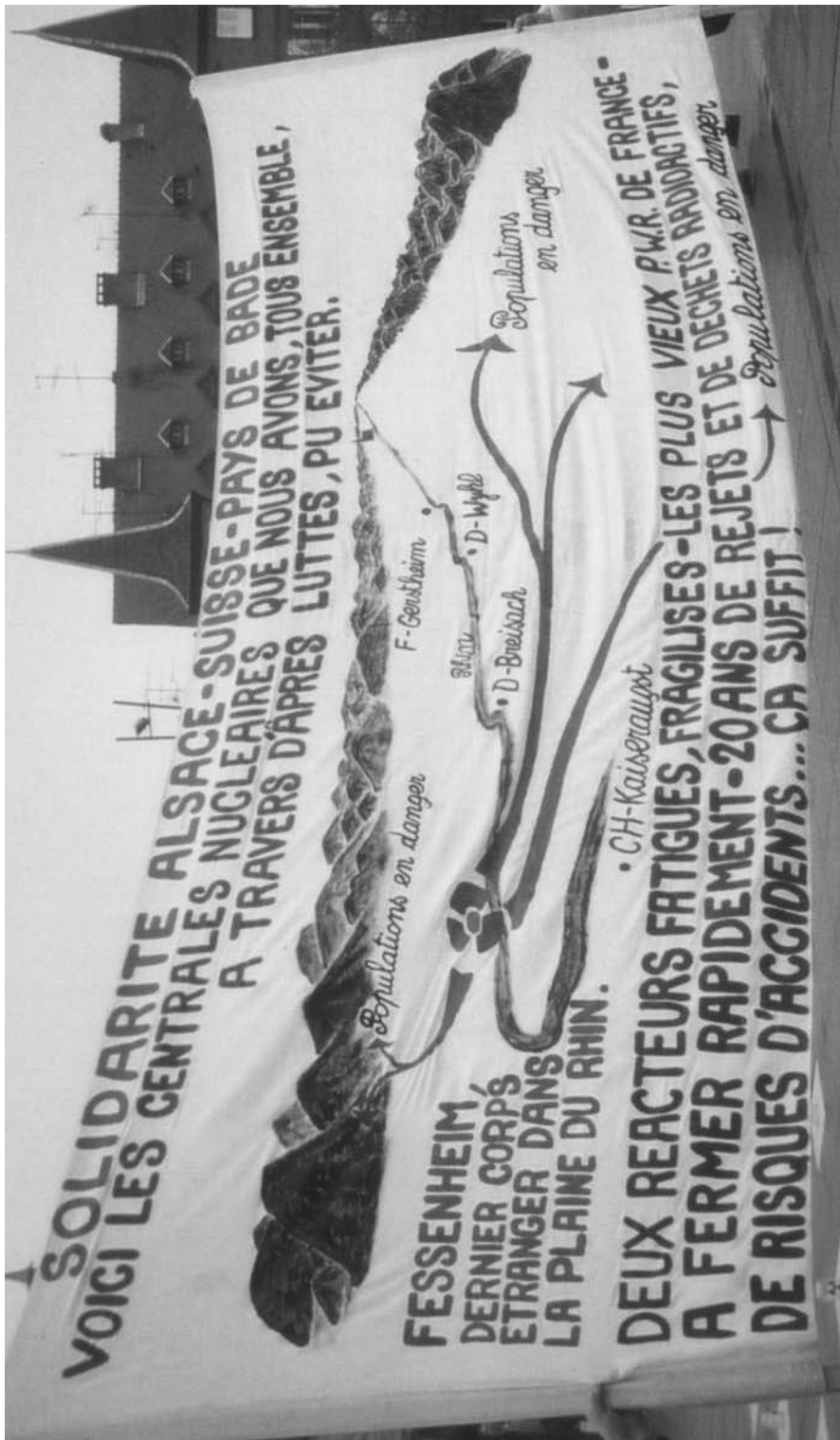


Abb. 11: Demonstration 2001 in Colmar. Aufnahme: Georg Löser, Gundelfingen.

des Messmasts seinen Sieg und das Verlassen des Platzes. Zugleich erklärten mehr als 60 VertreterInnen von Gemeinden und Vereinigungen der Umgebung und aus dem ganzen Unterelsass in Form ihres »Schwurs von Gerstheim« auf französisch und deutsch,

- sich mit allen Mitteln, die man für gut halte, gegen alle weiteren Atomenergieplanungen in Gerstheim und in der Rheinebene zu widersetzen,
- die Solidarität mit allen, die in Frankreich und jenseits dessen Grenzen gegen Atomenergie kämpfen,
- das Verlangen zum Stopp aller Nuklearprogramme und zum Erforschen der alternativen Energiequellen und der Energieeinsparung.<sup>29</sup>

Diese »Sprache«, deren Semantik an die erste und zweite Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (1974/1976) anknüpfte, wurde von der Politik und der EDF ein Stück weit verstanden.

Heiteren 1977: Parallel zu Gerstheim fand seit März 1977 bei Heiteren nahe Fessenheim eine weitere Bauplatzbesetzung um einen halb fertigen riesigen Hochspannungsmasten statt. Er war Teil der Leitung, die den Strom von Block II Richtung Paris transportieren sollte. Weil nach der Inbetriebnahme von Block 1 im März 1977 die Protestbereitschaft in und um Fessenheim nachgelassen hatte, beteiligten sich aus rechtsrheinischen Orten und aus Freiburg viele BürgerInnen an der Platzbesetzung; sie übernahmen dessen Bewachung und Beaufsichtigung jeweils mittwochs. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 1977 führten zehn zum Teil militärisch gekleidete Männer mit Molotowcocktails einen Brandanschlag auf das Freundschaftshaus und die Schlafstätten aus. Ein Freiburger musste bei schweren Verbrennungen fast mit dem Leben bezahlen. Von der örtlichen Polizei wurde vermutet, dass Schlägermilizen oder der staatliche Service d'Action Civic (SAC) in die Aktion verwickelt waren. Sprecher der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen erklärten, dass bei Heiteren und Fessenheim versucht worden sei, Elsässer und Badener zu spalten und zu altem Chauvinismus aufzuheizen. Die weitere Platzbesetzung wurde wenig später von Polizeieinheiten brutal beendet.<sup>29</sup>

## Die »vierte« (Europa-)Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen von 1991 und die Wyhler Jahrestage

### 1. Die Europa-Erklärung

Zusammen mit rund 20 weiteren Umweltschutzvereinigungen und -verbänden aus dem Dreiländereck am südlichen Oberrhein gingen die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen 1991 mit einer vierten gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Diese Erklärung mit dem Titel *Das Europa, das wir be-*

<sup>29</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).

*kommen, ist nicht das Europa, das wir wollen. Die Umweltzerstörung im Dreieckland, im Herzen Europas, geht weiter* griff die Schreckensvision eines möglichen »Ruhrgebiets am Oberrhein« vom Anfang der 70er Jahre wieder auf. Sie zeigte die in den 20 vergangenen Jahren verhinderten gefährlichen Anlagen auf und solche, die nicht verhindert werden konnten oder noch in Planung sind. Die Erklärung wendete sich gegen das *Europa der Konzerne, ein Europa der Zerstörung, in dem die Menschen gegeneinander ausgespielt werden.*

Sie betonte: *Ein Europa, das nur von Wirtschafts- und Wachstumsinteressen bestimmt wird, ein Europa, das kein Europa der Menschen und Regionen wird, kann langfristig keinen Bestand haben.* Die Vereinigungen wollten weiter grenzüberschreitend Widerstand leisten gegen umweltzerstörende Großprojekte. Ihnen entgegen setzten Sie ihre Vision vom »Dreieckland« als *das blühende Herz eines ökologischen Europas.*

Diese Erklärung fand in der elsässischen Presse keinerlei Echo, obwohl sie übersetzt wurde. Im Badischen und in der Nordwestschweiz gab es dagegen ein gutes Presse-Echo. Die Erklärung fand im Jahre 2001 eine gewisse Fortsetzung im Kooperations-Vertrag der Umweltverbände am Oberrhein für den »Zukunftsfähigen Oberrhein«.

## 2. Die Wyhler Jahrestag-Treffen 1995 und 2000

Der Begleittext für die Veranstaltung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zum 20. Jahrestag der ersten Wyhler Platzbesetzung reflektiert die erheblichen Erfolge der Bewegung von Wyhl über Kaiseraugst bis Gerstheim. Er analysierte die Stärken der Menschen der Bewegung vor 20 Jahren – u. a. Selbstvertrauen, Kompetenz, Unberechenbarkeit, Emotionalität, Zorn und Wut – und Veränderungen seitdem. 20 Jahre nach Wyhl gebe es eher mehr als weniger zu tun, die regionalen und weltweiten Umweltprobleme hätten trotz mancher Entschärfung massiv zugenommen. Nach wie vor Ziel sei ein *Dreieckland, in dem nachhaltig und erdverträglich gelebt und gewirtschaftet werde.*

Der Text der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zur Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wyhler Bauplatzbesetzung betonte den notwendigen Druck zur Stilllegung der Atomkraftwerke »anderswo«, z. B. in Fessenheim, und den weiter notwendigen Druck von unten: »unser Druck«. Vor 25 Jahren habe man Nein zur Atomenergie, aber Ja zum Leben gesagt. Die ökologischen Energiealternativen, damals Vision, seien heute »am Boomen«. Die Referenten der Veranstaltung kamen u. a. aus Gorleben, aus Kaiseraugst und natürlich aus dem Elsass.

**HÄNDE WEG VOM  
WYHLER  
WALD**

**17** SEPTEMBER **AKTIONSTAG IM DREYECKLAND** BADEN EL SASS NORDSCHWEIZ

**GROSSKUNDGEBUNG** **18** SEPTEMBER

**NATORAMPE BEI WYHL - 14UHR**

1983

Abb. 12: Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.





# WYHL 15 JAHRE DANACH

1975-PLATZBESETZUNG IM WYHLER WALD  
1990-KEIN ATOMKRAFTWERK AM KAISERSTUHL -  
ABER: EIN AKW IN FESSENHEIM, EIN AKW IN LEIBSTADT, EINE  
ATOMFABRIK IN WÜRENLINGEN, URANABBAU IN MENZENSCHWAND  
NITRAT IM BODEN, GIFT IN DER LUFT, WALD KAPUTT... WIE WEITER?

BADISCH-  
ELSASSISCHE  
BÜRGERINITIATIVEN

**3. MÄRZ** 19<sup>30</sup> GASTHAUS LIMBURG **SASBACH**

## Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen im Rückblick und heute: Auswirkungen und Folgewirkungen

### 1. Unterstützung des Widerstands bei Atomstandorten außerhalb der Region

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen betrieben keineswegs »Sankt-Florians-Politik«, was auch einer ihrer Wahlsprüche »Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo« beweist. Vielmehr nahmen per langen Sonderzügen jeweils über 1000 ihrer »Mitglieder« teil an den großen Anti-Atomdemonstrationen u. a. 1979 in Hannover und Bonn gegen die Atommüllpläne der Regierungen für Gorleben und gegen die Pro-Atompolitik der Bundesregierung. Vielfältige Kontakte und Wirkungen bestanden bzw. bestehen zum Widerstand in anderen Atomregionen: u. a. am Hochrhein, Wackersdorf, Gorleben und im Ausland, insbesondere auch nach Japan mit bekannten Folgen auch für Freiburg mit in der Folge zahlreichen Verbindungen zu und Besuchern aus Japan.<sup>30</sup> 1988 kam im Rahmen einer von Freiburger Wyhl-Aktiven (u. a. federführend der Autor) koordinierten bundesweiten Aktion eine Delegation von VertreterInnen verschiedener vom Uranbergbau betroffener Ureinwohnervölker aus aller Welt in den Wyhler Wald und nach Weisweil. Und: Der in Deutschland beschlossene, viel zu langsame Atomenergieausstieg geht in seinen Ursprüngen (mit) auf die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zurück.

Das Interesse riss auch nach 2000 nicht ab. Ein neuer Anziehungspunkt ist seit 2000 der Gedenkstein der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen im Wyhler Wald, nun mit ausdrücklicher Zustimmung der Gemeinde und des Gemeinderats von Wyhl.

### 2. Denk-Male

Viele deutsche Märchen enden mit »Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute«. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben da vorgesorgt. Sie haben zum Nachdenken, zur Erinnerung und für ihre weitere Wirkung selber »Denk-Male« gesetzt:

- ihre großen Erfolge: Marckolsheim, Wyhl, Gerstheim und weitere Wirkungen,
- ihr – ungenügender – Teilerfolg bei Fessenheim,
- ihr Widerstand als Symbol und Beispiel für viele andere Atom-Standorte,
- ihre vier Erklärungen,
- die Offenburger Vereinbarung,

<sup>30</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).



Abb. 13: »Nai hämmer gsait« – Enthüllung des Gedenksteins im Wyhler Wald am 20. Februar 2000. Vorlage: Badische Zeitung vom 21. Februar 2000. Aufnahme: Bernhard Rein, Rust.

- die Wyhl-Bücher, die Filme und Fotos, die Lieder, Dichtung und Sprüche, die Aufkleber und
- Plakate, die Umwelt-Boten, die Programme der »Volkshochschule Wyhler Wald«, die Ausgaben von »Was Wir Wollen«, die vielen anderen Erklärungen und tausende Einzeldokumente,
- seit 2000 den Gedenkstein »Nai hämmer gsait!« im Wyhler Wald nahe dem früheren Bauplatz,
- die Veränderung in den Köpfen und Herzen vieler Menschen,
- die Überwindung der Rheingrenze und einen Anschlag zum Abbau der Grenzen am Oberrhein.

Und im Verlauf des Jahres 2003 wird es das Anti-Atom-Archiv der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen in Weisweil geben.

Die Bürgerinitiativen am Oberrhein haben viele Erfolge gehabt. Aber es kann auch alles vergebens gewesen sein, falls im Atomkraftwerk Fessenheim oder auch bei entsprechenden Windrichtungen in den nordwestschweizerischen Atomkraftwerken und anderswo schwere Unfälle passieren. In ersteren Fällen könnte das Dreiländereck unbewohnbar werden, mit Millionen Opfern.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bestehen auch heute noch. Sie sind aber als solche deutlich weniger aktiv und strukturiert als in den 70er und 80er Jahren. Sie verfügen weiterhin über eine ehrenamtlich betreute Ge-



1975 – 1995

**NAN**  
**HÄMMER GSAIT!**



**KEIN ATOMKRAFTWERK  
IN WYHL UND ANDERSWO**

**Erinnerungen für die Zukunft**

*Samstag, 18. Februar 1995*  
*13<sup>30</sup> und 19<sup>30</sup> Sasbach, Gasthaus Limburg*

*Sonntag, 19. Februar 1995*  
*14<sup>00</sup> Wyhler Wald*  
*15<sup>30</sup> Weisweiler evang. Gemeindehaus*

Abb. 14: Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

# Wyhl 1975-2000



## Von der Bauplatzbesetzung zum Atomausstieg

*Samstag, 19. Februar 2000  
Weisweil*

*Sonntag, 20. Februar 2000  
Wyhl*

schäftsstelle und Pressesprecher. Sie richten im Jahr 2003 ihr Anti-Atom-Archiv ein. Sie finden weiter Interesse bei Besuchern aus aller Welt, bei der Geschichtsforschung. Viele ihrer ehemals Aktiven wirken in der Region oder anderswo in ihrem Sinne weiter. Andere, auch viele ihrer Aktiven haben wieder ein »normales« Leben angenommen oder mussten dies tun aus diversen Rücksichtnahmegründen. Es entstanden ungezählte dauerhafte Freundschaften, auch bi- und trinational. Im Streit um die Sache oder auch wegen des enormen persönlichen Engagements vieler Beteiligter gab es aber auch manche menschliche Beziehungstragik. Und einige der vordersten MitkämpferInnen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sind inzwischen verstorben. Die Bürgerinitiativen gedenken ihrer.

### 3. Weitere Folgewirkungen und Nachwirkungen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben in verschiedenen Schichten der Bevölkerung über die »heißesten Jahre« 1974–1977 hinaus ein großes Potential an geistiger Energie und Folgewirkungen freigesetzt. Hierzu eine Reihe von Informationen und Thesen:

(1) Am bekanntesten ist Wyhl als Vorbild und Beispiel für den Widerstand gegen Atomenergieanlagen andernorts, nicht nur in Deutschland, etwa im Rahmen des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und vieler Standortbürgerinitiativen von Gorleben/Niedersachsen bis Wackersdorf/Bayern, sondern auch international.

(2) Im Gefolge der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wirkten von 1986 nach der Tschernobyl-Atomreaktorkatastrophe bis 2001 die Südbadischen Bürgerinitiativen mit Schwerpunkt im Markgräflerland. Diese führten zweimal jährlich grenzüberschreitende Sitzungen mit den elsässischen Umweltgruppen Alsace Nature und CSFR durch zu regionalen, auch grenzüberschreitenden Themen.

(3) Die hauptamtlich ausgestatteten großen Umwelt- und Naturschutzverbände der Region am Oberrhein haben inzwischen die Hauptarbeit bei der grenzüberschreitenden Kooperation der BürgerInnen im Natur- und Umweltschutzbereich übernommen. Sie gipfelt bislang im Kooperationsvertrag von 2001 für das Fünf-Jahres-Projekt »Zukunftsfähiger Oberrhein« mit dem langfristigen Leitbild einer Öko-Modellregion Oberrhein.<sup>31</sup> Partner sind Alsace Nature, BUND und der nordwestschweizerische Verband BASNU.

(4) Im Elsass besteht CSFR weiter, und AFRPN hat sich umbenannt zu Alsace Nature und weist über 150 assoziierte weitere Vereinigungen auf, darunter CSFR und die 1977 nach dem Hungerstreik gegen Fessenheim gegründete

<sup>31</sup> Siehe BUNDschau 2/2002.

und bei Alsace Nature assoziierte Energiewende-Vereinigung Alter Alsace Énergies. Letztere erzielte inzwischen erste Erfolge und ist Partner von entsprechenden südbadischen und nordwestschweizerischen Vereinigungen.

(5) In ihrer strikten Überparteilichkeit und durch die überparteiliche Mitwirkung vieler Parteimitglieder bei den Bürgerinitiativen haben die Bürgerinitiativen alle Parteien in der Region intensiv beeinflusst. Beispielsweise haben die CDU Südbaden – mit ihrer Grünen Charta – und die Junge Union Südbaden gerade im Bereich Energie den Bürgerinitiativen sowie den Umweltschutzverbänden relativ nahe stehende Positionen, die deutlich von der CDU-Landespolitik abweichen.

(5a) In der Region beiderseits des Oberrheins, bei Freiburg und im Oberelsass entstanden wichtige Ursprünge und Hochburgen der modernen grünen parlamentarischen Bewegung bzw. Parteien Deutschlands und Frankreichs: hier für die Partei der Grünen (insbesondere ab der Europawahl 1979), dort zunächst für Ecologie et Survie (11 % bei den Generalratswahlen 1976 im Elsass). Das Engagement der Ökologen im Elsass wirkte sich regionalistisch aus: regionale Selbstbestimmung und Aufklärung zum Schutz vor der profitorientierten Zerstörung des Lebensraums.<sup>32</sup> Mit Solange Fernex kam aus den Reihen der elsässischen Bürgerinitiativen bald eine Europaabgeordnete, später folgten die MdEPs Winfried Telkämper und Josef Leinen aus Reihen der ehemals in der hiesigen Protestbewegung Mitwirkenden. Die grüne Partei in Deutschland wiederum stellt(e) für die Ökologiebewegung in vielen anderen Staaten ein Vorbild dar. Sie hatte und hat zusammen mit den Umweltverbänden deutlichen Einfluss auf die Positionierung anderer Parteien.

(6) In Freiburg wurden die nationalen Energiewende-Studien des Öko-Instituts herausgegeben (I, 1980) bzw. entwickelt (II, 1985). In Freiburg wurden (vom Autor) von 1979 bis in die 90er Jahre maßgeblich bzw. federführend die bundesweiten Positionen und Studien des BUND zu Energiefragen entwickelt. Für das Elsass wurde schon 1983 von der Organisation »Projet Alter Alsace«, an der auch einige der elsässischen Partner der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen beteiligt waren, die Studie »Les Energies de l'Alsace« veröffentlicht. Vorgeschlagen wurde eine Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, ähnlich wie es schon 1978 von den Wissenschaftlern der Groupe de Bellevue mit dem *Projet Alter* vergeblich für ganz Frankreich dargelegt wurde.

(7) Freiburg weist mit dem Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme das europaweit größte Zentrum für Solarenergieforschung auf. Dessen Gründer, Professor Adolf Goetzberger, führt insbesondere auch »Wühl« an

---

<sup>32</sup> Vgl. Jean (wie Anm. 3).

als Motiv für die Suche nach Alternativen zur Atomkraft und die Institutsgründung.

(8) In Freiburg findet mit der Intersolar die wichtigste deutsche Messe für Solarenergie mit internationaler Ausrichtung statt. Dies ist als gewisse Fortsetzung der sehr publikumswirksamen Sasbacher Sonnentage von 1976–1978 des BUND bzw. der Bürgerinitiativen und der daraus hervorgegangenen Umwelt- und Sonnenenergieausstellungen sowie der ÖKO-Messen des BUND Baden-Württemberg zu sehen. Die Sasbacher Sonnentage können zumindest für Europa als Mutter der »Umweltmessen« bezeichnet werden.

(9) Freiburg wurde als Folge der Arbeit der Bürgerinitiativen bzw. von »Wyhl« ab Ende der 70er Jahre national und bald auch international ein Mekka des Umweltschutzes und später deutsche »Umwelthauptstadt«. Freiburg entwickelte das Markenzeichen »Solarregion Freiburg« und war hiermit auf der Expo 2000 der einzige Aussteller, der sich ausschließlich zu erneuerbaren Energien präsentierte. In Freiburg wurden sehr weitreichende Konzepte für solares Bauen entwickelt und demonstriert: das Freiburg-Tiengener Solarforschungshaus von 1978 (vom regionalen Arbeitskreis Sonnenhaus von BUND und DGS erstmals vorgeschlagen), das energieautarke Haus auf der Haid, das Heliotrop-Solarhaus, die Plusenergiehäuser der Öko-Solarsiedlung Schlierberg. Freiburger Persönlichkeiten der Solararchitektur, hier Rolf Disch, der Solarforschung, der Solarwirtschaft und praktischen Anwendung, manche von ihnen vormals aktiv gegen Atomkraft oder am Rande der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, erhielten zahlreiche überregionale Preise und hohe Anerkennungen.

(10) In Freiburg siedelten sich zahlreiche Institutionen zu Umweltschutz und Energie an. Beispiele, die in den Bürgerinitiativen und »Wyhl« direkt oder indirekt ihren Ursprung haben, sind:

- die Landesgeschäftsstelle des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland ab 1976,
- die Solarausstellungen und ÖKO-Messen des BUND von 1980 bis 2000 als Folge der Sasbacher Sonnentage von 1976–1978,
- das ÖKO-Institut ab 1977,
- das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (FhG-ISE).

In deren Gefolge wiederum gelangten nach Freiburg:

- der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) mit seinem Europasekretariat,
- die Internationale Gesellschaft für Sonnenenergie (ISES),
- der deutsche Fachverband Solarenergie (DFS),
- die Solarmesse Intersolar,
- die Umweltakademie Freiburg.



The image shows three posters for the Freiburg Environmental Fair, arranged vertically. Each poster features a cartoon Earth character with a face, arms, and legs, holding a string that extends across the poster. The posters are for different years: ÖKO 2000, ÖKO '96, and ÖKO.

**ÖKO 2000 + ÖKO BAU**  
Die Umweltausstellung

Fr - Mo von 9 bis 18 Uhr  
Eintritt: DM 9,00  
Ermäßigt: DM 5,00  
Schulklasse 16 Schüler: DM 2,00  
Kinder in Begleitung bis 14 Jahre frei  
Voraussetzungen:  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
LP Baden-Württemberg e.V.  
Draisengasse 16  
79116 Freiburg  
Tel. 0761-80555-0  
Fax. 0761-88595-90

**12.-15. MAI**  
**FREIBURG**  
NEUE MESSE

ein besonderer  
Spendenkonto:  
Schwäbischer  
Hausbauverein  
Freiburg e.V.

**ÖKO '96 + ÖKO BAU**  
Die Umweltausstellung

20 Jahre

Zentrum - Messe  
7116  
Freiburg i. Br.  
Draisengasse 16  
79116 Freiburg  
Tel. 0761-80555-0  
Fax. 0761-88595-90

**20.-24.6.**  
**FREIBURG**  
MESSEGELENDE

**ÖKO**  
DIE UMWELTAUSSTELLUNG  
VOM 18. 06. BIS 22. 06. 1992  
MESSEGELENDE FREIBURG

Größtes Vortragsprogramm  
Saubere Energie  
Solarenergie  
Bauen und Wohnen  
Umweltechnik  
Müllvermeidung  
Bekleidung  
Garten  
Ernährung und Haushalt  
Firmenausstellung  
Beratung und Verkauf  
Kinder-ÖKO

Öffnungszeiten:  
Dienstag - 10.00 bis 18.00 Uhr  
Ermäßigt DM 7,-  
Eintritt DM 2,-  
Schule DM 2,-  
Dauereintritt

Baden-Württemberg  
Landesverband  
BUND  
Freiburg e.V.

Abb. 15: Einladungen zur Freiburger Umweltmesse. Vorlage: BUND Landesverband Baden-Württemberg e. V.

In Freiburg gibt es seit 1986 die erste Ökostation in Deutschland, Vorbild für viele andere Umweltzentren, erstmals erstellt vom BUND (unter Mitarbeit des Autors). In Freiburg entstand unter führender Mitwirkung von Wyhl-Aktiven mit dem Ökomedia-Institut das erste ökologische Filmfestival, das sich viele Jahre im Geiste der Bürgerinitiativen und von »Wyhl« intensiv mit Medien zu Atomenergie und Alternativen befasste und u. a. stark nach Japan ausstrahlte.

(11) In Freiburg wurde der erste Umweltbürgermeister in Deutschland eingesetzt. Im Bereich der Industrie- und Handelskammern (IHKs) übernahm die IHK Südlicher Oberrhein in Freiburg mit ihrem Geschäftsbereich Umwelt die Leitung für Umweltschutz sowie Energie für ganz Baden-Württemberg. Auch die Handwerkskammer Freiburg besitzt das Umweltzentrum für alle Handwerkskammern in Baden-Württemberg.

(12) Auffällig ist aber hierbei, dass auf deutscher Seite die Tätigkeiten vieler Institutionen, die der Folgewirkung von »Wyhl« und den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zugerechnet werden können, überwiegend »exportorientiert« nach außerhalb der Region gerichtet sind. Diese Situation führte dazu, dass die Auswirkungen auf das tatsächliche Energie-Geschehen und den Energiemarkt in der Region, abgesehen von den großen Erfolgen gegen geplante Atomanlagen, in den 80er und 90er Jahren quantitativ überraschend gering blieben. Daher bildeten sich neue Vereinigungen und Institutionen, die überwiegend regional arbeiten: z. B. der Förderverein Energie- und Solaragentur Regio Freiburg, die Energieagentur Regio Freiburg, Fördervereine für erneuerbare Energien bzw. Zukunftsentnergien im Dreisamtal östlich Freiburgs und in Wyhl für den westlichen Kreis Emmendingen samt Kaiserstuhl, die Umweltakademie Freiburg, die Solarakademie, der Stiftungsfonds ECO-Stiftung für Energie-Klima-Umwelt (letztere Ende 2000 gegründet vom Autor dieses Beitrags). Mehrere dieser Organisationen, zu denen jüngst die Basel Agency for Sustainable Energy (BASE) mit Regionalbüros in Freiburg und Straßburg hinzutrat, die aber selber noch am Anfang überörtlich quantitativ wesentlicher Wirkungen stehen, wollen am südlichen Oberrhein eine Solarregion aufbauen, dies möglichst grenzüberschreitend. Die ECO-Stiftung will mit Bürgerorganisationen aus dem Dreiländereck ab Mitte 2002 ein Netzwerk zu Energie- und Stromeinsparung sowie zu dezentraler Stromerzeugung bilden – als Beitrag zum Klimaschutz und zur Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim. Ziel ist eine europäische Umwelt- und Energie-Modellregion am südlichen Oberrhein.

(13) Festzustellen ist, dass die Politik beiderseits des Oberrheins durch die Ereignisse von 1974/75, insbesondere die Kämpfe um Wyhl, Marckolsheim und Kaiseraugst, entscheidende Anstöße erhielt, um die grenzüberschreitende Kooperation zu intensivieren, die Planungen für Industrieansiedlungen zu reduzieren und zu modifizieren und die weiteren Atomkraftpläne



zurückzustellen oder zu annullieren. Für die Regionalplanungen und die Neubildung von trinationalen Institutionen am Oberrhein zeigen das u. a.

- die Chronologie der Infobest-Beratungsstellen (<http://www.infobest.org>) für 1975/76 ff.,
- das »Bonner Abkommen« von 1975 zur Prüfung und Lösung von nachbarschaftlichen Fragen,
- die Bildung der Commission Tripartite Ende 1975/76, Vorläuferin der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz.

Ausdrücklich wurde dabei in der Presse auf den starken Druck der Bevölkerung hingewiesen, der wesentlich zu dieser Entwicklung geführt hatte.<sup>33</sup> Auch im Oberelsass war Anfang 1975 als Folge der Proteste gegen Marckolsheim ein erstes deutliches Umdenken gegen überzogene Industrialisierung zu erkennen.<sup>34</sup>

(13a) Allerdings ist eine im Vergleich zu damaligen Plänen sanftere, aber in der Fläche über die Jahre doch flächenfressende und ökologisch problematische Ausbreitung von Industrie und Gewerbe zu beobachten, zum Teil am Rhein südlich Fessenheims, zum Teil bei Marckolsheim, oft jedoch verteilt bei den Städten und Dörfern in der Rheinebene. Teilweise ist dies aber auch auf Verlagerung aus Ortschaftskernen an die Ortsränder bzw. in neue Gewerbegebiete zurückzuführen. Ein massiver Ausbau der regionalen und überregionalen Verkehrswege tritt hinzu. Der Hintergrund: Die Region liegt mitten in der Hauptentwicklungsachse der Europäischen Union, »Blaue Banane« genannt, die von London bis Mailand reicht. Der Druck auf die Region bleibt also bestehen. Und neue Risiken, etwa ein als »Biovalley« getarntes »Gentechnik-Tal«<sup>35</sup> am Oberrhein oder die weitere Konzentrierung der schweizerischen Atomwirtschaft am Hochrhein (Atommüll-Einrichtungen zusätzlich zu den Atomkraftwerken) treten zu den alten Risiken, wie die hohe Erdbebengefährdung, hinzu, die gefährliche Technologien in der Region eigentlich völlig verbieten.

(14) Auffällig ist, dass vor allem auf deutscher und französischer Seite auch die tatsächliche Regionalpolitik bisher weit hinter den reellen Möglichkeiten für Umweltschutz und nachhaltige Energiewirtschaft zurückgeblieben ist. So gibt es bisher kein konkretes gemeinsames Konzept für eine klare ökologische Energiewende hin zu Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuer-

---

<sup>33</sup> Vgl. dazu Badische Zeitung vom 7. Mai und 15. September 1975.

<sup>34</sup> Badische Zeitung vom 19. April 1975. Vgl. auch den Beitrag von Daniel Hoeffel in diesem Band, der zur damaligen Zeit als Syndikus der Industrie- und Handelskammer des Bas-Rhin tätig war.

<sup>35</sup> Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen im Dreieckland. Flugblatt der Aktion Umweltschutz e.V./BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein, um 1996.

bare Energien, keines für den Klimaschutz, keines für den Atomausstieg – eklatante, gefährliche Mängel. Als ein wesentlicher Grund hierfür anzunehmen ist der übergroße Einfluss der Stromkonzerne und der Energieabsatzwirtschaft insbesondere auf die nationale, Landes- und hiesige Regionalpolitik.

(15) Lediglich beim Leitbild der RegioTriRhena vom Mai 1998 wird kurz, aber deutlich ausgeführt: *In der Energiepolitik ist eine Kehrtwende unabwendbar. Die Förderung von regenerativen Energiesystemen und der Aufbau dezentraler Versorgungskonzepte wie in Schönau müssen auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Ebenso wichtig ist, daß Energiesparmaßnahmen beim Neubau und der Sanierung von Gebäuden bevorzugt werden. Auch hier gilt: die einzelnen Länder müssen ihre Umweltrichtlinien aufeinander abstimmen.*

Eine Kurzstudie im Jahre 2000 für den Oberrheinrat kommt im Bereich Energie zu vergleichbaren Aussagen. Und die Oberrheinkonferenz beschloss im September 2001, zwar 25 Jahre zu spät, aber immerhin, das Mandat seines Umweltausschusses auszuweiten auf erneuerbare Energien. Energie- und Stromeinsparung z. B. oder gar der Atomausstieg blieben allerdings dort außen vor.

In beiden Kantonen Basel konnte dagegen die Stimmbevölkerung die Politik schon seit den 70er Jahren direkt zwingen, weiterreichende Maßnahmen durchzuführen: z. B. die strikte Anti-Atomkraftpolitik sowie die Abgabe und Lenkungssteuer auf Strom.

(16) Lokal konnte außer in Basel in einigen wenigen Städten und Gemeinden vor allem in Südbaden eine ökologische Energiepolitik im Sinne der Bürgerinitiativen wenigstens bereits teilweise umgesetzt werden: so insbesondere in Freiburg, Schönau und in Waldkirch. In Freiburg gelang es bereits, den Atomstrombezug zu halbieren, dies in erster Linie durch neue, im Übrigen energieeffiziente Heizkraftwerke. Der Anstoß für die angesprochenen Teilerfolge kam aber stets aus der anti-atom-aktiven Bürgerschaft im Streit gegen widerstrebende Interessen aus der großen Stromwirtschaft.

## Schlussbemerkungen

In Marckolsheim und Wyhl und zu Fessenheim haben die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen mit ihrer grenzüberschreitenden Kooperation Geschichte gemacht. Sie haben im Ringen mit dem Staat und den Konzernen ein Stück kämpferischer »Demokratie von unten« gelebt, das weltweite Beachtung fand und nicht nur am südlichen Oberrhein positive Folgewirkungen zeigt.

Einerseits kann zum Beispiel durch einen großen Atomenergieunfall im Dreiländereck die Arbeit der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen in der

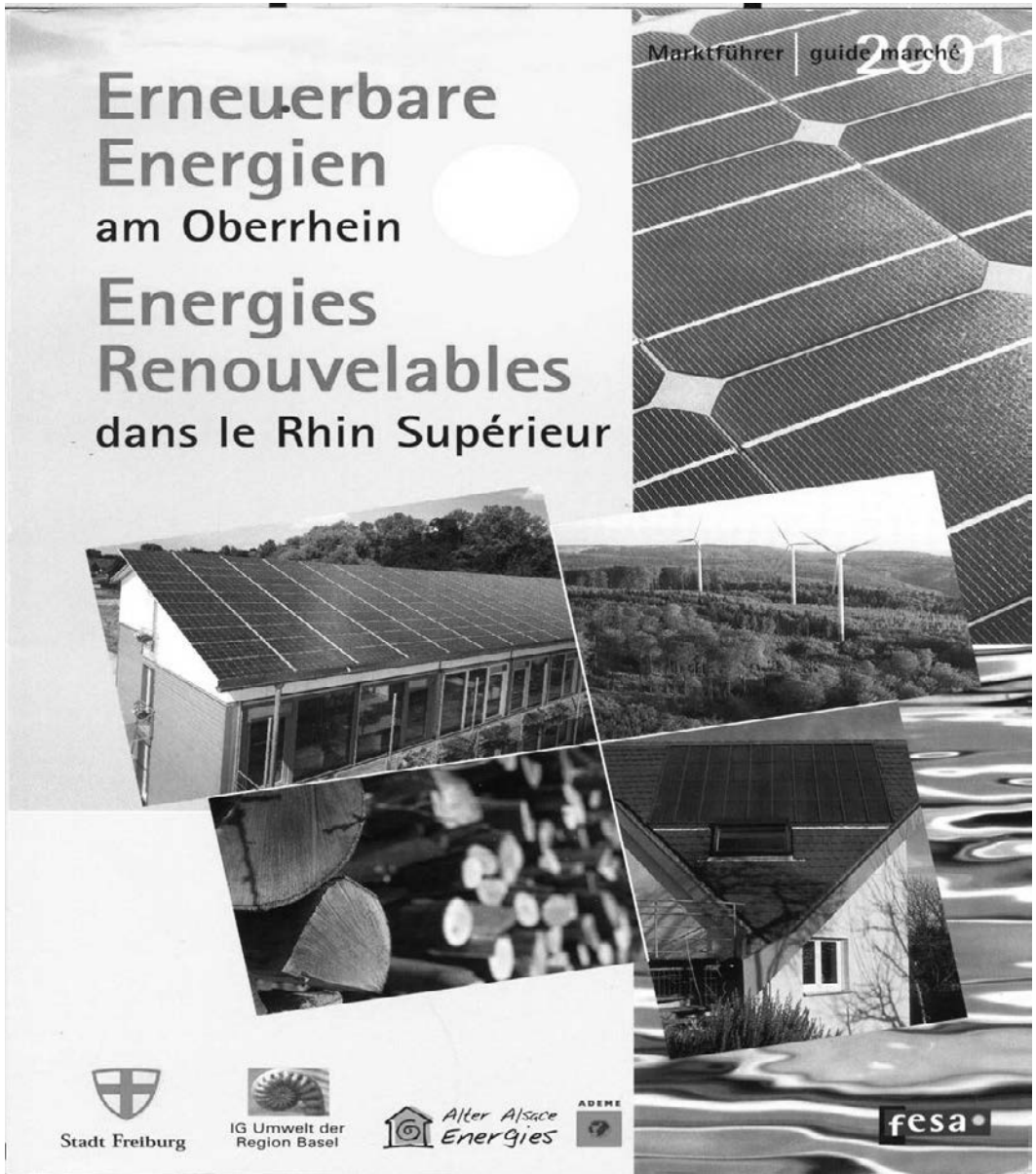


Abb. 16: Marktführer für erneuerbare Energien am Oberrhein. Vorlage: fesa, förderverein energie- und solaragentur regio freiburg e. V., Freiburg im Breisgau.

Region weitgehend vergebens werden. Andererseits aber kann als eine Spätfolge am Oberrhein – trotz des dortigen großen Entwicklungsdrucks als eine zentrale Region der EU – immer noch eine europäische Modellregion für ökologische Energie und für die Entwicklung von Nachhaltigkeit entstehen. Dafür müssen jedoch die technischen, geistigen, gesellschaftlichen und politischen Potentiale von der regionalen Politik und den hiesigen Institutionen viel intensiver in diese Richtung genutzt werden. Bei der Oberrheinkonferenz, beim Oberrheinrat, am deutlichsten noch bei der RegioTriRhena, sind hierfür bisher nur zarte Ansätze erkennbar. Aus der Erfahrung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sprechend, wird es nötig sein, dass aktive Teile der Bevölkerung und ihre Vereinigungen die Politik und Wirtschaft hierzu ein gutes Stück anschieben.

# Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein Bilanz und Zukunft der Regionen in Europa

Von DANIEL HOEFFEL und CONRAD SCHROEDER

## Podiumsdiskussion

*Kurt Hochstuhl*

1950/51 kam es an der deutsch-französischen Grenze zu seltsamen Aktionen. Junge Menschen, an der grünen Europa-Fahne als Europäer zu erkennen, räumten unter großer Medienpräsenz die Grenzschlagbäume beiseite, um so für ein vereintes Europa zu demonstrieren. Carlo Schmid, einer der großen Europäer der Nachkriegszeit, hat bei zahlreichen Gelegenheiten davon erzählt, wie diese spektakulären Aktionen der Europa-Bewegung abliefen. Man sei, so Schmid, vorher natürlich brav zu den Grenzbehörden gegangen, habe sie über die bevorstehende Aktion unterrichtet und im Interesse der Sache um Nachsicht gebeten. Was auch geschah. Sobald die Kameras und Rundfunkreporter abgezogen waren, seien die Schlagbäume wieder an die alte Stelle gebracht und die normalen Kontrollen der Grenzgänger wieder durchgeführt worden.

Einer der pauschalen Vorwürfe über Verlauf und aktuellen Stand der deutsch-französischen Freundschaft ähnelt stark der eben erwähnten Geschichte. Theaterdonner für die Medien, ohne konkrete Fortschritte für die Menschen.

Ist das so? Wie sieht Ihre persönliche Bilanz der deutsch-französischen Freundschaft am Oberrhein aus? Wie sind Sie »Oberrheiner« geworden?

*Daniel Hoeffel*

Auf verschiedene Arten und Weisen und auf verschiedenen Ebenen. Zunächst als einem Jahrgang angehörend, der der letzte Jahrgang war, der während des letzten Kriegs nicht eingezogen wurde. Und 30 Jahre oder 40 Jahre hernach wurde ich vom damaligen Präsidenten der Republik beauftragt, mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Alex Möller Verhandlungen zu führen über die moralische Entschädigung der elsass-lothringischen Zwangseingezogenen. Das war eine erste Gelegenheit, die sich mir bot, als geborener Elsässer diese Wiederversöhnung und beginnende Freundschaft auf nationaler Ebene mithelfen zu tragen. Ferner war ich dann, als Politiker im Elsass, als Vorsitzender des Generalrats des Unterelsass sehr aktiv, bin seit 25 Jahren in der badisch-pfälzisch-elsässischen Kooperation verwickelt. Und

ferner bot sich mir auch die Gelegenheit, auf der Regierungsebene mit meinen deutschen Kollegen oder auch in Brüssel bei der Entwicklung der Interreg-Programme namentlich mitzuwirken, um diesem oberrheinischen Raum einen immer konkreteren Inhalt zu geben.

Welche Bilanz kann ich ziehen? Zunächst und das muss immer wieder wiederholt werden: Ich glaube, dass die oberrheinische Kooperation eine unbedingte Notwendigkeit ist, und das aus zwei verschiedenen Gründen. Zum ersten, weil wir zwischen Schwarzwald und Vogesen einem gemeinsamen Raum, einer gemeinsamen Region angehören. Kultur, Geographie, Wirtschaft und Menschen in diesem Raum fühlen sich dem Oberrhein, dem gemeinsamen Oberrhein, verbunden, selbst wenn sie drei verschiedenen Staatsgebieten angehören. Aber zum zweiten auch, weil die Kooperation in unserem Oberrhein auch richtungsweisend sein kann und sein muss für eine enge deutsch-französische Kooperation. Diese deutsch-französische Kooperation wird zur Zeit zu oft banalisiert, als etwas natürliches bezeichnet. Und man geht manchmal schon so weit, zu fragen, ist es eigentlich immer noch notwendig, dass diese deutsch-französische Kooperation der Pfeiler der europäischen Kooperation überhaupt sein soll? Ich glaube, dass die letzten Jahrzehnte bewiesen haben, dass jedes Mal, wenn Deutschland und Frankreich in der Lage waren, richtungsweisend zu wirken, Vorschläge gemeinsam darzulegen, dass dies Europa erlaubte, neue Schritte zu unternehmen; der Vertrag von Nizza hat es erst kürzlich wieder bewiesen. Wenn Deutschland und Frankreich nicht fähig waren, ein gemeinsames Projekt zu verteidigen, dann war es für Europa ein Stadium des Stillstehens. Darum glaube ich, dass heute noch Europa eine deutsch-französische Kooperation braucht, die nicht banalisiert werden sollte.

In diesem allgemeinen Rahmen glaube ich, dass die Kooperation schon viele positive Resultate erzielen konnte. Obwohl sie auch Schattenseiten und Lücken aufweist. Die positiven Seiten, die haben sich allmählich seit 40 Jahren ergeben. Dank Initiativen auf verschiedenen Ebenen: Initiativen natürlich auf regionaler Ebene. Ich denke da an die nicht offiziellen Kontakte zwischen Gewählten beiderseits des Rheins seit über 40 Jahren. Beispielhaft seien Joseph Rey, der ehemalige Oberbürgermeister von Colmar, oder auch Wolfgang Schäuble auf badischer Seite genannt. Die haben ohne große Verträge durch menschliche offiziöse Kontakte dazu beigetragen, ein Klima zu schaffen, das eine lebendige Kooperation erlaubte. Ich denke aber auch ganz einfach an menschliche Kontakte auf verschiedenen Ebenen. Ich denke an die Grenzgänger, ich denke an die Gemeindeparterschaften, an Kontakte zwischen Industriebetrieben, Kontakte zwischen den Vereinen hüben und drüben, an die Zusammenarbeit auf universitärer und Forschungsebene und dann, warum es nicht aussprechen, dass auch die Bürgerinitiativen Dinge gesehen haben, die haben sehr spontan die Menschen zusammen gebracht. Man kann dafür oder dagegen sein, aber die haben bewiesen, dass eben die Brücken keine Hürden sind, die nicht übersprungen werden können.

Darüber hinaus denke ich an Kontakte auf regionaler Ebene, z. B. an die Initiative von 1997, die den Oberrheinrat gründete, in dem die Gewählten unter sich in einem gewissen Rahmen frei sich aussprechen und Probleme behandeln können, ohne die permanente Präsenz der offiziellen Verwaltung. Ich denke auch an Initiativen auf nationaler Ebene. Das Bonner Abkommen von 1975 war bestimmt ein großer Meilenstein auf dem Weg zu einer transnationalen Kooperation. Die Gründung der Oberrheinkonferenz, die Dreiländer-Kongresse, die die gemeinsamen Probleme behandeln, sind eine Notwendigkeit geworden, selbst wenn man bedauern kann, dass sie den spontanen Dialog nicht immer erlauben, dass das sehr offiziell vor sich geht. Aber man braucht auch offizielle Gremien, in denen gewisse Probleme behandelt werden. Und dann auf europäischer Ebene, auch an das muss man erinnern, haben seit 1991 die Interreg-Programme im Raum Pamina am nördlichen Oberrhein, im Raume Elsass-Pfalz-Baden, im Centre und am südlichen Oberrhein auch mit unseren Schweizer Partnern dazu geführt, dass sehr konkrete Projekte in die Tat umgesetzt werden können. Auch was Raumordnung anbelangt, das Raumordnungskonzept, das zur Zeit im Raum Straßburg mit einem Teil des Unterelsass und mit der Ortenau umgesetzt wird, ist ein Beispiel dafür, was man konkret miteinander und nicht nebeneinander zustande bringen kann.

Aber neben den positiven Seiten habe ich noch Zeit, auch manche Lücken aufzuwerfen oder manche Schattenseiten. Bestehen nicht zu viele offizielle Gremien, in denen die selben Personen sich zusammenfinden? Kann man nicht vielleicht mit weniger offiziellen Gremien noch schneller vorankommen, als mit diesem Wirrwarr an Institutionen, so zumindest der Eindruck für einen Außenstehenden? Sie sind zumindest in der Hinsicht positiv, dass jedes dieser Gremien es erlaubt, die Menschen zusammen zu führen, den persönlichen Kontakt aufrecht zu erhalten. Ich frage mich manchmal, ob wir in der deutsch-französischen Kooperation, auch in der Kooperation am Oberrhein, genügend Zeit aufbringen, um neben den offiziellen Verhandlungen den persönlichen Kontakt zu festigen? Denn schließlich, wenn sich die Handelnden treffen, miteinander sprechen, sich besser kennen lernen, dann sind auch die Gespräche freier, offener, direkter. Und was für den Oberrhein gültig ist, trifft auch, glaube ich, auf der nationalen Ebene zu. Ich denke, dass die führenden Persönlichkeiten nicht immer die Zeit aufbringen, um sich persönlich näher zu kommen; denn daraus ergibt sich auch positives in jeder Verhandlung, in jeder Diskussion, so schwierig sie auch sei.

Schattenseiten, da ist die große Verschiedenartigkeit des staatlichen Gebildes hüben wie drüben. Frankreich bleibt trotz aller Dezentralisierungsetappen ein sehr zentralistisch eingestellter Staat. Was nicht immer verständlich ist hier am Oberrhein für unsere Freunde, die einem Bundesstaat angehören und in dem das Wort Dezentralisierung noch lange nicht den selben Inhalt hat wie bei uns. Und ich glaube, Frankreich muss noch große Etappen in Richtung einer wahren Dezentralisierung voranschreiten, damit wir gegenseitig auf der



selben geographischen Ebene als Verantwortung tragende Gremien miteinander direkt und schneller und besser verhandeln können. Und dann vielleicht andere Fragen, die man sich stellen muss. Es gibt am Oberrhein für die Umsetzung der europäischen Interreg-Programme drei Einrichtungen, im Norden die PAMINA, in der Mitte die Communauté du Travail CENTRE und im Süden die TRI-RHENA. Ist eine gewisse Zerstückelung, eine geographische Zerstückelung des Oberrheins sowohl Paris wie Berlin gegenüber eine gute Sache? Oder ist der Oberrhein nicht kräftiger und nicht überzeugender, wenn er für seinen gesamten Raum eine gemeinsame Sprache sprechen kann? Ich sage nicht, dass eine Rivalität zwischen Nord und Süd besteht. Aber man muss sich doch die Frage stellen, wäre es nicht manchmal in mancher Hinsicht einfacher. Und dann werde ich aufhören, doch vielleicht noch eine andere Lücke oder Schattenseite. Wir haben eben gesehen, wie wichtig es ist, dass man sich in der selben Sprache verständigen kann. Und in dieser Hinsicht befürchte ich, dass trotz aller Arbeit und Fortschritte, die sowohl hüben wie drüben in Gange sind, um die Sprache des Nachbarn besser kennen zu lernen, der spürbare Rückgang der doppelten Sprachkompetenz und die schwindende Bereitschaft, auf französischer Seite die deutsche Sprache und auf deutscher Seite die französische Sprache zu lernen, ein Hemmnis werden wird für die Zukunft der Kooperation. Und das hängt nicht nur vom Kultusministerium oder vom Ministère de l'Education National ab, das hängt auch vom Willen der Eltern ab. Heute wird die englische Sprache als die moderne, zukunftssträchtige betrachtet. Ich befürchte, dass wir – sollte sich dieser Trend fortsetzen – bis in 50 Jahren das Englische benutzen müssen, um uns hüben und drüben miteinander verständigen zu können. Schon machen es manchmal unsere Regierungschefs. Aber ist es nicht notwendig, dass wir es irgendwie fertig bringen, damit Eltern, Lehrer und Verantwortliche allgemein es akzeptieren, dass die Sprache des Nachbarn neben dem Englischen das natürliche Kommunikationsmittel zwischen unseren Bestandteilen am Oberrhein bleibt? Es wäre noch manches zu sagen, wird vielleicht nachher gesagt werden können. Ich habe Verständnis für die Notwendigkeit, die Zeit zu respektieren.

### *Conrad Schroeder*

Vieles, was Senator Daniel Hoeffel zu den Problemen gesagt hat, könnte ich so und ähnlich formulieren, was vielleicht heute zeigt, dass wir unsere Stühle fast manchmal austauschen könnten. Wir kennen uns so gut, und Daniel Hoeffel hätte ohne Schwierigkeiten Regierungspräsident oder Abgeordneter im Deutschen Bundestag sein können, und ich hätte sicherlich mein Bestes versucht, um mit meinen Kenntnissen die Aufgaben, die Daniel Hoeffel in seinem Leben erfüllt hat, heute auch zu erfüllen. Also, wir sind uns persönlich nahe gekommen. Dies ist eine Betrachtung von heute, und das erfüllt einem, glaube ich, – das spürt man auch bei Daniel Hoeffel – mit einer ganz großen Zufriedenheit.

Aber Sie haben ja die Frage gestellt, wie wird man Oberrheiner? Vielleicht dazu einige Erinnerungen und Bilder. Ich war ja, wie Sie erwähnt haben, lange in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, und Helmut Kohl, er kam aus Rheinland-Pfalz, ist einige Jahre älter als ich, hat auch immer von diesen Bildern erzählt, als man nach dem Zweiten Weltkrieg mit großen Emotionen versuchte, die Grenzpfähle abzuräumen und zu verbrennen.

Die Abstimmung in Breisach über den Status als Europastadt. Sie haben Breisach erwähnt. Ich habe das gerade vor mir liegen. Am 9. Juli 1950 mit 95,6 Prozent Ja-Stimmen. Schon damals haben die Wählerinnen und Wähler gesagt, wir wollen Aussöhnung mit Frankreich und wir wollen Europa, bei einer Wahlbeteiligung gegen 100 Prozent. Eine große Sache, natürlich auch aus der Sicht des besiegten Deutschlands betrachtet. Man kann immer dann eher für etwas sein, wenn man in der Position des Unterlegenen ist. Das muss man sicher sehen. Ich persönlich bin hier in dieser Stadt geboren, habe noch als Kind die Zerstörung der Stadt erlebt und am 20. April 1945 den Einzug der Franzosen, die für mich als Befreier kamen, weil der Krieg zu Ende war. Dann haben wir in der Schule Latein und Französisch gelernt. Und wurden mit der französischen Mentalität sehr frühzeitig vertraut gemacht. Und dann kam der Schüleraustausch mit Frankreich; man lernte die Situation des Nachbarn kennen, die unterschiedliche Mentalität. Auch die Politik spielte eine große Rolle. Mein Elternhaus war europäisch geprägt. Sie wissen alle, dass ich in die CDU ging, und die Figuren Adenauer und Schuman haben fasziniert. Deutsch-französische Aussöhnung als ein Fundament für Europa, als der Weg nach Europa. Der Kanzler spricht ja nebenan, wie sieht es heute aus mit Deutschland und Frankreich in Europa. Aber das will ich jetzt mal zurückstellen. Also, ich war fasziniert von dem Gedanken, dass wir mit unserem Nachbarn in einen Konsens kommen müssen. Und dann, wenn wir heute hier die Broschüre »25 Jahre Oberrheinkonferenz« verteilen, dann ist damit lediglich eine Zwischenstufe erreicht. Herr Hoeffel hat es ganz deutlich gesagt. Dazu kam es natürlich, die ganzen Etappen kann und will ich jetzt nicht alle nachzeichnen. Das waren persönliche Kontakte, es waren große Persönlichkeiten, die auch nach der Stunde Null des Zweiten Weltkriegs aus dem Elsass, zunächst das muss erwähnt werden, Joseph Rey, der die Hand reichte, obwohl er hier mit Anton Dichtel, einer meiner Vorgänger als Regierungspräsident, im KZ bei der Gestapo eingebunkert war in Freiburg. Es waren auch Deutsche, es waren französische Kriegsgefangene, deutsche Kriegsgefangene, die in Frankreich waren, die gesagt haben, jetzt muss Schluss sein, wir müssen uns finden. Das war ein guter Nährboden. Joseph Rey war ein ganz hoch geachteter Mann zeit seines Lebens. Er wurde hierher eingeladen und hat sich hier bei uns bewegt, wie wenn er einer von uns gewesen wäre. Er war einer der Unseren. Und daraus folgten weitere nicht zu unterschätzende kulturelle Begegnungen. Dafür gibt es viele Beispiele. Die von Herrn Loeser vorgestellten Bürgerinitiativen sind natürlich auch ein Ausdruck und Teil des oberrheinischen Zusammengehörigkeitsgefühls. Das

hat auch Daniel Hoeffel gesagt, der eben die deutsche Sprache so beherrscht, wie wenn er hier in Freiburg aufgewachsen wäre. Es gab die ersten Städte- und Gemeindepartnerschaften. Gestern wurden Ludwigsburg und Montbéliard erwähnt, die bereits 1950 eine solche eingegangen sind. Hier am Oberrhein hat es ein bisschen länger gedauert, vielleicht weil man zunächst offiziell Berührungsängste hatte. Die erste Partnerschaft hier am Oberrhein schloss Badenweiler mit Vitel; 1959 ging die Stadt Freiburg mit Besançon eine Partnerschaft ein.

Zeitgleich und neben den Partnerschaften kam es zu grenzüberschreitenden Bürgermeisterbegegnungen hier im mittleren Breisgau, ausgehend wiederum von Joseph Rey.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat aber auch aus der Schweiz große Impulse bekommen. Die Schweizer, etwas unbelasteter, sie haben geholfen nach dem Zweiten Weltkrieg gerade hier sehr stark humanitär. Das hat auch schon geprägt, mit Duldung der französischen Besatzungsmacht, die Hilfe die humanitäre hier und dann die Regio Basiliensis der Impuls aus Basel: Es muss doch möglich sein, dass wir hier jetzt uns im Gemeinsamen zusammenfinden, im Guten und im Schlechten. Man hat gesehen die Probleme des Rhein-Seiten-Kanals, die Erblast noch aus dem Versailler Vertrag, dass wir hier gemeinsam und nicht gegensätzliche Lösungen finden müssen, die Salzeinleitung der Kaliminen in Mulhouse und vieles andere mehr. Aus Basel, der Impuls 30 Jahre Regio Basiliensis. Aus den 60er Jahren, erst Institutionalisierung und dann ging es wirklich Schlag auf Schlag, dann kamen die Regiogesellschaften in Mulhouse, Freiburg, genau so, ich brauche das nicht zu wiederholen, im nördlichen Elsass im Departement Bas-Rhin, Ortenau. Es ist hier Pamina in diesem Raum gegründet worden.

Dann möchte ich noch einmal einen Zwischenstopp machen. Der große Wurf für die Anfänge der institutionalisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war der Accord von 1975, zwischen Paris, Bern und Bonn, der schließlich in die Oberrheinkonferenz mündete, zunächst Commission bipartite, dann tripartite und dann die Regierungskommissionen.

Für mich ist es auch ganz wichtig, direkte Kontakte mit Bürgermeistern, mit Abgeordneten, mit Bürgerinitiativen auch auf der anderen Seite des Rheins. Aber die großen Rahmenbedingungen müssen auch stimmen. Einen ganz großen Impuls haben wir natürlich bekommen vom Élysée-Vertrag 1963, die sichtbare Aussöhnung zwischen Adenauer und de Gaulle in Reims. Wollten wir diese schönen Bilder zeigen, würde uns die Zeit fortlaufen. Der Élysée-Vertrag wo man begonnen hat auf der großen nationalen Ebene etwas zu schaffen, regelmäßige Treffen der Regierungschefs, monatliche Treffen der Fachressortminister und eine Zusammenarbeit in den Ministerien und damit auch in den Verwaltungen. Das war der Élysée-Vertrag, der ja gleichzeitig das deutsch-französische Jugendwerk schuf, das mit seinen fünf Millionen Austausch von Frankreich nach Deutschland und umgekehrt zusammen mit dem von uns gesagten die Grundlage gelegt hat, dass wir da sind, wo wir heute sind.

Zu den Defiziten, da möchte ich noch einen letzten Satz sagen: Oberrhein-Parlament als Sprachrohr der Bevölkerung, damit hat ja Daniel Hoefel geendet. Ja, ich bin ja in der CDU, und vielleicht wäre Daniel Hoefel, wenn er hier wäre, auch in der CDU in Deutschland. Wolfgang Schäuble ist ja schon als wichtiger Akteur genannt worden. Ihm habe ich auf einem baden-württembergischen Parteitag der CDU mal gesagt, wir wollen, ja wir brauchen ein Oberrhein-Parlament. Und dann war 1995 ein Treffen zwischen Mitterand und Kohl in Mulhouse, einer der »Gipfel«. Und dann kam Mitterand und hat gesagt: es gibt nur ein Parlament, und das sitzt in Paris, und da gibt es auch den Senat. Und dann hat Kohl gesagt: Mitterand hat recht. Und ich habe dann gesagt, ich habe es nicht so gemeint. Heute würde ich das nicht mehr so formulieren. Heute meine ich, dass wir auch eine gewisse parlamentarische Ebene brauchen als Sprachrohr für die Bürger zum Zusammenwachsen hier am Oberrhein, für immerhin fünf Millionen Menschen. Dies vielleicht als erste zu lang geratene Antwort auf Ihre Frage, aber Sie sehen daran, dass diese Dinge uns wirklich ein Herzensanliegen für uns als Oberrheiner sind.

#### *Kurt Hochstuhl*

Gehen wir vom Gipfel von Mulhouse zurück zu den Oberrheinischen Verträgen von 1975, die ja den drei Regionen Nordwestschweiz, Elsass und Oberrhein ein »Selbstbefassungsrecht« zu allen Themen einräumen, die diese Regionen berühren. Damit wurde ein Privileg des Bundes bzw. der jeweiligen staatlichen Zentrale, nämlich das der Außenpolitik, delegiert auf eine Raumschaft und die sie repräsentierenden und vertretenden staatlichen Einrichtungen. Ein außergewöhnliches, ja für die Zeit singuläres Verfahren. Die Oberrheinischen Verträge sind erster Höhepunkt und eine markante Zwischenetappe eines Prozesses, der viel früher begann.

Im Gefolge dieser Oberrheinischen Verträge kam es zur Gründung einer Vielzahl von staatlichen, kommunalen und – nennen wir sie – halbparlamentarischen Einrichtungen, die als Begriffe in der Öffentlichkeit präsent sind, deren Bedeutung und Wirken aber den meisten verborgen bleiben. Besteht bei dieser Vielfalt von Institutionen nicht die Gefahr paralleler, im schlimmsten Falle sogar konträrer Aktivitäten?

#### *Conrad Schroeder*

Die Oberrheinkonferenz ist ein Organ staatlicher Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit der Präfekten in Straßburg und Colmar, der Regierungspräsidenten in Karlsruhe und Freiburg und der Regierungen in Basel Stadt und Land und seit kurzem auch, weil die Sache so attraktiv ist, der Regierung des Kantons Aargau und der Bezirksregierung der Südpfalz. Es ist also ein attraktives Mandatsgebiet. Wir haben uns halbjährlich getroffen, die Regierungspräsidenten, die Präfekten, dabei der Präsident des Generalrats usw.

Über diese Treffen hat einmal der Präfekt des Bas-Rhin gesagt: »on taille les ailes de mouche« – man teilt den Mücken die Flügel. Insgesamt haben wir, glaube ich, 25 Gremien, staatliche, kommunale und private. Ich könnte sie sogar nicht einmal alle aufzählen. Aber die Oberrheinkonferenz ist natürlich schon zu einem Kulminationspunkt, zu einer Zusammenfassung geworden von staatlichen Aktivitäten. Dies ist die eine Seite. In ihr sind dann sieben Arbeitsgruppen gebildet worden mit etwa 400 Mitgliedern aus drei Ländern, die hier in diesen Arbeitsgruppen – Umwelt usw. – zusammengearbeitet haben. Und wie sehr wir zusammengekommen sind, das möchte ich auch mal an einem einzelnen Beispiel sagen: Drogen. Noch vor sieben Jahren wäre es unmöglich gewesen, dieses Thema hier am Oberrhein zu behandeln. Die Deutschen haben gesagt, es ist die Sache der Mediziner, die Schweizer der Soziologen und die Franzosen der Polizei. Jetzt haben wir eine Arbeitsgruppe Drogen, angesiedelt bei der Gesundheit, und die geht gemeinsam an das Thema ran. Und so gibt es viele Themen. Auch zu den Bürgerinitiativen, die für mehr Transparenz, für einen gemeinsamen raumordnerischen Planungsrahmen gesorgt haben, dass jeder vom anderen weiß, was er macht. Und diese Oberrheinkonferenz ist wirklich eine große Kulmination, und das muss ich immer wieder betonen, nicht nur weil ich Regierungspräsident war. Ich war lange Abgeordneter und bin jetzt wieder Stadtrat. Ich sehe auch die kommunale Seite. Es muss hier natürlich bei diesen ganzen Regio-Gesellschaften TriRhena, Freiburger Regio Gesellschaft usw., zusammen geführt werden. Und was wir neuerdings auch hatten, das sind die Interreg-Begleitausschüsse als europäische Einrichtung. Über dem Ganzen ist ja das Dach Europa und mit den Interreg-Begleitausschüssen haben wir nochmals einen riesigen Schub bekommen.

Die Bürgerinnen und Bürger messen uns heute nicht an den Gremien, da sind wir uns einig, sondern an den erzielten und realisierten Projekten. Und ich gehe hier nicht zu hoch, wenn ich sage: seit 1990 sind mit Hilfe der Oberrheinkonferenz, aber auch der kommunalen Seite, etwa 250 bis 300 Projekte von Pamina bis in den Raum Basel und dann weiter auch am Hochrhein realisiert worden. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht in der Vorbereitung, das sind ganz großartige Projekte wie die trinationale Ingenieurausbildung in Lörrach oder die Ausbildung zum Europalehrer oder der Euro-Verbund oder, gerade hier an der Universität besonders spürbar, die Zusammenarbeit mit integrierten Studiengängen hier am Oberrhein.

Die Interreg-Begleitausschüsse müssen natürlich, und das ist der nächste Schritt, integriert werden in die Arbeit der Oberrheinkonferenz.

Vielleicht auch noch einigen Anmerkungen zur parlamentarischen Ebene. Ich war lange Parlamentarier und verstehe, dass die Abgeordneten sagen, sie wollen nicht bei der Exekutive mitarbeiten. Und darum kam der Oberrheinrat. Dieser Oberrheinrat als Forum der Gewählten. Zum Teil sitzen die Gewählten aber wieder in der Oberrheinkonferenz. Also hier muss eine Zusammenführung erfolgen, Herr Hochstuhl, der verschiedenen Gremien. Es muss

transparenter gemacht werden, und es müssen auch einige abgeschafft werden. Bei TriRhena hab ich gemeint, sie schaffe man als Dachverband für die verschiedenen Regio-Gesellschaften Freiburg, Mulhouse, Basel, aber sie glauben gar nicht, wie hartnäckig es ist, bestehende Gremien nicht am Leben zu erhalten. Hier muss abgebaut werden, nicht noch zugebaut werden. Das ist gar keine Frage. Wir brauchen eine gewisse Exekutive, und wir brauchen auch eine Vertretung der Gewählten und natürlich auch der kommunalen Seite. Das ist ganz wichtig, dass auch die Kommunen sich hier finden. Aber am Schluss werden wir alle gemessen an den Projekten, die wir umsetzen, am Museumspass, an gemeinsamen Volkshochschulen, an gemeinsamen Kindergärten usw.

Auch was die Sprache anbelangt, auch da ist mit Interreg wahnsinnig viel gemacht worden. Wir haben hier in Freiburg bestehende deutsch-französische Einrichtungen. Es sind weitere ins Leben gerufen worden. Wir wollen auch eine deutsch-französische Berufsschule einrichten. Das geht heute alles mit den Interreg-Mitteln und genauso im Elsass und der Südpfalz.

Also, die Projekte müssen heute voran gebracht werden mit Hilfe der Oberrheinkonferenz und Integration anderer Gruppen. Vor allen Dingen darf der Oberrheinrat, die Ebene der Parlamentarier, kein selbständiges Eigenleben führen neben der Oberrheinkonferenz. Das muss zusammengeführt werden, das ist schon ein Petitem an die Zukunft.

### *Daniel Hoeffel*

Ich kann im Großen und Ganzen Conrad Schroeder nur zustimmen. Das Problem wird sein, wie kann man aus einer großen Vielfalt von Gremien besser ergänzend wirken und komplementär wirken in der Zukunft. Da wo europäisches Geld ist, muss natürlich eine Ebene bestehen, um die Interreg-Programme ins Konkrete umzusetzen. Aber daneben ist es, glaube ich, wichtig, dass neben den offiziellen Oberrheinkonferenzen, in denen die Vertreter sowohl der baden-württembergischen oder rheinland-pfälzischen Regierung wie auch die Vertreter der französischen Regierung sitzen, ein Oberrheinrat besteht. Wir müssen einen Ort haben, in dem sich die Gewählten ohne Hemmung ganz frei aussprechen können. Und ich glaube, dass der Oberrheinrat in dieser Hinsicht etwas Notwendiges ist. Man muss natürlich verhindern, zu sagen, dass dieser Oberrheinrat ein Parlament ist. Sonst wird nicht nur Paris bängen, sondern vielleicht auch Stuttgart oder Mainz oder gar Berlin. Und darum, als der Oberrheinrat gegründet wurde, fand er nicht immer unbedingt spontane Zustimmung auf französischer Seite. Aber ich glaube, dass da eine ganz konkrete positive Arbeit geleistet werden kann. Ich bin Vorsitzender des Ausschusses Landwirtschaft-Umwelt des Oberrheinrats. Und ganz frei können wir uns zwischen Schweizern, Deutschen und Franzosen aussprechen. Das haben wir schon gemacht, z. B. über den Schutz des Grundwassers am Oberrhein, über bessere Information über Kernkraft-

energie, namentlich was Fessenheim anbelangt, über Umweltprobleme, Umweltschutz, Vereinbarung zwischen Landwirtschaft und Umwelt allgemein. Das machen wir in aller Offenheit, und ich glaube, es muss ein Gremium geben, in dem man diese Fragen außerhalb eines zu offiziellen steifen Rahmens behandeln kann. Und dafür ist der Oberrheinrat wichtig und muss er, glaube ich, noch an Einfluss dazu gewinnen. Aber wenn wir konkret handeln wollen, dann müssen wir auch noch mehr an die Basis kommen. Und darum befürworte ich die Gründung grenzüberschreitender Zweckverbände, in denen die Kommunen hüben und drüben in einem gemeinsamen Zweckverband gemeinsam etwas ausrichten können, binden können. Ein erster Zweckverband wurde im Raum Weißenburg gegründet und auch ein anderer in Fessenheim-Harthelm. Da kann man Brücken bauen, gemeinsame Schulen bauen. Warum nicht neben der Ingenieurschule von Lörrach den Versuch unternehmen, eine Technikerschule im Raum Weißenburg herzustellen. Denn damit gewinnen unsere Mitbürger den Eindruck, dass wir tatsächlich nicht nur Gremien bilden, um Gremien zu bilden, sondern dass man sie bildet, um konkret etwas umzusetzen.

*Kurt Hochstuhl*

Herr Hoeffel, Sie sprachen die Finanzen an. Wir haben hier europäische Finanzen erwähnt. Kompetenzen von Einrichtungen hängen ja auch stark mit der finanziellen Ausstattung dieser Einrichtungen zusammen. Über welches Budget verfügt die Oberrheinkonferenz, weiter gefragt, welche Bindungswirkung gegenüber den Ländern haben die Beschlüsse der Oberrheinkonferenz?

*Conrad Schroeder*

Die Oberrheinkonferenz hat im Augenblick im Gegensatz zur internationalen Bodenseekonferenz noch kein eigenes Budget. Ich habe das immer wieder beantragt, hatte auch Signale aus Stuttgart, auch zum Teil aus Paris, dass man die Oberrheinkonferenz vorsichtig dotieren möchte mit einem gewissen Budget. Aber was wichtig ist, die Oberrheinkonferenz ist fest im Staatshaushalt des Landes Baden-Württemberg etatisiert. Eine eigene Stabstelle für die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit fünf Personen, außerhalb des Regierungspräsidenten, die nichts anderes machen, als die grenzüberschreitenden Projekte vorzubereiten, zu koordinieren und, vor allem, für deren Finanzierung zu sorgen. Wenn es keine Interreg-Gelder aus Brüssel gibt, müssen Projekte zu 100 Prozent aus der Region finanziert werden. Mit Interreg-Geldern reduziert sich die nationale Beteiligung auf 50 Prozent. Die Interreg-Mittel stehen in der Regel als Anlauffinanzierung über sechs Jahre zur Verfügung. Dies ist unwahrscheinlich hilfreich. Also wenn sie denken sechs Millionen DM für die trinationale Ingenieurschule, und wir bekommen die Hälfte aus Brüssel, dann ist das natürlich mehr als nur ein Griff in die Portokasse.



Zuschüsse für die Umsetzung von Beschlüssen der Oberrheinkonferenz müssen zum einen über die Landtage, zum anderen über die nationalen Regierungen hereingeholt werden, indem wir versuchen, das Geld aus den jeweiligen Haushalten frei zu bekommen. Es sieht aktuell so aus, dass man hier aus Baden-Württemberg einige 100 000 DM freimachen wird, auch als eine gewisse Verfügungsmasse für Projekte, und Frankreich und die Schweiz werden hier sicher mitmachen. Der Schweizer Bundesrat in Bern, übrigens ein ganz hervorragender Partner, hat, glaube ich, jetzt 36 Millionen Schweizer Franken allein für Interreg-Projekte zur Verfügung gestellt.

Aber was ganz wichtig ist, was glaube ich noch niemand von uns erwähnt hat, was auch in meiner Amtszeit geschaffen werden konnte, ist das gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz mit Sitz in Kehl in der Villa Reh-fus. Dort sitzen aus allen drei Ländern Bedienstete, die rund um die Uhr alle diese Beschlüsse, die die Oberrheinkonferenz gefasst hat, umsetzen. Um von ganz großen Dingen zu reden, möchte ich nur die Realisierung eines Oberrheinischen S-Bahn-Verbunds erwähnen, der Straßburg, Karlsruhe, Offen-burg, Basel, den Euro-Airport in Mulhouse und Freiburg umfassen soll. Ein Teil davon ist bereits realisiert. Wie die S-Bahn-Linie Verte und auch der Metro-Rhin zwischen Offenburg und Straßburg. Dies alles ist Arbeit der Oberrheinkonferenz und des gemeinsamen Sekretariats.

Und noch ein wichtiger Punkt sind die Infobestellen, die wie eine Per-lenschnur sich von Lauterbourg über Straßburg, Kehl, Breisach, Basel, Palm-rain, Waldshut bis nach Konstanz erstrecken und heute für die Bürger eine unwahrscheinliche Hilfe sind. Da kommen jeden Monat Hunderte von Men-schen, Grenzgänger, kleine Unternehmer, und fragen, was bedeutet es, diese offenen Grenzen, wie können wir nach Frankreich, wie sieht es aus mit den dortigen Steuern, den Schulen usw. Dies ist ja auch ein positives Zeichen, wo wir uns heute befinden. Zwei Dinge will ich noch nennen, die mich schon faszinierten und immer noch faszinieren. Erstens: Als die französischen Truppen 50 Jahre nach Kriegsende hier abgezogen sind, haben sich viele Bür-germeister und große Teile der Bevölkerung für deren Bleiben ausgespro-chen. Natürlich spielten die Franzosen als Wirtschaftsfaktor eine nicht unbe-deutende Rolle hier am Oberrhein. Aber mindestens genau so bedauert wurde, dass mit dem Abzug der französischen Truppen die kulturelle Prä-senz Frankreichs in unserer Raumschaft zurückging, womit die positiven Er-gebnisse des gemeinsamen Zusammenlebens explizit anerkannt wurden.

Zweitens: Dass heute deutsche Bürgerinnen und Bürger sich im Elsass niederlassen können, dass der Anteil der Deutschen in elsässischen Gemein-den manchmal bis zu 15 Prozent beträgt und das Zusammenleben trotz eini-ger Sprachprobleme, die es zweifelsohne gibt, ohne gravierende Probleme vonstatten geht, dies grenzt angesichts der gemeinsamen Geschichte beider Nationen fast an ein Wunder. Gleichzeitig ist es ein überzeugender Beweis für die in das kollektive Bewusstsein eingegangene Normalität deutsch-fran-zösischer Beziehungen hier am Oberrhein und zugleich für die Faszination

und die Wirkkraft des europäischen Gedankens im Herzen des Kontinents. Hier werden Brücken gebaut und Dinge verklammert, die schon enorm sind.

*Kurt Hochstuhl*

Dann wird ja hoffentlich die seit 50 Jahren bestehende Frage der Bahnverbindung und einer Eisenbahnbrücke zwischen Freiburg und Colmar auch noch gelöst.

*Conrad Schroeder*

Zuerst zwischen Mulhouse und dem Euro Airport, und im Augenblick ja auch nach Straßburg rüber. Die Verbindung nach Colmar durch die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke hat auch für uns aus dem Freiburger Raum oberste Priorität. Dafür kämpfe ich auch, nicht nur mit Herzblut, sondern auch mit vernünftigem Realismus, weil sie notwendig ist. Wenn man offene Grenzen hat oder keine Grenzen mehr, dann braucht man eben auch die gemeinsamen Infrastrukturen. Erinnern möchte ich hierbei an eine Forderung von Anton Dichtel, einer meiner Amtsvorgänger und mit Joseph Rey einer der Männer der ersten Stunde hier am Oberrhein. Dichtel forderte schon in den 60er Jahren, dass zwischen Basel und Straßburg alle 15 Kilometer eine Brücke den Rhein überqueren müsse, egal ob Eisenbahn-, Auto- oder nur Fußgängerbrücke. Im Augenblick werden zwei Brücken neu gebaut, die eine südlich von Straßburg parallel zur Europa Brücke und die zweite ist erwähnt worden von Daniel Hoeffel, Hartheim-Fessenheim.

In diesem Zusammenhang muss ich noch das Karlsruhe Abkommen von 1996 erwähnen, das den Anliegern am Oberrhein ermöglicht, nach europäischem Recht gemeinsame Zweckverbände zu bilden. In der ersten Euphorie dachte ich damals, die Oberbürgermeister von Freiburg, Straßburg, Colmar, Basel und Mulhouse setzen sich jetzt zusammen und beschließen – ohne Paris, ohne Bern, ohne Berlin – die Errichtung einer Brücke, einer Hochschule usw. Diese Erwartungen wurden etwas enttäuscht. Gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Infrastruktur, wo ja große Finanzsummen gebraucht werden, haben wir mit den nationalen Regierungen immer noch zu kämpfen. Aber auch hier geht die Zeit weiter. Mit etwas mehr Regionalismus in Frankreich und größerer regionaler Selbständigkeit auch diesseits des Rheins, sind wir, glaube ich, auf einem guten und richtigen Weg.

*Daniel Hoeffel*

Ich möchte kurz auf die grenzüberschreitenden Zweckverbände zurückkommen. Ich war mit diesem Problem verbunden, in den Jahren 1994–1995, als ich als Raumplanungsminister beauftragt war, diese Zweckverbände in das Gesetz umzusetzen. Und ich kann sagen, dass es nicht ganz einfach war, Hemmungen auf der höchsten Ebene zu überwinden, die gegenüber solchen

grenzüberschreitend wirkenden Zweckverbänden bestanden. Und auch heute noch ist es nicht einfach, solche Zweckverbände in die Tat umzusetzen. Aber ich glaube auch, die Hauptsache ist schon, dass die gesetzliche Basis besteht. Und ich denke, dass wir mit diesem Instrument sehr konkret zu Resultaten kommen können, ja kommen müssen. Ich habe in Erinnerung, dass in der selben Zeit, 1994, wegen dieser Zweckverbände mein damaliger Regierungschef mir in Straßburg erklärte, er wünsche, dass Kooperation zwischen den Regionen vorrangig im Raum des nordöstlichen Frankreichs stattfinde, noch vor einer Festigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Daraufhin musste ich damals auf der Mitgliederversammlung der Regio Basiliensis in Weil am Rhein erklären, dass der eigentliche Wille der Regierung, nachdem das Gesetz über die Raumplanung verabschiedet war, sei, natürliche Kooperationen zu festigen im nationalen Rahmen, aber nicht an Stelle und nicht vor der grenzüberschreitenden Kooperation namentlich am Oberrhein. Diese Position bleibt bis heute die offizielle Position, und ich kann ihnen versichern, dass wir auch alles daran setzen werden, namentlich mit einer europäischen Konzeption, dass wir auf diese Art und Weise die Kooperation am Oberrhein festigen können.

Gewiss, die Oberrheinkonferenz, wie es Conrad Schroeder sagte, hat keinen eigenen Haushalt. Und darum ist es wichtig, dass Europa sehr starke Kredite eingesetzt hat. Aber mit der Erweiterung der Europäischen Union und mit der Solidarität, mit der wir alle theoretisch einverstanden sind, muss man damit rechnen, dass die Interreg-Kredite mit der Zeit sich schmälern werden. Und dass wir auf nationaler und grenzüberschreitender Ebene mehr und mehr, was das Finanzielle anbelangt, eingreifen müssen und werden, um den Rückgang der europäischen Kredite zu ergänzen. Auch das müssen wir heute schon wissen, denn es werden größere finanzielle Lasten auf uns kommen, weil Europa in den nächsten zehn und 20 Jahren das nicht mehr leisten kann, was es in den vergangenen zehn Jahren geleistet hat. Aber dafür wollen wir gerne aufkommen. Und ich denke da auf französischer Seite namentlich an die Gebietskörperschaften, die den Hauptanteil des finanziellen Opfers tragen werden und nicht unbedingt die nationale Ebene. Aber wenn wir schon wollen, dass die Kooperation am Oberrhein stark und stärker sein wird, dann müssen wir auch auf regionaler Ebene und in den Gebietskörperschaften bereit sein, unsere Opfer zu bringen, um das weiter voran zutreiben.

*Kurt Hochstuhl*

Fragen und Beiträge aus dem Publikum?

*Klaus Bindner*

Es haben beide Redner diese verschiedenen Gremien und Projekte angesprochen. Sie sind unbestritten wichtig, weil die Dinge auch wachsen, zusammenwachsen müssen. Herr Dr. Hoeffel hat aber auch darauf hingewiesen,

dass das Überspringen des Funkens auf breite Schichten der Bevölkerung vielleicht das Schwierigste ist. Wenn man das weiß, schaut man gerne nach positiven Beispielen. Eines dieser positiven Beispiele sind die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die Zehntausende, wenn nicht gar Hunderttausende Menschen aus dem Dreiländereck sich nahe gebracht haben. All diese Menschen hatten ein übergeordnetes Ziel, nämlich den Versuch, die Bedrohung des gemeinsamen Lebensraums Oberrhein durch die genannten industriellen Komplexe zu verhindern. Heutzutage würde sich als übergeordnetes Ziel zum Beispiel anbieten der Klimaschutz, das gemeinsame Vorgehen gegen die drohende Klimakatastrophe. Was dem entgegensteht, hat Dr. Bendick in seinem Vortrag deutlich angesprochen. Die Schwierigkeit, Dinge aufzuarbeiten, solange noch die Personen da sind, die darin involviert waren und sind. Ein großes Hemmnis ist dabei, sprechen wir es offen an, das Kernkraftwerk Fessenheim. Die Schweiz bohrt im Moment an der badischen Grenze nach einem Atomlagerplatz. Beide Regierungen wissen natürlich, dass wenn sie die grenzüberschreitende Kooperation vorantrieben, sofort die Forderungen nach der Stilllegung von Fessenheim und der Verhinderung des Atomlagerplatzes kämen. Wenn dagegen ein Bewusstsein eines gemeinsamen Ziels, umweltfreundliche Energiepolitik z. B., vorhanden wäre, dann würde der Funken auf die Bevölkerung viel leichter überspringen.

*Günter Richter, ehemaliger Pfarrer von Weisweil*

Vorhin ist hinter mir in einem Votum geäußert worden, dass der Bereich des »zusammenwachsenden Europas« im Vortrag von Dr. Loeser nicht so deutlich herausgestellt worden ist. Ich möchte aus der Praxis der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen doch das Gegenteil betonen. Die Kooperation mit den elsässischen Freunden war ausnehmend gut und in einer Art und Weise, wie sie seinerzeit nicht hätte besser sein können. Das Lied »Die Wacht am Rhein« von Walter Mossmann, ebenfalls hier anwesend, ist vorhin zitiert worden. Im achten Vers heißt es: »In Weisweil im Gemeindehaus, da fing die Sach mal an, da wird nicht nur gebetet, da wird auch was getan!« Ich war damals Pfarrer in Weisweil während dieser »Wyhl-Kampfzeit« und war auch auf dem Platz, als die Polizei kam. Ich habe nachher auch die Leute begleitet, die nach Emmendingen zur erkennungsdienstlichen Behandlung kamen. Ich habe in meinem Pfarrhaus einige Menschen mit meiner Frau zusammen »trocken« gelegt, die von der Polizei mit Wasserwerfern nass gespritzt wurden.

Natürlich gab es im Dorf auch Kontroversen zwischen Befürwortern, die damals, vor dem »Club of Rome«, immer noch meinten, alles was machbar sei, sei auch zu machen, und den Gegnern des Projekts, die auf die großen Gefahren hinwiesen. Es war nicht immer leicht, und oft saß ich zwischen den Stühlen. Dennoch habe ich als Pfarrer versucht, zwischen diesen Positionen eine Brücke zu bilden, im Dorf wie zwischen den anderen Beteiligten, zwi-

schen Bürgerinitiativen, Badenwerk und der Landesregierung. Ich gehöre zu den wenigen, die seinerzeit mit den Verhandlungen über die Offenburger Vereinbarungen den Anfang machten. Vor den Offenburger Gesprächen fanden zwei Vorverhandlungen mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU im baden-württembergischen Landtag Lothar Späth im Weisweiler Gemeindehaus statt. Diese Vorverhandlungen führten zu den insgesamt acht Hauptverhandlungen, ehe in Offenburg die Vereinbarung unterschrieben werden konnte. Ich gehöre auch zu denjenigen, die unterschrieben haben. Diese Offenburger Vereinbarung hat also in Weisweil ihren Anfang genommen, unter Beteiligung unserer elsässischen Freunde. Und ich weiß aus Gesprächen mit Lothar Späth, dass ein gewisser Druck auch von diesen elsässischen Freunden ausging. Schließlich war deren Beteiligung ein deutliches Zeichen, dass die rechtsrheinische Bewegung nicht nach dem »Florians-Prinzip« agierte, sondern das gesamte Energiekonzept, das sie als bedrohlich für beide Seiten des Rheins ansahen, ablehnten. Heute bin ich dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, den Bau des Kernkraftwerks auf friedliche Weise zu verhindern. Ich bin aber auch Lothar Späth dankbar, der, anders als Dr. Filbinger seinerzeit, ein Gespür für unsere Ängste und Sorgen entwickelte und schließlich mit dafür sorgte, dass Vertreter der Bürgerinitiativen an den Hauptverhandlungen teilnehmen konnten.

Ich möchte insgesamt sehr danken für das, was ich gestern und heute hier gehört habe. Ich glaube, man sollte solche Veranstaltungen weiter führen.

Fazit: Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben am Nichtzustandekommen des Atomkraftwerks Wyhl erheblichen Anteil gehabt, so wie sie im grenzüberschreitenden Dialog auch das Bleiwerk in Marckolsheim zu verhindern halfen.

### *Edgar Wolfrum*

Da ich gerade angesprochen wurde, möchte ich kurz etwas zu meinem Votum sagen. Ich glaube, ich bin da missverstanden worden. Ich wollte keineswegs in Abrede stellen, dass die Beziehungen zwischen Badenern und Elsässern intensive waren und deren Gemeinsamkeiten wesentlich dazu beigetragen haben, dass das Atomkraftwerk Wyhl nicht gebaut worden ist. Mir ging es eher um die Frage, wie sind damals die Elsässer auf der anderen Seite des Rheins wahrgenommen worden, eher als Franzosen oder eher als Elsässer? Dieses Thema ist, denke ich, von nicht geringem Interesse.

### *Kurt Hochstuhl*

Ich weiß nicht, ob man diese volksmäßige Kategorisierung so weit treiben sollte, denn Elsässer sind Franzosen und Alemannen oder Südbadener sind Deutsche. Und die Dividierung in verschiedene Schubladen hilft, glaube ich, dem Kooperationsprozess generell in der Region und auch auf nationaler Ebene nicht besonders weiter. Beide Redner haben davon gesprochen, dass

das Bewusstsein vom gemeinsamen Lebensraum am Oberrhein und seiner möglichen Bedrohung durch diese Bürgerinitiativen ganz stark gefördert worden ist. 1986 wurde aus dieser Möglichkeit Realität durch den Unfall im Chemiewerk Sandoz in Rheinfelden. Seine Folgen haben damals jedem, selbst denen, die über Wyhl und die Bürgerinitiativen nur ganz am Rande etwas gehört haben, das Szenario einer gesamten Bedrohung des Lebensraums Oberrhein vor Augen geführt.

Dies hatte natürlich Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der TRIREGIO. Könnten Sie dazu, Herr Hoeffel und Herr Schroeder, noch etwas sagen?

*Daniel Hoeffel*

Ich möchte auf zwei Fragen zurückkommen. Ich war Zeuge in den 70er Jahren, zur Zeit von Wyhl und Marckolsheim. Das neue Werk von Marckolsheim, das gegründet werden sollte. Damals war ich im Arbeitgeberverband Unterelsass. Also in direktem Kontakt mit den Gegnern und den Befürwortern der Ansiedlung dieses Betriebs in Marckolsheim. Und ich kann sagen, dass das, was damals in Marckolsheim geschah, tatsächlich zu einer wichtigen Wende beigetragen hat. Bis zum Anfang der 70er Jahre wurde jede Neuansiedlung eines Betriebs automatisch befürwortet. Warum? Die Textilindustrie war in der Krise, die Schuh- und die Lederindustrie waren in der Krise. Massenweise wurden Arbeitsplätze abgebaut, und man war damals glücklich, wenn ein neuer Betrieb, welcher Natur er auch sei, neue Arbeitsplätze gründen wollte. Marckolsheim hat zu einer, wie man es auf Französisch sagen kann, »prise de conscience« geführt. Wenn nun ein Unternehmen kam, wurde das Umweltprinzip mit einbegriffen in die Studie für die Neuansiedlung dieses Betriebs. Und ich glaube, dass wir tatsächlich in dieser Hinsicht in den 70er Jahren zu einer positiven Wende gekommen sind.

1986 will es der Zufall, dass einige Tage nach dem Sandoz-Unfall Conrad Schroeder und ich miteinander in der Oberrheinkonferenz saßen, als unsere Schweizer Kollegen uns erklärten, was geschehen war. Und dann haben wir begonnen, gemeinsam zu suchen, was gemacht werden könnte, um das Wiederholen solcher Unfälle zu verhindern. Und ich glaube, dass dieser Unfall auch auf nationaler Ebene, selbst bei unserem französischen Umweltministerium, dazu geführt hat, diese Problematik viel gründlicher zu behandeln als es vorher der Fall war. Und ich glaube, da hat man gesehen, dass alles was den Rhein anbelangt nicht lokalisiert werden kann, sondern eine gemeinsame Konzeption des Umweltschutzes nötig macht.

Aber das große Problem jetzt und in Bezug auf Fessenheim: es ist nicht leicht zu sagen, dieses oder jenes Kernkraftwerk muss abgeschaltet werden. Die Energiepolitik Deutschlands, die Energiepolitik der Schweiz, die Energiepolitik Frankreichs sind noch lange nicht genügend harmonisiert, um eine gemeinsame europäische Position zu erörtern und in die Tat umsetzen zu

können. Es muss in dieser Hinsicht manches gemacht werden. Denn wie kann man die Energiesicherheit in allen unseren Staaten bewahren, wenn man nicht genau im voraus weiß, welche anderen Energiequellen die ersetzen können, die man abschaffen will. Aber Hauptsache ist, dass man, schon was Information und Transparenz anbelangt, jetzt und sehr schnell grenzüberschreitend und ohne Hemmungen wirkt, damit jeder hüben und drüben in allen Einzelheiten auf dem Laufenden ist, was gemacht werden kann, im Falle eines Falles. Ich glaube, dass in dieser Hinsicht doch große Fortschritte gemacht worden sind, auch besonders nachdem wir in den 70er Jahren erlebt haben, was hier gegangen ist. Soweit meine Ansicht, wie man die Umwelt am Oberrhein schützen kann und zugleich den Menschen am Oberrhein auch in der Zukunft die notwendigen Arbeitsplätze sichern. Denn der Oberrhein muss seine Umwelt schützen, er muss aber auch wirtschaftlich zukunfts-trächtig bleiben.

*Georg Loeser*

Ich habe mich vor einiger Zeit mit der Studie des Oberrheinrats über Energie, die das Internationale Umweltzentrum in Weil am Rhein erstellt hat, beschäftigt. Dabei fiel mir ein Missverständnis auf, indem in dieser Studie Energiepolitik mit Strompolitik gleichgesetzt worden ist, sozusagen die Elektrifizierung der Gedanken. Aber Energiepolitik besteht aus vielem anderen! Aus dem Publikum kam vorher der Hinweis auf den Klimaschutz. Unser Klima wird durch Öl, Kohle, Gas etc. systematisch zerstört. Dabei ist der beste Klimaschutz durch Einsparung von Energie zu erreichen, und das jenseits von allen staatlichen Regulierungs- und Normierungsvorschriften. Energie einsparen kann nämlich jeder selber. Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen: Mein Haus hat keinen Stromanschluss – seit 15 Jahren –, weil ich meine Energie selber produziere, die ausreicht für vier Computer, drei Fernseher, Waschmaschine usw.

Ich habe mir in den letzten Wochen die Mühe gemacht, einige grenzübergreifende Institutionen zu besuchen und mich dort nach deren Konzepten zu dem großen Bereich Energie zu erkundigen. Leider musste ich feststellen, dass derzeit ein arbeitsfähiges Konzept, was auch Auswirkungen haben könnte, weiter fehlt. Ich habe zwar bei der Regio TriRhena entdeckt, dass die in ihrem Leitbild einen Absatz hat, in dem von einer unabwendbaren Kehrtwende in der Energiepolitik die Rede ist. Die Förderung regenerativer Energiesysteme, der Aufbau dezentraler Versorgungskonzepte stehen auf deren Prioritätenliste ganz oben. Ebenso wichtig sind Energiesparmaßnahmen bei Neubau und Sanierung von Gebäuden, alles allerdings versehen mit dem Nachklapp, die einzelnen Länder müssten ihre Umweltpolitik besser aufeinander abstimmen. Das will ich in der Form nicht unkommentiert stehen lassen. Denn es gibt bereits jetzt Projekte, die dies im kleinen Maßstab tun. Z. B. gibt es derzeit ein Projekt der Energie-Agentur Freiburg, der Energie-Agen-



tur Mulhouse und einer Schweizer Gruppe, die im Energiesparbereich, bei Hotels und anderen Gebäuden, zusammen arbeiten und versuchen, diese Harmonisierung von unten zu erreichen. Aber diese Projekte sind viel zu klein. Im Grunde genommen haben wir nämlich auf der offiziell-politischen Ebene schon 30 Jahre verloren. Ich denke, da müssen wir Bürgerinitiativen daran arbeiten, dass jetzt auch in die Interreg-Programme, solange wir noch Zeit haben bis 2008, Programme zum Energie- und Klimaschutz untergebracht werden. Darüber hinaus sollte auch ein Konzept, eine Vision entwickelt werden dahingehend, dass der Oberrhein in 30 bis 50 Jahren eine Region sein sollte, deren Energieversorgung komplett auf erneuerbaren Energien basiert, verbunden mit einer deutlichen Einsparung an Energie. Das haben andere Regionen schon längst geschafft. Der Landkreis Fürstentum Bruck hat z. B. einen Beschluss gefasst, dass er in 30 Jahren seinen Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien beziehen werde. In wenigen Tagen trifft sich die Arbeitsgruppe »Erneuerbare Energien« der Oberrheinkonferenz zum dritten Mal, erst zum dritten Mal. Sie befindet sich, wie alle grenzübergreifenden Gremien im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik, in einem Stadium und auf einem Niveau, auf dem die Bürgerinitiativen schon 1977/78 bei den Sasbacher Solartagen waren. Hier ist vieles nachzuarbeiten. Ganzheitlichen Konzepten, die sich nicht allein auf den elektrischen Strom reduzieren, muss in den vielen Gremien der Vorrang gegeben werden. Letztere müssen nicht abgeschafft, sondern vielmehr mit Leben erfüllt werden.

### *Conrad Schroeder*

Es muss ein Weg beschritten werden, damit bundesweit ein Ausstieg aus der Kernenergie möglich wird. 30 Jahre, das ist mir zu lange, Ihnen auch. Ich sehe im Augenblick im Streit der erneuerbaren Energien jedoch noch keinen Königsweg. Auch nicht als Stadtrat, wenn ich den gegenwärtigen Oberbürgermeisterwahlkampf und die Anzeigenkampagne hier zwischen Wind, Wasser und Sonne verfolge. Ich bin für alles was hier ein Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht, gar keine Frage. Und dass die internationale Herausforderung gegeben ist, die sie angemahnt haben, das will ich gar nicht bestreiten. Dass durch Ihre und die Arbeit anderer, auch der Bürgerinitiativen, die Sensibilisierung der Politik schneller, stärker geworden ist, das kann man auch nicht bestreiten. Jede infrastrukturelle oder bauliche Planung ist heute ohne Aussagen zu Umweltverträglichkeit, zur Technologiefolgenabschätzung nicht mehr möglich. Also da haben Sie ihre Verdienste. Es wird sicher noch nicht alles so gemacht, wie Sie sich das vorstellen, aber es wird alles auch grenzüberschreitend heute gemacht. Und das war das Thema hier, und die ganzen Auflagen, ob für Euro-Glas im Elsass oder die Auflagen für Genehmigung des Luftverkehrs, alles wirkt über die früheren Grenzen hinaus. Die Ergebnisse befriedigen nie alle, das ist aber auch schon im nationalen Bereich so. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Das Bewusstsein ist auch in der Ver-

kehrspolitik heute am Oberrhein ein anderes. Und das Bild, das sie für die 70er Jahre gezeichnet haben »Ruhrgebiet am Oberrhein«, das gebraucht heute niemand mehr. Wir sagen alle, es ist eine Bio-Valley-Region, wo wir mit modernen umweltfreundlichen Energiequellen Arbeitsplätze schaffen, so weit es möglich ist. Noch einige Anmerkungen zur Sprachenproblematik. Ich war und bin ein Verfechter des französischen Sprachunterrichts an den rechtsrheinischen Grundschulen. Doch selbst in Freiburg, in dieser frankophilen und frankophonen Stadt, ist es nicht einfach, den Eltern zu sagen, alle müssen jetzt mit Französisch beginnen. In Karlsruhe, auch am Rhein gelegen, ist dies nicht mehr möglich, und in Zürich, in einem Land, in dem Französisch Verfassungssprache ist, wurde jetzt beschlossen, mit Englisch in der Grundschule zu beginnen. Und ich sehe, wie die Eltern hier opponieren gegen Französisch in der Grundschule, obwohl wir überzeugt sind, dass es ein wichtiger Beitrag ist, um unsere Nachbarn zu verstehen. Ich sage überhaupt nichts gegen das Englische, gar nichts. Das brauchen heute wahrscheinlich alle. Aber wir in Freiburg versuchen das Möglichste auch im Sprachenbereich weiter zu bringen. Das Verstehen des Nachbarn ist immer noch das Wichtigste auch zur Lösung der Probleme.

### *Daniel Hoeffel*

Ich habe eingangs erwähnt, dass die Kooperation am Oberrhein zweifelsohne in 40 Jahren konkrete Fortschritte erzielt. Ich hatte aber hinzugefügt, dass es auch noch Lücken gibt, dass es auch Schattenseiten gibt, die wir überbrücken müssen, um dieser Kooperation, besonders unseren Mitbürgern gegenüber, einen immer konkreteren und praktischeren Inhalt zu geben. Hauptsache ist, und dieses Kolloquium ist ein Beweis dafür, dass beiderseits der gemeinsame Wille besteht, auf allen Ebenen, sei es auf der Ebene der Umwelt, aber auch auf der sprachlichen Ebene, was Umweltverkehr und wirtschaftlicher Ebene angeht, dass dieser Wille dazu führt, diese Kooperation immer stärker werden zu lassen. Damit wir auch hier an unserem Oberrhein die deutsch-französische Kooperation allgemein weiter ankurbeln können. Im Interesse Europas muss diese deutsch-französische Kooperation ein Eckpfeiler bleiben.

### *Kurt Hochstuhl*

Vielen Dank, Herr Schroeder, vielen Dank, Herr Hoeffel. Damit reduziert sich mein Schlusswort auf ein kleines Zitat eines französischen Volksfrontabgeordneten von 1936, der nach dem Wahlsieg gesagt hat: »la victoire est là, voilà les difficultés qui commencent« – der Sieg ist da, jetzt beginnen die Schwierigkeiten. Wir sind in der Phase der Schwierigkeiten, wir werden sie heute, das war auch nicht der Anspruch dieses Kolloquiums, keinesfalls lösen. Wir haben unsere Sinne geschärft, sowohl in Bezug auf die historische

Dimension des deutsch-französischen Verhältnisses nach 1945 hier am Oberrhein, wie auch in Bezug auf die aktuelle, konkrete politische Situation.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich noch einmal bei allen Referenten für ihre sachkundigen Beiträge zu unserem Kolloquium zu bedanken. Und nicht zuletzt möchte ich mich bei allen Teilnehmern am Kolloquium bedanken, dass Sie trotz starker Konkurrenz gestern und heute dem Staatsarchiv Freiburg, dem Institut Français und dem Frankreichzentrum ihre Solidarität bekundet haben. Ich bedanke mich für Ihre engagierte Mitarbeit, ihre anregenden Diskussionsbeiträge und schließe hiermit das Kolloquium auf ein Neues, zu anderen Themen. Danke schön.